

Das Regressrecht der AHV/IV gegen den Haftpflichtigen

DISSERTATION

der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich
zur Erlangung der Würde eines Doktors der Rechtswissenschaft

vorgelegt von

GERHARD STOESEL

von Lipperswil TG

genehmigt auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Emil Stark

1902
—

Schulthess Polygraphischer Verlag AG Zürich



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Das Regressrecht der AHV/IV gegen den Haftpflichtigen

DISSERTATION

der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich
zur Erlangung der Würde eines Doktors der Rechtswissenschaft

vorgelegt von
GERHARD STOESSEL
von Lipperswil TG

genehmigt auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Emil Stark

Schulthess Polygraphischer Verlag AG Zürich

Die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät gestattet hierdurch die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

Zürich, den 24. Februar 1982

Der Dekan:

Prof. Dr. G. Hauser



Die gleiche Arbeit ist im Schulthess Polygraphischer Verlag AG, Zürich, erschienen als Heft 21 der Reihe

Zürcher Studien zum Privatrecht

Herausgegeben im Auftrag der Juristischen Abteilung der Universität Zürich von P. Forstmoser, C. Hegnauer, A. Heini, M. Keller, A. Meier-Hayoz, M. Rehbinder, H.M. Riemer, W.R. Schluep und E. Stark.

Meinen lieben Eltern

Herrn Prof. Dr. E. W. Stark danke ich für das Interesse, das er dieser Arbeit entgegenbrachte und für die Freiheit, die er mir bei deren Abfassung gewährte.

INHALT

Literaturverzeichnis	XI
Zeitschriften und Entscheidungssammlungen	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XVIII
 1. Kapitel: Einleitung	 1
§ 1 Problemstellung	2
A. Zwei verschiedene Leistungssysteme	2
B. Zweck der Subrogation	2
C. Notwendigkeit der Vermeidung von Überentschädigungen?	4
§ 2 Haftpflichtrecht und/oder Sozialversicherung?	7
§ 3 Regress und Subrogation	10
A. Allgemeines	10
B. Selbständiger Regress als subsidiäre Form	11
C. Subrogation	12
§ 4 Interessen der Beteiligten	15
A. Gemeinsame Interessen	15
B. Interessen des Geschädigten	15
C. Interessen des Haftpflichtigen	16
D. Interessen der Sozialversicherung	16
 2. Kapitel: Haftpflicht- und Sozialversicherungsansprüche	 18
§ 5 Allgemeines	18
§ 6 Verhältnis zwischen Haftpflicht- und Sozialversicherungsansprüchen	20
A. Grundsätzliche Unabhängigkeit von Haftpflicht- und Sozialversicherungsrecht	20
B. Ausnahmsweise Wechselbeziehung zwischen Haftpflicht- und Sozialversicherungsrecht	21
C. Wahlrecht des Geschädigten	21
§ 7 Form der Leistungen	22
A. AHV/IV-Leistungen	22
B. Schadenersatzleistungen	22
C. Regressleistungen	24
D. Besonderheit bei Regressleistung des Haftpflichtigen nach nicht befreiender Zahlung an den Geschädigten	26
§ 8 Verfügung über Ansprüche gegen den Haftpflichtigen und die AHV/IV	28
A. Verfügungen des Geschädigten über AHV/IV-Ansprüche	28
1. Verfügungen gegenüber Dritten	28
2. Verfügungen gegenüber der AHV/IV	28

a.	Verzicht	28
aa.	Nichtanmeldung	28
bb.	Verzicht auf bereits festgesetzte Leistungen	28
cc.	Interesse des Geschädigten am Verzicht	29
b.	Widerruf eines früheren Verzichts	29
c.	Vergleich und Teilverzicht	30
B.	Verfügungen des Geschädigten über Haftpflichtansprüche	31
1.	Verfügungen vor dem schädigenden Ereignis	31
2.	Verfügungen nach dem schädigenden Ereignis	33
3.	Ansprüche der AHV/IV aus Regressverkürzung	34
a.	Schadenersatzansprüche	34
b.	Bereicherungsansprüche	35
4.	Ansprüche des Haftpflichtigen nach nicht befreiender Zahlung	36
a.	Im allgemeinen	36
b.	Vorbehaltene Rückforderungsansprüche	36
C.	Verfügungen der AHV/IV über zivilrechtliche Ansprüche	37
1.	Abtretung von Regressforderungen	37
2.	Verzicht auf den Regress	37
3.	Verfügungen der AHV/IV über Delikts- und Bereicherungsansprüche	38
D.	Verrechnung mit fälligen Leistungen der AHV/IV	38
E.	Verfügungen des Haftpflichtigen über Ansprüche gegen den Geschädigten	39
§ 9	Verjährung	40
A.	Sozialversicherungsansprüche	40
B.	Haftpflicht- und Regressforderungen	40
C.	Delikts- und Kondiktionsansprüche gegenüber dem Geschädigten	41
1.	Relative einjährige Frist	41
a.	Ansprüche des Haftpflichtigen	41
b.	Ansprüche der AHV/IV	41
2.	Absolute zehnjährige Frist	41
a.	Deliktsansprüche des Haftpflichtigen und der AHV/IV	41
b.	Kondiktionsansprüche des Haftpflichtigen und der AHV/IV	41
D.	Vorbehaltene Rückforderungsansprüche	42
3. Kapitel:	Übergang der Ersatzforderungen auf die AHV/IV	43
§ 10	Besonderheiten der gesetzlichen Regelung	43
A.	Nichtanwendbarkeit der allgemeinen Regressordnung von OR 51	43
B.	Durch Subrogation übergehende Forderungen	43
C.	Internationales Privatrecht	44
§ 11	Voraussetzungen und Bedingungen des Forderungsübergangs	47
A.	Bestehen von Sozialversicherungs- neben Haftpflichtansprüchen	47
B.	Geltendmachung der Sozialversicherungsansprüche	47
C.	Kein Haftungsprivileg des Schädigers	48
§ 12	Zeitpunkt des Forderungsübergangs	52
A.	Wortlaut des Gesetzes	52
B.	Subrogation im Zeitpunkt des Ereignisses?	53
C.	Aufschiebend bedingte Subrogation	55
D.	Massgeblicher Zeitpunkt zur Bestimmung des Umfangs der Subrogation	57

§ 13	Wirkungen des Forderungsübergangs	58
	A. Gläubigerwechsel	58
	B. Übergang der Vorzugs- und Nebenrechte	59
	1. Action directe	60
	2. Sicherungsrechte	61
	3. Zinse	61
	4. Gestaltungsrechte	61
	C. Einreden	63
	D. Verjährung	64
§ 14	Pflichten des Geschädigten als Zedent	65
	A. Keine Gewährleistungspflicht	65
	B. Auslieferung von Urkunden und Aufschlusserteilung	65
	C. Verbot der Verminderung der Regressforderungen	65
§ 15	Wirksamkeit des Forderungsübergangs	67
§ 16	Materielle Rechtskraft von Haftpflichturteilen und -vergleichen	68
	A. Bezüglich Schaden und Ersatzpflicht	68
	1. Urteile	68
	2. Vergleiche	68
	B. Bezüglich der Person des Anspruchsberechtigten	70
4. Kapitel:	Umfang der Subrogation	71
§ 17	Schaden und Versicherungsleistungen	71
	A. Schaden	71
	B. Gesetzliche Leistungen	72
	C. Leistungen im Sinne von AHVG 48quater	73
	D. Ersatzpflicht des Dritten	73
§ 18	Identität der Leistungen (Kongruenzgrundsatz)	75
	A. In persönlicher Hinsicht	76
	B. In sachlicher Hinsicht	77
	1. Qualitativ (identische Schadensposten)	77
	a. Massgebliches Einkommen des Verletzten	77
	b. Regress nur für einen Teil der AHV/IV-Leistungen	78
	c. Ersatz für Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit	78
	d. Heilungs- und Eingliederungskosten	80
	2. Quantitativ	82
	C. In zeitlicher Hinsicht	83
	D. Versicherter Schaden	84
	E. Zusammenfassung	85
	F. Pauschalvergleich	86
§ 19	Kausalzusammenhang	88
	A. Altersrenten	88
	B. Witwen- und Invalidenrenten	89
	C. Waisen- und Kinderrenten	89
	1. Waisenrenten und Kinderrenten der IV	89
	2. Kinderrenten der AHV	90
	D. Zusatzrenten für die Ehefrau	90
	1. Im allgemeinen	90
	2. Bei Tod des Ehemannes	91

VIII

§ 20	Kapitalisierung von AHV/IV-Leistungen	92
A.	Im allgemeinen	92
1.	Witwenrenten	93
2.	Witwenabfindung	94
3.	Waisen- und Kinderrenten	94
4.	Invalidenrenten	95
5.	Taggelder der IV	96
6.	Hilflosenentschädigungen	97
7.	Heilungs- und Eingliederungskosten	97
B.	Besonderheit bei Regresserledigung nach der Kapitalisierung	97
§ 21	Quotenvorrecht des Geschädigten	99
§ 22	Quotenteilung bei Kürzung der AHV/IV-Leistungen	102
A.	Kürzung der AHV/IV-Leistungen	102
B.	Quotenteilung	103
§ 23	Nemo subrogat contra se: Schutz des Geschädigten	106
§ 24	Verhältnis des Regresses der AHV/IV zu demjenigen anderer Versicherer	107
5. Kapitel:	Änderung der Verhältnisse	109
§ 25	Änderung der Sozialversicherungsansprüche	112
A.	Zeitpunkt der Änderungen	113
1.	Änderung vor endgültiger Liquidation des Haftpflichtigen	113
2.	Änderung nach endgültiger Liquidation des Haftpflichtigen	114
B.	Voraussehbare nachträgliche Änderungen	114
C.	Statistisch erfassbare künftige Änderungen	115
I.	Anwendungsfälle	115
1.	Tod des Rentenberechtigten	116
2.	Wiederverheiratung der Witwe	116
3.	Abschluss der Ausbildung	117
II.	Folgen einer von der Statistik abweichenden Entwicklung	117
1.	Folgen für den Haftpflichtigen	118
2.	Folgen für die AHV/IV	119
a.	Kürzere Leistungspflicht als vorgesehen	119
b.	Längere Leistungspflicht als vorgesehen	120
c.	Versicherungstechnischer Ausgleich	120
3.	Folgen für den Geschädigten	121
a.	Haftpflichtansprüche allein	121
b.	AHV/IV-Leistungen allein	121
c.	Haftpflichtansprüche und AHV/IV-Leistungen	121
D.	Nicht voraussehbare nachträgliche Änderungen	122
I.	Grundsätzliches	122
1.	Erhöhung der AHV/IV-Leistungen	123
2.	Reduktion der AHV/IV-Leistungen	124
3.	Wechsel der Leistungskategorie	124
II.	Bei gleichzeitiger Änderung des Schadens	126
1.	Mit Anpassung der Ersatzforderungen	127
a.	Erhöhung von Schadenersatzforderungen und Sozialversicherungsansprüchen	128
b.	Reduktion von Schadenersatzforderungen und Sozialversicherungsansprüchen	129

c. Bei Anpassung nur der Direkt- oder nur der Regressforderungen	131
2. Ohne Anpassung der Ersatzforderungen	131
a. Praktische Bedeutung	131
b. Anwendungsfälle	133
aa. Erhöhung der AHV/IV-Leistungen	133
aaa. Änderung infolge von Drittsachen	133
bbb. Änderung als Folge des Haftpflichtereignisses	134
ccc. Änderung als Folge des Haftpflichtereignisses in Verbindung mit Drittsachen	134
bb. Verringerung der AHV/IV-Leistungen und des Schadens	135
III. Änderung der Sozialversicherungsleistungen ohne Änderung des Schadens	136
1. Änderung infolge äusserer Umstände	136
a. Familienzuwachs des Invalidenrentners	137
b. Eintritt oder Wegfall eines Härtefalles	137
c. Rücknahme fehlerhafter Verfügungen durch die Verwaltung	138
2. Vom Willen des Geschädigten abhängige Änderungen	138
IV. Praktische Behandlung von Rentenrevisionen in Regressfällen	140
1. Grundsatz: <i>keine Berücksichtigung</i> nachträglicher Revision der AHV/IV-Leistungen beim Regress	141
a. Allgemeines	141
b. Erhöhung der AHV/IV-Leistungen	143
c. Reduktion der AHV/IV-Leistungen	144
d. Vorteil dieser Lösung	145
2. Ausnahmsweise Regressrevision	146
a. Anwendungsfälle	146
aa. Erhebliche Diskrepanz zwischen wegfallenden AHV/IV-Leistungen und Verminderung des Schadens	146
bb. Revision der Schadenerledigung	147
cc. Ratio legis	147
b. Durchführung	148
§ 26 Änderung des Schadens ohne Änderung der AHV/IV-Ansprüche	151
A. Voraussehbare und statistisch erfassbare Änderungen	151
B. Nicht voraussehbare Änderungen des Schadens	152
1. Änderung des Schadens und der Ersatzforderungen	152
a. Vergrösserung des Schadens und Erhöhung der Ersatzforderungen	152
aa. Quotenvorrecht des Geschädigten	153
bb. Quotenteilung bei Leistungskürzung der AHV/IV	153
b. Verminderung des Schadens und der Ersatzforderungen	153
c. Änderung nur der Direkt- oder nur der Regressforderungen	154
d. Berücksichtigung in der Praxis	154
2. Änderung des Schadens ohne Änderung der Ersatzforderungen	154
a. Vergrösserung des Schadens	154
b. Verminderung des Schadens	155
c. Berücksichtigung in der Praxis	155
§ 27 Änderung der Schadenersatzforderungen bei unverändertem Schaden	156
§ 28 Teuerung	157
§ 29 Zusammenfassende Folgerungen für die Praxis	159

6. Kapitel: Konsequenzen	160
§ 30 Konsequenzen für die Schadenerledigung	160
A. Festsetzung des Schadenersatzes	160
B. Sicherung der Regressansprüche der AHV/IV und Verhinderung doppelter Zahlung des Haftpflichtigen	161
1. Grundsatz: Anrechnung auf den Schadenersatz	161
2. Vorbehaltlose Zahlung an den Geschädigten	162
3. Zahlung an den Geschädigten unter Vorbehalt	162
a. Die Interessenlage	162
b. Folgerungen	163
4. Zahlung an die AHV/IV unter Vorbehalt	165
C. Beibehaltung der bisherigen Schadenerledigungspraxis	165
§ 31 Gesamtbeurteilung der gesetzlichen Regelung und ihrer Praktikabilität	166
§ 32 Postulate de lege ferenda	168
A. Wahlrecht des Geschädigten	168
B. Abstufung insbesondere der IV-Renten	169

LITERATURVERZEICHNIS

- Agier Jean-Marie*, Perte de salaire: niveau de compensation par les assurances sociales, SZS 25 (1981) 47 ff.
- Auf der Mauer Gerd*, Die Problematik der Abfindung unfallgeschädigter Kinder unter dem Aspekt späterer Leistungen von Rentenversicherungsträgern, VersR 32 (1981) 814 f.
- Bach Carlfritz*, Rechtslage des Schädigers nach Erhöhung der Sozialrente, VersR 4 (1953) 348.
- Baumann Horst*, Der Regress kollektiver Schadensträger im freiheitlichen Rechtsstaat, Tübingen 1977.
- Baur Jürg*, Kollision der Gefährdungshaftungen gemäss SVG mit anderen Haftungen, Diss Zürich 1979.
- Becker Helmut*, Kraftverkehrs-Haftpflichtschäden, 11. A Karlsruhe 1971.
- Becker Hermann*, Berner Kommentar; Obligationenrecht, Allgemeine Bestimmungen, 2. A Bern 1941.
- Becker Walter G.*, Das Recht der unerlaubten Handlungen, Berlin 1976.
- Becker-Schaffner Reinhard*, Der Umfang des Regresses nach § 640 RVO und § 1542 RVO, VersR 19 (1968) 1023 ff.
- Bener Hans*, Die Regressrechte der SUVAL nach Art. 100 KUVG, Diss Bern 1936.
- Berenstein Alexandre*, La Suisse et le développement international de la sécurité sociale, SZS 25 (1981) 161 ff.
- von Bieberstein Wolfgang* Marschall Freiherr, Reflexschäden und Regressrechte, Stuttgart 1967.
- Bosonnet Gaston*, Haftpflicht- oder Unfallversicherung? Ersatz der Haftpflicht des Motorfahrzeughalters durch eine generelle Unfallversicherung der Verkehrsoffer, Diss Zürich 1965.
- Bossard Robert*, Art. 51 Abs. 2 OR de lege ferenda oder der Rückgriff des Versicherers auf einen aus Vertrag Haftpflichtigen, SVZ 47 (1979) 360 ff.
- Brehm Roland*, L'étendue des dommages-intérêts (dans le cadre des art. 43 al. 1 et 44 al. 2 CO), in: Die Verantwortlichkeit im Recht, Band 2, Zürich 1981, 499 ff.
- Bucher Eugen*, Schweizerisches Obligationenrecht, Allgemeiner Teil, Zürich 1979.
- Bucher Peter/Wili Hans*, Das neue Unfallversicherungsgesetz (UVG), SVZ 47 (1979) 97 ff.
- von Büren Bruno*, Schweizerisches Obligationenrecht, Allgemeiner Teil, Zürich 1964.
- Bussy André*, La dépréciation de la monnaie et son influence sur le mode d'indemnisation et le calcul des dommages-intérêts en matière extra-contractuelle, Genève 1974.
- Bussy André/Rusconi Baptiste*, Code Suisse de la circulation routière; Annoté, Lausanne 1972.
- von Caemmerer Ernst*, Das Problem des Drittschadenersatzes, ZBJV 100 (1964) 341 ff.
- Châtelain Jean-Pierre*, Tendances actuelles du Tribunal fédéral dans le domaine de la responsabilité civile, ZBJV 105 (1969) 209 ff.
- Chaudet Marc-Henri*, Le recours de l'assureur contre le tiers responsable du dommage, Diss Lausanne 1966.
- Deinhardt Kurt*, Der Schutz des Verkehrsoffers bei Erschöpfung der Versicherungssumme, VersR 31 (1980) 412 ff.
- Deschenaux Henri*, La subrogation de l'article 100 LAMA et l'assurance en faveur des occupants d'un véhicule automobile, FS Schönenberger, Fribourg 1968, 245 ff.
- Der Einleitungstitel, Schweizerisches Privatrecht II, Basel 1967, 1 ff. (zit.: *SPR II*).
- Deschenaux Henri/Tercier Pierre*, La responsabilité civile, Bern 1975.
- Des Gouttes René*, Abtretung von Forderungen, SJK 704, Genf 1969.
- Deutsch Erwin*, Haftungsrecht; Erster Band: Allgemeine Lehren, Köln/Berlin/Bonn/München 1976.
- Diederichsen Uwe*, Argumentationsmethoden in der Rechtsprechung zum Schadenersatzrecht, FS Klingmüller, Karlsruhe 1974, 65 ff.
- Duc Jean-Louis*, Surindemnisation dans l'assurance sociale, SZS 26 (1982) 64 ff.
- Dupeyroux Jean-Jacques*, Droit de la Sécurité sociale, 3. A Paris 1980.
- Egger Hans*, Der Einfluss des Art. 88 SVG auf den Regress des Versicherers, Diss Bern 1968.
- Egli Anton*, Treu und Glauben im Sozialversicherungsrecht, ZBJV 113 (1977) 377 ff.
- Engel Pierre*, Traité des obligations en droit suisse. Dispositions générales du CO, Neuchâtel 1973.

- Eren Fikret, Haftung mehrerer Schädiger für den gleichen Schaden, in: Die Verantwortlichkeit im Recht, Band 2, Zürich 1981, 403 ff.
- Fleming John G./Hellner Jan/von Hippel Eike, Haftungersatzung durch Versicherungsschutz, Frankfurt/M 1980.
- Frei Armin, Der Reflexschaden im Haftpflichtrecht, Diss Zürich 1973.
- Geigel Robert, Der Haftpflichtprozess, 17. A 1979.
- Gilliard François, Topologie de la solidarité imparfaite, FS Henri Deschenaux, Fribourg 1977, 289 ff.
- Vers l'unification du droit de la responsabilité, ZSR 86 (1967) II 193 ff.
- Giovannoni Pierre, La causalité dans la responsabilité civile extracontractuelle, ZBJV 98 (1962) 249 ff.
- Gitter Wolfgang, Bundessozialgericht und Zivilrecht, NJW 1979 1024 ff.
- Guhl Theo/Merz Hans/Kummer Max, Das Schweizerische Obligationenrecht, 7. A Zürich 1980.
- Guldener Max, Schweizerisches Zivilprozessrecht, 3. A Zürich 1979 (zit.: ZPR).
- Zession, Legalzession und Subrogation im internationalen Privatrecht, Diss Zürich 1929 (zit.: Diss).
- Gysin Arnold, Das Verschulden in der Sozialversicherung, SZS 13 (1969) 73 ff.
- Hellner Jan, Haftung des Arbeitgebers nach schwedischem Recht, FS Oftinger, Zürich 1969, 97 ff.
- von Hippel Eike, Globalreform des Unfallschadenrechts. Haftungersatzung durch Versicherungsschutz, SZS 22 (1978) 131 ff.
- Schadensausgleich bei Verkehrsunfällen; Haftungersatzung durch Versicherungsschutz, Berlin/Tübingen 1968.
- Jaggi Peter/Gauch Peter, Zürcher Kommentar; Obligationenrecht, Allgemeiner Teil, Teilband V 1 b, Art. 18 OR, 3. A Zürich 1980.
- Jansen Gerhard, Das Zusammentreffen von Haftungsgründen bei einer Mehrheit von Ersatzpflichtigen, Diss Fribourg 1973.
- Imboden Max/Rhinow René A., Schweizerische Verwaltungsrechtsprechung, 2 Bde, 5. A Basel 1976.
- Karrer Robert, Der Regress des Versicherers gegen Dritthaftpflichtige, Diss Zürich 1965.
- Keller Alfred, Haftpflicht im Privatrecht, 3./4. A Zürich 1978/79.
- Haftpflichtrecht – quo vadis?, ZSR 98 (1979) I 203 ff.
- Keller Max, Die Subrogation als Regress im Internationalen Privatrecht, SJZ 71 (1975) 305 ff., 325 ff.
- Klimke Manfred, Auswirkungen von Haftungsprivilegien auf den Schadensausgleich im Rahmen eines gestörten Gesamtschuldverhältnisses, ZfV 1980 468 ff., 496 ff., 525 ff.
- Koenig Willy, Der Versicherungsvertrag, Schweizerisches Privatrecht VII/2, Basel 1979, 479 ff. (zit.: SPR VII/2).
- Schweizerisches Privatversicherungsrecht, 3. A Bern 1967 (zit.: PrVersR).
- 'Bereicherungsverbot' im Versicherungsrecht?, SVZ 33 (1965) 321 ff.
- Kolb Hans-Ulrich, Haftung des Unternehmers und der Betriebsangehörigen gegenüber den Versicherten, deren Angehörigen und Hinterbliebenen, in: Geigel, Der Haftpflichtprozess (zit.: bei Geigel).
- Koziol Helmut, Österreichisches Haftpflichtrecht; Band I: Allgemeiner Teil, 2. A Wien 1980.
- Kramer Ernst A., Berner Kommentar; Obligationenrecht, Allgemeine Bestimmungen, 3. A, 1. Lieferung, Bern 1980.
- Kuhn Moritz, Die Vemeidung stossenden Kumuls bei Konkurrenz von Haftpflichtansprüchen mit Versicherungsleistungen zur Deckung der Heilungskosten oder des Verdienstausfalls (Art. 72 und Art. 96 VVG), SVZ 46 (1978) 81 ff.
- Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers sowie sein Regress gegenüber einem Dritthaftpflichtigen, SJZ 70 (1974) 133 ff.
- Kunst Elisabeth, Der Kapital- und Rentenschaden in der Haftpflicht und Haftpflichtversicherung, ZVR 23 (1978) 65 ff.
- Kuntschen Jean-Martin, Entstehung und Bemessung des Rentenanspruchs in der Eidgenössischen Invalidenversicherung (IV), FS Assista, Genève 1979, 333 ff.
- Kuppersbusch Gerhard, Reform des Quotenvorrechts des Sozialversicherungstragers im Regiergentsentwurf des § 122 Abs. 3 SGB, VersR 32 (1981) 313 ff.

- Lambert-Faivre* Yvonne, *Droit des Assurances*, Paris 1979.
- Landmann* Valentin N.J., No-fault-Begriff und Systeme, SVZ 49 (1981) 193 ff.
- Lange* Hermann, *Handbuch des Schuldrechts; Schadenersatz*, Tübingen 1979.
- Lauri* Hans, Kausalzusammenhang und Adäquanz im schweizerischen Haftpflicht- und Versicherungsrecht, Diss Bern 1976.
- Leippert* Max, Der Verzicht auf subjektive öffentliche Rechte mit besonderer Berücksichtigung des Verzichts auf Leistungen der Sozialversicherung, Diss Fribourg 1953.
- Le Roy* Max, Les déconvenues de l'assuré social victime d'un accident de droit commun, RDS 1981 chron. 121 ff.
- Linder* Max, Das Regressrecht des Versicherers, BJM 1968 271 ff.
- Marti* Albert, Probleme der Interessenwahrung bei SUVA-Versicherten, Genf 1971.
- Marx* Karl, Kein Rückgriffsanspruch der öffentlichen Versicherungsträger wegen ihrer Aufwendungen für Rentnerswitwen (§ 1542 RVO), VersR 2 (1951) 155.
- Maurer* Alfred, Sozial- und Privatversicherungsregress im Überblick, SVK 36 (1981) 7 ff.
- Geschichte des schweizerischen Sozialversicherungsrechts, Berlin 1981.
 - Streifzüge durch das schweizerische Sozialversicherungsrecht, SJZ 76 (1980) 293 ff.
 - Schweizerisches Sozialversicherungsrecht, 2 Bände, Bern 1979/1981 (zit.: *SVR I/II*).
 - Zur Einführung des Rückgriffs auf haftpflichtige Dritte in AHV und IV anlässlich der neunten AHV-Revision, ZAK 1978 190 ff.
 - Kumulation und Subrogation in der Sozial- und Privatversicherung, ZBJV 113 (1977) 257 ff.
 - Einführung in das schweizerische Privatversicherungsrecht, Bern 1976 (zit.: *PrVersR*).
 - Kumulation und Subrogation in der Sozial- und Privatversicherung, Bern 1975 (zit.: *K+S*).
 - Rechtsfortbildung durch die sozialgerichtliche Rechtsprechung in der Schweiz, SZS 16 (1972) 180 ff.
 - Ein grundsätzlicher Entscheid des Bundesgerichts zum Regressrecht der SUVA, SZS 12 (1968) 195 ff.
 - Recht und Praxis der schweizerischen obligatorischen Unfallversicherung, 2. A Bern 1963 (zit.: *R+P*).
 - Zum Regressrecht der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt, SZS 1 (1957) 215 ff.
- Mazeaud* Henri et *Léon/Tunc* André, *Traité théorique et pratique de la responsabilité civile*, 3 Bände, 5. A Paris 1957/58/60.
- Meier-Hayoz* Arthur, *Berner Kommentar; Einleitungsband*, Art. 1 und 4 ZGB, Zürich 1962/66.
- Vergleich, SJK 463, Genève 1952.
- Merz* Hans, *Berner Kommentar; Einleitungsband*, Art. 2 ZGB, Bern 1962/66.
- Die Widerrechtlichkeit gemäss Art. 41 OR als Rechtsquellenproblem, in: *Berner Festgabe für den Schweizerischen Juristenverein*, ZBJV 91bis, Bern 1955, 301 ff. (zit.: *ZBJV 91bis*).
- Mestre* Jacques, *La subrogation personnelle*, Paris 1979.
- Meyer* Doris Maria, *Der Regress im Internationalen Privatrecht*, Zürich 1982.
- Morandi* Juan Carlos Felix, *La subrogación del asegurador en el derecho argentino*, FS Reimer Schmidt, Karlsruhe 1976, 787 ff.
- Mössinger* Rainer, Das Quotenvorrecht des Sozialversicherungsträgers unter Berücksichtigung der Rechtslage in der Schweiz, Frankreich und Italien, Karlsruhe 1974.
- Müller* Karl-Heinz, Die Sozialversicherungsgesetzgebung des Bundes und der Kantone im Jahre 1977, SZS 22 (1978) 194 ff.
- Nef* Urs Ch., Der Einfluss des Sozialversicherungsrechts auf das Privatrecht, SJZ 77 (1981) 17ff.
- Gesetzeslücken in der Sozialversicherung, in: *St. Galler Festgabe zum Schweizerischen Juristentag 1981*, Bern 1981, 207 ff.
- Nehls* Jürgen, Kapitalisierung von Schadenersatzrenten, VersR 32 (1981) 407 ff.
- Nicolò* Rosario/*Stella Richter* Mario, *Rassegna di Giurisprudenza sul Codice Civile*, Seconda appendice di aggiornamento, Bd. III, Milano 1980.
- Oftinger* Karl, *Schweizerisches Haftpflichtrecht*, Bd. I, 4. A Zürich 1975.
- Haftpflicht, Versicherung und soziale Solidarität bei der Wiedergutmachung von Schäden im schweizerischen Recht, in: *Recueil des travaux suisses présentés au VIIIe Congrès international de droit comparé*, Basel 1970, 109 ff.
 - L'évolution de la responsabilité civile et de son assurance dans la législation suisse la plus récente, in: *Mélanges René Savatier*, Paris 1965, 723 ff.
 - Der soziale Gedanke im Schadenersatzrecht und in der Haftpflichtversicherung, SJZ 39 (1943) 545 ff., 561 ff.

- Oser* Hugo/*Schönenberger* Wilhelm, Zürcher Kommentar; Obligationenrecht, Allgemeiner Teil, 2. A Zürich 1929.
- Oswald* Hans, Versicherungsleistung und Schadenersatz, SVZ 44 (1976) 3 ff.
- Kumul der Leistungen, Regress und Subrogation in der privaten und staatlichen Versicherung, Landesbericht Schweiz, AIDA I, Zürich 1974.
- Leistungskollisionen in der Privat- und Sozialversicherung, SVZ 41 (1973) 129 ff.
 - Das Regressrecht in der Privat- und Sozialversicherung, SZS 16 (1972) 1 ff.
 - Der beschränkte Regress des Versicherers gemäss SVG 88, SVZ 36 (1968) 282 ff.
 - Die beschränkte Haftung des Arbeitgebers nach KUVG 129 II, SZS 6 (1962) 249 ff.
- Partesotti* Giulio, Cumulo delle prestazioni, ricorso e surrogazione in materia di assicurazione privata e pubblica, Landesbericht Italien, AIDA I, Zürich 1974.
- Perkuhn* Fritz, Zum Quotenvorrecht des Sozialversicherungsträgers gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn, VersR 33 (1982) 28 f.
- Perrin* Jacques, La validité des clauses de non responsabilité ou limitatives de responsabilité, Recueil des travaux suisses présentés au IXe Congrès international de droit comparé, Basel 1976, 65 ff.
- Pfyffer* Franz, Schadenersatzansprüche des Geschädigten und Regressrechte der Versicherer, SZS 10 (1966) 81 ff.
- Prölls* Erich A., Haftpflicht und Versicherung im deutschen Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung schadenersatzrechtlicher Vorschriften, FS Oftinger, Zürich 1969, 225 ff.
- Räber* F., Vor bedeutsamen haftpflichtrechtlichen Änderungen in der schweizerischen Regulierungspraxis von Körperschäden?, ZfV 1979 610 ff.
- Ripoll* Jean, Cumul des prestations, recours et subrogation en matière d'assurance privée et publique, Landesbericht Frankreich, AIDA I, Zürich 1974.
- Roelli* Hans/*Jaeger* Carl, Kommentar zum Schweizerischen Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag, Band II, Schadensversicherung, VVG 48–72, Bern 1932.
- Roelli* Hans/*Keller* Max, Kommentar zum Schweizerischen Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag, Band I, Die Allgemeinen Bestimmungen, VVG 1–47, 2. A Bern 1968.
- Rosen* Martin, The accumulation of claims payments, recourse and subrogation in private and state insurance, Landesbericht USA, AIDA III, Zürich 1974.
- Rusconi* Baptiste, Les principes sur la détermination de l'étendue des dommages-intérêts, in: Die Verantwortlichkeit im Recht, Band 2, Zürich 1981, 537 ff.
- Un concept à la mode: la 'surindemnisation choquante', FS Assista, Genève 1979, 225 ff.
 - Le droit de recours de l'AVS et de l'AI contre le tiers responsable selon la neuvième révision de l'AVS, JdT 126 (1978) 1130 ff.
- Savatier* René, Traité de la responsabilité civile en droit français, 2 Bände. 2. A Paris 1951.
- Saxer* Otto, Der Regress nach Artikel 100 KUVG gegenüber der Eisenbahnunternehmung, Diss Genève 1964.
- Schaer* Roland, Rezension des Beitrags von Peter Stein in der FS Assista, SVK 35 (1980) 35 ff.
- Haftungsprivilegien, -beschränkungen, -ausschlüsse und ihre Auswirkungen auf die Versicherungsdeckung, SVK 34 (1979) 3 ff.
 - Dauernde Erwerbsunfähigkeit von Jugendlichen, SVK 34 (1979) 31 ff.
- Schaetzle* Marc, Personalvorsorge und Haftpflichtrecht in Konkurrenz, Diss Zürich 1972.
- Schaetzle* Theo, Aktivitätstafeln und Invalidierungswahrscheinlichkeit, SVZ 17 (1949) 72 ff.
- Schlappi* Gottlieb, Der Rückgriff der öffentlichen Pensionskassen des Bundes und der Kantone sowie Gemeinden gegenüber haftpflichtigen Dritten, Diss Bern 1964.
- Schlegelmilch* Günter, Rückgriff der Berufsgenossenschaften, Krankenkassen und sonstigen Versicherungs-, Versorgungs- und Sozialhilfeträger gegen den Haftpflichtigen, in: Geigel, Der Haftpflichtprozess (zit.: *bei Geigel*).
- Ausschluss der Haftung, in: Geigel, Der Haftpflichtprozess (zit.: *bei Geigel*).
- Schluep* Walter R., Innominatverträge, Schweizerisches Privatrecht VII/2, Basel 1979, 763 ff.
- Schlund* Gerhard, Juristische Grundlagen der Kapitalisierung von Schadenersatzrenten, VersR 32 (1981) 401 ff.
- Schmidt* Reimer/*Luer* Dieter, Kumul der Leistungen, Regress und Subrogation in der privaten und in der staatlichen Versicherung, Generalbericht für nicht-sozialistische Länder, AIDA Ia, Zürich 1974, 1 ff.

- Schneider* Rudolf, Kapitalisierung von Schadenersatzrenten, VersR 32 (1981) 493 ff.
- Schnyder* Bernhard, 'Entgegen dem Wortlaut ...', in: FS BGer, Basel 1975, 29 ff.
- Schönenberger* Wilhelm/*Jaggi* Peter, Zürcher Kommentar; Obligationenrecht, Allgemeiner Teil, OR 1–17, 3.A Zürich 1973.
- Schwander* Werner, Probleme der Haftung und Deckung nach dem Entwurf zu einem Kernenergiehaftpflichtgesetz vom 10. Dezember 1979, SVZ 48 (1980) 329 ff.
- Die Verjährung ausservertraglicher und vertraglicher Schadenersatzforderungen, Diss Fribourg 1963.
- Serozan* Rona, Tendenzen zur Normativierung und Individualisierung der Schadenszurechnung, in: Die Verantwortlichkeit im Recht, Band 2, Zürich 1981, 447 ff.
- Sieg* Karl, Überlagerung der bürgerlich-rechtlichen Haftung durch kollektive Ausgleichssysteme, VersR 31 (1980) 1085 ff.
- Kumul der Leistungen, Regress und Subrogation in der privaten und in der staatlichen Versicherung, Landesbericht BRD, AIDA I, Zürich 1974.
- Spiro* Karl, Die Begrenzung privater Rechte durch Verjährungs-, Verwirkungs- und Fatalfristen, 2 Bde., Bern 1975.
- Stark* Emil W., Entschädigungsrecht am Scheideweg: Haftpflichtrecht mit Haftpflichtversicherung oder Personen- und Sachversicherung, VersR 32 (1981) 1 ff.
- Die weitere Entwicklung unseres Haftpflichtrechts, ZSR 100 (1981) I 365 ff.
 - Entschädigungsrecht – wohin?, SVZ 49 (1981) 225 ff.
 - Probleme der Vereinheitlichung des Haftpflichtrechts, ZSR 86 (1967) II 1 ff.
- Stauffer* Wilhelm/*Schaetzle* Theo, Die Berücksichtigung der Teuerung bei der Bestimmung von Invaliditäts- und Versorgungsschäden, SJZ 71 (1975) 120.
- Barwerttafeln, 3.A Zürich 1970.
- Stein* Peter, Probleme des Regressrechts der AHV/IV gegenüber dem Haftpflichtigen und die Stellung des Geschädigten, FS Assista, Genf 1979, 315 ff.
- Die Konkurrenz von Sozialversicherungsansprüchen unter sich und von Sozialversicherungsansprüchen mit Haftpflicht- und Alimentationsansprüchen, BJM 1979 1 ff.
 - Das internationale Sozialversicherungsrecht der Schweiz mit Einschluss seiner Beziehungen zum Haftpflichtrecht, SZS 15 (1971) 1 ff.
 - Die zutreffende Rententafel, SJZ 67 (1971) 49 ff.
 - Die unfallbedingte Invalidität, deren wirtschaftliche Folgen und ihre Entschädigung in der Sozialversicherung mit Ausblicken ins Haftpflichtrecht, SJZ 63 (1967) 229 ff.
 - Einige Bemerkungen zur neueren Haftpflicht- und Sozialversicherungspraxis des Bundesgerichts, SJZ 57 (1961) 105 ff.
- Steiner* Richard, Der Grundsatz von Treu und Glauben in der Rechtsprechung des Eidgenössischen Versicherungsgerichts, Diss Bern 1978.
- Stucki* Rudolf, Mehrheit von Ersatzpflichtigen, Diss Zürich 1966.
- Stutz* Christoph, Regress und Vorteilsanrechnung im Bereich der Sozialversicherung, Diss Basel 1974.
- Suter* Hans Rudolf, Bericht der Arbeitsgruppe 'Bereicherungsverbot', SVZ 36 (1968) I ff., 33 ff.
- Suter* Walter, Kleine Bemerkung zum Artikel 'Die zutreffende Rententafel', SJZ 67 (1971) 221 f.
- Szöllösy* Paul, Der Richter und die Teuerung: Die ausservertragliche Schadenersatzpraxis, ZBJV 112 (1976) 20 ff.
- Kann der zur Lohnfortzahlung verpflichtete Arbeitgeber auf einen Dritthaftpflichtigen Regress nehmen?, SJZ 72 (1976) 337 ff.
 - Die Berechnung des Invaliditätsschadens im Haftpflichtrecht europäischer Länder, Zürich 1970.
- Szöllösy* Paul/*Robert-Tissot* Charles, L'évaluation du dommage résultant de l'invalidité dans divers pays européens, Zürich 1974.
- Tempel* Otto, Tagung für Rechtsvergleichung – Zivil- und Handelsrecht, NJW 1979 2444 f.
- Tercier* Pierre, De la distinction entre dommage corporel, dommage matériel et autres dommages, FS Assista, Genève 1979, 247 ff.
- Quelques considérations sur les fondements de la responsabilité civile, ZSR 95 (1976) I 1 ff.
- Theda* Werner, Schnittpunkte von Privat- und Sozialversicherungsrecht einschliesslich Quotenrecht, VersR 32 (1981) 412 ff.

- von *Tuhr* Andreas/*Escher* Arnold, Allgemeiner Teil des Schweizerischen Obligationenrechts, Band II, 3.A Zürich 1974.
- von *Tuhr* Andreas/*Peter* Hans, Allgemeiner Teil des Schweizerischen Obligationenrechts, Band I, 3.A Zürich 1979.
- von *Tuhr* Andreas/*Siegwart* Alfred, Allgemeiner Teil des Schweizerischen Obligationenrechts, 2 Halbbände, 2.A Zürich 1942/44.
- Vaucher* René F., Le contentieux dans le domaine des assurances sociales, SZS 16 (1972) 233 ff.
– Le statut des étrangers en Suisse selon le droit civil et en matière des assurances sociales, ZSR 86 (1967) II 489 ff.
- Vaverka* Jindrich, Rückgriff des Versicherers auf den aus Vertrag Haftpflichtigen – Versuch einer praktischen Lösung, SVZ 48 (1980) 247 ff.
- Vetsch-Lippert* Gabriele, Die Bemessung der Invalidität nach dem Bundesgesetz über die Invalidenversicherung vom 19. Juni 1959, Diss Zürich 1968.
- Vonmoos* Schimun, Die Regressrechte in der schweizerischen obligatorischen Unfallversicherung, Diss Bern 1958.
- Wagner* Hermann, Vergleich, in: Geigel, Der Haftpflichtprozess (zit.: *bei Geigel*).
– Rückgriff des Versicherungsträgers beim Unfalltod von Rentnern?, VersR 5 (1954) 521 ff.
- Wannagat* Georg, Lehrbuch des Sozialversicherungsrechts, Band I, Tübingen 1965.
– Rechtsfortbildung durch die sozialgerichtliche Rechtsprechung, SZS 16 (1972) 153 ff.
- Weber* Rolf H., Das Geld in einem sich wandelnden Vermögensrecht, ZSR 100 (1981) I 165 ff.
- Weimar* Wilhelm, Unerlaubte Handlung als Anspruchsgrundlage, ZfV 1979 112 f.
- Weitnauer* Hermann, Zum Innenausgleich unter Schadensgesamtschuldnern, FS Klingmüller, Karlsruhe 1974, 499 ff.
– Zur Lehre vom adäquaten Kausalzusammenhang. Versuch einer Ehrenrettung, FS Otfinger, Zürich 1969, 321 ff.
- Weyers* Hans-Leo, Unfallschäden. Praxis und Ziele von Haftpflicht- und Vorsorgesystemen, Frankfurt 1971.
- Wick* Charles Louis, Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit im Sozialversicherungsrecht, Diss Bern 1976.
- Widmer* Pierre, Ethos und Adäquanz der Regressordnung nach Artikel 51 Absatz 2 OR, FS Assista, Genf 1979, 269 ff.
– 'Wer einem andern widerrechtlich Schaden zufügt, verpflichtet dessen Arbeitgeber zum Ersatz', SJZ 73 (1977) 283 ff.
- Wussow* Werner, Das Unfallhaftpflichtrecht, 12. A Köln/Berlin/Bonn/München 1975.
- Wussow* Werner/*Küppersbusch* Gerhard, Ersatzansprüche bei Personenschäden, 3. A München 1981.
- Wyniger* Charles, Die Rechte Dritter gegenüber dem Versicherer, SVZ 38 (1970) 97 ff., 129 ff.
– Über die Regresse der SUVA nach dem neuen Strassenverkehrsgesetz, SZS 7 (1963) 126 ff.
- Zen-Ruffinen* Piermarco, La perte de soutien, Berne 1979.

Zitierweise

Zahlen ohne nähere Angabe bezeichnen die Seiten. 'S' steht nur, wo es die Klarheit erfordert.

Im Literaturverzeichnis aufgeführte selbständige Werke werden nur mit den *Verfassernamen* zitiert, Beiträge aus Sammelwerken und Zeitschriften zudem mit der Fundstelle. Wo im Literaturverzeichnis mehrere Werke des selben Verfassers aufgeführt sind, erfolgt die nähere Kennzeichnung selbständiger Werke mit einem Stichwort aus dem Titel oder einer Abkürzung, die sich jeweils am Schluss des Zitates im Literaturverzeichnis findet.

Bei Dissertationen ist im Literaturverzeichnis an Stelle des Erscheinungsortes angegeben, an welcher Rechtsfakultät die Arbeit verfasst worden ist.

ZEITSCHRIFTEN UND ENTSCHEIDSSAMMLUNGEN

BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts (Lausanne 1875 ff.)
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (Köln/Berlin 1951 ff.)
BJM	Basler Juristische Mitteilungen (Basel 1954 ff.)
BPV	Die privaten Versicherungseinrichtungen in der Schweiz (Jahresbericht des Bundesamtes für Privatversicherungswesen, Bern 1886 ff.)
EVGE	Entscheidungen des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes (Bern 1927–1969; seit 1970: BGE, Teil V)
JdT	Journal des Tribunaux (Lausanne 1853 ff.)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Berlin/Frankfurt/München 1947 ff.)
NZZ	Neue Zürcher Zeitung (Zürich 1780 ff.)
OGHZ	Entscheidungen des Österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivilsachen (Wien 1938 ff.)
Pra	Die Praxis des Bundesgerichts (Basel 1912 ff.)
RDS	Recueil Dalloz Sirey (Paris 1964 ff.)
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (Leipzig/Berlin 1880–1943)
RJN	Recueil de Jurisprudence Neuchâteloise (Neuchâtel 1953 ff.)
SemJud	La Semaine Judiciaire (Genève 1879 ff.)
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung (Zürich 1904 ff.)
SVA	Entscheidungen schweizerischer Gerichte in privaten Versicherungsstreitigkeiten (Bern 1905 ff. [Entscheide aus den Jahren 1886 ff.])
SVK	Schweizerischer Versicherungskurier (Bern 1946 ff.)
SVZ	Schweizerische Versicherungszeitschrift (Bern 1933 ff.)
SZS	Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung (Bern 1957 ff.)
VersR	Versicherungsrecht (Karlsruhe 1950 ff.)
VersRAI	Versicherungsrecht-Beilage Ausland (Karlsruhe 1960 ff.)
Warn	Otto Warneier, Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (Köln/Berlin/Bonn/München 1961 ff.)
ZAK	Zeitschrift für die Ausgleichskassen (Bern 1947 ff.)
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins (Bern 1865 ff.)
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung (Wien 1960 ff.)
ZfV	Zeitschrift für Versicherungswesen (Hamburg 1950 ff.)
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung (Zürich 1902 ff.)
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht (Neue Folge, Basel 1882 ff.)
ZVR	Zeitschrift für Verkehrsrecht (Wien 1956 ff.)

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

A	Auflage
ABGB	(Österreichisches) Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
Abs.	Absatz
AHV	Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVG	BG über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.10)
AHV/IV	AHV und IV (als organisatorische Einheit)
AHVV	V über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.101)
AIDA	Association Internationale du Droit de l'Assurance [AIDA I–III = Kongressakten zum '4e Congrès mondial de l'AIDA' (1974 in Lausanne), Zürich 1974]
a. M.	anderer Meinung
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen
ASVG	(Österreichisches) Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
AtG	BG über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz (SR 732.0)
AUF	Arbeitsunfähigkeit, arbeitsunfähig
BBl	Bundesblatt
Bd./Bde.	Band, Bände
BG	(Schweizerisches) Bundesgesetz
BGB	(Deutsches) Bürgerliches Gesetzbuch
BGer	(Schweizerisches) Bundesgericht
BGH	(Deutscher) Bundesgerichtshof
BPV	Bundesamt für Privatversicherungswesen
BSchG	BG über die Binnenschifffahrt (SR 747.201)
BSV	Bundesamt für Sozialversicherung
BtG	BG über das Dienstverhältnis der Bundesbeamten (SR 172.221.10)
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (SR 101)
bzw.	beziehungsweise
CAfr	(Französischer) Code des Assurances
CCfr	Code civil français
CCit	Codice civile italiano
Chron	Chronique
CSSfr	(Französischer) Code de la Sécurité sociale
D	Direktforderung
das.	daselbst
ders.	derselbe
Diss	Dissertation
(D)VVG	(Deutsches) Versicherungsvertragsgesetz
E	Ersatzforderung
e	Ersatzquote
EHG	BG betreffend die Haftpflicht der Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunternehmen und der Post (SR 221.112.742)
eidg.	eidgenössisch
ElG	BG betreffend die elektrischen Schwach- und Starkstromanlagen (SR 734.0)
EMV	Eidgenössische Militärversicherung
EUF	Eerwerbsunfähigkeit, erwerbsunfähig
EVG	Eidgenössisches Versicherungsgericht
EVK	Eidgenössische Versicherungskasse
FN	Fussnote
FS	Festgabe, Festschrift u.ä.
Gesch.	Geschädigter
gl.M.	gleicher Meinung
h. M.	herrschende Meinung

HMV	Schweizerische Vereinigung der Haftpflicht- und Motorfahrzeugversicherer
Hpfl.	Haftpflichtiger
i.c.	in casu
i.f.	in fine
IPRG	BG über das Internationale Privatrecht (in Vorbereitung)
IV	Eidgenössische Invalidenversicherung
IVG	BG über die Invalidenversicherung (SR 831.20)
i.V.m.	in Verbindung mit
IVV	V über die Invalidenversicherung (SR 831.201)
KHG(E)	Entwurf zu einem Kernenergiehaftpflichtgesetz (BBi 1980 I 209 ff.)
KGer	Kantonsgericht
KUVG	BG über die Kranken- und Unfallversicherung (SR 832.01)
l.cit.	loco citato
LFG	BG über die Luftfahrt (SR 748.0)
lit.	litera
Mt.	Monat
MVG	BG über die Militärversicherung (SR 833.1)
N	Note
n.p.	nicht publiziert
n.p. BGE	nicht publizierter Entscheid des Schweizerischen Bundesgerichts
Nr.	Nummer
OG	BG über die Organisation der Bundesrechtspflege (SR 173.110)
OGer	Obergericht
OGH	(Österreichischer) Oberster Gerichtshof
OLG	Oberlandesgericht
op.cit.	opere citato
OR	Schweizerisches Obligationenrecht (SR 220)
(Ö)VVG	(Österreichisches) Versicherungsvertragsgesetz
PHK	Pensions- und Hilfskasse für das Personal der SBB
PVE	Personalvorsorgeeinrichtung
QT	Quotenteilung
QV	Quotenvorrecht
R	Regressforderung
RBOG	Rechenschaftsbericht des Obergerichts
RBVG	Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts
RLG	BG über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe (SR 746.1)
RVO	(Deutsche) Reichsversicherungsordnung
S	Schaden
S.	Seite
SchKG	BG über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.1)
SJK	Schweizerische Juristische Kartothek
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
SUVA	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt
Suval	SUVA (ältere Bezeichnung)
SV	Sozialversicherung; sozialversicherungs-
SVG	BG über den Strassenverkehr (SR 741.01)
SVT	Sozialversicherungsträger
T	Tafel
TA	Allgemeines Teilungsabkommen der UDK betreffend Unfall-, Sach- und Haftpflichtversicherung
TC	Tribunal Cantonal
UDK	Unfalldirektoren-Konferenz
UeB	Übergangsbestimmungen
UV	Obligatorische Unfallversicherung nach UVG
u.v.a.	und viele andere
UVG	BG über die Unfallversicherung (vom 20. März 1981)

XX

v.	versus; vom/von
V	Verordnung; Versicherungsleistungen (= AHV/IV-Leistungen)
VE	Vorentwurf
VerwGer	Verwaltungsgericht
VVG	BG über den Versicherungsvertrag (SR 221.229.1)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch (SR 210)
Ziff.	Ziffer

1. KAPITEL

Einleitung

Das BG vom 24. Juni 1977 über die 9. AHV-Revision¹ gewährt neu auch der AHV/IV das Regressrecht gegen Dritthaftpflichtige, wie es anderen Sozialversicherungsträgern (SUVA, EMV, Pensionskassen des Bundes) bereits seit langem zusteht. Die Schadenersatzforderung des Geschädigten gegen den Haftpflichtigen² geht nun unter bestimmten Umständen³ kraft Gesetzes ganz oder teilweise auf den Sozialversicherer über⁴.

Für den Geschädigten entfällt damit die unbegrenzte Kumulation von Schadenersatz und AHV/IV-Leistungen, und er muss jetzt entscheiden, ob er die AHV/IV und den Haftpflichtigen gleichzeitig oder nur den Haftpflichtigen allein in Anspruch nehmen will, während dem Haftpflichtigen die AHV/IV als möglicher weiterer Gläubiger und neuer Verhandlungspartner bei der Schadenregulierung gegenübersteht. Auf die Höhe des vom Haftpflichtigen insgesamt geschuldeten Schadenersatzes hat dagegen das Regressrecht der AHV/IV niemals einen Einfluss.

1 AS 1978 391; BBl 1976 III 1.

2 Unabhängig davon, ob dieser aus Delikt, aus Vertragsverletzung oder kraft öffentlichen Rechts haftet, denn die Normen, die die Subrogation anordnen, enthalten keinerlei Beschränkung auf bestimmte Arten von Haftpflichtforderungen (*Maurer* SVR I 384). Zum SUVA-Regress: *Maurer* R+P 342, 344; *Pfyffer* in SZS 10 (1966) 98.

Immer aber ist eine Haftung vorausgesetzt, also ein Entstehenmüssen für den Schaden als Verursacher oder an dessen Stelle. Zum Begriff der Haftung im Schadenersatzrecht: *Kramer* Allg. Einleitung N 103. Ein Regress gegen den Unfallversicherer des Geschädigten ist also nicht möglich: *Oswald* in SZS 16 (1972) 23 FN 52; vgl. auch: *Oswald* in SVZ 44 (1976) 22.

3 AHVG 48ter ff.; für IV i.V.m. IVG 52. Vgl. auch UVG 41 ff.

4 Es tritt eine Subrogation des Sozialversicherers in die Rechtsstellung des Geschädigten ein, die als Legalzession den Bestimmungen von OR 166 ff. folgt. *Oftinger* 406; *Stauffer/Schaetzle* 73; *Pfyffer* in SZS 10 (1966) 95; *Linder* in BJM 1968 284 f.

§ 1 Problemstellung

A. Zwei verschiedene Leistungssysteme

Bei Tod oder Invalidität einer Person haben die Sozialversicherung (AHV/IV) einerseits und ein allenfalls Haftpflichtiger andererseits Leistungen für meist vergleichbare, ja sogar weitgehend kongruente Schadensposten zu erbringen. Beide sollen letztlich die wirtschaftlichen Konsequenzen des Todes oder der Invalidität mildern, und auf beide hat der Geschädigte einen Rechtsanspruch⁵. Hievon abgesehen sind die beiden Leistungssysteme aber ganz verschieden konzipiert⁶.

AHV und IV sind final⁷ ausgebildet, das Haftpflichtrecht kausal. Der Haftpflichtige muss den Schaden nach individualistischen Prinzipien⁸ ersetzen, weil er ihn verursacht hat, während die Leistungen der AHV/IV aus rein sozialen Gründen eine wirtschaftliche Notlage des Versicherten oder seiner Hinterlassenen als Folge der Invalidität oder des Todes verhindern sollen. Die AHV/IV hat damit nur die Existenz des Geschädigten und seiner Familie⁹ zu sichern, indem sie unabhängig von einem Schaden und dessen Ursache ihre Leistungen erbringt¹⁰.

Die verschiedenen Grundgedanken der beiden Ausgleichsprinzipien finden ihren Niederschlag in der verschiedenen Umschreibung der Anspruchsvoraussetzungen und in unterschiedlichen Methoden zur Berechnung der Leistungen. Sie treten vor allem dort klar zu Tage, wo sich Haftpflichtrecht und Sozialversicherungsrecht berühren: im Rahmen der Subrogation¹¹.

B. Zweck der Subrogation

Die Grundidee für die Einführung der Subrogation der AHV/IV in die Rechte des Geschädigten gegenüber dem Haftpflichtigen ist die folgende: der Geschädigte soll

5 OR 41 und zahlreiche Spezialgesetze (auch des öffentlichen Rechts); AHVG 18 I; IVG 6 I.

6 Oswald in SVZ 44 (1976) 12. Gilliard bezeichnet Zivil- und Sozialrecht gar als 'in Wirklichkeit nicht vergleichbar' (Referat an der Tagung für Rechtsvergleichung in Lausanne vom 12.–15. September 1980, vervielfältigt, Lausanne 1980). Vgl. die Überlegungen des OLG Frankfurt/M zum Unterschied zwischen der RVO-Witwenrente und der Rente für Versorgungsschaden nach BGB 844 II in VersR 31 (1980) 187 f.

7 EVGE 1964 257; BBl 1976 III 33; Oswald in SVZ 44 (1976) 26 FN 88; Maurer K+S 59; ders. SVR I 276; Lauri 81.

8 Oswald in SVZ 41 (1973) 138.

9 BV 34quater II; BGE 85 II 262 nennt die Verhinderung einer Notlage als Zweck der SUVA. Stark in ZSR 100 (1981) I 371 f./SVZ 49 (1981) 230; Oswald in SVZ 44 (1976) 12; Pfyster in SZS 10 (1966) 105. In neuerer Zeit verläuft allerdings auch die Entwicklung der AHV/IV eindeutig in Richtung eines über das blosse Existenzminimum hinausgehenden teilweisen Schadensausgleichs. Vgl. Oswald in AIDA I 09-27; ders. in SVZ 44 (1976) 26 bei N 86.

10 Bucher bei Bucher/Willi in SVZ 47 (1979) 97.

11 Oswald in SVZ 41 (1973) 138.

seinen Schaden¹² möglichst vollständig¹³ ersetzt erhalten, nötigenfalls unter Heranziehung sowohl des Haftpflichtigen als auch der Sozialversicherung. Er soll jedoch insgesamt auch nicht mehr als den einfachen Betrag seines Schadens erhalten, aus dem Nebeneinander von Haftpflichtansprüchen und Sozialversicherungsleistungen also keinen Gewinn ziehen¹⁴.

Um nicht seinerseits von der Sozialversicherung zu profitieren¹⁵, muss dabei der Haftpflichtige dennoch seine ganze Ersatzleistung erbringen, und zwar teils dem Ge-

12 Gesamtschaden: effektiver Schaden innerhalb eines bestimmten Schadenspostens und im Gegensatz zum 'versicherten Schaden' im Sozialversicherungsrecht (*Stein* in FS Assista 325) und zur unter Umständen reduzierten Ersatzpflicht des Haftpflichtigen.

13 Unter Vorbehalt der Kürzung durch den Sozialversicherer (AHVG 48quater II i.V.m. AHVG 18 I; IVG 7, 31); hinten § 22. Zum Quotenvorrecht des Geschädigten bei Kürzung nur der Haftpflichtentschädigung: hinten § 21.

14 Beträchtliche Gewinne aus voller Kumulation von Haftpflicht- und Sozialversicherungsansprüchen, wie sie vor Einführung des Regressrechts der AHV/IV möglich waren (je ein extremes Beispiel bei *Maurer* K+S 48 ff.), gehören damit im Bereiche der Bundessozialversicherung der Vergangenheit an. Denn schon seit langem subrogieren die SUVA (KUVG 100), die EMV (MVG 49) und die Pensionskassen des Bundes (BtG 48 V) in die Ersatzansprüche ihrer Versicherten gegenüber Dritten. Auch in der privaten Unfallversicherung kann der Verunfallte seit BGE 104 II 44 die von der praktisch einhelligen Lehre (ähnlich: *Kuhn* in SVZ 46 (1978) 82 [obiter]) zum Teil heftig kritisierte (vgl. *Merz* in ZBJV 112 (1976) 115 ff.; *Oftinger* 382 FN 23 mit weiteren Hinweisen; *Oswald* in SVZ 44 (1976) 23; ders. in SVZ 41 (1973) 130 u.v.a.) Doppelzahlung von Heilungskosten und vorübergehendem Verdienstausschlag nicht mehr verlangen (Bestätigung dieser Rechtsprechung im n.p. BGE vom 4. November 1980 i.S. *Treuter/Miremont Levant SA*, S. 8).

Zur Bereicherung und Überentschädigung im Versicherungsrecht: *Koenig* in SVZ 33 (1965) 321 ff.; *Suter* in SVZ 36 (1968) 1 ff., 33 ff.; *Rusconi* in FS Assista 225 ff. Vgl. auch BGE 105 II 291.

Auch der verletzte Arbeitnehmer darf Haftpflichtansprüche für Verdienstausschlag nicht mit der Lohnfortzahlung, zu der der Arbeitgeber verpflichtet ist, kumulieren. OR 324a; BGE 97 II 265; *Widmer* in SJZ 73 (1977) 283; *Szöllösy* in SJZ 72 (1976) 342. Dies wird auch stillschweigend vorausgesetzt von *Kuhn* in SJZ 70 (1974) 133 ff. Spätestens seit BGE 104 II 44 ist auch dem nach OR 324a lohnfortzahlungspflichtigen Arbeitgeber ein Regressrecht im Rahmen von OR 51 zuzugestehen, denn seine Leistungspflicht entspricht qualitativ derjenigen der SUVA oder des privaten Unfallversicherers, der den Lohnausfall entschädigt. Es entbehrt jeder sachlichen Rechtfertigung, den Arbeitgeber, der das Risiko unfallbedingter Arbeitsunfähigkeit seines Arbeitnehmers selbst trägt, schlechter zu stellen als den Versicherer bzw. die SUVA, auf die er dieses Risiko abwälzen könnte, und denen nach VVG 72 (BGE 104 II 44) bzw. KUVG 100 (demnächst UVG 41) das Regressrecht gegen den haftpflichtigen Dritten zusteht. Vgl. *Kuhn* in SJZ 70 (1974) 138; *Rehbinder Manfred*, Schweizerisches Arbeitsrecht, 6.A. Zürich 1981, 68; *Vischer Frank*, Der Arbeitsvertrag, Schweizerisches Privatrecht VII/1, Basel 1977, 279 ff., 388. *Widmer* in SJZ 73 (1977) 287 und *Stein Peter*, Unfall des Arbeitnehmers, Genf 1974, 32 wollen dem Arbeitgeber sogar ein Regressrecht auch gegenüber rein kausal Haftpflichtigen zugestehen, während *Oftinger* I 351 eine differenzierende Lösung aufzeigt.

Nach Ansicht des Verfassers ist zudem auch ein Regressrecht von familienrechtlich Ersatzpflichtigen im Rahmen von OR 51 II anzuerkennen. Dies ist dann von Bedeutung, wenn Verwandte nach ZGB 328 unterstützungspflichtig werden oder wenn sich die Unterhaltspflicht eines Elternteils bei Tod des anderen nach ZGB 276 I i.V.m. 285 I erhöht und der Schaden nicht bereits als Versorgerschaden des Unterhaltsberechtigten ersetzt oder im Rahmen des Versorgerschadens des überlebenden Elternteils berücksichtigt worden ist.

15 Zweck der Subrogation (der SUVA) ist es, 'zu verhindern, einerseits, dass der Geschädigte doppelten Ersatz erhalte, andererseits, dass der Schadenstifter frei ausgehe': BGE 58 II 232;

schädigten direkt, teils der Sozialversicherung regressweise. So wird im Ergebnis die Sozialversicherung teilweise entlastet, was im Interesse der Versicherten und ihrer Arbeitgeber liegt, welche die AHV/IV ja mit ihren Beiträgen weitgehend finanzieren¹⁶.

Die AHV/IV schliesslich soll durch die Subrogation keinesfalls mehr erhalten, als sie selber leistet¹⁷.

C. Notwendigkeit der Vermeidung von Überentschädigungen?

Ist eine Überentschädigung durch Kumulation von Schadenersatz und AHV/IV-Leistungen überhaupt so stossend, wie es vor Einführung des Regressrechtes vielfach behauptet worden ist¹⁸?

Der Verfasser möchte dies aus zwei Gründen zumindest ernstlich bezweifeln. Erstens ist es nicht angebracht, im Zusammenhang mit bedeutenden Invaliditäten oder dem Tode naher Angehöriger eine allfällige Überentschädigung als 'stossend' zu bezeichnen¹⁹. Und zweitens decken die AHV/IV-Leistungen in der Regel bei weitem nicht den ganzen Schaden²⁰. Praktisch nur dann, wenn der Haftpflichtige einen entsprechend grossen Teil des Schadens zu ersetzen hatte, konnten über-

vgl. BGE 54 II 468; 96 II 362. Das Prinzip der Verantwortlichkeit des Einzelnen für sein schädigendes Verhalten soll erhalten bleiben: *Oswald* in SVZ 41 (1973) 137. Vgl. zu den rationes legis beim SUVA-Regress auch: *Deschenaux* in FS Schönenberger 250.

Mestre 295 [N 256]: 'la Sécurité sociale ne modifie pas les principes sacro-saints de la responsabilité civile, et notamment l'obligation faite à l'auteur du dommage de supporter la charge de la réparation dans la mesure de sa part de responsabilité dans l'accident.'

16 AHVG 3 ff.; IVG 2 f. Ähnliche Argumentation betreffend SUVA: *Oftringer* 408 f.; betreffend Schadensversicherung: *Rosen* in AIDA III 06-04. Verminderung des Schadenaufwandes der Versicherung durch Subrogation: *Oswald* in SVZ 36 (1968) 284 (SUVA); ders. in SVZ 41 (1973) 138 sowie *Rosen* in AIDA III 06-01: '...subrogation ... can often mean the difference between a profit and a loss ...'. Die Regresseinnahmen der SUVA betrugen 1978 96 Mio Fr. (gegenüber Prämieeneinnahmen von 998 Mio): *Sonderegger Fritz*, Die SUVA, in: Das Schweizerische Sozialversicherungswerk SUVA/MV/IV, Sonderabdruck aus: Schweiz. Ärztezeitung 1980, Bern 1980, S. 5.

17 AHVG 48ter; BGE 64 II 428 (SUVA). *Wussow/Küppersbusch* 106 [N 417]; *Mazeaud/Tunc* I [5.A] 323 [N 267-2]. In der Regressrechnung sind nur solche Leistungen zu berücksichtigen, die die AHV/IV nicht auch ohne das schädigende Ereignis bereits erbracht hat (vgl. *Kozioł* 209 f. und hinten § 25 FN 44 ff.) oder in Zukunft hätte erbringen müssen (hinten § 19 A).

18 BGE 85 II 262; *Maurer* K+S 56; ders. in ZBJV 113 (1977) 266 f. Vgl. *Räber* in ZfV 1979 610. Zur Überentschädigung im Sozialversicherungsrecht: *Duc* in SZS 26 (1982) 64 ff.

19 Sinngemäss auch: *Rusconi* in FS Assista 246. Überentschädigungen sind jedoch 'sozialpolitisch unerwünscht': *Oswald* in SVZ 44 (1976) 26.

20 Bei einem Einkommen von 3000/Mt und voller Invalidität beträgt die IV-Rente rund 1000/Mt und deckt so 1/3 des Schadens (Hinterlassenenrenten decken regelmässig einen etwas grösseren Teil des Schadens). Die Aussage von *Maurer* (ZBJV 113 (1977) 266), wonach die AHV/IV-Renten den Schaden 'bereits für sich allein sehr oft vollständig' ausgleichen, mag zwar richtig sein, ist jedoch in dieser Form zumindest missverständlich.

haupt Schadenersatz- und AHV/IV-Leistungen zusammen den Schaden erheblich übersteigen. So war aber in praxi eine Überentschädigung auch ohne Regressrecht der AHV/IV überhaupt nur dann möglich, wenn dem Geschädigten kein oder nur ein geringes, neben demjenigen des Haftpflichtigen oder dessen Betriebsgefahr kaum ins Gewicht fallendes Mitverschulden zur Last gelegt werden konnte und er selbst auch keine erhebliche Betriebsgefahr zu vertreten hatte.

Damit betrafen Überentschädigungen aber immer Fälle, in denen ohne jede rechtlich relevante Mitverursachung durch den Verletzten oder Getöteten ganz erheblich in dessen Persönlichkeitsbereich oder in denjenigen seiner Angehörigen eingegriffen worden war. Solche Überentschädigungen können vom ethischen Standpunkt aus deshalb niemals als stossend, sondern im Gegenteil vielfach als gerecht empfunden werden. Sie hatten nämlich zur Folge, dass der völlig schuldlose und auch nicht durch eine Betriebsgefahr belastete Geschädigte wirtschaftlich besser gestellt wurde als derjenige, der eine eigene Betriebsgefahr oder ein leichtes Mitverschulden zu vertreten hatte und seinen Schaden dennoch regelmässig durch Schadenersatz und AHV/IV-Leistungen zusammen voll gedeckt erhielt. Da dieselben Tatsachen, die eine Überentschädigung zur Folge haben konnten, oft gleichzeitig auch einen Genugtuungsanspruch gegen den Haftpflichtigen begründen, konnte einer allfälligen Überentschädigung aus der Sicht des Geschädigten durchaus die Funktion einer zusätzlichen Genugtuung zukommen. Diese fällt jetzt weg. Es bleibt abzuwarten, ob nicht die Geschädigten deren Wegfall durch die Forderung höherer Genugtuungssummen zu kompensieren versuchen werden und ob ihnen die Praxis dabei recht geben wird.

Der Gesetzgeber hat Überentschädigungen nicht ausdrücklich und absolut verboten. Ein striktes Bereicherungsverbot ist denn auch dem Sozialversicherungsrecht nach wie vor ebenso fremd wie dem Privatversicherungsrecht²¹. Wenn auch seit langem das Regressrecht der AHV/IV als ein Mittel zur Vermeidung von Überentschädigungen postuliert worden ist, so standen doch immer und ausschliesslich sogenannte 'stossende', also eindeutige und ganz erhebliche Überentschädigungen zur Debatte²². Dagegen waren die geringfügigen und die noch ganz unbestimmten, nicht konkret vorhersehbaren Überentschädigungen nie Gegenstand vertiefter Auseinandersetzungen und wurden insbesondere nicht ausdrücklich als unerwünscht bezeichnet. In diesem Bereich ist daher das allgemeine Interesse an der Gleichbehandlung grösserer und kleinerer sowie sicherer und unbestimmter Überentschädigungen gegen diejenigen der Rechtssicherheit, der Praktikabilität und insbesondere gegen das Recht primär des Geschädigten auf Schadenersatz abzuwägen.

21 *Koenig* SPR VII/2 669; vgl. ders. in SVZ 33 (1965) 321 ff. [passim]. Einzelne Bestimmungen im Sozial- und Privatversicherungsrecht lassen jedoch darauf schliessen, 'dass der Gesetzgeber bei Erlass dieser Gesetze eine Bereicherung des Versicherten hat verhindern wollen': *Suter* in SVZ 36 (1968) 20.

22 *Maurer* in ZBJV 113 (1977) 266 spricht von 'massiven Überentschädigungen' (ders. l. cit. 267: 'hohe ...'). Vgl. auch die Beispiele bei *Maurer* K+S 48 ff.

Geringfügige Überentschädigungen sind daher auch heute mindestens dort noch in Kauf zu nehmen, wo es darum geht, Zweifelsfälle in der Schadens- und Regressliquidation zu Gunsten des Geschädigten zu entscheiden²³.

23 BGE 84 II 302 f.; 81 II 518. *Oswald* in SVZ 41 (1973) 138.

Viel weiter geht das britische Recht, das einen Sozialversicherungsregress überhaupt nicht kennt: 'Far better to let the victim recover a few pounds more ... rather than give such a right to the State' (*Marriott Thomas*, Diskussionsbeitrag in AIDA III, Sujet 1, 26).

§ 2 Haftpflichtrecht und/oder Sozialversicherung?

Der gesamte Fragenkomplex im Zusammenhang mit dem Regressrecht der Sozialversicherer würde weitgehend gegenstandslos, wenn das Haftpflichtrecht durch einen generellen und lückenlosen Sozialversicherungsschutz ersetzt würde. Das ist in einigen Staaten in neuerer Zeit bereits geschehen und wird von einzelnen Autoren auch für die Schweiz postuliert¹. Obwohl die Idee einer generellen staatlichen Unfallversicherung, also die konsequente Sozialisierung aller Personenschäden, prima facie bestechend erscheinen mag, überwiegen doch die Nachteile einer solchen Lösung².

Denn obwohl schon heute die Haftpflichtversicherung die Schäden in einem gewissen Masse sozialisiert, tut sie dies nicht vollständig, sondern nur innerhalb gleicher Risikogemeinschaften, womit dennoch eine gerechte Belastung der Versicherungsnehmer entsprechend ihrem Gefährdungs- und Schädigungspotential erreicht wird³. Zudem führt in der praktisch sowohl zahlen- wie auch schadensmässig sehr

1 Ausführliche, objektive und kritische Würdigung der Argumente für und gegen den Ersatz des Haftpflichtrechts durch eine Unfallversicherung bei *Bossonnet*. Vgl. auch *Gilliard* in ZSR 86 (1967) II 206 ff. mit Hinweisen auf das von *André Tunc* konzipierte Modell einer besonderen Verkehrsunfallversicherung; *Tercier* in ZSR 95 (1976) I 25 und die Hinweise auf *Gilliard* und *Tercier* bei *Fleming/Hellner/von Hippel* 77. Ausführlich zu dieser Frage *Fleming/Hellner/von Hippel*. Weitere Literaturangaben bei *Stark* in VersR 32 (1981) 2 FN 1, 2 und bei *Landmann* in SVZ 49 (1981) 193 FN 1.

Sehr ergiebig zur Frage des Schadensausgleichs bei Verkehrsunfällen: *Aktuelle problemen van verzekeringsrecht*, Colloquium Gent 24–28 Juli 1972, Gent 1974, mit Beiträgen zum Thema 'De vergoedingsbronnen voor de Slachtoffers van Ongevallen': *A.-R. Bloembergen* (Niederlande); *R. O. Dalcq* (Belgien); *I. England* (Israel); *B. Gomard* (Dänemark); *J. Hellner* (Schweden); *G. Hohloch* (Deutschland); *C.S.S. Lyon* (Grossbritannien); *M. Rosenberg* (USA); *G. Viney* (Frankreich); *H. Weyers* (Deutschland).

Mit überzeugenden Argumenten gegen Ersatz des Haftpflichtrechts durch eine Volksunfallversicherung: *Stark* in VersR 32 (1981) 1 ff. und ders. bei *Fleming/Hellner/von Hippel* 78. Ähnlich kritisch zum No-fault-System, das in den USA und in Kanada teilweise die Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung ersetzt hat: *Oswald* in SVZ 44 (1976) 14 ff. und *Rosen* in AIDA III 06-04 f. Ebenfalls eindeutig ablehnend: *Rusconi* in FS Assista 240 und *Bossonnet* 99 ff.

Die Situation in der Schweiz – und fast in ganz Kontinentaleuropa – lässt sich jedoch mit derjenigen etwa in den USA oder gar in Neuseeland schon deshalb überhaupt nicht vergleichen, weil bei uns der Geschädigte durch zahlreiche Kausal- und Gefährdungshaftungen und ein allgemein hochentwickeltes Haftpflichtrecht einen weitgehenden Schutz geniesst, den ihm das anglo-amerikanische Haftpflichtrecht in Verbindung mit der dortigen Gerichtspraxis nicht bietet (*Landmann* in SVZ 49 [1981] 197 ff., 203; *Stark* in ZSR 100 [1981] I 376 ff./SVZ 49 [1981] 233). Ähnliches gilt nach *Hellner* (in FS Oftinger 109 f.) für das gut entwickelte Haftpflichtrecht Schwedens neben demjenigen Dänemarks und Norwegens.

2 Nicht zu vergessen ist, dass private Unternehmen regelmässig effizienter und damit bedeutend kostengünstiger arbeiten als staatliche Anstalten. Sehr aufschlussreich zu dieser Frage: *Wittmann Walter*, Privatisierung öffentlicher Aufgaben, NZZ 1980 (Nr. 243) S. 37.

3 *Maurer* SVR I 413.

Dadurch spielt auch die Haftpflichtversicherung 'un rôle éducatif indéniable': *Perrin* 79. Anzustreben bleibt immer ein 'Ausgleich ... nach ethisch vertretbaren Grundsätzen': *Stark* in VersR 32 (1981) 1, 3.

bedeutenden Motorfahrzeughaftpflichtversicherung das in der Schweiz gut ausgebaute Bonus-/Malus-System zur wünschbaren zusätzlichen Belastung der schlechten und entsprechenden Entlastung der guten Risiken. Gerade solche Abstufungen wären bei Ersatz des Haftpflichtrechts durch eine Unfallversicherung aber nicht mehr oder höchstens noch sehr beschränkt und mit erheblich grösserem Aufwand möglich, sodass Personen mit geringem Schädigungspotential letztlich überbelastet würden und umgekehrt⁴.

Ein Ersatz des Haftpflichtrechts durch einen umfassenden Versicherungsschutz bedeutete zudem einen Einbruch ins Prinzip der Eigenverantwortlichkeit, das nicht nur für rechtsgeschäftliches, sondern auch für deliktisches Handeln sowie allgemein bei der Schaffung von Gefahren ein selbstverständliches Korrelat der Privatautonomie und damit notwendiges Element einer jeden freiheitlichen Rechtsordnung ist⁵. Eine solche Aufhebung der deliktischen Verantwortlichkeit des Einzelnen⁶ aber würde auch sein Interesse an der Schadensprävention abschwächen und damit den Interessen der Allgemeinheit krass zuwiderlaufen⁷.

Ein Haftungersatz durch Versicherungsschutz bedeutete zudem eine Abkehr vom Grundsatz des vollen Schadenersatzes, da eine Sozialversicherung – dies scheint unbestritten zu sein – immer nur Einkommensteile bis zu einem gewissen Plafond berücksichtigt und teilweise ersetzt⁸. Damit aber wäre paradoxerweise der Schutz gegen die wirtschaftlichen Folgen unberechtigter Eingriffe in Leib und Leben weit schlechter als derjenige gegen ebensolche in das Vermögen, wo das Haftpflichtrecht weiterhin gelten würde!

Das heutige Zusammenspiel der ursachenunabhängigen Sozialversicherung, die mit weitgehend tarifierten Leistungen⁹ zumindest das Existenzminimum des Geschädigten sicherstellt, mit dem Haftpflichtrecht, das, nach den Umständen des

4 In Schweden sind die Prämien weitgehend vereinheitlicht: *Hellner* in Fleming/Hellner/von Hippel 29. Die 1974 in Neuseeland eingeführte Volksunfallversicherung (*von Hippel* in SZS 22 (1978) 131 ff.) nimmt trotz gewisser Differenzierungen im allgemeinen nur sehr schwach (nach Ansicht des Verfassers viel zu schwach) Rücksicht auf die verschiedenen grossen Risiken. Daneben werden Teile der Versicherung sogar aus Steuermitteln finanziert (*von Hippel* in Fleming/Hellner/von Hippel 52), und auf die Schaffung eines ursprünglich erwogenen Bonus/Malus-Systems wurde verzichtet (*Landmann* in SVZ 49 (1981) 206).

5 Ähnliche Überlegungen bei *Widmer* in SJZ 73 (1977) 287.

6 *Oswald* in SVZ 41 (1973) 137, 129; ders. in SVZ 44 (1976) 15; *Stark* in VersR 32 (1981) 3; *Maurer* K+S 60; *A. Keller* in ZSR 98 (1979) I 204; *Widmer Pierre*, Die Versicherung und die Haftung der Erbringer von Dienstleistungen, SVZ 50 (1982) 65 ff., 68; *Landmann* in SVZ 49 (1981) 203.

7 *Stark* in VersR 32 (1981) 3 f.; ders. bei Fleming/Hellner/von Hippel 78. Auch in Dänemark hatte man bei Streichung des Haftpflichtrechts den 'Verlust der präventiven Kraft des Schadenersatzrechts' befürchtet: *Weyers* 417.

8 *Oswald* in SVZ 44 (1976) 15: 'Nivellierung und Leistungsbegrenzung'; *Stark* in VersR 32 (1981) 3. Vgl. auch *Hellner* in Fleming/Hellner/von Hippel 24. Die dadurch bewirkte Schlechterstellung des Verletzten gesteht auch *von Hippel* (Fleming/Hellner/von Hippel 71) ein.

9 *Oswald* in SVZ 44 (1976) 11 f.

Einzelfalles differenzierend¹⁰, die Wiedergutmachung möglichst des gesamten Schadens bezweckt, wird den weitaus meisten Fällen gerecht¹¹.

Als Argument gegen das Nebeneinander von Haftpflichtrecht und Sozialversicherung mit Regressrecht wird gelegentlich angeführt, der Regress sei in seiner Durchführung unverhältnismässig aufwendig. Dieses Argument widerspricht jedoch den Erfahrungen schweizerischer Haftpflichtversicherer¹². Die Regressrechnung selbst kann nämlich aufgrund der bereits vom Sozialversicherer bzw. vom Haftpflichtigen zur Festsetzung ihrer Leistungen ermittelten Grundlagen vorgenommen werden, sodass sich der zusätzliche Aufwand in einer meist einfachen arithmetischen Aufgabe erschöpft.

Die Schadenerledigung hätte sich dagegen noch weiter vereinfachen lassen, wenn der Gesetzgeber nicht der AHV/IV ein Regressrecht gewährt, sondern die Subsidiarität oder Kürzung ihrer Leistungen im Falle des Zusammentreffens mit Schadenersatzansprüchen vorgesehen hätte¹³. Dazu hätte er allerdings die Idee des unbedingten Anspruchs des Versicherten oder seiner Hinterlassenen auf Leistungen der AHV/IV aufgeben müssen, was eine wesentliche Abweichung von einem der tragenden Grundsätze des Systems der AHV/IV bedeutet hätte¹⁴.

10 *Stark* bei Fleming/Hellner/von Hippel 78; *Reichert-Facilides Fritz* das. 79 f.; *Bosonnet* 99 ff.; *Koenig* SPR VII/2 663. Nur das Haftpflichtrecht vermag 'sich der Mannigfaltigkeit des Lebens anzupassen': *Stark* in ZSR 100 (1981) I 373/SVZ 49 (1981) 231.

Die Flexibilität des Haftpflichtrechts im Vergleich zum Sozialversicherungsrecht zeigt sich sehr deutlich in den nicht publizierten Erwägungen von BGE 104 II 307 ff. Das BGer hat dort mit Hinweis darauf, dass das Haftpflichtrecht von anderen rechtlichen Voraussetzungen ausgeht als das Sozialversicherungsrecht, dem Geschädigten Ersatz für verschiedene, im Hinblick auf die weitere Berufsausübung zwar nicht absolut notwendige, aber doch äusserst nützliche Aufwendungen zugesprochen (Umbaukosten für ein besonders geeignetes Auto, kapitalisierte Autobetriebs- und Garagekosten, Kosten eines Autotelefons etc. für einen querschnittgelähmten Ingenieur, der weiterhin seinen Beruf ausüben wollte).

11 Zur Kombination der Sozialversicherung mit dem Haftpflichtrecht: *Szöllösy* in ZBJV 112 (1976) 38 f.

12 Vgl. die Zahlen bei *Stark* in VersR 32 (1981) 6.

13 Die für den Geschädigten nachteiligen Konsequenzen des Subsidiaritätsprinzips (*Maurer* K+S 23) liessen sich durch Vorleistungspflicht der AHV/IV in Verbindung mit einem entsprechenden Regressrecht vermeiden.

14 Aus diesem Grund lehnt *Maurer* (K+S 23) das Subsidiaritäts- und das Kürzungsprinzip für die AHV/IV ab.

Zum unbedingten Rentenanspruch: Botschaft zum AHVG vom 24. Mai 1946, BBl 1946 II 404, 446.

§ 3 Regress und Subrogation¹

A. Allgemeines

Wenn von mehreren Schuldnern einer einzigen Schuld der eine dem Gläubiger (also im Aussenverhältnis) mehr geleistet hat, als er letztlich (im Innenverhältnis) tragen muss, stellt sich die Frage des Rückgriffs. Lehre und Rechtsprechung unterscheiden meist zwischen konkurrierenden und solidarischen Ansprüchen, wobei diese aus gleichen, jene dagegen aus verschiedenen Rechtsgründen herrühren sollen².

Im Deliktsrecht führt dementsprechend nach heute noch verbreiteter Meinung gemeinsames Verschulden zu 'echter' Solidarität (OR 50), Haftung aus verschiedenen Rechtsgründen dagegen zu Anspruchskonkurrenz oder 'unechter Solidarität' (OR 51)³.

Praktische Auswirkungen hat diese Unterscheidung jedoch nur in zweifacher Hinsicht: Erstens erstreckt sich nach herrschender Lehre eine Verjährungsunterbrechung bei echter, nicht aber bei unechter⁴ Solidarität auch auf die Mitverpflichteten (OR 136 I). Und zweitens ergeben sich Unterschiede beim Regress⁵: Bei echter Solidarität tritt Subrogation kraft ausdrücklicher Anordnung im Gesetz ein⁶,

1 Regress als Oberbegriff umfasst den 'eigentlichen' oder 'selbständigen' Regress und die Subrogation: *Oswald* in AIDA I 09-17.

Angaben über 'Kumul der Leistungen, Regress und Subrogation in der privaten und in der staatlichen Versicherung' zahlreicher Staaten geben die Landesberichte zum '4e Congrès mondial de l'Association internationale du droit de l'assurance' (publiziert in: AIDA I-III), verfasst von: *J.C.M. de Almeida* (Portugal), *J.V. Campos* (Brasilien), *H.A.L. Cockerell* (Grossbritannien), *J. Elkes* (Israel), *G. Eörsi* (Generalbericht für sozialistische Länder), *J. Hellner* (Schweden), *A. Kjønstad* (Norwegen), *L. Mok* (Niederlande), *J.C.F. Morandi* (Argentinien), *M. Nagy* (Ungarn), *H. Oswald* (Schweiz), *G. Partesotti* (Italien), *J. Ripoll* u.a. (Frankreich), *M. Rosen* (USA), *R. Schmidt/D.W. Lüer* (Generalbericht für nicht-sozialistische Länder), *K. Sieg* (Bundesrepublik), *J.A.G. Trevijano Fos* (Spanien), *W. Warkallo* (Polen), *A. Weitzel/J. Prum* (Luxemburg).

2 Statt vieler: *Bucher* 443. Vgl. auch ZR 67 (1968) Nr. 23, S. 85.

3 BGE 90 II 190 f.

Die Unterscheidung 'echte'-'unechte' Solidarität ist von geringer praktischer Bedeutung (*Gilliard* in FS Deschenaux 290) und wäre aufzugeben (gl.m.: *Oftinger* 340; *Stark* in ZSR 86 (1967) II 62 FN 126; *Gilliard* das. 259; von *Tuhr/Escher* 321; *Oswald* in SZS 16 (1972) 13; zumindest kritisch: *Bucher* 448 und offenbar *Widmer* in FS Assista 274 FN 14; a.M.: *Becker* OR 144 N 5 und *Oser/Schönenberger* N 8 vor OR 143). Bereits OR 51 lässt nämlich sinngemäss auf 'Gleichbehandlung der internen Beziehung der Ersatzpflichtigen mit OR 50 schliessen': *Stucki* 82 f. So auch: *Jansen* 111 f.; *Guhl* 191; *Eren* 433 ff.

4 *Oftinger* 339; *Bucher* 448; von *Tuhr/Escher* 320; *Becker* OR 136 N 4; *Guhl* 30. Allerdings macht hier gerade SVG 83 II eine praktisch sehr wichtige Ausnahme.

5 Statt vieler: *Oftinger* 339.

6 OR 149 I. Die Subrogation ist auch im Deliktsrecht bedeutsamer, als *Bucher* 448 FN 44 annimmt, denn obwohl hier kaum je besondere Sicherheiten bestehen, hat doch der Geschädigte nach VVG 60 ein Pfandrecht am allfälligen Anspruch des Schädigers gegen den Haftpflichtversicherer. Dieses Pfandrecht folgt bei Subrogation der Ersatzforderung und kommt dadurch dem regressierenden Versicherer zugute. Letzterem stünde nämlich dann, wenn er

dagegen nach verbreiteter Meinung grundsätzlich nicht bei unechter Solidarität, wo dem zahlenden Schuldner ein selbständiges Regressrecht zusteht⁷.

B. Selbständiger Regress als subsidiäre Form

Überall dort, wo keine Subrogation eintritt, hat der Regressberechtigte einen eigenen, originären Regressanspruch. Dies bringt ihm zwei Hauptvorteile: erstens kann ihm der Regressverpflichtete keine Einreden aus seinem Verhältnis zum befriedigten Gläubiger entgegenhalten, und zweitens unterliegen direkte Regressansprüche einer selbständigen Verjährung⁸.

Die zahlreichen Nachteile, die der aus eigenem Recht Regressierende daneben in Kauf nehmen muss, sind im folgenden Abschnitt C als Vorteile der Subrogation angeführt.

aus eigenem Recht regressierte (Krankenkasse ohne tragfähige Subrogationsklausel; mit dem ersten solidarisch haftender weiterer Schädiger), kein selbständiges Pfandrecht am Haftpflichtversicherungsanspruch zu. VVG 60 gewährt dieses nämlich ausdrücklich nur dem geschädigten Dritten. Der regressierende Versicherer aber ist nur mittelbar geschädigt, im Sinne des Haftpflicht- und Versicherungsrechts also nicht selbständig ersatzberechtigt, so dass VVG 60 für ihn nicht direkt gilt.

7 Statt vieler: *Bucher* 448 FN 44; *Oftinger* 339 und dort in FN 25 angeführte Literatur. Subrogation bereits de lege lata auch im Falle von OR 51 anzunehmen scheint *Karrer* 40. Für den praktisch bedeutsamen Regress des privaten Schadensversicherers ordnet aber VVG 72 die Subrogation an; der selbständige Regress aufgrund von OR 51 ist von geringer praktischer Bedeutung. Eine Anwendung von OR 149 auch auf die Fälle 'unechter' Solidarität würde sachlich nicht zu rechtfertigende Differenzierungen beseitigen und wäre angezeigt (*Oftinger* 340; *Jansen* 112; *Keller* in SJZ 71 (1975) 306 FN 5 [obiter]).

8 Wenn der Rückgriff auf einem besonderen Rechtsverhältnis zwischen dem Regressierenden und dem Regressaten beruht, so ist die hierfür massgebliche Verjährungsfrist anwendbar (*Spiro* I 477, 480). Andernfalls gilt dieselbe Verjährungsfrist wie im Verhältnis des Regressaten zum Geschädigten: *Stark* in ZSR 86 (1967) II 96; *Schwander* Diss. 41; *Oftinger* 355 f. Der Beginn der Verjährung direkter Regressforderungen ist in der schweizerischen Lehre und Praxis nicht abschliessend geklärt (Übersicht hierzu bei *Spiro* I 491). Nach SVG 83 III beginnt die Verjährungsfrist erst zu laufen, wenn der Regressierende bezahlt hat und den Regressaten kennt. Diese Regelung sollte – entgegen BGE 55 II 123 – allgemein für die Rückgriffsverjährung gelten: *Stark* in ZSR 86 (1967) II 96. Im Ergebnis ähnlich: *Gilliard* in ZSR 86 (1967) II 228, der statt auf die Zahlung auf die Anerkennung oder gerichtliche Feststellung der Leistungspflicht des Regressierenden abstellt.

9 Zum Begriff der Subrogation: *Keller* in SJZ 71 (1975) 305. Zur Entwicklung der Subrogation: *Mestre* 21 ff. und *Chaudet* 25 ff.

*C. Subrogation*⁹

Wo das Gesetz zur Durchführung eines Regresses¹⁰ die Subrogation anordnet¹¹, tritt der zahlende Schuldner ex lege in die Rechtsstellung des Gläubigers ein, ohne dass die Forderung durch die Leistung des ersten Schuldners unterginge¹². Der Rückgriff wird im schweizerischen Recht unter Solidarschuldern¹³ immer durch Subrogation ausgeübt, was für den Schadensversicherer in VVG 72 noch ausdrücklich festgehalten wird.

Die Subrogation als Legalzession¹⁴ bringt dem Regressberechtigten einige bedeutende Vorteile gegenüber dem selbständigen Regress. So erwirbt er nach OR 170 mit der Forderung auch alle ihre Neben- und Vorzugsrechte sowie vermutungsweise den Anspruch auf rückständige Zinsen. Daneben hat ihm der Geschädigte die Geltendmachung der Forderung zu erleichtern. Schliesslich kann der Regressberechtigte als Rechtsnachfolger des Geschädigten auch ein von diesem bereits erwirktes Urteil direkt vollstrecken. Andererseits geht die Forderung mit laufender Verjährung über¹⁵, und der debitor cessus kann dem Regressberechtigten alle Einreden, die er dem Geschädigten gegenüber hatte, zusätzlich zu den neu entstandenen, entgegenhalten¹⁶. Schliesslich kann der beteiligte Haftpflichtversicherer dem regressierenden SVT immer auch Einreden aus dem VVG oder dem Versicherungsvertrag entgegenhalten, auch wenn diese gegenüber dem Geschädigten durch spezielle Gesetzesvorschriften ausgeschlossen sind¹⁷.

10 Die Subrogation dient aber keineswegs nur der Durchführung von Regressen.

11 OR 149 I, 70 III, 110; VVG 72; KUVG 100; MVG 49; AHVG 48ter; IVG 52; UVG 41; BtG 48 V.

12 Statt vieler: *Oswald* in SZS 16 (1972) 12. *Mestre* (S. 695 f, N 635) unterscheidet 'un paiement translatif de créance' (Subrogation des Zahlenden, der die Schuld nicht endgültig tragen muss noch will) vom 'paiement extinctif de créance'.

Der römischrechtliche Grundsatz 'nemo plus iuris ad alium transferre potest quam ipse habet' gilt ohne Einschränkung, sodass der regressierende SVT immer nur solche Ansprüche erwirbt, die ohne die Subrogation der Geschädigte auch selbst geltendmachen könnte. *Mazeaud/Tunc* I [5.A.] 326 [N 267-4]; *Savatier* II [2.A.] 153 [N 580].

13 OR 149 I; zur generellen Anwendung dieser Bestimmung auch auf Fälle 'unechter' Solidarität: vorstehend FN 7.

14 *Oftinger* 379; *von Tuhr*/Escher 370; *Bucher* 524 ff.; *Engel* 416. Näheres dazu hinten § 13.

15 BGE 60 II 34 E.3 (SUVA-Regress); *Oftinger* 379.

16 OR 169 II; BGE 63 II 201 (SUVA-Regress); *Keller* in SJZ 71 (1975) 306 FN 3.

17 So ausdrücklich (D)VVG 158c IV. *Wussow/Küppersbusch* 108 [N 422] mit Hinweisen auf die ständige Rechtsprechung des BGH.

Der Einredenausschluss in verschiedenen Spezialgesetzen (hinten § 13 FN 15) ist nämlich nicht ein Neben- oder Vorzugsrecht der Forderung, das mit dieser auf den Zessionar übergehen könnte, sondern ein persönliches Privileg des direkt Geschädigten (dazu hinten § 13 FN 16), denn die ratio legis des Einredenausschlusses, dem Geschädigten aus sozialen Gründen unabhängig von Mängeln des Versicherungsverhältnisses Deckung zu verschaffen, rechtfertigt unter keinen Umständen eine Ausdehnung dieses Privilegs auch auf regressierende Versicherer, für die der Regress nicht dieselbe existenzielle Bedeutung hat wie der Schadenersatz für den Geschädigten. Vor allem aber hat der SVT beim Regress immer auch auf den Schädiger gebührend Rücksicht zu nehmen (vgl. hinten § 8 FN 42). Dies würde ihm aber ohnehin sehr oft verbieten, gegen den Haftpflichtversicherer zu regressieren, soweit dieser

Die Subrogation der wichtigsten SVT¹⁸ nach den Regressnormen der Sozialversicherungsgesetze hat weitgehend die gleichen Wirkungen wie diejenige aufgrund privatrechtlicher Bestimmungen^{19, 20}. So sollten auch Sozialversicherer gegenüber

seine Aufwendungen vom Schädiger aufgrund des Versicherungsvertrages oder des VVG zurückfordern könnte, denn sonst würde der SVT gegebenenfalls indirekt den Ruin des Schädigers bewirken.

18 AHV/IV; SUVA; private Träger der Unfallversicherung nach UVG; EMV; EVK; PHK.

19 OR 166 spricht vom Forderungsübergang 'kraft Gesetzes' (so im Marginale) und stellt diesen systematisch neben die vertragliche Abtretung von Forderungen. Damit gilt auch für die Subrogation als Legalzession das private Zessionsrecht von OR 167–174. OR 166 gilt für die Legalzession schlechthin, denn er unterscheidet nicht nach der privat- oder öffentlichrechtlichen Natur des massgeblichen Gesetzes, und auch die öffentlichrechtlichen Subrogationsnormen der Sozialversicherungsgesetze, die alle jünger sind als OR 166 (30. März 1911), enthalten keinen Hinweis darauf, dass für sie OR 166 und damit das private Zessionsrecht nicht gelten solle.

Nach ständiger Rechtsprechung des BGer gilt OR 166 nicht nur für die Subrogation aufgrund privatrechtlicher Bestimmungen, sondern zumindest auch für diejenige der Sozialversicherer. BGE 63 II 202 bezeichnet denn auch KUVG 100 und VVG 72 als 'auf besonderer Vorschrift beruhende Spezialfälle der allgemeinen Subrogation gemäss Art. 110 OR'. Vgl. auch BGE 47 II 487 [obiter] und ZR 79 (1980) Nr. 109 S. 228 [betreffend AIVG 28 II]. Zur Subrogation der SUVA: *Oftinger* 406: '... OR 167 ff. als OR 166 (30. März 1911), von *Tuhr*/Escher 370 und daselbst FN 7. *Des Gouttes* 3 FN 11 nennt KUVG 100 kommentarlos neben den im Privatrecht angeordneten Fällen der Subrogation. Vgl. auch *Vonmoos* 75 f. sowie *Bener* 39 mit Hinweisen auf die Praxis zum deutschen, anglo-amerikanischen und französischen Recht daselbst FN 3.

Bereits 1913 (BGE 39 II 78) hat das BGer ganz klar gesagt, dass sich der Rechtsübergang nach § 140 des damaligen deutschen Reichs-Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes (RGUG) 'von der ordentlichen Legalzession in keiner Weise' unterscheidet. Hier wie dort gehe 'eine privatrechtliche Forderung mit den Wirkungen der zivilrechtlichen Abtretung' über, und der SVT erhalte die 'Stellung eines gewöhnlichen privatrechtlichen Zessionars' (Vgl. den Hinweis auf die Ähnlichkeit von RGUG 140 und KUVG 100 (BGE 39 II 79), der analog auch für AHVG 48ter [und UVG 41 bzw. MVG 49] gilt). Zur Geltung von OR 167 bei Subrogation: BGE 95 II 247 [obiter]; *Oser/Schönenberger* OR 167 N 3.

Auch im französischen Recht unterscheidet sich die Subrogation der *Sécurité sociale* diesbezüglich nicht von derjenigen aufgrund anderer (privatrechtlicher) Bestimmungen: *Mestre* 296 ff. [N 258–264]; *Mazeaud/Tunc* I [5.A.] 322 [N 267-1].

Die deutsche Praxis betrachtet die Subrogation der SVT nach RVO 1542 ebenfalls als gesetzlichen Forderungsübergang im Sinne von BGB 412 und wendet daher privates Zessionsrecht an: BGH VersR 32 (1981) 349 [obiter]; *Schlegelmilch* bei Geigel 1358 [30 43]; *Wussow* 824 [N 1398]; *Wussow/Küppersbusch* 108 [N 424]. Vgl. auch *Sieg* in AIDA I 01-15. Im italienischen Recht unterstellt CCit 1886 die Sozialversicherung unter Vorbehalt abweichender gesetzlicher Regelung allgemein dem privaten Versicherungsrecht, sodass insbesondere dessen Subrogationsnorm (CCit 1916) auch für den Regress der SVT gilt (*Partesotti* 05-16). Das 'diritto di regresso' der SVT wird als Sonderfall der zivilrechtlichen Subrogation angesehen (*Partesotti* 05-17) und unterscheidet sich von dieser nur teilweise (*Nicolò/Stella Richter* 2081 [CCit 1916 N 3bis]).

20 Die Subrogation öffentlichrechtlicher Versicherer unterscheidet sich von derjenigen Privater praktisch nur dadurch, dass einerseits jene im Gegensatz zu diesen auch in Ansprüche gegen bloss kausal oder nur aus Vertrag Haftpflichtige subrogieren (vgl. hinten § 10 B und daselbst FN 4), und dass andererseits dem Geschädigten gegenüber privaten Versicherern immer – auch bei Kürzung der Leistungen wegen grober Fahrlässigkeit – das QV zusteht, während in diesen Fällen beim Regress öffentlicher Versicherer teils schon heute (AHVG 49 quater II), teils in naher Zukunft (UVG 42 II; MVG 49 II [Fassung vom 20. März 1981]) die QT Platz greift.

mehreren dem Geschädigten solidarisch Haftenden nur anteilmässig regressieren können²¹, denn weder aus dem Gesetz noch aus Sinn und Zweck der Sozialversicherung ergibt sich etwas anderes.

Die Solidarität mehrerer Haftpflichtiger hat das Gesetz nämlich allein im Interesse und zum Schutz des unmittelbar Geschädigten angeordnet. Sie bleibt gegenüber dem regressierenden Versicherer nicht erhalten²². Hier erfordert vielmehr der Schutz des einzelnen Regresspflichtigen, dass er erst dann über seine Quote hinaus in Anspruch genommen werde, wenn der Anteil eines der übrigen Regresspflichtigen nicht erhältlich ist²³.

Die AHV/IV kann also wie jeder andere private oder öffentliche Versicherer gegen mehrere ursprünglich solidarisch Haftende nur je bis zur Höhe ihrer endgültigen Haftungsquoten regressieren.

21 Im internen Verhältnis zwischen mehreren Ersatzpflichtigen besteht die Solidarität nicht mehr fort: BGE 103 II 138 ff.

Auch die SUVA kann nur insoweit gegen einen von mehreren Haftpflichtigen regressieren, als dieser im internen Verhältnis den Schaden zu tragen hat: *Schaer* in SVK 34 (1979) 10; *Oswald* in AIDA I 09-24.

22 Die damit verbundene Schlechterstellung des regressierenden SVT im Verhältnis zum direkt Geschädigten ist keineswegs eine Besonderheit. Sie besteht einerseits ganz allgemein beim Regress unter ('echt' oder 'unecht') solidarisch Haftenden, und sie ist daneben auch eine notwendige Folge des QV des Geschädigten (hinten § 21) sowie seines Befriedigungsvorrechts (hinten § 22), die heute beide gesetzlich vorgesehen sind (AHVG 48 quater I, III; UVG 42 I, III).

23 OR 148 III. Zur subsidiären Anwendbarkeit zivilen Zessions- und Subrogationsrechts auch beim Regress der SVT: vorstehend FN 19.

§ 4 Interessen der Beteiligten

Am Regressverhältnis sind regelmässig drei Parteien beteiligt: der Geschädigte¹, der Haftpflichtige² und der Sozialversicherer. In der Praxis tritt sehr häufig ein Haftpflichtversicherer als Vierter hinzu³. Diese drei oder vier Beteiligten haben teils gleiche, teils entgegengesetzte Interessen.

A. Gemeinsame Interessen

Keiner der Beteiligten darf durch den Regress des Sozialversicherers schlechter gestellt werden, als er es wäre, wenn nur entweder der Haftpflichtanspruch oder die Leistungspflicht der Sozialversicherung bestünde. Sozialversicherungs- wie Haftpflichtrecht wollen nämlich vor allem die Interessen der Geschädigten wahren. Sie haben aber niemals einen haftpflichtigen Dritten in sachlich ungerechtfertigter Weise zu belasten.

Alle Beteiligten sind an einer raschen, einfachen Erledigung der Schadenfälle interessiert⁴, und das Ergebnis soll aus Gründen der Prozessökonomie und der Rechtssicherheit möglichst voraussehbar, einfach und schliesslich endgültig sein.

B. Interessen des Geschädigten

Der Geschädigte ist daran interessiert, möglichst seinen vollen Schaden ersetzt zu erhalten. Wichtig für ihn ist es, einmal möglichst rasch die für den laufenden Unterhalt erforderlichen Mittel verfügbar zu haben, und zwar mit der Gewissheit, sie nicht mehr zurückerstatten zu müssen. Er ist aber ganz besonders auch an einer raschen und grundsätzlich definitiven Erledigung des gesamten Schadenfalls inter-

1 Wo sich nicht materiell oder um der Klarheit willen eine Unterscheidung aufdrängt, wird in dieser Arbeit der Begriff des 'Geschädigten' auch für den 'Versicherten' und die 'Anspruchsberechtigten' im Sinne des Sozialversicherungsrechts verwendet. Vgl. Maurer SVR I 393.

2 Damit wird in dieser Arbeit grundsätzlich auch der Haftpflichtversicherer gemeint. Nur soweit erforderlich, wird differenziert.

3 Für Fragen des Haftpflichtversicherungsverhältnisses sei auf die Spezialliteratur verwiesen: Otfinger 451 ff. und dort S. 454 FN 364 zitierte Werke; Maurer PrVersR 408 ff.; Koenig in SPR VII/2 582 ff.; ders. PrVersR 492 ff., 517 ff.; Heusser Rolf, Das direkte Forderungsrecht des Geschädigten gegen den Haftpflichtversicherer, Diss. Zürich 1979.

4 Das versicherungsrechtliche Trennungsprinzip (Oswald in SVZ 44 (1976) 19; ders. in SZS 16 (1972) 36) verbietet es, Haftpflichtige mit Versicherungsschutz anders zu behandeln als solche ohne Versicherungsschutz: Sieg in VersR 31 (1980) 1086, 1090. Vgl. auch hinten § 11 FN 18.

4 BGE 86 II 47; Szöllösy 243 (obiter).

essiert⁵. Ausserdem soll er die Möglichkeit erhalten, sich mit Hilfe der Schadenersatz- und Versicherungsleistungen eine neue wirtschaftliche Existenz aufzubauen. Schliesslich dürfen ihm durch den Gläubigerwechsel in keinem Falle prozessuale Nachteile erwachsen.

C. Interessen des Haftpflichtigen

Der Haftpflichtige darf nicht Gefahr laufen, seine Ersatzleistungen doppelt, also an den Geschädigten und an die AHV/IV erbringen zu müssen.

Auch dürfen die internen Beziehungen zwischen dem Haftpflichtigen und seinem allfälligen Haftpflichtversicherer weder durch den Regress der AHV/IV berührt werden noch umgekehrt den Umfang dieses Regresses beeinflussen. Ein Haftpflichtiger ohne Versicherungsschutz kann aber daran interessiert sein, Schadenersatz in Rentenform zu leisten, während im Interesse der Haftpflichtversicherer die Möglichkeit der Kapitalzahlung wie bei der rein haftpflichtrechtlichen Erledigung der Schadenfälle erhalten werden und die Regel bleiben soll.

D. Interessen der Sozialversicherung

Das Interesse der AHV/IV besteht in der Sicherung, Erhaltung und Durchsetzung ihrer Regressforderungen mit vertretbarem administrativem Aufwand. Ihre Funktion als Trägerin sozialer Aufgaben im Interesse des Einzelnen wie der Allgemeinheit verlangt aber in verschiedener Hinsicht nach differenzierterer Interessenabwägung:

Der Regress der AHV/IV soll keine legitimen Interessen der Geschädigten oder der Allgemeinheit beeinträchtigen, auch nicht mittelbar durch Belastung privater Versicherer mit Doppelzahlungen, durch Erschwerung der Kalkulation, Verzögerung und Komplizierung der Schadenerledigung oder unnötige Zersplitterung der finanziellen Mittel. Die soziale Aufgabe der Sozialversicherung verlangt zudem eine gewisse Rücksichtnahme auch auf die Interessen des Schädigers⁶.

⁵ Vgl. Gilliard in ZSR 86 (1967) II 240. Unsicherheiten in der Frage der Entschädigung wurden den Invaliden psychisch belasten und könnten sogar den Heilungs- und Eingliederungserfolg in Frage stellen.

⁶ Oswald in SVZ 44 (1976) 20 (SUVA).

Insbesondere aber findet der Regress der AHV/IV seine Grenze immer an den legitimen Interessen des Geschädigten. Wenn das Bundesgericht diesen zu Recht im Zweifelsfalle den Vorrang vor denjenigen des Schädigers einräumt⁷, so muss dies a fortiori auch gegenüber den Interessen der regressierenden AHV/IV gelten. Daneben ist schliesslich das Risiko geringfügiger Überentschädigungen aus Gründen der Praktikabilität in Kauf zu nehmen⁸.

7 BGE 100 II 305; 95 II 264.

8 Betreffend Schadensversicherung: *Suter* in SVZ 36 (1968) 34.

2. KAPITEL

Haftpflicht- und Sozialversicherungsansprüche

§ 5 Allgemeines

Jeder Regress der AHV/IV setzt notwendig voraus, dass die AHV/IV sowie ein haftpflichtiger Dritter wegen des Todes oder der Gesundheitsschädigung derselben Person gleichzeitig leistungspflichtig sind. Dabei hat der haftpflichtige Dritte meist mehrere völlig verschiedenartige Leistungen zu erbringen¹, was bis zu einem gewissen Grade auch für die AHV/IV gilt².

Da sich jede Subrogation auf identische Leistungen beschränkt³, fallen alle Ersatzleistungen für Sachschäden⁴ und reine Vermögensschäden ausser Betracht, denn solchen Schäden entsprechen niemals AHV/IV-Leistungen.

Es können also von vorneherein nur Ersatzforderungen für Personenschäden auf die AHV/IV übergehen, und auch hier sind verschiedene Schadensposten immer auszuklammern, da die AHV/IV keine ihnen kongruente Leistung erbringt.

Niemals subrogiert die AHV/IV in Ersatzforderungen für ästhetischen Schaden oder in Genugtuungsansprüche, da sie keine diesen entsprechende Integritätserschädigungen zu erbringen hat⁵.

Daneben verbleiben aber auch Ersatzforderungen für die folgenden Schadensposten immer dem Geschädigten: Bestattungskosten; weiterlaufende Spesen Selbständigerwerbender und Verlust der Kundschaft während der AUF; Besuchskosten Angehöriger im Spital; Mehrkosten für Spitalpflege als Privatpatient; von Pflegekosten unabhängige Erhöhung der Lebenskosten⁶.

1 Personenschaden (OR 45 f.), häufig Genugtuung (OR 47), meist zusätzlich Sachschaden und gelegentlich reiner Vermögensschaden (OR 41 ff.). Zur Unterscheidung dieser Schadensarten: BGE 106 II 78; weitere Hinweise zum reinen Vermögensschaden bei A. Keller 44 f.

2 Witwen- und Waisenrenten (AHVG 23 ff., 25 ff.), Eingliederungsleistungen (IVG 8 ff.), Invaliden- (evtl. Alters-), Zusatz- und Kinderrenten (IVG 28 ff.; evtl. AHVG 22 ff.), Hilfslosenentschädigungen (IVG 42; AHVG 43bis) und evtl. Hilfsmittel der AHV (AHVG 43ter).

3 Näheres hinten § 18.

4 Eine Ausnahme hinsichtlich der Beschädigung von Prothesen erübrigt sich, da solche Fälle als Körperverletzung nach OR 46 (Kosten) zu erledigen sind: Deschenaux/Tercier 221. Die Beschädigung von Prothesen wird denn auch unter den Unfallbegriff im engeren Sinne subsumiert: Otfinger 92 FN 74 mit weiteren Hinweisen.

5 Im Gegensatz zur Integritätsrente und Genugtuung der EMV (MVG 23 I, 25, 40bis); vgl. neuerdings auch UVG 24.

6 Ein Beispiel für solche Ersatzansprüche in SJZ 61 (1965) 59.

Unter Umständen sind noch weitere Schadensposten zu ersetzen, die dem Zugriff des regressierenden SVT entzogen bleiben: Militärpflichtersatz, den der durch den Unfall dienstuntauglich gewordene Wehrmann schuldet (n.p. BGE v. 16. September 1975 i.S. Assicuratrice Italiana/Müller); Ersatz für eine verpasste, ohne Gesundheitsschädigung sicher voraussehbare Karriere (Stark in VersR 32 (1981) 3); Anschaffung eines Autotelefons für einen

Die AHV/IV kann damit nur in Ersatzforderungen des Geschädigten für die in AHVG 48quinquies II und IVG 52 II aufgezählten Schadensposten subrogieren, also für Versorgerschaden, AUF, EUF, Heilungs- und Eingliederungskosten sowie Pflege- und andere aus der Hilflosigkeit erwachsende Kosten.

querschnittgelähmten, dank grossem persönlichem Einsatz weiterhin erwerbstätigen Ingenieur (n.p. Erwägungen von BGE 104 II 307 ff. [kurz zusammengefasst in JdT 127 (1979) I Nr. 49 S. 454]); Kosten für die Anpassung einer Wohnung/eines Eigenheims an die besonderen Bedürfnisse eines Behinderten (BGH VersR 33 (1982) 238 ff.; KGer VS 6. September 79 i.S. Hennemuth v. Luftseilbahn X., S. 37 f. des Urteils); verspäteter Eintritt eines Jugendlichen ins Erwerbsleben. Vgl. auch die Zusammenstellung bei *Stark* in ZSR 100 (1981) I 373/SVZ 49 (1981) 231.

§ 6 Verhältnis zwischen Haftpflicht- und Sozialversicherungsansprüchen

A. Grundsätzliche Unabhängigkeit von Haftpflicht- und Sozialversicherungsrecht

Die beiden Leistungssysteme sind völlig unabhängig voneinander entstanden. Das Haftpflichtrecht ist im OR von 1881/1911 und in zahlreichen, teils älteren, teils aber auch viel jüngeren Spezialgesetzen geregelt, während AHV und IV erst 1946 und 1959 geschaffen worden sind¹. Damals wurde auf eine Koordination mit dem Haftpflichtrecht verzichtet². Ansprüche gegen den Haftpflichtigen einerseits und solche gegen die AHV/IV sind daher auch historisch gesehen voneinander unabhängig³. Dies bestätigt auch die völlig verschiedene funktionelle Ausgestaltung des Haftpflicht- und des Sozialversicherungsrechts: hier finale, dort kausale Begründung der Leistung.

Jede haftpflichtrechtliche Ersatzpflicht gründet auf einem Schaden, während die Leistungspflicht der AHV/IV auf einem vom Gesetz umschriebenen Sachverhalt beruht, der in der Regel besondere wirtschaftliche Bedürfnisse der Betroffenen zur Folge hat und eine Beteiligung Dritter nicht voraussetzt.

Sodann werden Haftpflichtleistungen völlig anders berechnet als solche der AHV/IV. Hier entsteht mit Erfüllung des gesetzlichen Tatbestandes ein unbedingter Anspruch auf die Leistungen, deren Höhe zudem von den früheren Beitragsleistungen des Versicherten nur beschränkt beeinflusst wird und die damit vom Schaden weitgehend unabhängig sind. Dort werden dagegen die voraussichtlichen Entwicklungen mit und ohne schädigendes Ereignis miteinander verglichen und anschliessend die Ersatzquote des Haftpflichtigen anhand der Umstände bestimmt, die von ihm und vom Geschädigten, allenfalls noch von Dritten, zu vertreten sind. Auch heute noch ist daher die Unabhängigkeit von Haftpflicht- und Sozialversicherungsrecht zu vermuten, soweit dem nicht eine ausdrückliche Gesetzesvorschrift entgegensteht.

¹ BG vom 20. Dezember 1946 (SR 831.10) und vom 19. Juni 1959 (SR 831.20).

² Das AHVG von 1946 erwähnte die Frage überhaupt nicht. Bei den damals noch minimalen AHV/IV-Leistungen wäre ein Regress unergiebig gewesen (*Oswald* in SZS 16 (1972) 42). Auch hielten sich die so in Kauf genommenen Überentschädigungen in einem bescheidenen Rahmen. AHV: BGer in JdT 106 (1958) I 252. IV: IVG 52 (Fassung 1959); BGE 85 II 262; Botschaft IVG, Erläuterungen zu IVG(E) 51, BBl 1958 II 1271. Nur im Falle des Eingliederungsrisikos hatte die IV ein Regressrecht.

³ Mangels gegenteiliger gesetzlicher Bestimmung.

B. Ausnahmsweise Wechselbeziehung zwischen Haftpflicht- und Sozialversicherungsrecht

Die Einführung des Regressrechts der AHV/IV durch das BG vom 24. Juni 1977 über die 9. AHV-Revision hat erstmals überhaupt eine – wenn auch nur punktuelle – gegenseitige Beziehung zwischen AHV/IV und Haftpflichtrecht geschaffen, indem nun unter gewissen Voraussetzungen die AHV/IV in Haftpflichtansprüche subrogiert.

Damit werden die Regressansprüche der AHV/IV sowohl durch ihre eigenen Leistungen wie auch durch den vom Haftpflichtigen geschuldeten Schadenersatz, zu dem sie akzessorisch sind, bestimmt und insbesondere begrenzt. Der Wegfall der unbegrenzten Kumulation von AHV/IV-Leistungen und Schadenersatz hat zudem die Frage nach dem Wahlrecht des Geschädigten zwischen AHV/IV-Leistungen und Schadenersatz aktualisiert, die früher aus naheliegenden Gründen allerhöchstens von theoretischem Interesse sein konnte.

C. Wahlrecht des Geschädigten

Jede Subrogation der AHV/IV mindert zwar notwendigerweise die Direktforderung des Geschädigten gegen den Haftpflichtigen, ist aber ihrerseits nur insoweit möglich, als die AHV/IV dem Geschädigten Leistungen erbringt und zu erbringen hat. Dieser kann damit ein Interesse haben, auf die Leistungen der AHV/IV zu verzichten, um so seine vollen Schadenersatzforderungen behalten und gegenüber dem Haftpflichtigen ungeschmälert durchsetzen zu können. Dieses meist schutzwürdige Interesse des Geschädigten erlaubt grundsätzlich einen Verzicht auf die Leistungen der AHV/IV, sodass der Geschädigte wahlweise den Haftpflichtigen für den ganzen Schaden belangen kann⁴.

4 Näheres hinten § 8 A 2 a.

§ 7 Form der Leistungen

A. AHV/IV-Leistungen

Der finalen Ausgestaltung des Sozialversicherungsrechts entspricht es, dass alle Leistungen dann erbracht werden, wenn sich das Bedürfnis, das sie decken sollen, konkretisiert. Eingliederungsmassnahmen werden demnach entweder durch die IV selbst durchgeführt oder von ihr direkt finanziert¹. Leistungen, die den Verlust der Erwerbsfähigkeit oder des Versorgers ausgleichen sollen, werden so erbracht, wie regelmässig auch das Erwerbseinkommen des Invaliden oder Getöteten eingegangen wäre: als monatliche Renten. Gleiches gilt für die Hilflosenentschädigungen, die den Aufwand für allenfalls notwendige besondere Pflege decken sollen².

B. Schadenersatzleistungen

Alle im Zeitpunkt der Schadenerledigung abgeschlossenen Schäden, so etwa bereits entstandene Kosten, Ersatz für zurückliegende (vorübergehende oder dauernde) Erwerbsunfähigkeit sowie für unmittelbar bevorstehende Kosten sind konkret zu berechnen und in Kapitalform zu ersetzen³.

Versorgerschaden, zukünftige (insbesondere dauernde) Erwerbsunfähigkeit und zukünftige, periodisch wiederkehrende Kosten können hingegen in Renten- oder in Kapitalform ersetzt werden⁴. In der gerichtlichen wie in der aussergerichtlichen Schadenersatzpraxis ist jedoch seit langem die Kapitalzahlung üblich⁵, da sie dem Geschädigten wie dem Haftpflichtigen und seinem Versicherer bedeutende Vorteile bietet⁶.

1 IVG 8 ff.; AHVG 43ter. Taggelder richtet die IV grundsätzlich halbmonatlich aus: IVG 47 I.

2 AHVG 44 (für IV i.V.m. IVG 47 III).

3 *Oftinger* 248.

4 *Becker* OR 43 N 3. Vgl. zum Ausnahmefall von KHG(E) 6 II: *Schwander* in SVZ 48 (1980) 335. Rentenzahlung und Kapitalabfindung sind 'nur verschiedene Formen der Befriedigung eines einheitlichen Schadenersatzanspruchs': *Schlund* in VersR 32 (1981) 403. Vgl. auch *Schlegelmilch* bei Geigel 169 ff. [4 184 ff.].

5 *Räber* in ZfV 30 (1979) 611;

Oftinger 219; *Szöllösy* 93; *Stauffer/Schaetzle* 117; *Engel* 347. In BGE 81 II 168 hat das BGer noch eine Rente zugesprochen.

6 *Oftinger* 218 ff.; *Szöllösy* 266 ff.; ders. in ZBJV 112 (1976) 36 ff.; *Deschenaux/Tercier* 216 ff. Vgl. auch *Gilliard* in ZSR 86 (1967) II 212 FN 21; *Schlund* in VersR 32 (1981) 402, der für das deutsche Recht bereits de lege lata einen Anspruch des Haftpflichtigen auf Kapitalzahlung erwägt (l.cit. 403).

Dem Geschädigten, insbesondere dem Invaliden, kann sie die Anpassung an die veränderten Umstände ganz erheblich erleichtern⁷. Sie ermöglicht ihm unter Umständen die Anlage in Sachwerten und schützt ihn auch sonst – dank des niedrigen Kapitalisierungszinsfusses von 3 1/2% – mindestens teilweise vor der Teuerung⁸. Die endgültige Erledigung des Schadenfalles durch Kapitalabfindung ist ausserdem für den Geschädigten psychologisch günstiger, weil die Beziehung zum Schädiger und seinem Versicherer abbricht und nicht mehr jede Rentenzahlung die Erinnerung an den Schadenfall, der oft genug das Leben des Geschädigten grundlegend verändert hat, von neuem weckt. Zudem lassen sich mit einer Kapitalabfindung Begehrensneurosen und die bekannte Rentnermentalität meist vermeiden, und der Wille des Invaliden zur Wiedererlangung der teilweisen Erwerbsfähigkeit wird gerade dadurch aufrechterhalten, dass jede Verbesserung der Erwerbsfähigkeit ihm selbst auch wirtschaftlich unmittelbar zugutekommt. Ausserdem fördert die Kapitalabfindung sowohl die Bereitschaft als auch die Chancen einer Witwe, sich wieder zu verheiraten, während die Rente eher zum Konkubinat verleitet⁹.

Als Nachteil der Kapitalisierung wird oft angeführt, dass sie auf statistischen Angaben und Prognosen über eine hypothetische künftige Entwicklung basiert. Derselbe Nachteil haftet aber ebenso jeder Rente an, die ja regelmässig auch auf der hypothetischen Aktivitätsdauer des Verletzten oder Getöteten, auf der ebenfalls hypothetischen Entwicklung seiner Einkommensverhältnisse und auf weiteren Unbekannten basiert.

Als Argument gegen die Kapitalabfindung wird gelegentlich die Unfähigkeit einzelner Geschädigter zu sicherer und gewinnbringender Investition sowie sorgfältiger Verwaltung des erhaltenen Kapitals angeführt. Diese Bedenken sind jedoch deshalb meist unbegründet, weil gerade in schweren Fällen, und um solche geht es hier ja ausnahmslos, der Geschädigte in aller Regel einen Anwalt beizieht, der ihn auch in der Frage der Verwendung der Ersatzsumme beraten wird. Ausserdem sind die schweizerischen Haftpflichtversicherer auf Wunsch bereit und in der Lage, 'ihre' Geschädigten in Fragen der Kapitalanlage kompetent und kostenlos zu beraten¹⁰. Auch in praxi verlangt schliesslich in der Schweiz wie im Ausland die überwiegende Mehrzahl der Geschädigten ein Kapital¹¹. Und in den seltenen Fällen, wo der Geschädigte offensichtlich unfähig wäre, mit dem erhaltenen Kapital sinnvoll umzugehen, besteht immer noch die Möglichkeit, eine Rente zuzusprechen¹².

7 Szöllösy in ZBJV 112 (1976) 37; Guhl/Merz/Kummer 71; Schlund in VersR 32 (1981) 402. Zu denken ist etwa an die Eröffnung eines eigenen Geschäfts (Beispiel in BGE 54 II 299) oder den Kauf eines Eigenheims.

8 BGE 101 II 352; Stauffer/Schaetzle in SJZ 71 (1975) 120; Szöllösy in ZBJV 112 (1976) 40; Otfinger 224; Vgl. auch Stein in SJZ 67 (1971) 50 f. Näheres hinten § 28.

9 Szöllösy in ZBJV 112 (1976) 37.

10 Szöllösy in ZBJV 112 (1976) 39.

11 Szöllösy 267; sinngemäss auch: Szöllösy in ZBJV 112 (1976) 37 vor N 35.

Betreffend Deutschland: Schlund in VersR 32 (1981) 402; Nehls in VersR 32 (1981) 412.

12 Wenn dennoch ein Kapital zugesprochen wird, drängen sich allenfalls vormundschaftliche Massnahmen auf, so etwa die Beistandschaft nach ZGB 392 ff.

Die Haftpflichtversicherer ziehen die Kapitalisierung wegen der einfacheren Kalkulation, der relativ kurzzeitigen Schadenrückstellungen und des gegenüber der Rentenzahlung erheblich geringeren administrativen Aufwandes eindeutig vor. Aber auch für den nicht versicherten Haftpflichtigen ist die Kapitalzahlung, sofern er die Mittel dazu aufzubringen vermag, vorteilhaft. So kann er sich von der Belastung lösen, die sonst möglicherweise noch jahrzehntelang andauert.

In praxi hat sich die Kapitalabfindung als Ersatz für künftige Schäden bewährt. Eine Änderung dieser Praxis, nur um die Regresserledigung etwas zu erleichtern, lässt sich in Anbetracht aller sonstigen Vorzüge der Kapital- gegenüber der Rentenzahlung nach Ansicht des Verfassers nicht rechtfertigen¹³.

C. Regressleistungen

Da die Subrogation ausser dem Gläubigerwechsel die übergehende Forderung selbst nicht berührt, können die Regressforderungen auch entweder durch Kapital- oder durch Rentenzahlung erfüllt werden. In praxi verlangt jedoch das BSV als Vertreter der AHV/IV – wie bisher die SUVA – immer ein Kapital. Wenn die Wirkungen der Subrogation erst nach Festsetzung von Art und Grösse des Schadenersatzes durch Vergleich oder Urteil eintreten, ist aber grundsätzlich die dort festgesetzte Art der Schadenersatzleistung verbindlich. Wenn nämlich dem Geschädigten ausnahmsweise eine Rente zugesprochen worden ist, so beruht dies heute immer auf der Berücksichtigung ganz besonderer Umstände auf Seiten entweder des Geschädigten oder des Haftpflichtigen. Wenn aber die Rücksicht auf den Haftpflichtigen¹⁴ für die Zusprechung einer Rente ausschlaggebend gewesen ist, muss sich auch die AHV/IV als Rechtsnachfolgerin des Geschädigten dieselben Umstände entgegenhalten lassen und sich mit einer Regressrente begnügen. Wenn dagegen eine Rente aus Gründen, die beim Geschädigten liegen, zugesprochen wurde¹⁵, können der Haftpflichtige und die AHV/IV für die Regresszahlungen dennoch Kapitalzahlung vereinbaren. Auch der Richter kann dem Geschädigten für seinen Direktschaden

¹³ Die Ansicht von *Stein* (FS Assista 332) teilt der Verfasser nicht. Auch bei Kinderunfällen, wo nach *Stein* 'nur die Zahlung von Haftpflichtrenten zu einer praktikablen Lösung führen' soll, ergibt die Kapitalisierung dann sinnvolle Resultate, wenn die endgültige Erledigung dadurch hinausgeschoben wird, dass der Haftpflichtversicherer für eine bestimmte Zeit auf die Verjährungseinrede verzichtet. Dies geschieht denn auch in der Versicherungspraxis relativ häufig. Zur Erleichterung der Regresserledigung mittels Haftpflichtrenten: hinten, 5. Kapitel vor § 25 sowie *Stein* in *BJM* 1979 15 f. Auf die Interessen aller Beteiligten an der Kapitalisierung verweist *Schlund* in *VersR* 32 (1981) 403 f. Vgl. auch die kritischen Überlegungen in *BGHZ* 79 Nr. 26 S. 187 ff.

¹⁴ Wenn dieser nicht versichert ist und die Kapitalzahlung nicht oder nur unter unzumutbaren Bedingungen zu leisten vermochte, während er für eine Rente Sicherheit leisten kann.

¹⁵ Bei sehr kurzer Laufzeit der Rente oder offensichtlicher Unfähigkeit des Geschädigten, mit einem grösseren Geldbetrag sinnvoll umzugehen.

Ersatz in Rentenform und gleichzeitig der AHV/IV ein Kapital zusprechen. De lege ferenda wäre dem Haftpflichtigen zudem das Recht einzuräumen, die Sozialversicherer für jeden Regress in Kapitalform abzufinden¹⁶.

Im Normalfall dagegen, wo eine Kapitalsumme als Schadenersatz festgesetzt worden ist, bezieht sich diese Art der Ersatzleistung auch auf den Regress.

Aus besonderen Gründen kann eine Haftpflichtrente mit einer Kapitalzahlung verbunden werden¹⁷. Hier erfordert die analoge Anwendung von AHVG 48quater, dass der Geschädigte wählen kann, ob er für seine Restforderungen primär in Kapital- oder in Rentenform abzufinden sei.

Dass umgekehrt der Sozialversicherungsträger, der selbst nur eine Rente leistet, auf dem Regressweg deren Kapitalwert fordern kann, ist in der Schweiz noch nie ernstlich bestritten worden, obwohl in dieser Frage eine 60jährige Praxis zum SUVA-Regress besteht¹⁸. Wenn ausnahmsweise die AHV/IV dem Haftpflichtigen Teile der Regresszahlungen zurückzuerstatten hat, so ist hierfür aus naheliegenden praktischen Gründen die Kapitalform vorzuziehen.

16 Angesichts der jahrzehntealten, konstanten Praxis der SUVA, den Kapitalbetrag ihrer Aufwendungen vom Haftpflichtversicherer zu fordern, darf dieser bereits heute kraft Gewohnheitsrechts den Regress des SVT durch einmalige Kapitalzahlung erledigen. Neben die inveterata consuetudo beim SUVA-Regress (vgl. nachstehend vor N 18) tritt nämlich die opinio necessitatis; denn eine Rentenzahlung der Privatversicherer an den SVT wäre administrativ unverhältnismässig aufwendig und führte langfristig – bezogen auf eine grosse Zahl von Fällen – doch zum selben Resultat wie die endgültige Abgeltung der Regresse durch Kapitalzahlung (*Schneider* in VersR 32 (1981) 495). Auch das BSV verlangt bei der Durchführung des Regresses der AHV/IV in praxi immer das Deckungskapital der AHV/IV-Renten. Zum Begriff des Gewohnheitsrechts: *Meier-Hayoz* ZGB 1 N 233 ff.; *Deschenaux* SPR II 102 f. (mit weiteren Hinweisen).

17 So auch *Oftringer* 67. In praxi wird diese Möglichkeit allerdings selten genutzt.

18 Eine Subrogation nur für die einzelnen Monatsbeträge wäre zu kompliziert: BGE 64 II 428. Die ökonomische Gleichwertigkeit von Rente und Kapital folgt unmittelbar aus der Kapitalisierung, die ja gerade den Wert einer bestimmten Rente ergibt. Dazu *Nehls* in VersR 32 (1981) 408. Das Appellationsgericht Basel-Stadt hat noch 1921 ('Entscheidungen' Bd. 4, S. 20) der SUVA nur einen 'Anspruch auf Erstattung der jeweils gezahlten Rente' gewährt. Zu diesem Punkt hatte sich das BGE leider im Berufungsverfahren mangels entsprechender Rüge nicht zu äussern (BGE 47 II 485). Schon 1927 ist aber der Bernische Appellationshof ohne weiteren Kommentar von der Kapitalisierung der SUVA-Rente ausgegangen (ZBJV 63 (1927) 277 f.; SJZ 24 (1927) 169 f.).

Die deutsche RVO gibt dem Sozialversicherer in § 640 ausdrücklich das Recht, regressweise den Kapitalwert seiner Leistungen zu fordern.

Dieses Recht gewährt auch die italienische Rechtsprechung den Privat- und Sozialversicherern beim Regress nach CCit 1916; *Nicolò/Stella Richter* 2092 [CCit 1916 N 10].

Die französische Sécurité sociale kann dagegen nach der Rechtsprechung de lege lata (CSS 397, 470) nicht den Kapitalwert ihrer Leistungen vom Haftpflichtigen fordern (*Mestre* 377 ff. [N 323–327]; *Mazeaud/Tunc* I [5.A] 324 [N 267-3]; *von Bieberstein* 169 [obiter]), obwohl dies wünschbar wäre (*Mestre* 381 [N 327]).

*D. Besonderheit bei Regressleistung des Haftpflichtigen
nach nicht befreiender Zahlung an den Geschädigten*

Wenn der Haftpflichtige den Schadenersatz an den Geschädigten bezahlt hat, ohne sich damit auch gegenüber der AHV/IV zu befreien, besteht deren Regressforderung weiter. Der Geschädigte ist in diesem Fall zu Lasten des Haftpflichtigen ungerechtfertigt bereichert, und zwar im Umfange derjenigen Beträge, die dieser der AHV/IV ein zweites Mal bezahlen muss. Da der Haftpflichtige dem Geschädigten gegenüber freiwillig eine Nichtschuld bezahlt hat, kann er die Bereicherung jedoch nur dann mit der *condictio indebiti* zurückfordern, wenn er bei der Zahlung noch nicht um den Gläubigerwechsel gewusst hat¹⁹. Daneben hat der Haftpflichtige immer dann einen (vertraglichen) Rückforderungsanspruch, wenn er sich einen solchen für den Fall, dass ihn auch die AHV/IV für die betreffenden Forderungen nochmals mit Erfolg belangen werde, bei der Zahlung an den Geschädigten ausdrücklich vorbehalten hat²⁰.

Der Betrag, den der Haftpflichtige allenfalls vom Geschädigten zurückfordern kann, entspricht immer demjenigen, den er der AHV/IV nochmals zu zahlen hat²¹.

Damit kann der Richter der AHV/IV zur Befriedigung ihrer Regressforderungen an Stelle eines Kapitals oder einer Rente die Rückforderungsansprüche des Haftpflichtigen gegen den Geschädigten zusprechen²². Diese sind für die AHV/IV sogar von relativ höherem Wert als für den Haftpflichtigen selbst, hat sie doch regelmässig die Möglichkeit, sie mit ihren Leistungen an den Geschädigten zu verrechnen²³.

Die gesetzlichen oder vertraglich vorbehaltenen Rückforderungsansprüche des Haftpflichtigen entsprechen — wie auch allfällige Deliktsansprüche gegenüber dem Geschädigten — der Höhe nach den Regressforderungen, die die AHV/IV ihm gegenüber noch durchzusetzen versucht. Diese wiederum sind gleich demjenigen Betrag, den der Geschädigte der AHV/IV wegen Regressverkürzung²⁴ dann schuldet, wenn diese mit der Klage gegen den Haftpflichtigen nicht durchdringt. Diese drei Beträge sind also notwendigerweise miteinander identisch, und es spielt weder für den Ge-

19 Wenn der Geschädigte zwar früher, vielleicht kurz nach dem Unfall, dem Haftpflichtigen gegenüber erklärt hat, auf AHV/IV-Leistungen verzichten zu wollen, später jedoch seine Ansicht ändert, ohne dies dem Haftpflichtigen vor der Auszahlung des Schadenersatzes mitzuteilen, wird dieser durch seine Zahlung an den Geschädigten dann nicht mehr befreit, wenn er sich nach den Umständen nicht mehr auf die weit zurückliegende und nicht bestätigte Erklärung verlassen durfte (OR 167 i.V.m. ZGB 3 II).

20 *Becker* OR 63 N 16. Vgl. auch *Oser/Schönenberger* OR 63 N 11.

Ein solcher Vorbehalt empfiehlt sich, wenn der Haftpflichtige im Falle eines Prätendentenstreits nicht nach OR 168 vorgehen will, um im Interesse des Geschädigten eine Verzögerung der Auszahlung des Kapitals zu vermeiden.

21 Der Haftpflichtige wird im eigenen Interesse dafür sorgen (z.B. durch Streitverkündung), dass er ein Urteil oder einen Vergleich mit der AHV/IV auch dem Geschädigten wird entgegenhalten können.

22 Das OR bindet den Richter nicht an die Alternative Kapital/Rente.

23 Dazu hinten § 8 D.

24 Das Bestehen solcher Ansprüche der AHV/IV aus Regressverkündung setzt *Stein* in *BJM* 1979 15 voraus. Er äussert sich jedoch nicht zu deren Rechtsnatur. Näheres hinten § 8 B 3.

schädigten noch für den Haftpflichtigen eine Rolle, ob dieser seine Ansprüche jenem gegenüber aus Bereicherung oder aus einem Rückforderungsvorbehalt herleitet. Für den Geschädigten ist es aber auch irrelevant, ob ihn die AHV/IV wegen der Regressverkürzung belangt, oder ob der Haftpflichtige Rückforderungsansprüche geltend macht. Für die AHV/IV schliesslich ist es ohne Bedeutung, ob sie eigene Delikts- oder Bereicherungsansprüche geltend macht oder solche, die ursprünglich dem Haftpflichtigen zugestanden haben, und die ihr dieser nun abgetreten hat.

Wenn nun der Haftpflichtige der AHV/IV seine allfälligen Rückforderungsansprüche gegen den Geschädigten an Zahlungsstatt abtritt, wird der gesamte Fragenkomplex um die befreiende Wirkung der Zahlung des Haftpflichtigen an den Geschädigten im Verhältnis zur AHV/IV gegenstandslos: der Geschädigte schuldet ihr dann den Betrag der Regressverkürzung, ohne dass noch zu prüfen ist, ob er deliktisch gehandelt und der Haftpflichtige gutgläubig bezahlt hat, oder ob der Haftpflichtige sich mangels guten Glaubens gar nicht gültig befreit hat. Die AHV/IV leitet ihr Recht gegenüber dem Geschädigten in diesem Fall als Zessionarin des zur Kondiktion berechtigten Haftpflichtigen und in jenem Fall kraft eigenen Rechts aus Delikt oder aus Bereicherung her. Da sie in beiden Fällen innerhalb der Schranken des öffentlichen Rechts und im Rahmen identischer Leistungen zur Verrechnung mit ihren Leistungen an den Geschädigten berechtigt ist, hat diese Unterscheidung hier aber keine praktischen Konsequenzen mehr. Schliesslich verliert so die Frage, ob im Verhältnis zur AHV/IV die befreiende Wirkung seiner Zahlung an den Geschädigten anerkannt wird, für den Haftpflichtigen weitgehend ihre Bedeutung. Er tritt ja der AHV/IV eine Forderung ab, die nur dann überhaupt besteht, wenn er sich durch seine Zahlung an den Geschädigten nicht befreit hat, und die keine selbständige Bedeutung hat, sondern ihn nur gegen das Risiko der Doppelzahlung absichern soll. Der Haftpflichtige könnte sogar in jedem Falle seine allfälligen Rückforderungsansprüche gegenüber dem Geschädigten vorsorglich an die AHV/IV zedieren.

Damit führt eine Abtretung von Kondiktionsansprüchen an Stelle einer Renten- oder Kapitalzahlung des Haftpflichtigen an die AHV/IV zu einer bedeutenden Vereinfachung sowohl der gerichtlichen wie der aussergerichtlichen Erledigung solcher Fälle²⁵.

25 Dazu hinten § 30 B 3.

§ 8 Verfügung über Ansprüche gegen den Haftpflichtigen und die AHV/IV

A. Verfügungen des Geschädigten über AHV/IV-Ansprüche

1. Verfügungen gegenüber Dritten

Die Ansprüche auf Renten und Hilfflosenentschädigungen der AHV/IV sind von Gesetz wegen weder abtretbar noch verpfändbar¹.

2. Verfügungen gegenüber der AHV/IV

Weder zum Verzicht des Versicherten oder seiner Hinterlassenen auf AHV/IV-Leistungen noch zur vergleichswisen Erledigung streitiger Ansprüche äussert sich das Gesetz. Es erwähnt lediglich Massnahmen zur Sicherung des Leistungszwecks².

a. Verzicht

aa. Nichtanmeldung

Die AHV/IV muss ihre Leistungen nur nach Anmeldung des Versicherungsanspruchs bei der Ausgleichskasse bzw. IV-Kommission erbringen. Ein Verzicht durch Unterlassung oder Rückzug der Anmeldung ist damit möglich und nach der Rechtsprechung zulässig, soweit der Anspruchsberechtigte ein sozialversicherungsrechtlich schutzwürdiges Interesse am Verzicht hat³.

bb. Verzicht auf bereits festgesetzte Leistungen

Wenn die AHV/IV ihre Leistungen bereits festgesetzt hat, ist der Verzicht dagegen immer dann auch ohne besonderes Interesse zulässig, wenn sich keine Massnahmen zur Sicherung des Leistungszwecks aufdrängen⁴.

¹ AHVG 20 I; IVG 50.

² AHVG 45; IVG 50.

³ BGE 101 V 265; EVGE 1962 300 f.; 1961 65, *Maurer* SVR I 312 f. mit weiteren Hinweisen. Der Verzicht betrifft niemals den Rentenanspruch als solchen, sondern nur die einzelnen Rentenleistungen (EVGE 1969 212 [obiter]; 1962 300) und ist jederzeit für die Zukunft widerruflich (EVGE 1955 88). Vgl. auch *Leippert* 96 ff., 101 ff.

⁴ *Maurer* SVR I 314. Sehr weit geht *Leippert* 101 ff., der den Begriff des Leistungszwecks

cc. Interesse des Geschädigten am Verzicht

Der Geschädigte will häufig deshalb auf AHV/IV-Leistungen verzichten, weil er dann den Haftpflichtigen für den gesamten Schaden belangen und so ein grösseres Kapital erhalten kann. Dass dieses Interesse sozialversicherungsrechtlich schutzwürdig ist, folgt per analogiam aus der bisherigen Praxis des EVG, die zu Recht auch rein ökonomische Interessen als schutzwürdig und damit für einen Verzicht auf AHV/IV-Leistungen ausreichend anerkennt⁵.

Der Anspruchsberechtigte kann also wirksam auf die AHV/IV-Leistungen verzichten und mit dem Haftpflichtigen allein liquidieren⁶.

b. Widerruf eines früheren Verzichts

Einen Verzicht auf AHV/IV-Leistungen kann der Anspruchsberechtigte grundsätzlich jederzeit für die Zukunft widerrufen. Ebenso kann er eine unterlassene oder zurückgezogene Anmeldung seiner Versicherungsansprüche nachholen oder neu vornehmen⁷. Der Widerruf eines Verzichts ist allerdings dann nicht wirksam, wenn er gegen Treu und Glauben verstösst. Dabei geht es in erster Linie um Fälle eines venire contra factum proprium, welches insbesondere dann vorliegt, wenn der Geschädigte den Verzicht erst widerruft, nachdem er bereits den Haftpflichtigen für

wohl zu eng auslegt (S. 105). Soweit ein Verzicht auf AHV/IV-Leistungen für diese Arbeit von Interesse ist, kann er kaum je den Leistungszweck (= Existenzsicherung!) in Frage stellen, denn er wird in praxi wohl nur dann erfolgen, wenn die Haftpflichtansprüche grösser sind als der Wert der AHV/IV-Ansprüche.

Ein Verzicht auf Leistungen der SVT ist auch in Deutschland nach verbreiteter Meinung zulässig: *Wussow/Küppersbusch* 107 [N 419].

⁵ EVGE 1962 298 ff.; 1961 62 ff.

⁶ Dies setzen *Maurer* (SVR I 314 FN 707) und *Stein* (in BJM 1979 14) stillschweigend voraus. Dasselbe ist dagegen in der obligatorischen Unfallversicherung nicht zulässig: *Maurer* R+P 353. In Deutschland gehen die Meinungen darüber, ob der Geschädigte auf Leistungen der SVT verzichten und alsdann allein mit dem Haftpflichtigen liquidieren kann, auseinander: klar bejahend für Kranken- und Rentenversicherung: *Wussow* 845 [N 1423] mit Hinweis auf BGH VersR 16 (1965) 161 und OLG München VersR 10 (1959) 548; grundsätzlich (ohne auf RVO 1545 einzugehen) verneinend: *Schlegelmilch* bei Geigel 1352 ff. [N 30 29-36] (insbesondere betr. Unfallversicherung: N 30 30-31; mit Ausnahme bei der Krankenversicherung: N 30 34 f.).

In Frankreich ist es unzulässig, auf Leistungen der Sécurité sociale zu verzichten und alsdann allein mit dem Haftpflichtigen zu liquidieren: *Mestre* 434 [N 374] mit Hinweisen in FN 60. In Österreich ist nach der Rechtsprechung des OGH zwar ein Verzicht auf Leistungen des SVT möglich, doch darf der Geschädigte im Umfang der Leistungspflicht des SVT keine Ersatzansprüche mehr geltendmachen: OGH VersRAI 7 (1966) 59 Nr. 602; von *Bieberstein* 157.

⁷ In EVGE 1962 301 weist das EVG ausdrücklich auf diese Möglichkeit hin. Analoges gilt in Deutschland: *Wussow/Küppersbusch* 107 [N 419].

den ganzen Schaden belangt und so den Regress der AHV/IV vereitelt hat⁸. Zudem verstiesse ein solcher Widerruf meist auch gegen das Verbot unnützer Rechtsausübung⁹, denn die AHV/IV-Renten würden regelmässig mit Ansprüchen aus Regressverkürzung verrechnet und kämen so dem Geschädigten im Ergebnis doch nicht zu gute.

Wenn dagegen der Widerruf eines früheren Leistungsverzichts aus sachlich vertretbaren Gründen erfolgt, verstösst er niemals gegen Treu und Glauben und ist daher immer beachtlich. Dies ist insbesondere der Fall, wenn erst nach dem Verzicht des Geschädigten auf die AHV/IV-Leistungen der Dritte seine Haftpflicht ganz oder teilweise bestreitet, wenn er zahlungsunfähig wird, wenn seine Ersatzquote unerwartet niedrig ausfällt oder wenn sich die Familien- oder Erwerbsverhältnisse des Geschädigten seither massgeblich verändert haben.

c. Vergleich und Teilverzicht

Da Voraussetzungen und Höhe der AHV/IV-Leistungen unmittelbar durch das Gesetz bestimmt werden, bleibt hier nur wenig Raum für Parteivereinbarungen. Auch das Ergebnis einer Einigung der Parteien ist zudem ein Verwaltungsakt, dessen Inhalt der Richter im Prozess zu überprüfen hat¹⁰. Seit der Einführung des Regressrechts der AHV/IV besteht dagegen in dem Sinne ein verstärktes Bedürfnis nach teilweiser Berücksichtigung des Parteiwillens bei der Festsetzung von AHV/IV-Leistungen, als jetzt die Möglichkeit eines Teilverzichts oder nur teilweisen Widerrufs eines früheren Verzichts zumindest dort wünschbar erscheint, wo der Anspruchsberechtigte mehrere, einzeln berechenbare Ansprüche hat. Dies ist vorab bei Änderung der Verhältnisse wünschbar. Wenn ein Invalid, der auf seine Rente verzichtet hat, später heiratet oder Vater wird, erwirbt er einen Anspruch auf Zusatz- oder Kinderrenten. Er hat dabei ein legitimes Interesse, diese Zusatz- und Kinderrenten zu beziehen, ohne jedoch den Verzicht auf seine Invalidenrente selbst widerrufen zu müssen. Er hätte die Zusatz- und Kinderrenten nämlich auch dann, wenn er schon früher selbst eine Rente bezogen hätte, kumulativ mit dieser erhalten. Für die AHV/IV ist ein solcher Teilwiderruf zudem administrativ einfacher als ein vollständiger Widerruf des Verzichts, wo sie Schadenersatz- oder Bereicherungsansprüche wegen Regressvereitelung bis zur Höhe der Invalidenrente mit dieser verrechnen müsste, sodass im Ergebnis dem Geschädigten meist doch nur noch die Zusatz- und Kinderrente bliebe. Für letzteren sind daher regelmässig beide Varianten gleichwertig. Invalide Väter und Mütter können sogar ein Interesse haben, von

⁸ Der Regress wäre nur dann noch möglich, wenn der Haftpflichtige sich mangels guten Glaubens mit seiner Zahlung nicht befreit hat. Dazu nachstehend B 2.

⁹ *Merz ZGB* 2 N 357, 365.

¹⁰ *EVGE* 1969 22; 1968 115, 119.

Anfang an nur die Kinderrenten der IV zu beziehen und an Stelle der eigenen Invalidenrente das Kapital vom Haftpflichtigen zu erhalten¹¹, sodass hier ein schützenswertes Interesse an einem Teilverzicht von Anfang an besteht.

Da das Gesetz weder den Teilverzicht noch den teilweisen Widerruf eines Verzichts verbietet, sind diese in Analogie zur bisherigen versicherungsgerichtlichen Rechtsprechung generell zulässig.

B. Verfügungen des Geschädigten über Haftpflichtansprüche

Der Geschädigte als Gläubiger hat kraft seiner Privatautonomie an sich die unbeschränkte Verfügungsbefugnis und Verfügungsmacht über seine Schadenersatzforderungen. Er wird aber nicht ohne besonderen Grund zu seinem eigenen Nachteil über die Ansprüche verfügen. Zudem hat er auch alles zu unterlassen, was die Regressforderungen der AHV/IV und weiterer, privater oder öffentlicher Versicherer beeinträchtigen könnte. Auch dies tut er indirekt im eigenen Interesse: um nicht der AHV/IV den Regress zu verkürzen und ihr dadurch ersatzpflichtig zu werden.

1. Verfügungen vor dem schädigenden Ereignis

Der potentiell Geschädigte kann innert der gesetzlichen Schranken¹² auf vertragliche wie auf ausservertragliche¹³ Schadenersatzansprüche im voraus ganz oder teil-

11 Dies ist möglich, wenn der Invalide noch selbst für die eigenen Bedürfnisse aufzukommen vermag, während er für den Unterhalt seiner Kinder auf Kinderrenten angewiesen ist.

12 OR 100, 101; SVG 87 I; EHG 16; EIG 39; AtG 16 I. *Oftinger* 464 ff.; *Stark* in ZSR 86 (1967) II 83 f. Sehr restriktiv: *Perrin* passim.

13 *Oftinger* 490 mit Literaturangaben in FN 52; *Deschenaux/Tercier* 207; *Engel* 488.

Eine neuere Auffassung, die die ausservertragliche Haftung für zwingend ansieht, lehnt der Verfasser entschieden ab (gl.M. *Oftinger* 490); sie findet im Gesetz keine Stütze. Folgendes spricht jedoch für die Zulässigkeit der Wegbedingung oder Beschränkung auch ausservertraglicher Haftung: die in FN 11 hievon zitierten *leges speciales* wären wenig sinnvoll, wenn ein Haftungsausschluss allgemein unzulässig wäre, und auch aus OR 100, der den Ausschluss vertraglicher Haftung nur beschränkt, geht hervor, dass solche Haftungsausschlüsse im übrigen – insbesondere im Deliktsrecht, wo sie mit keinem Wort erwähnt werden – zulässig sind.

Die Wegbedingung oder Beschränkung der ausservertraglichen Haftung allein ist zwar aus praktischen Gründen nur selten möglich (*A. Keller* 314). Sie kann aber zum Schutz legitimer Interessen erforderlich sein, so etwa, wenn der Verkäufer einer auffälligen und daher mangelhaften Liegenschaft einem möglichen Käufer deren Besichtigung unter Ausschluss der Haftung nach OR 58 erlauben will.

Sehr ausführlich zur vertraglichen Einschränkung oder Wegbedingung der Haftung: *Schaer* in SVK 34 (1979) 13 ff.

Die Wegbedingung der ausservertraglichen Haftung ist auch in Deutschland grundsätzlich zulässig: *Schlegelmilch* bei Geigel 374 f. [N 12 6] (Ausnahmen das. 375 f. [N 12 7-7d]). Zum stillschweigend vereinbarten Ausschluss vertraglicher und ausservertraglicher Haftung:

weise verzichten. Da das schädigende Ereignis und mit ihm sowohl die Ersatzpflicht des Dritten wie auch die Leistungspflicht der AHV/IV noch völlig ungewiss sind, ist der 'Geschädigte' unzweifelhaft noch über die Ersatzforderungen Verfügungsberechtigt. Soweit ein Verzicht gültig ist, hindert er bereits die Entstehung von Schadenersatzforderungen¹⁴. Subrogierte Versicherer werden also nur beschränkt oder gar nicht regressieren können¹⁵; dadurch sind sie offensichtlich ganz erheblich benachteiligt. Dem Geschädigten andererseits kann diese Art der Regressverkürzung kaum je vorgeworfen werden. Meist beruht nämlich ein solcher Verzicht nur scheinbar auf seinem freien Willen, weil er vor der Alternative gestanden hat, die Haftungsbeschränkung als Teil von Vertragsbedingungen in Kauf zu nehmen oder dann auf einen Vertragsschluss überhaupt zu verzichten. Zudem ist in aller Regel die Wahrscheinlichkeit einer Schädigung sehr gering und nicht konkret voraussehbar. Sie liegt ausserhalb der Erwartungen der Parteien¹⁶, sodass den Geschädigten, der bereits im voraus auf allfällige Schadenersatzansprüche verzichtet hat, praktisch nie ein Vorwurf trifft. Mit dem Verschulden entfällt aber auch seine Haftung gegenüber der AHV/IV für die Verkürzung ihres Regresses¹⁷.

Umso weniger kann aber der Geschädigte dem regressierenden Versicherer dafür verantwortlich sein, dass aus Gründen, die er zu vertreten hat, die Ersatzquote des Dritten reduziert ist und daher der Regress kleiner ausfällt. Es ist ja gerade der Zweck der Versicherung, den potentiell Geschädigten bis zu einem gewissen Grade vor denjenigen Gefahren zu schützen, die er selbst zu vertreten hat. Für Fälle groben Selbstverschuldens dagegen sieht schon das Gesetz die Kürzung der Leistungen¹⁸ und für den Regress der AHV/IV die Quotenteilung vor. Bei leichtem Verschulden des Geschädigten wird ausdrücklich oder stillschweigend sowohl die volle Leistungs-

BGH NJW 1980 1681 ff. BGH NJW 1979 414 f. Die Zulässigkeit vertraglicher Wegbedingung vertraglicher und ausservertraglicher Haftung ('Enthaftungsvertrag') bejaht auch *Walter G. Becker* 87.

Ähnlich für das französische Recht: *Mazeaud/Tunc* III (5.A.) § 2571 f. mit Beispielen (Ausnahmen in § 2573 ff.) und Kritik an der gegenteiligen Auffassung der französischen Rechtsprechung (§ 2570). Vgl. auch *Rassat Michèle-Laure*, *La responsabilité civile*, Paris 1973, 121.

14 *Schlegelmilch* bei Geigel 1358 [30 43], 1366 f. [30 61].

15 Der Sozialversicherer hat keine stärkere Rechtsstellung als der Geschädigte selbst: BGHZ 75 194.

16 Wo die Gefahr einer Schädigung dagegen gross ist, wird das Verhalten des Geschädigten selbst gegebenenfalls als grobe Fahrlässigkeit (unabhängig von seinem früheren Verzicht auf allfällige Schadenersatzansprüche) mit Leistungskürzung nach IVG 7 sanktioniert.

17 *Roelli/Jaeger* VVG 72 N 47. A.M.: *Oftinger* 386. Ein wider Treu und Glauben verstossender Verzicht nur mit Rücksicht auf den bestehenden Versicherungsschutz der AHV/IV dürfte in praxi kaum vorkommen. Deren Leistungen vermögen den Schaden nämlich nur in seltenen Fällen voll zu decken (*Stark* in ZSR 100 [1981] I 372 f./SVZ 49 [1981] 230 f.). Wie hier auch die deutsche und italienische Praxis (RVO 1542 bzw. CCit 1916): BGH NJW 1979 414 f.; *Nicolò/Stella Richter* 2095 [CCit 1916 N 12]. Gl.M. auch: *Morandi* in FS Reimer Schmidt 815.

Zur Haftung des Geschädigten für Regressverkürzung: nachstehend 3.

18 AHVG 18 I; IVG 7; KUVG 98; UVG 37 f.; MVG 7; VVG 14.

AHV 48quater II; UVG 42 II; MVG 49 II [Fassung vom 20. März 1981].

pflicht des Versicherers angeordnet¹⁹ als auch die Reduktion seiner Regressforderungen als Folge des Quotenvorrechts des Geschädigten in Kauf genommen²⁰.

2. Verfügungen nach dem schädigenden Ereignis

Obwohl AHVG 48ter nach seinem Wortlaut die Subrogation der AHV/IV bereits im Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses eintreten lassen möchte, ist der Forderungsübergang, wie später noch gezeigt und näher begründet wird²¹, in aller Regel erst dann wirksam, wenn feststeht, dass der Geschädigte die Leistungen der AHV/IV in Anspruch nehmen will. Erst dann nämlich ist dem aus allgemeinen obligationenrechtlichen Grundsätzen sich ergebenden Erfordernis objektiver Bestimmbarkeit des Umfangs der Zession Genüge getan.

Verfügungen des Geschädigten über seine Ersatzforderungen während schwebender Bedingung sind zwar regelmässig nur insoweit gültig, als sie das Regressrecht der AHV/IV nicht beeinträchtigen²², doch wird der gutgläubige Haftpflichtige immer noch durch Zahlung an den Geschädigten gültig befreit²³, wenn er darauf vertraut hat und hat vertrauen dürfen, dass dieser keine AHV/IV-Leistungen beziehen werde. Solches Vertrauen des Haftpflichtigen ist aber nur dann und insoweit berechtigt, als ihm der Geschädigte ausdrücklich seinen Verzicht auf AHV/IV-Leistungen zugesichert hat oder als er sonst annehmen darf, dieser sei gegenüber der AHV/IV gar nicht anspruchsberechtigt. Letzteres trifft vor allem bei Invaliditäten zu, die eindeutig unter 50% liegen²⁴.

19 VVG 14 IV und die in FN 18 hievor zitierten Bestimmungen e contrario.

20 Quotenvorrecht des Geschädigten: AHVG 48quater I; UVG 42 I; SVG 88 und dessen Auslegung in BGE 93 II 407 und 96 II 355. Vgl. dazu hinten § 21.

21 Hinten § 12.

22 OR 152 III.

23 OR 167. Auch in Deutschland wird der gutgläubige Haftpflichtige nach BGB 407 I durch Zahlung an den Geschädigten befreit: *Auf der Mauer* in VersR 32 (1981) 814 f.

24 Die Anzeige des Forderungsüberganges an den Haftpflichtigen (OR 167) ist hier nur noch insoweit von Bedeutung, als sie dessen spätere befreiende Leistung an den Geschädigten unter allen Umständen ausschliesst. Ihr Ausbleiben allein berechtigt den Haftpflichtigen jedoch angesichts des grossen Kreises der Versicherten der AHV/IV keineswegs zur gutgläubigen Annahme, der Verletzte oder Getötete (sofern es sich nicht um einen Ausländer mit Wohnsitz und Arbeitsort im Ausland handelt [vgl. AHVG 1 f.; IVG 1j]) sei nicht bei der AHV/IV versichert gewesen. Der Haftpflichtige hat von der Vermutung auszugehen, dass bei Tod oder erheblicher Invalidität der Geschädigte Leistungen der AHV/IV bezieht. Um gutgläubig das Gegenteil annehmen zu können, bedarf er einer entsprechenden Zusage des Geschädigten oder einer Bestätigung der AHV/IV. Dazu hinten § 12 C.

3. Ansprüche der AHV/IV bei Regressverkürzung

Die Regressverkürzung besteht darin, dass der Geschädigte Verfügungen über Ersatzforderung trifft, die sich der regressberechtigte Versicherer entgegenhalten lassen muss. Oft hat sich der Haftpflichtige durch gutgläubige Zahlung an den nicht mehr Berechtigten befreit. Seltener reichen nach nicht befreiender Zahlung seine Mittel nicht mehr aus, um den subrogierten Versicherer auch noch zu befriedigen.

Während das Privatversicherungsrecht die Verantwortlichkeit des Anspruchsberechtigten für Regressverkürzungen ausdrücklich statuiert²⁵, sind den Sozialversicherungsgesetzen entsprechende Bestimmungen fremd.

Da für die Subrogation der Sozialversicherer in gleicher Weise wie für die Legalzession aufgrund privatrechtlicher Bestimmungen nach OR 166 die Vorschriften über die Zession gelten²⁶, ist auch im Verhältnis zwischen der AHV/IV und dem Geschädigten als Zessionsparteien privates Zessionsrecht anwendbar. Damit sind aber auch überall dort, wo OR 167–174 keine Sonderregelung enthalten, die allgemeinen Vorschriften des Obligationenrechts massgeblich.

a. Schadenersatzansprüche

Zwischen dem Geschädigten und dem subrogierten Sozialversicherer besteht kein Vertragsverhältnis. Allfällige Schadenersatzansprüche sind also immer deliktischer Natur. Da das gemeine Haftpflichtrecht neben Personen- und Sachschäden auch reine Vermögensschäden berücksichtigt, gibt auch die Beeinträchtigung von Regressforderungen eines Versicherers Anspruch auf Ersatz²⁷.

Widerrechtlich ist die Regressverkürzung sowohl als unberechtigter Eingriff in das Vermögen des Regressberechtigten, wie auch als Vereitelung der Wirkungen des vom Gesetz angeordneten Forderungsüberganges zum Schaden der AHV/IV²⁸. Der

25 VVG 72 II. Analoges gilt auch allgemein beim Regress des Solidarschuldners; OR 149 II.

Ausländische Regelungen: (D)VVG 67 I; (Ö)VVG 67; CAfr L. 121-12 II; CCit 1916 III (gilt nach CCit 1886 auch für die Sozialversicherung).

26 Vorn § 3 FN 19.

27 OR 41 I. *Tercier* in FS Assista 249 f., 255; *Oftinger* 57; *A. Keller* 44. Zur Anwendbarkeit von OR 41 ff. auf Ansprüche der SUVA aus Regressverkürzung: *Vonmoos* 74.

28 *Châtelain* in ZBJV 105 (1969) 221. 'L'illicéité est une infraction (civile) aux normes qui interdisent tout comportement dommageable'.

Auch bei Legalzession obliegen dem Zedenten im Interesse des Zessionars die Pflichten nach OR 170 II (*Bucher* 527; *von Tuhr/Escher* 373). Aus OR 170 II folgt aber e contrario, dass der Zedent – und damit auch der Legalzedent – weder die Forderung selbst noch deren Geltendmachung durch den Zessionar beeinträchtigen darf.

Eine Verkürzung des Regresses eines SVT ist deshalb rechtswidrig im Sinne von OR 41 I, weil sie materiell gegen die öffentlichrechtlichen Subrogationsbestimmungen (AHVG 48ter; IVG 52; KUVG 100; MVG 49; UVG 41) und damit gegen eine Norm verstösst, die unter anderem auch gerade den Schutz der vermögenswerten Interessen des SVT bezweckt. Dieser Gedanke der Schutznormverletzung, der BGB 823 II zugrundeliegt, ist auch dem

Versicherte wird aber nur bei schuldhafter Regressverkürzung schadenersatzpflichtig. Das Verschulden hat dabei der im Regress verkürzte Versicherer, hier also die AHV/IV nachzuweisen²⁹.

Um unverschuldete und leichtfahrlässige Regressverkürzungen zu vermeiden, ist eine möglichst frühzeitige Information der oft rechtsunkundigen Versicherten und Geschädigten erforderlich. Dazu wären insbesondere klare Hinweise auf das Regressrecht der AHV/IV und auf die Folgen seiner Vereitelung in die Anmeldeformulare der AHV/IV und in die Formulare der Haftpflichtversicherer aufzunehmen.

b. Bereicherungsansprüche

Wenn die AHV/IV trotz Regressverkürzung mangels nachweisbaren Verschuldens keinen Schadenersatzanspruch gegen den Versicherten hat, kann sie eine bei ihm allenfalls noch vorhandene Bereicherung mit der *condictio furtiva*³⁰ zurückfordern. Dadurch nämlich, dass der Geschädigte die Forderungen eingezogen hat, die entweder bereits definitiv oder zumindest unter der suspensiven Bedingung ihrer Leistungspflicht der AHV/IV zustanden, hat er ihre Forderungen oder zumindest Anwartschaften beeinträchtigt und ist damit aus ihrem Vermögen und zu ihren Lasten ungerechtfertigt bereichert.

Wenn die Voraussetzungen sowohl für einen Bereicherungs- wie auch für einen Deliktsanspruch erfüllt sind, können die beiden Ansprüche konkurrieren³¹.

schweizerischen Recht nicht fremd: BGE 91 II 405; *Merz* in ZBJV 91 bis 318 ff. Vgl. auch *Becker* OR 41 N 38; *Oser/Schönenberger* OR 41 N 11; *Serozan* 453. Für das deutsche Recht: *Schlegelmilch* bei Geigel 545 ff. [15 1 ff.]; *Weimar* in ZfV 30 (1979) 112.

Das Verbot der Regressverkürzung, dessen Verletzung zur Ersatzpflicht führt, ist dem schweizerischen Recht durchaus bekannt (VVG 72 II) und wird auch stillschweigend vorausgesetzt von: *Oswald* in AIDA I 09-12; *Räber* in ZfV 30 (1979) 612; *Stein* in FS Assista 331.

29 ZGB 8; BGE 86 II 53; *Oftinger* 48; *Châtelain* in ZBJV 105 (1969) 214; *Kummer Max*, Berner Kommentar zu ZGB 8, Einleitungsband, Bern 1962/66, N 241.

30 Zur *condictio furtiva* (Eingriffskondition): *Bucher* 626; *von Tuhr/Peter* 494 ff.; *Becker* OR 62 N 20 (Einzug einer Forderung durch den Zedenten); *Oser/Schönenberger* OR 62 N 10.

Die *condictio* nach OR 62 ff. steht auch Sozialversicherungsträgern zu; BGE 102 V 98 ff.
31 *Bucher* 604 FN 32; *von Tuhr/Peter* 522 mit weiteren Belegen; *Wenner Martin A.*, Die Voraussetzungen des Anspruches aus ungerechtfertigter Bereicherung unter besonderer Berücksichtigung des Problems der Subsidiarität, Diss. Zürich 1977, 148 ff., 150 ff. A.M. *Guhl* 196 f.

4. Ansprüche des Haftpflichtigen nach nicht befreiender Zahlung

a. Im allgemeinen

Wenn der Haftpflichtige dem Geschädigten Ersatzleistungen ohne befreiende Wirkung auch gegenüber der AHV/IV erbracht hat, erleidet er insofern einen Schaden, als ihn die AHV/IV mit Erfolg auf dem Regressweg nochmals belangt. Wenn auch gegenüber dem Geschädigten kaum je Schadenersatzansprüche bestehen³², so hat doch der Haftpflichtige ihm gegenüber wenigstens Anspruch auf Erstattung der noch vorhandenen oder böswillig entäusserten Bereicherung³³.

Analoge Ansprüche hat der Haftpflichtige gegenüber der AHV/IV, wenn ihn nach Leistung an diese auch noch der Geschädigte mit Erfolg für den gesamten Schadenersatz belangt. Dies ist dann möglich, wenn der Geschädigte keine AHV/IV-Leistungen bezogen hat und damit Gläubiger der gesamten Ersatzforderungen geblieben ist, während der Haftpflichtige in der blossen Annahme, der Geschädigte werde Leistungen der AHV/IV beziehen, dieser einen Teil des Schadenersatzes bezahlt hat. Damit hat er diesen Teil an die AHV/IV als an eine Nichtberechtigte geleistet und kann das Geleistete mit der *condictio ob causam futuram*³⁴ zurückfordern.

b. Vorbehaltene Rückforderungsansprüche

Soweit der Haftpflichtige weder Schadenersatz- noch Bereicherungsansprüche hat³⁵, kann er seine Leistungen nur dann zurückfordern, wenn er sich dies spätestens bei der Zahlung ausdrücklich vorbehalten hat³⁶.

32 Wenn der Haftpflichtige aufgrund der Zusicherungen des Geschädigten diesem gutgläubig bezahlt hat, ist er befreit. Wenn er dagegen in bösem Glauben bezahlt hat, spielt ein Verschulden des Geschädigten keine Rolle, denn es ist nicht mehr kausal für den Schaden (der Haftpflichtige hat dadurch, dass er trotz bösem Glauben bezahlt hat, den Kausalzusammenhang zwischen der falschen Zusicherung und dem Schaden unterbrochen).

33 Vgl. die entsprechenden Ausführungen über die Ansprüche der AHV/IV aus Regressverkürzung; vorstehend 3.

34 Dazu: *von Tuhr/Peter* 487 ff.

35 Z.B. dann, wenn er trotz begründeter Zweifel an der Berechtigung des Empfängers eine nicht geschuldete Leistung gemacht hat.

36 OR 63 I e contrario. Vgl. dazu hinten § 30 B 3, 4. Beispiel für Zahlung unter Vorbehalt: ZR 20 (1921) Nr. 119.

C. Verfügungen der AHV/IV über zivilrechtliche Ansprüche³⁷

Regressforderungen der AHV/IV sind meist zivilrechtlicher Natur. Ansprüche aus Regressverkürzung sogar immer. Dagegen ist es eine Frage des öffentlichen und insbesondere des Sozialversicherungsrechts, inwieweit die AHV/IV befugt oder sogar verpflichtet ist, über privatrechtliche Ansprüche in bestimmter Weise zu verfügen.

1. Abtretung von Regressforderungen

Gegen eine Abtretung von Regressforderungen an den Geschädigten selbst, also eine Retrozession, ist nichts einzuwenden. Sie wird dann eine gewisse Bedeutung erlangen, wenn die Voraussetzungen der Subrogation nachträglich wegfallen³⁸. Die Retrozession von Regressforderungen hat denn auch das BGer in mehreren Entscheiden für zulässig erklärt³⁹.

Eine Abtretung von Regressforderungen öffentlicher Versicherer an Dritte ist dagegen, obwohl zivilrechtlich möglich, entschieden abzulehnen⁴⁰.

2. Verzicht auf den Regress

Der Verzicht eines Sozialversicherers auf die Ausübung von bestimmten Regressen ist zulässig⁴¹, sofern er dem öffentlichen Interesse Rechnung trägt und den Grundsatz der Rechtsgleichheit nicht verletzt.

37 Auch die SUVA macht regressweise einen privatrechtlichen Anspruch als Subjekt des Privatrechts geltend: *Vonmoos* 78. Der Sozialversicherungsregress gilt auch in Frankreich als Zivilsache: *Dupeyroux* 110.

38 Rückzug der Anmeldung oder nachträglicher Verzicht auf Leistungen durch den Geschädigten. Wenn dagegen der Versicherte seine AHV/IV-Ansprüche gar nicht angemeldet hat, sind die Wirkungen der Subrogation wegen Ausfalls der Bedingung (hinten § 11 B, § 12 C) gar nicht eingetreten, und eine Retrozession ist also weder erforderlich noch überhaupt möglich. Von Bedeutung sein kann die Retrozession jedoch zur Erhaltung eines *privilegium personae* in der Vollstreckung: vgl. BGE 106 III 18.

39 Zum SUVA-Regress: BGE 58 II 234; 53 II 181; 49 II 372; *Oftinger* 407.

40 A.M.: BGE 49 II 372 [obiter]; *Oftinger* 407. Bei Zession wird aber nicht mehr gewährleistet, dass gegen den Regressschuldner mit der allenfalls erforderlichen Schonung vorgegangen wird, welche die öffentliche Aufgabe der Sozialversicherung fordert (*Oswald* in SVZ 44 (1976) 20). Verwaltungsbefugnisse können ausserdem nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen an Private delegiert werden: *Imboden/Rhinow* II 1139 f. Zulässig ist dagegen die Abtretung an andere Sozialversicherungszweige.

41 *Oftinger* 407. Hinweise auf die Praxis der SUVA daselbst FN 146. *Vonmoos* 79.

Da die Sozialversicherung primär Notlagen zu vermeiden hat, muss sie auch bei der Durchführung von Regressen darauf achten, dass sie den Dritten nicht in seiner wirtschaftlichen Existenz bedroht. Gegebenenfalls hat sie daher auf den Regress ganz oder teilweise zu verzichten⁴².

3. Verfügungen der AHV/IV über Delikts- und Bereicherungsansprüche

Analoge Überlegungen wie für Regressforderungen gegen den haftpflichtigen Dritten schliessen auch eine Abtretung von Ansprüchen gegen den Geschädigten wegen Regressverkürzung an Dritte aus.

Da diese Ansprüche meist durch Verrechnung mit fälligen AHV/IV-Leistungen geltend gemacht werden können, ist die Frage des Verzichts weniger bedeutsam. Soweit es die Rücksicht auf eine Notlage und damit der Zweck der AHV/IV-Leistungen erfordert, wird ja bereits die Tilgung fälliger Leistungen durch Verrechnung ausgeschlossen. Dann aber ist a fortiori auch eine selbständige Geltendmachung der Ansprüche unzulässig.

D. Verrechnung mit fälligen Leistungen der AHV/IV

Das Gesetz erlaubt der AHV/IV ausdrücklich, fällige Leistungen mit bestimmten Forderungen gegen den Anspruchsberechtigten zu verrechnen⁴³. Die Verrechnung findet allerdings ihre Grenzen dort, wo sie den Leistungszweck in Frage stellen würde. Sie ist daher insoweit ausgeschlossen, als der Anspruchsberechtigte der Leistungen dringend bedarf, um – auch unter Berücksichtigung anderweitiger Einnahmen – nicht in finanzielle Not zu geraten. Die Verrechnung ist nach dem Wortlaut des Gesetzes zulässig mit Forderungen aufgrund des AHVG und des IVG. Der Zweck der Norm, einerseits der AHV/IV die Durchsetzung ihrer mit den Leistungen konnexen Forderungen in sozial vertretbarem Masse zu erleichtern und gleichzeitig dem Anspruchsberechtigten ungerechtfertigte Vorteile nicht zu belassen, erlaubt es, auch Ansprüche gegen den Geschädigten wegen Regressverkürzung zur Verrechnung nach AHVG 20 II zuzulassen⁴⁴. Dazu gehören Schadenersatzansprüche sowie gesetzliche oder vorbehaltene Rückforderungsansprüche.

42 Oswald in SVZ 44 (1976) 20. Vgl. die 'kann'-Vorschrift in § 640 der deutschen RVO, welche 'nicht nur zum Verzicht berechtigt, sondern sogar zum Verzicht verpflichtet': *Deutsch* 494. Näheres auch hinten § 13 FN 18.

43 AHVG 20 II und IVG 50 gehen als *leges speciales et posteriores* dem Verrechnungsausschluss von OR 125.2 vor.

44 Raber in ZfV 30 (1979) 612 setzt die Zulässigkeit solcher Verrechnung ohne weiteres vor-

*E. Verfügungen des Haftpflichtigen über Ansprüche
gegen den Geschädigten*

Ansprüche, die dem Haftpflichtigen gegenüber dem Geschädigten zustehen, der ihn zu nicht-befreiender Zahlung verleitet hat, sind rein privatrechtlicher Natur und beliebig zessibel. Die Geltendmachung solcher Ansprüche ist — analog auch derjenigen von Haftpflichtansprüchen des Geschädigten — ausschliesslich durch die zum Schutze des Schuldners aufgestellten Bestimmungen des Schuldbetreibungsrechts beschränkt⁴⁵.

Vertragliche Beschränkung der Zessibilität und der Klagbarkeit ist jedoch möglich. So kann der Haftpflichtige bei der Zahlung mit dem Geschädigten vereinbaren, er werde vorbehaltene Rückforderungs- und allfällige Delikts- oder Bereicherungsansprüche nur an die AHV/IV, SUVA oder EMV zedieren, und sie könnten, wenn sie einer dieser Sozialversicherer anstatt nochmaliger Zahlung annehme, nicht mehr anders als durch Verrechnung mit deren fälligen Leistungen geltend gemacht werden. Solche Vereinbarungen sind anzustreben, können sie doch die Schadenerledigung ganz entscheidend erleichtern unter gleichzeitiger Wahrung der Interessen aller Beteiligten⁴⁶.

aus. Ebenso betreffend SUVA: *Oswald* in AIDA I 09-12. *Stein* (FS Assista 331 und BJM 1979 15) lässt die Frage zwar offen, doch lässt der Zusammenhang auf zumindest teilweise Bejahung schliessen. Vgl. auch *Oswald* in SZS 16 (1972) 23 und *Vonmoos* 74.

45 SchKG 92 ff., 197 I Satz 2.

46 Hinten § 30 B 3.

§ 9 Verjährung

A. Sozialversicherungsansprüche

Die Sozialversicherungsansprüche unterliegen, wie die meisten öffentlichrechtlichen Ansprüche, nicht der Verjährung, sondern der Verwirkung¹. Die Bezahlung solcher-massen erloschener Rentenansprüche berechtigt unter keinen Umständen mehr zum Regress, da die AHV/IV insoweit keine gesetzliche Leistung im Sinne von AHVG 48ter erbracht, sondern eine Nichtschuld bezahlt hat, die sie vom Versicherten zurückzufordern hat.

B. Haftpflicht- und Regressforderungen

Haftpflichtforderungen verjähren nach den besonderen Bestimmungen des jeweils anwendbaren vertraglichen, ausservertraglichen oder öffentlichen Schadenersatzrechts. Die einzelnen Regelungen sind dermassen unterschiedlich, dass für Näheres auf Gesetze und Spezialliteratur verwiesen wird².

Da die Subrogation als Legalzession den Lauf der Verjährung nicht beeinflusst, gilt dieselbe Verjährung auch für die Regressansprüche der AHV/IV im Verhältnis zum Haftpflichtigen, und zwar auch dann, wenn die Subrogation der AHV/IV erst nach Eintritt der Verjährung wirksam wird³.

1 AHVG 64 I; IVG 48 I. BGE 102 V 112 und dort zit. Literatur. Statt vieler: *Maurer* SVR I 306; vgl. *Imboden/Rhinow* I 205. Terminologisch verfehlt, aber im Ergebnis richtig: BGE 105 V 135.

2 OR 60, 127 ff.; SVG 83; EHG 14; LFG 68; AtG 17; KHG(E) 9. Näheres bei *Stark* in ZSR 86 (1967) II 93 ff.; *Gilliard* in ZSR 86 (1967) II 225 ff.; *Deschenaux/Tercier* 193 ff.; *Schwander* Diss passim. Allgemein zur Verjährung: *von Tuhr/Peter* 437 ff.; *von Tuhr/Escher* 211 ff.; *Bucher* 387 ff.; *Spiro* I 676 ff. Im besonderen zur Verjährung von Regressforderungen: *Spiro* I 473 ff., 478 ff. mit weiteren Hinweisen.

Verwirkung öffentlichrechtlicher Ansprüche: eidg. Verantwortlichkeitsgesetz (SR 170.32) Art. 20; zürcherisches Haftungsgesetz § 24; *Imboden/Rhinow* I 200 ff., 205.

Soweit ausländisches Recht anwendbar ist, gelten dessen Verjährungsbestimmungen: BGE 83 II 41 ff., 81 II 175; VE IPRG 147 I.

3 Die der UDK angehörenden Versicherungsgesellschaften haben am 1. Mai 1980 gegenüber dem BSV erklärt, dass sie den Lauf der Verjährung von Regressforderungen der AHV/IV auch aus Unfällen, die sich in den Jahren 1979 und 1980 ereignet haben, erst ab dem 1. Januar 1981 berechnen. Im Jahre 1981 kam dann zwischen der HMV und dem BSV ein Abkommen zustande, das verschiedene formelle Fragen im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Regressansprüchen der AHV/IV regelt und vor allem den 1. Januar 1982 als frühesten Ausgangspunkt sämtlicher Verjährungsfristen festlegt. Das Abkommen ist für alle bedeutenden schweizerischen Haftpflicht- und Motorfahrzeugversicherer verbindlich.

C. Delikts- und Kondiktionsansprüche gegenüber dem Geschädigten

1. Relative einjährige Frist

a. Ansprüche des Haftpflichtigen

Die Frist beginnt erst zu laufen, wenn der Haftpflichtige nach Zahlung an den Geschädigten von der AHV/IV nochmals erfolgreich für Regressforderungen belangt wird. Massgeblich ist der Zeitpunkt, in dem die Verpflichtung des Haftpflichtigen zu nochmaliger Zahlung in Rechtskraft erwächst, denn vorher hat der Haftpflichtige noch keine genügende 'Kenntnis' seines Schadens oder Bereicherungsanspruchs⁴.

b. Ansprüche der AHV/IV

Die AHV/IV hat Kenntnis von ihrem Kondiktionsanspruch oder ihrem Schaden, sobald der Geschädigte seine Ansprüche auf Versicherungsleistungen geltend gemacht hat und sie weiss, oder bei pflichtgemässer Sorgfalt wissen müsste, dass der Geschädigte bereits über Schadenersatzforderungen gegen den Haftpflichtigen verfügt hat. Praktisch wird damit die einjährige Frist im Zeitpunkt der Geltendmachung der Versicherungsansprüche, spätestens aber bei der ersten Rentenzahlung, zu laufen beginnen.

2. Absolute zehnjährige Frist

a. Deliktsansprüche des Haftpflichtigen und der AHV/IV

Die Schädigung der AHV/IV wie auch des Haftpflichtigen setzt voraus, dass der Geschädigte sowohl über die Ersatzforderungen verfügt, als auch die AHV/IV-Ansprüche geltend gemacht hat. Erst dann beginnt die zehnjährige Verjährungsfrist zu laufen.

b. Kondiktionsansprüche des Haftpflichtigen und der AHV/IV

Der Anspruch aus der *condictio furtiva* entsteht mit der Vermögensverschiebung, derjenige aus der *condictio ob causam finitam* erst dann, wenn deren *causa* wegge-

⁴ OR 60 I, 67 I.

fallen ist⁵. Damit beginnt die zehnjährige Frist erst dann zu laufen, wenn der Geschädigte sowohl seine Ansprüche gegenüber der AHV/IV geltend gemacht als auch über diejenigen gegenüber dem Haftpflichtigen verfügt hat.

D. Vorbehaltene Rückforderungsansprüche

Rückforderungsansprüche, die sich der Haftpflichtige unter gewissen Bedingungen bei der Zahlung gegenüber dem Geschädigten⁶ vorbehalten hat, sind vertraglicher Natur⁷. Damit gilt regelmässig die zehnjährige Verjährungsfrist von OR 127, die mit der Fälligkeit des Rückforderungsanspruchs, also mit Eintritt der Bedingung der Subrogation, zu laufen beginnt.

⁵ *Bucher* 639; *Engel* 407; *von Tuhr/Peter* 518 f. mit weiteren Hinweisen; *Oser/Schönenberger* OR 67 N 2; *Spiro* 1 88.

⁶ Evtl. auch gegenüber der AHV/IV.

⁷ Das Rückforderungsrecht besteht hier kraft des vom Empfänger mit der Annahme der Leistung akzeptierten Vorbehalts. Vgl. ZR 20 (1921) Nr. 119; *von Tuhr/Peter* 484.

3. KAPITEL

Übergang der Ersatzforderungen auf die AHV/IV

§ 10 Besonderheiten der gesetzlichen Regelung

A. Nichtanwendbarkeit der allgemeinen Regressordnung von OR 51

AHV und IV stehen ausserhalb der allgemeinen Regressordnung von OR 51¹. Sie haben nicht für einen Schaden einzustehen, 'haften' also nicht im Sinne von OR 51, sondern haben ihre Leistungen kraft öffentlichrechtlicher Vorschrift, unabhängig von einem Schaden im Rechtssinne zu erbringen². Ohne die besonderen Vorschriften von AHVG 48ter ff. und IVG 52 hätten sie somit weder den Rückgriff nach OR 51 noch – als bloss reflektorisch Geschädigte – einen eigenen, originären Schadenersatzanspruch gegen den Haftpflichtigen im Umfange ihrer Leistungen³.

B. Durch Subrogation übergehende Forderungen

Der vom öffentlichen Recht angeordnete Übergang der Ersatzforderungen erfolgt unabhängig davon, ob der Haftpflichtige aus Verschulden, aus Vertrag oder ausschliesslich kraft Gesetzesvorschrift haftet⁴; er erfasst sowohl privat- als auch

1 Betreffend SUVA: BGE 47 II 488: 'Art. 51 OR findet gegenüber der Klägerin [SUVA] überhaupt keine Anwendung'. Pfyffer in SZS 10 (1966) 98. Eine Unterstellung auch der Sozialversicherer unter die allgemeine Regressordnung liesse sich jedoch de lege ferenda erwägen. Ähnlich: Oswald in SZS 16 (1972) 38 FN 104.

2 Wenn auch die Invalidität praktisch immer einen Schaden darstellt, so ist ein solcher doch nicht Voraussetzung für eine IV-Rente: auch ein Klosterinsasse oder ein Privatier hat Anspruch auf eine IV-Rente. Ebenso sind Hinterlassenenrenten nach dem klaren Gesetzeswortlaut schadensunabhängig (AHVG 23, 25 ff.).

3 Vgl. Oswald in SZS 16 (1972) 11 und daselbst FN 17. Reflexschaden berechtigt grundsätzlich nicht zum Ersatz: BGE 34 II 655; Oftringer 64 f.; A. Keller 41 ff.; Deschenaux/Tercier 51 f.; von Tuhr/Peter 432 f.; von Caemmerer in ZBJV 100 (1964) 344, 373 f.; von Bieberstein 158 (Schweiz), 151 (Deutschland); Chaudet 22 f.; Deutsch 484. Vgl. auch Roelli/Jaeger VVG 72 N 3 und Serozan 455 f.

4 Linder in BJM 1968 284; Oftringer 410; Pfyffer in SZS 10 (1966) 98; Oswald in SVZ 44 (1976) 26; ders. in AIDA I 09-23; ders. in SZS 16 (1972) 48; Maurer PrVersR 323. Gl.M. für das deutsche Recht: Schlegelmilch bei Geigel 1363 [30 53]; Wussow/Kuppersbusch 108 [N 422]; Lange 326. Der private Schadensversicherer dagegen subrogiert nur in Ansprüche aus Verschulden (VVG 72 i.V.m. OR 51 II): OGer AG BPV 1980 202; Koenig PrVersR 289 mit Hinweisen auf die Rechtsprechung; Maurer PrVersR 320; Linder in BJM 1968 276. Vgl. auch Chaudet passim; Bossard in SVZ 47 (1979) 360 f.; Vaverka in SVZ 48 (1980) 247 ff.

Im französischen und italienischen Recht subrogieren Privat- und Sozialversicherer gleichermassen in Ersatzansprüche aus Vertrag wie aus Verschulden: Savatier II [2.A] 148 [N 577]; Nicolò/Stella Richter 2081 [CCit 1916 N 3].

öffentlichrechtliche Ersatzforderungen⁵, ob diese nun auf eidgenössischem, kantonalem oder ausländischem Rechte beruhen.

Die Subrogation erfasst Haftpflichtansprüche⁶. Haftung aber bedeutet Entstehenmüssen für einen Schaden, und zwar als Schädiger oder an dessen Stelle⁷.

Somit fallen als Gegenstand der Subrogation all jene Ansprüche ausser Betracht, die dem Geschädigten unabhängig davon zustehen, dass das Schadenereignis von einem Dritten herbeigeführt worden ist. In keinem Falle gehen also Ansprüche des Geschädigten gegen seinen privaten Unfall-, Kranken- oder Lebensversicherer auf die AHV/IV über, und zwar weder bei Schadens- noch bei Summenversicherung⁸. Ebenso wenig kann die AHV/IV Ansprüche des Geschädigten auf Lohnfortzahlung gegenüber dem Arbeitgeber oder solche gegenüber Personalvorsorgeeinrichtungen auf Ausrichtung irgendwelcher Leistungen erwerben⁹. Dagegen kann die Tatsache, dass die AHV/IV Leistungen zu erbringen hat, den Schaden und damit die Leistungspflicht eines Schadensversicherers oder einer Krankenkasse vermindern.

Die AHV/IV kann nur solche Ansprüche durch Subrogation erwerben, die der versicherte Geschädigte sonst selbst geltend machen könnte. Die Summe seiner Ersatzansprüche bildet die oberste Grenze eines jeden Regresses der AHV/IV. Insbesondere bei Kürzung der Haftpflichtansprüche wegen Selbst- oder Mitverschuldens des Geschädigten oder Getöteten ist damit die Regressforderung von vorneherein geringer als der haftpflichtrechtliche Schaden.

C. Internationales Privatrecht

Wenn die AHV/IV Leistungen infolge eines Schadenereignisses mit Auslandsbeziehung zu erbringen hat¹⁰, wird in mehrfacher Hinsicht die Frage des anwendbaren Rechts aktuell, gilt es doch nicht nur, das Recht zu bestimmen, nach dem sich die

5 *Oftinger* 406 FN 138 [obiter].

6 AHVG 48ter; IVG 52 I. Vgl. auch die Marginalien.

7 Zum Begriff der Haftung, wie er hier verwendet wird: *A. Keller* 28; *Kramer* Allg. Einleitung N 103. Vgl. auch *Deschenaux* in FS Schönenberger 251; *Meister-Oswald Elisabeth*, Haftpflicht für ausservertragliche Schädigung durch Kinder, Diss Zürich 1981, 5; *Deutsch* 483.

8 Schlegelmilch bei Geigel 1364 [30 54].

Betreffend obligatorische Fluggast-Unfallversicherung: Deutschland: BGHZ 75 185; Frankreich: *Mestre* S. 431 ff. [N 371 - 375] mit Hinweisen auf die französische Rechtsprechung (Cour de cassation) und auf diejenige in Deutschland und in Österreich (l.cit. FN 56).

Zum Sonderfall der Auto-Insassenversicherung: *Deschenaux* in FS Schönenberger 251.

9 Vgl. *Szöllösy* in SJZ 72 (1976) 342 f. sowie *Stein* in BJM 1979 4 f. mit weiteren Hinweisen in FN 2. Dasselbe gilt a fortiori für freiwillige Lohnzahlungen des Arbeitgebers (Soziallohn). Solche sind auch bei der Invaliditätsbemessung nicht zu berücksichtigen (richtig: BGE 104 V 90). Ebenso verbleiben freiwillige Leistungen des Haftpflichtigen, eines Versicherers (Kulanzleistungen) oder Dritter immer dem Geschädigten selbst (vgl. *Roelli/Jaeger* VVG 72 N 23).

10 Beispiel: ein Schweizer wird im Ausland verletzt oder getötet. Die AHV/IV erbringt ihm oder seinen Hinterlassenen in der Schweiz ihre gesetzlichen Leistungen.

Schadenersatzforderungen beurteilen¹¹, sondern zusätzlich noch dasjenige, welches die Subrogation beherrscht.

Hinsichtlich der Anknüpfung von Regress und Subrogation im Privatrecht, also insbesondere des Schadensversicherers, sind sich die schweizerische Lehre und Rechtsprechung nicht einig. Während das BGer die Frage, ob und in welchem Umfange der Versicherer Ansprüche des Geschädigten gegen den Haftpflichtigen erwirbt, nach dem Kausalstatut beurteilt¹², ist im Entwurf der Expertenkommission zu einem IPRG für die Frage der Zulässigkeit des Regresses die kumulative Anknüpfung an Forderungs- und Kausalstatut vorgesehen, während die Durchführung des Regresses dem Forderungsstatut allein unterstellt werden soll¹³.

Annähernd Einigkeit besteht hingegen in der kollisionsrechtlichen Behandlung des Regresses öffentliche Aufgaben wahrnehmender Institutionen. Deren Leistungspflicht ist – materiell gesehen – gegenüber der Ersatzpflicht eines für den Schaden haftenden Dritten subsidiär. Dem Geschädigten will bloss die Wiedergutmachung des erlittenen Schadens innert bestimmter Grenzen sichergestellt und die Durchsetzung seiner Ansprüche beim Haftpflichtigen abgenommen werden. Da der Regress auf der Leistungspflicht dieser Institution selbst beruht, deren notwendiges Korrelat er ist, wäre er – unter Vorbehalt staatsvertraglicher Regelung¹⁴ – richtigerweise auch immer nach demjenigen Recht zu beurteilen, das die in Frage stehende Institution beherrscht¹⁵. Allerdings gewähren sowohl die Staatsverträge als auch

- 11 Schadenersatzansprüche aus Vertragsverletzung beurteilen sich nach der *lex contractus*, während sich ausservertragliche Schadenersatzansprüche grundsätzlich nach der *lex loci delicti commissi* bestimmen (Ausnahme: SVG 85 II). Für Näheres sei auf Literatur und Rechtsprechung zum IPR verwiesen: BGE 99 II 319; *Trutmann Verena*, Das internationale Privatrecht der Deliktsobligationen, Basel/Stuttgart 1973; *Vischer Frank/von Planta Andreas*, Internationales Privatrecht, 2.A Basel 1982, 195 ff.; *Vischer Frank*, Internationales Privatrecht, in: Schweizerisches Privatrecht I, Basel 1969, 509 ff.; *Schönenberger/Jäggi*, Allg. Einleitung N 326–342; *Stark* in: ZSR 86 (1967) II 74; *Becker* N 25 vor OR 41 ff.; *Oftinger* 501 ff., 489; *Karrer* 81 f. IPRG(VE) 129 ff. Für Strassenverkehrsunfälle: SVG 85 II; Haager Übereinkommen vom 4. Mai 1971 über das auf Strassenverkehrsunfälle anwendbare Recht.
- 12 BGE 98 II 237: Recht, das den Versicherungsvertrag und damit die Forderung des Geschädigten gegen den zahlenden und nun regressierenden Versicherer beherrscht. Vgl. auch BGE 88 II 437; 85 II 272; 74 II 88; *Vischer Frank/von Planta Andreas*, op.cit. 215 f.
- 13 IPRG(VE) 142 I, II. Fragen, die nur den Regressierenden und den (ursprünglichen) Gläubiger betreffen, richten sich dennoch nach dem Kausalstatut. *Keller* in SJZ 71 (1975) 305 ff., insbesondere 328 ff. Übersicht über die verschiedenen vertretenen Meinungen bei *Meyer* 11 ff. sowie bei *Keller* l.cit., passim.
- 14 Ein Verzeichnis der Staatsverträge auf dem Gebiet der Sozialversicherung (mit Angabe der Fundstellen) erscheint regelmässig in der ZAK: z.B. ZAK 1980 93 ff. Vgl. auch die 'Wegleitung über die Stellung der Ausländer und Staatenlosen' (EDMZ Bestell-Nr. 318.105); *Vaucher* in ZSR 86 (1967) II 616 ff.; *Stein* in SZS 15 (1971) 94 ff. sowie passim.
- 15 VE IPRG 142 III. *Keller* in SJZ 71 (1975) 328 f.; *Stein* in BJM 1979 6 f.; ders. in SZS 15 (1971) 94 ff.; *Vischer Frank/Volken Paul*, Bundesgesetz über das internationale Privatrecht, Zürich 1978, 155 f. Aus diesem Grund teilt der Verfasser die Meinung von *Maurer* nicht, welcher Subrogationsnormen des ausländischen Sozialversicherungsrechts gleich behandeln will wie solche des Privatversicherungsrechts (SVR I 416 f.). Wie hier im Ergebnis auch *Wussow* 835, der die Sozialversicherungsrechte als 'Vorfrage aus der persönlichen Sphäre des

die ausserstaatsvertragliche Praxis im In- und Ausland ausländischen SVT das Regressrecht meist nur unter dem Vorbehalt des Gegenrechts oder der Rechtsähnlichkeit¹⁶.

Verletzten' sieht, die 'nach den tatsächlichen Verhältnissen im Heimatland' zu entscheiden ist.

Sehr klar und ausführlich zu diesen Fragen: *Meyer* 61 ff.

Die Frage, ob und inwieweit Schadenersatzforderungen des Geschädigten auf die AHV/IV übergehen, wäre also richtigerweise immer und unabhängig davon, welches Recht die übergehenden Forderungen beherrscht, ausschliesslich nach schweizerischem Recht zu beurteilen. Umgekehrt wäre auch eine Subrogation ausländischer SVT oder PVE in der Schweiz und hinsichtlich von Forderungen, die sich nach schweizerischem Recht richten, anzuerkennen (ZBJV 100 (1964) 270 ff. [betreffend RVO 1542]; *Keller* in SJZ 71 (1975) 329 FN 120 mit weiteren Hinweisen; *Stein* in SZS 15 (1971) 95 f.). Vgl. jetzt auch BGer in Pra 71 (1982) 336 ff.

Bereits in BGE 37 II 73 hat das BGer die Subrogation eines deutschen öffentlichrechtlichen Versicherungsträgers anerkannt. Der Entscheid wird zu Unrecht kritisiert von *Guldener* (Diss 139), der den grundlegenden internationalprivatrechtlichen Unterschied zwischen der Subrogation öffentlichrechtlicher und derjenigen privatrechtlicher Versicherungsträger verkennt. Die Subrogation ausländischer SVT anerkennen auch der deutsche BGH (*Wussow* 835) und der österreichische OGH (ZVR 25 (1980) 226 f., 21 (1976) 79 f.); *Wannagat* 404; *Wussow* 835 [N 1403]). Zur Geltung des Rechtsüberganges zwischen den EWG-Staaten: *Wussow* 833. Obwohl beim Regress ausländischer SVT das ausländische Recht auch das Quotenrecht regelt, ist immerhin zu prüfen, ob das absolute QV des SVT, wie es verschiedene Staaten kennen (hinten § 21 FN 3), vor dem schweizerischen ordre public haltbar ist. Nach Ansicht des Verfassers wäre an Stelle des QV des SVT immer die QT anzuwenden. Sie ist für den SVT immer noch bedeutend günstiger als das in der Schweiz grundsätzlich geltende QV des Geschädigten, und sie ist dem schweizerischen Recht auch sonst nicht unbekannt (AHVG 48quater II; UVG 42 II; MVG 49 II [Fassung vom 20. März 1981]. Vgl. hinten § 22).

Bei Beteiligung ausländischer SVT tritt sehr oft auch der Schaden im Ausland ein. In solchen Fällen ist daher bei der Schadensberechnung immer auch das allenfalls erheblich von den hiesigen Verhältnissen abweichende Lohn-/Preisniveau zu berücksichtigen.

16 *Stein* in SZS 15 (1971) 94 ff. und insbesondere 101 ff.

§ 11 Voraussetzungen und Bedingungen des Forderungsübergangs

A. Bestehen von Sozialversicherungs- neben Haftpflichtansprüchen

AHVG 48ter setzt voraus, dass dem Geschädigten neben Ansprüchen gegen den Haftpflichtigen wegen derselben Schädigung auch solche gegen die AHV/IV zustehen¹. Andernfalls würde der Grund für den Forderungsübergang fehlen, da eine Überentschädigung durch doppelte Ausgleichszahlung gar nicht möglich wäre.

B. Geltendmachung der Sozialversicherungsansprüche

Die AHV/IV hat ihre Leistungen nur aufgrund einer Anmeldung der Ansprüche² bei der Ausgleichskasse bzw. IV-Kommission zu erbringen. Der Anspruchsberechtigte ist aber völlig frei, die Anmeldung vorzunehmen oder zu unterlassen³. Er kann selbst entscheiden, ob er Leistungen der AHV/IV in Anspruch nehmen will oder nicht⁴. Damit wird aber die Anmeldung der Ansprüche zur notwendigen Voraus-

1 Das Gesetz spricht vom Eintritt der AHV 'bis auf die Höhe ihrer gesetzlichen Leistungen'. Die Ersatzforderungen gehen also nur dann und nur soweit über, als der Geschädigte im konkreten Fall Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen in einer bestimmten oder bestimmbaren Höhe hat. Die blosse Möglichkeit, dass eventuell später noch entstehende Ansprüche auf AHV/IV-Leistungen wegen der Folgen des vorliegenden Ereignisses höher ausfallen könnten, genügt dagegen nicht.

Die Entscheidung der SV-Organen über Bestehen und Umfang der SV-Ansprüche ist für den Zivilrichter im Sinne einer Entscheidung über eine Vorfrage verbindlich.

2 AHVV 67 I; IVV 65 f.

3 Im Gegensatz zur obligatorischen Unfallversicherung nach KUVG, wo der Betriebsinhaber alle Schadenfälle der SUVA zu melden verpflichtet ist (KUVG 69 f.), die SUVA ihre Leistungen auch ohne Anmeldung durch den Geschädigten selbst zu erbringen hat (*Linder* in *BJM* 1968 284) und letzterer nicht auf deren Leistungen verzichten und mit dem Schädiger allein liquidieren kann (*Pfyffer* in *SZS* 10 (1966) 98. Etwas einschränkend: *Maurer* R+P 281; *Stein* in *FS Assista* 330). Denselben Unterschied macht das deutsche Recht zwischen der Kranken- und Renten- (Invaliden-) Versicherung einerseits und der Unfallversicherung andererseits: *RVO* 1545. Vgl. auch *Wussow* 845 [N 1423]. Im Ergebnis auch: *Wussow/Küppersbusch* 107 [N 419].

Dem Verfasser erscheint diese Unterscheidung – mindestens in bezug auf Nichtberufsunfälle – nicht gerechtfertigt. Unter dem UVG sollte der Geschädigte bei allen Nichtberufsunfällen auch die Möglichkeit haben, den Haftpflichtigen Dritten an Stelle der Versicherung in Anspruch zu nehmen. Ein sachlich haltbarer Grund, dies nicht zuzulassen und den obligatorisch versicherten Geschädigten dadurch unter Umständen zu benachteiligen, ist nicht ersichtlich.

4 Vgl. dazu vorn § 8 A 2.

Der Haftpflichtige kann den Geschädigten niemals zwingen, die AHV/IV-Leistungen in Anspruch zu nehmen (gl.m. *Stein* in *FS Assista* 330 f.).

setzung auch des Forderungsüberganges, denn es ist nicht der Sinn der Subrogation, dem Geschädigten Ersatzansprüche zu entziehen, ohne dass er wirtschaftlich mindestens gleichwertige Sozialversicherungsleistungen effektiv bezieht.

Vor allem aber schliesst bereits das Gesetz eine Subrogation immer dann aus, wenn die AHV/IV keine Leistungen erbringt: einmal erfasst die ratio von AHVG 48ter nur Fälle, in denen die AHV/IV effektiv leistet, und zudem ergäbe AHVG 48quater ohne tatsächliche Leistungen der AHV/IV Regressforderungen im Betrage Null und damit im Ergebnis keine Subrogation⁵.

Möglich, und nach dem unglücklich formulierten Art. 48ter AHVG scheinbar anzunehmen, wäre ein sofort wirksamer Übergang der Forderungen auf die AHV/IV unter der resolutiven Bedingung, dass der Geschädigte keine AHV/IV-Leistungen bezieht. Eine solche zeitlich unbegrenzte negativ-potestative Bedingung wäre aber sehr wenig praktikabel, da ihr Eintritt erst bei ausdrücklichem Verzicht des Geschädigten oder mit Ablauf der Verwirkungsfrist nach Erlöschen des AHV/IV-Anspruchs feststehen würde⁶.

Die vom Gesetz statuierte Abhängigkeit des Forderungsüberganges von der tatsächlichen Erbringung der AHV/IV-Leistungen und damit auch von der Geltendmachung der Ansprüche des Geschädigten ist damit als *suspensive* Bedingung zu verstehen. Der Forderungsübergang wird erst dann, allerdings ex tunc, wirksam, wenn feststeht, dass der Geschädigte AHV/IV-Leistungen beziehen wird⁷.

C. Kein Haftungsprivileg des Schädigers⁸

Wenn der Geschädigte bei der SUVA obligatorisch gegen Unfall versichert ist, schliesst KUVG 129 II jeden Schadenersatzanspruch gegenüber Arbeitgeber, Arbeitskollegen oder Familienangehörigen, die den Unfall ohne Verschulden oder bloss leichtfahrlässig verursacht haben, aus⁹. Da damit gar keine den Leistungen

5 Vgl. auch BGH VersR 16 (1965) 163: 'Die Ansprüche des Verletzten gegen den Schädiger gehen im Unfallzeitpunkt aber nur insoweit auf den Sozialversicherer über, als es zu Versicherungsleistungen kommt. Trägt der Verletzte die Heilbehandlungskosten selbst, so verbleibt ihm auch der Ersatzanspruch gegen den Schädiger; für einen Rechtsübergang ist dann kein Raum'.

6 Denkbar wäre diese Variante dann, wenn die AHV/IV dem Geschädigten eine Frist ansetzen könnte, während welcher er sich über den Bezug ihrer Leistungen zu erklären hatte. Dazu fehlt indessen die gesetzliche Grundlage. Vgl. hierzu das Postulat de lege ferenda, hinten § 32 A.

7 Dazu hinten § 12 C. Im Ergebnis ähnlich: Stein in FS Assista 330 FN 33.

8 AHVG 48ter Satz 2 i.V.m. KUVG 129 II.

9 BGE 104 II 261 ff. Eine klare und ausführliche Darstellung des Haftungsprivilegs nach KUVG 129 II gibt Oswald in SZS 6 (1962) 249 ff.

Die grobe Fahrlässigkeit als Haftungsvoraussetzung ist nicht leichtthin anzunehmen. Sie ist 'in der Regel nur anzunehmen', 'wenn eine elementare Vorsichtspflicht verletzt oder wichtige Schutzvorkehrungen unterlassen werden': n.p. BGE vom 21. Juli 1981 i.S. Urso v. Gempy

der SUVA bzw. der AHV/IV sachlich kongruenten Ersatzforderungen bestehen, ist auch ein Regress in solchen Fällen immer ausgeschlossen¹⁰. Soweit der Geschädigte obligatorisch bei der SUVA versichert ist, ist daher der Vorbehalt von KUVG 129 II in AHVG 48ter völlig überflüssig und hat insofern rein deklaratorische Bedeutung.

Anders ist die Situation dann, wenn der Verletzte oder Getötete nicht bei der SUVA obligatorisch versichert ist. Die Verweisung auf KUVG 129 II in AHVG 48ter will nämlich hier die Haftung der genannten Personen nicht schlechthin ausschalten, denn die Leistungen der AHV/IV allein decken den Schaden nur in den allerwenigsten Fällen ausreichend¹¹. Sehr oft stellen sie nur gerade das Existenzminimum sicher. Ein Ausschluss von Schadenersatzansprüchen würde den Geschädigten dermassen benachteiligen, dass dem Gesetzgeber keinesfalls unterstellt werden kann, er habe wie in KUVG 129 II die Haftung der dort genannten Personen für den AHV/IV-Leistungen kongruente Schadensposten überhaupt ausschliessen wollen¹². Ausserdem wäre ein völliger Ersatz der kausalen Haftpflichtansprüche durch die rein final begründeten Leistungen der AHV/IV zumindest de lege lata systemwidrig¹³.

Wenn der Verletzte oder Getötete nur bei der AHV/IV versichert ist, haften dem Geschädigten immer auch die in KUVG 129 II genannten Personen nach den jeweils anwendbaren Haftpflichtbestimmungen.

Der eigentliche Sinn des Vorbehalts von KUVG 129 II in AHVG 48ter ist es, Regresse der AHV/IV gegenüber den in KUVG 129 II genannten Personen auszuschliessen. Die Familien- und Arbeitsverhältnisse sollen nämlich nicht durch den Regress einer öffentlichen Aufgaben wahrnehmenden Institution belastet werden, da

& Unold. BGE 100 II 354, 96 II 176, 92 II 253 mit weiteren Hinweisen.

Die Haftung für von der SUVA nicht versicherte Schadensposten (Sachschaden, Genugtuung) wird vom Haftungsprivileg nicht tangiert. OGer TG RBOG 1980 Nr. 11 S. 58 f.; TC NE RJN 6 (1973–1977) I 152, 610; A. Keller 390; Oswald in SZS 6 (1962) 263 ff.

In Analogie zu BGE 98 II 129 ist heute davon auszugehen, dass KUVG 129 II die Haftung für den Wegfall nicht versicherten Nebenverdienstes nicht ausschliesst. Vgl. Marti 11.

Bei Leiharbeitern wirkt das Privileg nach KUVG 129 II nicht nur zu Gunsten des angestammten Arbeitgebers und seiner Mitarbeiter, sondern auch zu Gunsten desjenigen, für den der Versicherte unmittelbar beschäftigt ist, und der daher – wenn auch indirekt, so doch wirtschaftlich – für die SUVA-Prämien aufkommt. Oswald in SZS 6 (1962) 250 f., 256. Im gleichen Sinne hat ebenfalls der deutsche BGH entschieden: BGH VersR 33 (1982) 40 f.

10 *Oftinger* 412; *Maurer* SVR I 414; *Oswald* in SZS 6 (1962) 273.

11 Vgl. die Zahlen bei *Stark* in ZSR 100 (1981) I 372 f./SVZ 49 (1981) 230 f.: Witwenrenten der AHV decken den Schaden in 27%, Invalidenrenten der IV sogar nur in 2–12%(!) der Fälle.

12 Hätte der Gesetzgeber dennoch einen absoluten Ausschluss der Haftung der betreffenden Personen gewollt, so hätte er dies, analog der Lösung im gleichzeitig entstandenen Entwurf für das UVG, dessen Regressnormen im übrigen mit denjenigen des AHVG fast wörtlich übereinstimmen (UVG 41 ff.), durch eine spezielle Bestimmung (wie UVG 44) zum Ausdruck gebracht und sich nicht mit einem blossen Verweis auf KUVG 129, dessen baldige Ablösung durch das neue UVG mindestens bereits zur Diskussion stand, begnügt.

13 Die Leistungspflicht der SUVA, die in den Fällen von KUVG 129 II entsprechende Haftpflichtansprüche vollständig verdrängt, ist – wie das Haftpflichtrecht – kausal konzipiert, und ihre Leistungen haben auch weitgehend Schadenersatzcharakter.

solches der sozialen Aufgabe der AHV/IV widerspräche¹⁴. Die AHV/IV ist somit hinsichtlich des Regresses der SUVA gleichgestellt.

Damit nicht andererseits der Geschädigte Schadenersatz und AHV/IV-Leistungen kumulieren und so vom Regressausschluss profitieren kann, hat dieser zu bedeuten, dass die Ersatzforderungen in dem Umfange, in dem sie normalerweise auf die AHV/IV übergehen würden, erlöschen.

Die in KUVG 129 II genannten Personen schulden also dem Geschädigten nur Ersatz des Direktschadens, sodass der Regressausschluss einer Vorteilsanrechnung gleichkommt.

Der Geschädigte wird durch diese Vorteilsanrechnung nicht benachteiligt, da er ohnehin vom Haftpflichtigen nur Ersatz des Direktschadens fordern könnte. Dessen Höhe aber bleibt unberührt.

Wenn wegen eines gesetzlichen Haftungsprivilegs¹⁵ oder gültiger vertraglicher Haftungsbeschränkung gegenüber einem Schädiger gar keine oder nur reduzierte Ersatzforderungen bestehen, sind allfällige weitere, nicht privilegierte Haftpflichtige sowohl vom Geschädigten direkt, als auch vom SVT regressweise insoweit nicht belangbar, als ohne Haftungsbeschränkung der Privilegierte den Schaden im internen Verhältnis selbst zu tragen hätte¹⁶. Mit anderen Worten ist die interne Auseinandersetzung gegenüber bzw. unter den nicht-privilegierten Schuldern so durchzuführen, wie wenn das Haftungsprivileg nicht bestünde. Da dieses nämlich immer auf einem besonderen persönlichen Verhältnis zwischen dem privilegierten Schädiger und dem

14 Ferner spricht die Stellung der Verweisung auf KUVG 129 II am Schluss von AHVG 48ter dafür, dass sie nur gerade die Subrogation einschränken solle. Für die hier vertretene Auffassung spricht schliesslich die Analogie zur Regelung bei der Schadensversicherung (VVG 72 III), welche de lege ferenda (gl.M.: *Oswald* in SZS 16 (1972) 41) auszudehnen wäre.

Das Argument, der vollständige Ausschluss der Haftung auch für den nicht durch Versicherungsleistungen gedeckten Schaden sei im Interesse des Arbeits- und Familienfriedens und damit indirekt wieder im Interesse auch des Versicherten geboten, ist übrigens – auch bei SUVA-Versicherten – völlig verfehlt. Es sollte in jedem Falle dem Geschädigten überlassen bleiben, ob er um der Geltendmachung seines Direktschadens willen den Familien- oder Arbeitsfrieden aufs Spiel setzen will oder nicht. In vielen Fällen – etwa bei schwer Verletzten, die ihre Stelle ohnehin aufgeben müssen oder bei Hinterlassenen, die gar keine Beziehung zum Arbeitgeber haben – mutet das Argument 'Schutz des Arbeitsfriedens' geradezu zynisch an. De lege ferenda wäre in allen Sozialversicherungszweigen das Haftungsprivileg des Arbeitgebers und der Arbeitskollegen sowie Familienangehörigen aufzuheben und durch eine generelle Vorteilsanrechnung der SV-Leistungen bei weder absichtlich noch grobfahrlässig herbeigeführten Schaden zu ersetzen. Der Geschädigte könnte dann selbst entscheiden, ob sein Interesse am Arbeitsfrieden dasjenige auf Ersatz des Direktschadens überwiegt.

15 Z.B. KUVG 129 II; UVG 44; SVG 81. Vgl. auch VVG 72 III.

16 Im Ergebnis ähnlich: *Stark* in ZSR 86 (1967) II 70; *Oswald* in SZS 16 (1972) 50; ders. in AIDA I 09-24; *Oftinger* 437 mit weiteren Hinweisen in FN 293. Ausführlich zu Fragen des Haftungsprivilegs eines von mehreren Solidarschuldern: *Stark* in ZSR 86 (1967) II 66 ff. Vgl. auch *Roelli/Jaeger* VVG 72 N 55.

Gl.M. für das deutsche Recht: BGH VersR 30 (1979) 421 f.; BGHZ 73 195. *Kolb* bei Geigel 1443 f. [31 97 ff.]; *Klimke* in ZfV 31 (1980) 469, 499, 528.

Im n.p. BGE vom 10. Juni 1958 i.S. Caisse Nationale [= SUVA] v. Bäloise wurde diese Frage ausdrücklich offengelassen.

Geschädigten beruht, vermag es zwar die Rechtsstellung der Rechtsnachfolger des Geschädigten, niemals aber diejenige der übrigen Haftpflichtigen zu beeinträchtigen¹⁷.

Das Haftungsprivileg nach KUVG 129 II und der Regressausschluss nach AHVG 48ter i.V.m. KUVG 129 II gelten immer unabhängig davon, ob der Schädiger gegen die Folgen seiner Haftpflicht versichert ist¹⁸. Die Leistungspflicht der Haftpflichtversicherung geht nicht weiter als die Haftung des Versicherten, denn ihr Zweck ist lediglich die Befriedigung begründeter (und die Abwehr unbegründeter) Haftpflichtansprüche. Niemals lässt sich also eine Haftung oder ein Regressrecht damit begründen, der Haftpflichtige geniesse ja den Schutz einer Haftpflichtversicherung¹⁹.

17 Dies wurde fälschlicherweise nicht berücksichtigt in RJN 6 (1973–1977) I 616 ff.

18 Andernfalls hätte nämlich der Versicherer für einen Schaden einzustehen, für den der Haftpflichtige selbst nicht mehr belangt werden könnte (BGE 95 II 626; *Baur* 8). Solches aber schliesst das versicherungsrechtliche Trennungsprinzip aus, gegen das allerdings die Praxis zuweilen verstösst, wenn sie – vom versicherungsrechtlichen Standpunkt aus völlig verfehlt – eine Haftung eher oder in grösserem Umfange bejaht, wenn der Schädiger gegen Haftpflicht versichert ist (BGE 103 II 335. Richtig dagegen: VerwGer ZH 26. Januar 1978 RBVG 1978 Nr. 24; BGH Warn 1978 Nr. 301 S. 901. Vgl. auch *Wussow/Küppersbusch* 117 [N 460]; *Deutsch* 491; *Klimke* in ZfV 31 (1980) 470, 498; *Becker-Schaffner* in VersR 19 (1968) 1024 mit Hinweis auf BGH VersR 19 (1968) 248). Hiezu auch vorne § 4 FN 3.

19 Nur indirekt wirkt sich gelegentlich das Bestehen einer Haftpflichtversicherung auf die Höhe des Schadenersatzes aus, indem sie regelmässig eine Ermässigung der Ersatzpflicht nach OR 44 II von vorneherein ausschliesst. Untersuchungen hierüber bei *Prölss* in FS Oftinger 228 ff.

Unhaltbar ist diesbezüglich hingegen die Argumentation von *Atilay Ileri* (Zur Haftung des Arztes, SJZ 77 (1981) 333 f., 334), welcher Bedenken gegen eine strenge Haftung [des Arztes] mit dem Hinweis auf den meist bestehenden Haftpflichtversicherungsschutz zu zerstreuen versucht.

§ 12 Zeitpunkt des Forderungsübergangs

A. Wortlaut des Gesetzes

Zwei Faktoren bestimmen nach AHVG 48ter den Zeitpunkt der Subrogation der AHV/IV: einerseits der Zeitpunkt des Ereignisses und andererseits der Zeitpunkt, in welchem die Höhe der Leistungen der AHV/IV feststeht.

Nach dem Wortlaut von AHVG 48ter sollte die AHV/IV bereits im Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses in die Haftpflichtansprüche des Geschädigten subrogieren, da diesem das Verfügungsrecht über seine Ersatzansprüche bereits bei deren Entstehung entzogen werden will¹. Die übergegangenen Ersatzansprüche könnte er alsdann gar nicht mehr beim Haftpflichtigen geltend machen². Damit soll jede Vereitelung des Regressrechts der AHV/IV verhindert werden³. Dieselbe Lösung sieht auch UVG 41 für den Regress der Träger der Unfallversicherung vor, während heute die SUVA nach feststehender Praxis des BGer mit der verbindlichen Anerkennung ihrer Leistungspflicht in die Ersatzansprüche des Geschädigten eintritt⁴.

AHVG 48ter beschränkt aber die Subrogation auch auf die Höhe der 'gesetzlichen Leistungen', weshalb sie schon nach dem Wortlaut des Gesetzes nur wirksam werden kann, wenn und soweit die Höhe dieser Leistungen im Einzelfall zumindest objektiv feststeht⁵. Soweit nämlich die AHV/IV keine Leistungen erbringt oder erbringen muss, ist durch Umkehrschluss aus AHVG 48ter und aufgrund gemeinen Rechts jede Subrogation ausgeschlossen, so insbesondere auch dann, wenn der Geschädigte die Leistungen der AHV/IV gar nicht in Anspruch nimmt⁶. Nach AHVG 48ter kann also die Subrogation der AHV/IV in die Ersatzansprüche des Geschädigten erst mit der Geltendmachung der Versicherungsansprüche wirksam werden, da vorher noch gar nicht feststeht, ob die AHV/IV im konkreten Fall jemals wird Leistungen erbringen müssen, auch wenn die objektiven Voraussetzungen ihrer Leistungspflicht gegeben sind.

1 Botschaft vom 7. Juli 1976, BBl 1976 III 64.

2 Müller in SZS 22 (1978) 196.

3 Maurer K+S 75.

4 KUVG 100 setzt den Zeitpunkt des Forderungsübergangs nicht fest (ebenso MVG 49). BGE 64 II 427, bestätigt in BGE 84 II 400. Nach älterer Praxis verlangte das BGer in Analogie zu VVG 72 den Vollzug der Leistung (zuletzt in BGE 63 II 202).

Auch italienische Sozialversicherer subrogieren mit der Anerkennung ihrer Leistungspflicht: Corte di Cassazione 3. Juli 1978, Responsabilità Civile 1979 528 [zit. nach VersRAI 1981 101].

5 Die romanischen Texte sind klarer: '... jusqu'à concurrence des prestations qu'elle doit légalement fournir'; '... fino a concorrenza delle prestazioni che essa deve legalmente fornire'. Zum Begriff der 'gesetzlichen Leistungen' hinten § 17 B.

6 Ähnlich für die deutsche Kranken- und Renten- (Invaliden-) Versicherung: Wussow 845 [N 1423]. Vgl. auch vorn § 11 B. Wenn das Sozialversicherungsverhältnis erst später entsteht, kann auch erst dann ein allfälliger Forderungsübergang erfolgen: OLG Frankfurt/M VersR 33 (1982) 66.

B. Subrogation im Zeitpunkt des Ereignisses?

Nach unbestrittener Lehre und ständiger Rechtsprechung des BGer unterstehen auch die Wirkungen der Subrogation der SUVA dem allgemeinen Zessionsrecht von OR 167 ff.⁷. Da Experten und Gesetzgeber bei der Vorbereitung und beim Erlass der Subrogationsnormen des AHVG und des IVG die diesbezügliche Praxis zum SUVA-Regress gekannt haben oder zumindest hätten kennen müssen, spricht die Vermutung dafür, dass auch die Subrogation der AHV/IV dem Zessionsrecht des OR untersteht. Diese Vermutung wird durch die Tatsache erhärtet, dass das Regressrecht der AHV/IV unter anderem auch eingeführt worden ist, um diesbezüglich eine einheitliche Regelung für die wichtigsten Zweige der Sozialversicherung zu erreichen⁸. Damit ist bei Auslegung und Anwendung der Subrogationsnormen für die AHV/IV die entsprechende Praxis zum SUVA-Regress mitzubersichtigen und für Fragen der Zession allenfalls die Rechtsprechung und Lehre zur Abtretung heranzuziehen.

Nach allgemeinem Zessionsrecht muss einerseits der Gegenstand der Zession bzw. Subrogation genügend bestimmt oder bestimmbar sein⁹ und andererseits ihr Umfang feststehen.

Objekt der Subrogation der AHV/IV sind die aus einem bestimmten schädigenden Ereignis herrührenden Forderungen¹⁰ des Geschädigten gegenüber dem oder den Haftpflichtigen. Dass diese Forderungen im Zeitpunkt des Ereignisses noch nicht zahlenmässig feststehen¹¹ und zum Teil erst später entstehen¹², schadet nichts, denn unbestrittenermassen sind auch künftige Forderungen, bei denen der Tatbestand der Entstehung erst zum Teil verwirklicht ist, abtretbar¹³.

Die Haftpflichtansprüche des Geschädigten gehen meist nur teilweise¹⁴ auf die Sozialversicherung über. Die Teilzession an sich stellt zwar keine praktischen Probleme und ist anerkanntermassen auch durch Rechtsgeschäft möglich¹⁵. Jedoch

7 OR 166 spricht allgemein von Forderungsübergang kraft Gesetzes, erfasst also auch denjenigen aufgrund öffentlichrechtlicher Sozialversicherungsgesetze. Nähere Begründung hiezu vorn § 3 FN 19.

8 Maurer K+S 87 f.; BBl 1976 III 34. Die inhaltliche Anpassung des Regressrechts der Träger der Unfallversicherung nach UVG (und der EMV) bezieht sich vor allem auf das Quotenrecht (UVG 42; MVG 49 II [Fassung vom 20. März 1981]).

9 von Tuhr/Escher 350; BGE 75 III 115.

10 KUVG 100: 'Rechte'; MVG 49: 'Ersatzanspruch'; AHVG 48ter und UVG 41: 'Ansprüche'.

11 Weder Schadenshöhe noch Haftungsquote: Maurer K+S 75. Bei Tod steht jedoch der Versorgerschaden (OR 45) sofort und objektiv fest. Er muss nur noch berechnet werden.

12 Ersatz von erst später entstehenden Kosten (z.B. Hilfsmittel, Eingliederung, evtl. Sonderschulung).

13 Von Tuhr/Escher 348 f.; Bucher 490 ff.; Becker OR 164 N 15 f.; Oser/Schönenberger OR 164 N 4 f. Zur Unterscheidung von abtretbaren künftigen und nicht abtretbaren erhofften Forderungen: ZBJV 111 (1975) 294. Analog hat das BGer die Pfändbarkeit völlig unbestimmter Forderungen verneint: BGE 84 II 4.

14 Die Subrogation wird begrenzt durch die Höhe der Leistungen der AHV/IV (dazu hinten § 17 B) und durch die Vorschriften in AHVG 48quater und quinquies.

15 Von Tuhr/Escher 353; Bucher 494, 520; von Büren 326; Becker OR 164 N 8 f.; Oser/Schönenberger OR 164 N 2.

muss ihr Gegenstand immer als Bruchteil der Forderung oder auf andere Weise bestimmt oder wenigstens bestimmbar sein. Dies aber ist bei Schadenersatzforderungen im Zeitpunkt des Ereignisses trotz der Normen, die den Umfang der Subrogation bestimmen, praktisch nie der Fall¹⁶. In diesem Zeitpunkt steht nämlich noch keineswegs fest, ob überhaupt ein Anspruch auf AHV/IV-Leistungen entstehen¹⁷ und ob der Geschädigte diesen je geltend machen oder auf die Leistungen verzichten wird¹⁸. Auch die Frage einer allfälligen Kürzung der AHV/IV-Leistungen wegen Selbst- oder Mitverschuldens des Verletzten oder seiner Hinterlassenen ist, sofern sie sich in casu sinnvollerweise überhaupt stellt, im Zeitpunkt des Ereignisses noch völlig offen¹⁹. Sie hängt auch später noch weitgehend von der Würdigung der konkreten Umstände des Einzelfalles ab. Die Antwort wird hier erst mit Anerkennung der Leistungspflicht, vorbehaltloser Erbringung der Leistung oder rechtskräftiger gerichtlicher Erledigung feststehen. Da der Umfang des Eintritts der AHV/IV in die Ersatzforderungen des Geschädigten im Zeitpunkt des Ereignisses noch völlig unbestimmt ist, kann also von einem definitiven Forderungsübergang bereits zu diesem Zeitpunkt gar nicht sinnvoll die Rede sein²⁰.

16 AHVG 48ter ff.; IVG 52; UVG 41 ff. Bundesgerichtspraxis zu KUVG 100, insbesondere zur sachlichen und zeitlichen Identität: BGE 98 II 137; 97 II 132. Festgelegt wird dabei jeweils nur die obere Grenze des Forderungsübergangs.

17 Die Frage der Invalidität kann etwa vom Erfolg einer noch vorzunehmenden Operation (z.B. Wiederannahmen einer abgetrennten Hand) abhängen, der im Zeitpunkt des Ereignisses noch völlig unbestimmt ist. Wenn die Leistungspflicht des SVT dagegen erst später *entsteht*, tritt auch in Deutschland der Forderungsübergang erst dann ein: *Schlegelmilch* bei Geigel 1350 [30 25] mit Belegen.

18 Gerade diese zuletzt genannte Möglichkeit des Geschädigten, auf AHV/IV-Leistungen zu verzichten (vgl. vorn § 8 A 2 a), unterscheidet die Rechtslage bei der AHV/IV grundlegend von derjenigen bei der SUVA, der französischen Sécurité sociale und der deutschen Unfallversicherung. Auf deren Leistungen kann der Geschädigte nicht verzichten, um alsdann mit dem Haftpflichtigen allein zu liquidieren (SUVA: *Pfyffer* in SZS 10 (1966); Sécurité sociale: *Mestre* 434 [N 374] und daselbst FN 60; deutsche Unfallversicherung: *Schlegelmilch* bei Geigel 1352 f. [30 29–31]; *Wussow* 845 [N 1423] e contrario), weshalb hier in jedem Falle innert nützlicher Frist über allfällige Sozialversicherungsansprüche des Geschädigten und damit über den genauen Umfang der Subrogation zu entscheiden ist und so keine Gefahr dauernder Ungewissheit über die Anspruchsberechtigung gegenüber dem Haftpflichtigen besteht.

Auf Leistungen der deutschen Kranken- und Renten- (Invaliden-) Versicherung kann der Geschädigte dagegen ebenfalls verzichten, und zwar sogar durch Erklärung gegenüber dem Schädiger: *Wussow* 845 [N 1423].

19 Davon hängt es aber ab, ob der Regress nach Abs. 1 oder 2 von AHVG 48quater zu berechnen ist.

20 Das BGer hat dies in bezug auf den Regress der SUVA für den Fall, dass die Leistungen nicht liquid feststehen, trefflich so formuliert (BGE 63 II 202):

‘Da zudem die Leistungspflicht der Suval nicht von vornherein feststeht, sondern sehr oft erst im Prozesse abgeklärt werden muss, wusste der Verunfallte zunächst überhaupt nicht, was er gegenüber dem Schadenstifter einzuklagen hätte. Das KUVG ist letzten Endes im Interesse der Kranken und Verunfallten eingeführt worden ...’.

Die Präzisierung der Rechtsprechung in BGE 64 II 427 hat diese Argumente weder entkräftet noch überhaupt in Frage gestellt. Sie sind analog auf die AHV/IV übertragbar, wo sie solange gelten, bis die Leistungspflicht der AHV/IV feststeht.

Für die rechtsgeschäftliche Zession vertreten von *Tuhr/Escher* (353 FN 2, allerdings ohne

Da AHVG 48ter – wie schon die allgemeinen Regeln des Zessionsrechts – den Forderungsübergang implicite vom Feststehen der Höhe der AHV/IV-Leistungen abhängig macht, ist das Gesetz hinsichtlich des Zeitpunktes der Subrogation lückenhaft. Es enthält keine Regelung für den Fall, dass der Geschädigte seine Ansprüche auf AHV/IV-Leistungen gar nicht geltend macht, und es bedarf insofern der Ergänzung durch den Richter²¹. Dieser darf sich dabei nicht allein an den irreführenden Wortlaut ‘im Zeitpunkt des Ereignisses’ halten²². Durch ergänzende Auslegung²³ von AHVG 48ter ergibt sich, dass die Subrogation bereits ‘im Zeitpunkt des Ereignisses’ sinnvollerweise nur eine aufschiebend bedingte sein kann.

Die Annahme unbedingter Subrogation bereits im Zeitpunkt des Ereignisses ergebe häufig eine praktisch nicht brauchbare Lösung²⁴, da auch dem Geschädigten, der keinen Anspruch auf AHV/IV-Leistungen hat oder ihn nicht geltend macht, seine Ersatzforderungen entzogen würden.

C. Aufschiebend bedingte Subrogation

Ersatzansprüche des Geschädigten können ‘im Zeitpunkt des Ereignisses’ grundsätzlich nur unter der *aufschiebenden* Bedingung auf die AHV/IV übergehen, dass diese effektiv Leistungen wird erbringen müssen²⁵. Dies steht zwar gelegentlich erst bei

Begründung) die Auffassung, dass der Umfang der Abtretung bei entsprechender Vereinbarung auch durch ein künftiges Ereignis bestimmt werden könne. Analoges auch für den Fall der Subrogation, wo keine Vereinbarung vorliegt, anzunehmen, wäre jedoch verfehlt. Denn in dem Masse, in dem der Forderungsübergang weder feststünde, noch mit Bestimmtheit auszuschliessen wäre, müsste der Haftpflichtige seine Leistungen hinterlegen (OR 96, 168). Dies wäre für den Geschädigten nachteilig (verspätete Verfügbarkeit seines Guthabens) und kann in Anbetracht des Zweckes der AHV/IV weder in Kauf genommen noch als vom Gesetzgeber gewollt unterstellt werden.

Zur Problematik einer Subrogation bereits im Zeitpunkt des Ereignisses bereits *Vonmoos* 81. Betreffend Deutschland: ders. 83 f. FN 22.

21 Das Fehlen einer notwendigen Einschränkung einer Norm führt zur Annahme einer verborgenen Lücke: *Deschenaux* SPR II 99.

22 Dies wäre ein unzulässiger ‘Normmissbrauch’ (*Schnyder* in FS BGer 37). Der Richter darf sich ‘nicht auf den Wortlaut des Gesetzes versteifen’. Er hat ‘nach dem vernünftigen Sinn des Gesetzes zu forschen und notfalls einer zu allgemein gehaltenen Norm eine Einschränkung beizufügen, wenn der Grundgedanke der Regelung und der von ihr verfolgte Zweck es verlangen’: BGE 91 IV 28. Vgl. hierzu: *Oftinger Karl*, Überblick über die Problematik und einige Hauptpunkte der Interpretation, SJZ 63 (1967) 353 ff., S. 357.

23 Ein normberichtigender Eingriff, wie er gestützt auf ZGB 2 II allenfalls zulässig wäre (*Merz* ZGB 2 N 23, 25), ist nicht erforderlich. Zur Ausfüllung sogar unechter Gesetzeslücken: *Meier-Hayoz* ZGB 1 N 294 ff.

24 *Meier-Hayoz* ZGB 1 N 325.

25 Vgl. *Stein* in FS Assista 330 FN 33: ‘Der Regress entsteht nur, wenn Leistungen erbracht werden’. Im Ergebnis ähnlich: *Schlegelmilch* bei Geigel 1350 [N 30 25]: ‘... geht der Anspruch erst im Zeitpunkt der Entstehung der Leistungspflicht über, z.B. bei der Renten-(Invaliden-) Versicherung erst mit dem Zeitpunkt des Eintritts der Invalidität’.

der ausdrücklichen oder stillschweigenden Anerkennung ihrer Leistungspflicht²⁶, in aller Regel aber schon mit der Anmeldung der Ansprüche durch den Berechtigten²⁷, fest²⁸.

Pendente conditione beschränkt OR 152 I die Befugnis des Geschädigten, über die Ersatzforderungen zu verfügen. Tut er es dennoch, so verletzt er, wenn die AHV/IV später Leistungen zu erbringen hat und damit die Bedingung des Forderungsüberganges eintritt, seine Pflichten als Zedent, die ihm aus OR 152 I und 170 II e contrario²⁹ erwachsen, und er handelt damit widerrechtlich im Sinne von OR 41 I.

26 Dies ist praktisch nur bei illiquider Leistungspflicht der AHV/IV der Fall. Die SUVA dagegen subrogiert nach ständiger Praxis des BGer (seit BGE 64 II 427) überhaupt erst im Zeitpunkt der verbindlichen Anerkennung ihrer Leistungspflicht in die Ersatzansprüche. Hier ist aber wegen der Pflicht zur Anmeldung aller Unfälle (KUVG 69) ein Verzicht des Geschädigten auf Versicherungsleistungen durch Unterlassung der Anmeldung nicht zulässig. Ausserdem widerspräche ein Verzicht auf Leistungen der obligatorischen Unfallversicherung bei Berufsunfällen insoweit der ratio des KUVG bzw. des UVG, als diese die Haftung des Arbeitgebers und der Arbeitskollegen ersetzt haben. In diesen Fällen stehen dem Geschädigten auch sehr oft keine Ansprüche gegen den Schädiger mehr zu (KUVG 129 II; UVG 44), so dass sein Interesse am Verzicht bei Berufsunfällen meist dahinfällt.

Schliesslich darf unterstellt werden, dass das BGer einen definitiven Forderungsübergang im Zeitpunkt des Ereignisses angenommen hätte, wenn dies praktisch möglich und sinnvoll wäre.

27 Sehr oft ist der Versicherungsanspruch liquid, sodass die Leistungen nach der Anmeldung unverzüglich erbracht werden. Dies gilt etwa bei Tod des Ehemannes oder des Vaters.

Das LG Berlin hat sogar entschieden, dass 'im Bedürfnisfall die Forderung des Geschädigten' 'trotz Forderungsübergang auf den öffentlichen Versicherungsträger (§ 1542 RVO)' bestehen bleibt (LG Berlin VersR 2 (1951) 212 f.). Der Entscheid vermag jedoch dogmatisch nicht zu befriedigen und wurde überzeugend kritisiert von *Ernst Jacobi* in VersR 2 (1951) 246.

28 Ein bloss resolutiv bedingter Forderungsübergang wurde dagegen angenommen vom LG Mainz VersR 31 (1980) 437.

Ein resolutiv bedingter Forderungsübergang hätte jedoch die unhaltbare Konsequenz, dass dem Geschädigten die Ersatzforderungen immer schon dann entzogen würden, wenn gegenwärtige oder zukünftige Ansprüche auf AHV/IV-Leistungen nicht praktisch ausgeschlossen sind. Damit würde aber der Geschädigte völlig unnötigerweise auch in all den Fällen, in denen er seine Ansprüche auf AHV/IV-Leistungen nicht geltend machen will, gezwungen, bei der AHV/IV zu intervenieren, um die – wirtschaftlich und funktionell ihm zustehenden – Ersatzforderungen überhaupt geltend machen zu können. Dies aber liesse sich mit der Eigentumsgarantie (Die Schadenersatzforderung als privates Vermögensrecht genießt den Schutz von BV 22ter: *Meier-Hayoz Arthur*, Berner Kommentar; Das Eigentum, Systematischer Teil und Allgemeine Bestimmungen, 5.A Bern 1981, Syst. Teil N 440 f. mit Belegen) nur schwer vereinbaren. Der allgemein anerkannte Grundsatz, dass auch BG im Zweifel verfassungskonform auszulegen sind (BGE 104 IV 13; *Imboden/Rhinow* I 153 ff.; *Aubert Jean-François*, Traité de droit constitutionnel suisse, Neuchâtel 1967, N 449, S. 176; *Hangartner Yvo*, Grundzüge des schweizerischen Staatsrechts, Bd. 2, Zürich 1980, 37; *Müller Viklaus*, Die Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Grundsatz der verfassungskonformen Auslegung, Diss Bern 1980, 133; *Campiche Edouard Georges*, Die verfassungskonforme Auslegung, Diss Zürich 1978, 69 mit Hinweisen), verlangt daher, dass die Subrogation der AHV/IV nicht als resolutiv, sondern als suspensiv bedingt verstanden wird.

29 Dazu vorn § 8 FN 28.

OR 152 III beschränkt daneben aber auch die Verfügungsmacht des Geschädigten: Zwischenverfügungen hinsichtlich suspensiv bedingt auf die AHV/IV übergegangener Forderungen werden nach Eintritt der Bedingung, also bei Geltendmachung der Ansprüche auf AHV/IV-Leistungen durch den Geschädigten oder spätestens bei deren Anerkennung seitens der AHV/IV, ungültig. Bis ihm der Forderungsübergang angezeigt worden ist, befreit sich jedoch der gutgläubige Haftpflichtige nach OR 167 immer noch durch Zahlung an den Geschädigten^{30,31}.

D. Massgeblicher Zeitpunkt zur Bestimmung des Umfanges der Subrogation

Im Haftpflichtrecht wird Versorgerschaden auf den Zeitpunkt des Todes, Invaliditätsschaden auf denjenigen der Schadenerledigung berechnet. Die gleichen Zeitpunkte müssen damit notwendigerweise auch für die Berechnung des Wertes der entsprechenden AHV/IV-Leistungen massgeblich sein. Andernfalls wären der Wert der AHV/IV-Leistungen und der Schadenersatz in qualitativer Hinsicht inkongruent, und damit wären diese nicht mehr als Elemente derselben Regressrechnung verwendbar. Damit bestimmt sich auch der Umfang der Subrogation nach den Verhältnissen im Zeitpunkt, auf den die haftpflichtrechtliche Schadenerledigung abstellt.

Für diese Lösung spricht auch AHVG 48ter. Der 'Zeitpunkt des Ereignisses' kann in diesem Zusammenhang nämlich einzig bedeuten, dass der Zeitpunkt massgeblich ist, in dem die *Folgen* des Ereignisses feststehen. Dies aber ist der Fall mit dem Tode des Verletzten oder dann, wenn seine Erwerbsunfähigkeit mit hinreichender Sicherheit feststellbar ist. In diesem Zeitpunkt wird aber auch regelmässig der Schaden liquidiert.

30 OR 167 gilt auch bei Subrogation: BGE 95 II 247 [obiter].

31 Guter Glaube des Haftpflichtigen setzt hier praktisch immer voraus, dass ihm der Geschädigte seinen Verzicht auf AHV/IV-Leistungen ausdrücklich erklärt hat, oder dass der Haftpflichtige hat annehmen dürfen, die Voraussetzungen für eine Leistungspflicht der AHV/IV seien i.c. nicht gegeben. Zur befreienden Zahlung des Haftpflichtigen an den Geschädigten: vorn § 8 FN 24.

§ 13 Wirkungen des Forderungsübergangs

A. Gläubigerwechsel

Die Subrogation als Legalzession untersteht dem allgemeinen Zessionsrecht der Art. 164 ff. OR¹. Mit der Subrogation der AHV/IV verliert damit der Geschädigte in bezug auf die übergehenden Forderungsteile seine Gläubigerstellung und damit auch die Legitimation im Prozess- und Betreibungsrecht². Er hat fortan alles zu unterlassen, was Bestand und Höhe der übergegangenen Forderung beeinträchtigen oder deren Geltendmachung erschweren könnte. Andernfalls würde er der AHV/IV schadenersatzpflichtig. Er hat ausserdem der Zessionarin im Rahmen von OR 170 II die Geltendmachung der Forderung zu erleichtern. Dagegen haftet er nach OR 173 II weder für den Bestand der Forderung im Zeitpunkt der Subrogation noch für die Zahlungsfähigkeit des Schuldners.

Die AHV/IV wird Gläubigerin. Dem Haftpflichtigen hat sie dies nach ZGB 8 zu beweisen. Sie muss damit neben der Entstehung der Ersatzforderung in der Person des Geschädigten³ insbesondere die eigene grundsätzliche Leistungspflicht und die Tatsache beweisen, dass der versicherte Geschädigte ihre Leistungen wirklich in Anspruch nimmt⁴.

Ist die Ersatzforderung einmal wirksam übergegangen, so bleibt die AHV/IV Gläubigerin, auch wenn ihre Leistungspflicht als Voraussetzung der Subrogation später ganz oder teilweise wieder wegfällt, denn eine Retrozession ordnet das Gesetz für solche Fälle nicht an⁵. Möglich ist höchstens eine vertragliche Retrozession.

1 Die Marginalien zu OR 164 und 166 stellen Legalzession und freiwillige Abtretung als Varianten der Abtretung nebeneinander. Daraus folgt, dass im Zweifel auch beide dieselben Rechtsfolgen haben: *Oser/Schönenberger* OR 166 N 1.

OR 166 bezieht sich nicht nur auf die im OR geregelten Fälle der Subrogation, sondern insbesondere auch auf die in den Sozialversicherungsgesetzen angeordneten: BGE 63 II 203 [KUVG 100]; *Oftinger* 406; *von Tuhr/Escher* 370 FN 7.

2 Er behält aber vorerst die Prozessführungsbefugnis (*Guldener* ZPR 290 f.).

3 Ein rechtskräftiges Urteil, das der Geschädigte gegen den Haftpflichtigen bereits erwirkt hat, wirkt auch zu Gunsten der AHV/IV als Rechtsnachfolgerin (*Guldener* op.cit. 371 f.), die es direkt vollstrecken kann, sofern sie nur den Übergang der Ersatzforderungen beweist. Analoges gilt für den Vergleich des Geschädigten mit dem Haftpflichtigen.

4 Dieser Beweis wird schon durch das vom Geschädigten eingereichte Anmeldeformular (AHVV 67; IVV 65 ff.) erbracht. Dem Geschädigten steht der Gegenbeweis offen, dass er vor der Anerkennung der Leistungspflicht seine Anmeldung widerrufen oder einen gültigen Verzicht auf AHV/IV-Leistungen erklärt habe, sodass gar keine Subrogation stattgefunden hat.

5 Anders verhält es sich bei fehlender oder unwirksamer Anmeldung (Willensmangel, Urteilsunfähigkeit) sowie nichtiger oder ex tunc weggefallener Anerkennungsverfügung, wo also nachträglich das Fehlen der Voraussetzungen der Subrogation zutage tritt: hier ist die Forderung wegen Nichterfüllung des Tatbestandes gar nicht übergegangen, und der Geschädigte ist noch Gläubiger.

Darauf – allenfalls auf Erstattung des Forderungsbetrages – hat der Geschädigte unter Umständen⁶ einen obligatorischen Anspruch aus OR 62⁷.

Das rechtliche Schicksal derjenigen Forderungsteile, die einmal wirksam auf die AHV/IV übergegangen sind, ist von demjenigen der Direktforderungen, die dem Geschädigten verblieben sind, völlig unabhängig⁸.

Im Falle eines Prätendentenstreites kann sich der Haftpflichtige entweder nach gemeinem Zessionsrecht durch Hinterlegung befreien⁹ oder aber den streitigen Betrag direkt dem Geschädigten bezahlen und sich dabei dessen Rückforderung für den Fall vorbehalten, dass er doch der AHV/IV zugestanden hätte. Diese Lösung liegt im Interesse des Geschädigten, der damit rascher zu seinem Schadenersatz kommt. Sie ist für den Haftpflichtigen dann risikolos, wenn er damit rechnen kann, dass er allfällige Ansprüche der AHV/IV später durch Abtretung dieser vorbehaltenen Rückforderungsansprüche wird befriedigen können¹⁰.

B. Übergang der Vorzugs- und Nebenrechte

Dass der Zessionar aufgrund von OR 170 auch bei Subrogation die Vorzugs- und Nebenrechte zusammen mit der Forderung erwirbt, ist unbestritten¹¹. Von diesen Rechten interessieren hier nur solche, die mit Ersatzforderungen wegen Tötung und Körperverletzung verknüpft zu sein pflegen¹².

6 Für mögliche Anwendungsfälle: vgl. hinten § 25 D IV 2.

7 *Condictio ob causam finitam*. Bei Rücknahme oder Aufhebung der Verfügung folgt dieser Anspruch auf Retrozession sogar unmittelbar aus dem Grundsatz von Treu und Glauben (ZGB 2). Für dessen Anwendbarkeit auch im Verwaltungsrecht (AHV/IV) vgl. BGE 100 V 157; *Imboden/Rhinow* I 457; *Maurer* in SJZ 76 (1980) 297; vgl. auch *Gitter* in NJW 1979 1026.

Zur Zulässigkeit der Retrozession: vorn § 8.

8 OGH in ZVR 24 (1979) 21 f.

Vgl. auch *Morandi* in FS Reimer Schmidt 794: ‘... sin que la transferencia al asegurador, cambie el contenido de la obligación del tercero respecto del asegurado’; ders. 795: ‘la subrogación no modifica la naturaleza jurídica de la obligación ... existente entre el tercero (responsable) y el damnificado (asegurado)’.

9 Näheres im Gesetz (OR 168 als *lex specialis* zu OR 96) und in der einschlägigen Literatur. Statt vieler: *von Tuhr/Escher* 363 f.; *Bucher* 514 f.

10 Dazu hinten § 30 B 3 b.

11 BGE 103 II 78 [obiter]; BGE 22 669 [zu aOR 190]; *von Tuhr/Peter* 317 [zu OR 149 I].

Ganz klar auch *Morandi* in FS Reimer Schmidt 794: ‘el asegurador ocupa la misma posición “sustancial” y “procesal” del asegurado ...’.

12 Mit den Neben- und Vorzugsrechten auch vertraglicher Forderungen befassen sich eingehend: *Becker* OR 170 N 1 ff.; *Bucher* 519 f.; *von Tuhr/Escher* 354 ff.; *Oser/Schönenberger* OR 170 N 1 ff.

1. Action directe¹³

Das für die AHV/IV praktisch wichtigste Nebenrecht der Haftpflichtforderung ist ein allfälliges direktes Forderungsrecht gegen den Haftpflichtversicherer, wie es dem Geschädigten mehrere Spezialgesetze gewähren¹⁴. Die AHV/IV als Rechtsnachfolgerin des Geschädigten erhält damit einen solventen Schuldner.

Allerdings gilt der in verschiedenen Spezialgesetzen vorgesehene Ausschluss von Einreden aus dem VVG oder dem Versicherungsvertrag¹⁵ gegenüber der AHV/IV als Legalzessionärin nicht¹⁶. Solche Einredenausschlüsse beruhen nämlich ausschliesslich auf sozialen Erwägungen des Gesetzgebers im Interesse des direkt Geschädigten¹⁷. Ihre Ausdehnung auch auf das Verhältnis des Haftpflichtversicherers zum regressierenden Sozialversicherer würde nicht nur von der ratio legis nicht mehr gedeckt, sondern widerspräche auch dem Zweck der Sozialversicherung. Der Haftpflichtversicherer, der leisten muss, obwohl er nach VVG oder Versicherungsvertrag die Leistung verweigern oder kürzen dürfte, wird nämlich seine Aufwendungen ganz oder teilweise vom Versicherten, also vom unmittelbar Haftpflichtigen zurückfordern. Ein Sozialversicherungsregress würde also in solchen Fällen letztlich nicht den Haftpflichtversicherer, sondern den Versicherten treffen und für ihn sehr oft den wirtschaftlichen Ruin bedeuten. Gerade solches hat aber die Sozialversicherung zu verhindern, indem sie gegebenenfalls auf den Regress verzichtet, wenn der Haft-

13 *Heusser Rolf*, Das direkte Forderungsrecht des Geschädigten gegen den Haftpflichtversicherer, Diss Zürich 1979; *Châtelain Roland*, L'action directe du lésé contre l'assureur de la responsabilité civile du détenteur d'un véhicule automobile, Diss Lausanne 1961; *Oftinger* 458, 406 (Übergang als Nebenrecht); *Maurer* PrVersR 420 f.; *Koenig* SPR VII/2 662; *Wyniger* in SVZ 38 (1970) 139 ff.; *Bussy/Rusconi* LCR 65 [S. 255 ff.].

14 SVG 65 I; AtG 24 I; RLG 37 I; BSchG 33 I. OR 113 ist dann von Bedeutung, wenn der geschädigte Arbeitnehmer nicht nach KUVG bei der SUVA obligatorisch versichert ist, da sonst nach KUVG 129 II die Haftung des Arbeitgebers meist entfällt. Mit Inkrafttreten des UVG verliert er seine Bedeutung, da dann praktisch alle Arbeitnehmer obligatorisch versichert sind und damit kaum je noch Ersatzansprüche für Personenschaden gegen den Arbeitgeber bestehen werden (UVG 1 i.V.m. UVG 44).

Zu OR 113: *Roelli/Jaeger* VVG 60 N 6, 40; *Koenig* SPR VII/2 662; *Oser/Schönenberger* OR 113.

15 SVG 65 II; AtG 24 II; RLG 37 II; BSchG 33 II. *Maurer* PrVersR 421 f.; *Koenig* SPR VII/2 663; *Heusser* op.cit. 59 ff.

16 So ausdrücklich (D)VVG 158c IV. *Wussow/Küppersbusch* 108 [N 422] mit Hinweis auf die ständige Rechtsprechung des BGH.

Der Einredenausschluss verschiedener Spezialgesetze ist hinsichtlich seiner Rechtsnatur dem Ausschluss der Einrede des Notbedarfs (SchKG 93) nach ZGB 289 II ausgesprochen ähnlich. Beide sollen es dem Gläubiger (Geschädigter oder Unterhaltsberechtigter) persönlich (also nicht auch dem Gemeinwesen oder dem Versicherer als Legalzessionar) erlauben, seinen Anspruch unter klarer Hintanstellung der sonst geschützten, minimalen Rechte des Schuldners praktisch unbegrenzt durchzusetzen.

Für den Fall von ZGB 289 II hat das BGer klar entschieden, dass zwar die Forderung, nicht aber das besondere Privileg auf Eingriff ins Existenzminimum, auf den Legalzessionar übergeht: BGE 106 III 18. Diese Überlegungen lassen sich direkt auf den Fall des Einredenausschlusses des Haftpflichtversicherers übertragen. Vgl. auch vorn § 3 FN 17.

17 *Koenig* SPR VII/2 663.

pflichtige nicht versichert oder sein Versicherer nach VVG oder Versicherungsvertrag ganz oder teilweise leistungsfrei ist¹⁸.

2. Sicherungsrechte¹⁹

Für Schadenersatzforderungen bestehen zumindest im Bereiche des ausservertraglichen Schadenersatzrechts nur selten besondere Sicherheiten²⁰. Einzig das gesetzliche Pfandrecht nach VVG 60²¹ hat praktische Bedeutung überall da, wo der Schädiger gegen Haftpflicht versichert ist, dem Geschädigten aber kein direktes Forderungsrecht zusteht. Dieses Pfandrecht geht in gleichem Umfange wie die Forderung selbst auf die AHV/IV über²². Der dem Geschädigten verbliebene Teil geht dabei nach unbestrittener Meinung dem auf die AHV/IV übergegangenen vor²³.

3. Zinse

Mit der Ersatzforderung erwirbt die AHV/IV auch bereits verfallene²⁴ sowie zukünftige Zinsforderungen des Geschädigten²⁵.

4. Gestaltungsrechte

Als Nebenrechte von Schadenersatzforderungen kommen praktisch nur zwei Gestaltungsrechte in Frage:

Unbestrittenermassen geht das Verrechnungsrecht mit der Hauptforderung, mit der es untrennbar verbunden ist, auf die Zessionarin über²⁶.

18 Die deutsche Praxis beschränkt in solchen Fällen das Regressrecht des SVT auf DM 5000.—, um den Haftpflichtigen nicht einem ruinösen Regress des Haftpflichtversicherers auszusetzen: BGHZ 80 Nr. 45, S. 332 ff. = BGH VersR 32 (1981) 971. Vgl. vorn § 8 FN 42.

19 Von Tuhr/Escher 354 f.; Bucher 519; Becker OR 170 N 2.

20 Bucher 448 FN 44 [obiter]; Gilliard in FS Deschenaux 291. Realsicherheit an Stelle der vorgeschriebenen Haftpflichtversicherung lässt LFG 71 zu. Das Recht, diese Sicherheiten in Anspruch zu nehmen, folgt als Nebenrecht der Ersatzforderung.

21 Näheres dazu bei Oftinger 454 ff.; Maurer PrVersR 417; Koenig PrVersR 514; ders. SPR VII/2 661 f.; Roelli/Jaeger VVG 60 N 1 ff.; Wyniger in SVZ 38 (1970) 138 f.

22 Oftinger 406; BGE 84 II 402.

23 Becker OR 170 N 9; von Tuhr/Escher 31. Die gleiche Wirkung hat nun das Privileg des Geschädigten nach AHVG 48quater III bzw. UVG 42 III.

24 OR 170 III.

25 Bucher 519; von Tuhr/Escher 355 f.

26 Bucher 519; von Tuhr/Escher 356.

Umstritten ist dagegen, ob das Recht, einen Vertrag nach OR 31 wegen Willensmängeln anzufechten, auch auf den Zessionar übergeht²⁷. Diese Frage beschäftigt uns hier nur insoweit, als die Anfechtung von Vergleichen über Schadenersatzansprüche zur Diskussion steht²⁸.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Verträgen hat hier nur eine Partei, der Haftpflichtige, eine Leistung im engeren Sinne zu erbringen, während sich die 'Leistung' des Geschädigten im ganzen oder teilweisen Verzicht auf weitere Ansprüche erschöpft. Dem Geschädigten werden deshalb bei erfolgreicher Anfechtung eines Vergleichs niemals in gleichem Masse Nachteile erwachsen können wie sonst bei synallagmatischen Verträgen. Die Liquidation eines aufgehobenen Vergleichs zwingt ihn nämlich nicht zur Rücknahme bereits erbrachter Leistungen^{29, 30}. Der Schaden kann nach Aufhebung des Vergleichs und Wegfall der Willensmängel direkt neu erledigt werden, woraus dem Zedenten bei Anfechtung durch den Zessionar keinerlei Nachteile erwachsen können. Dieser Unterschied zu allen anderen Verträgen rechtfertigt es, das Anfechtungsrecht beim Vergleich als ein der Hauptforderung folgendes Nebenrecht anzuerkennen^{31, 32}. Dies gilt allerdings auch nur in bezug auf die übergegangenen Teile der Ersatzforderung. Eine Anfechtung durch die Zessionarin allein ist damit insoweit ausgeschlossen, als etwa in einem Pauschalvergleich einzelne übergegangene Ansprüche mit Rücksicht auf andere, dem Geschädigten verbliebene, eine besondere Regelung erfahren haben, sodass eine nur teilweise Aufhebung des Vergleichs in Analogie zu OR 20 nicht in Frage kommt.

27 Bejahend: *Becker* OR 31 N 2; verneinend: *von Tuhr/Peter* 332; *von Tuhr/Escher* 343; *Bucher* 486, 520; *Oser/Schönenberger* OR 164 N 33.

28 Irrtum nur in bezug auf jene ungewissen und strittigen Fragen, die zu beseitigen gerade der Zweck des Vergleichs war (*caput controversum*), berechtigt nicht zur Anfechtung. In der Regel ist ein Grundlagenirrtum hinsichtlich des als klar unterstellten Teils (*caput non controversum*) des Vergleichs Voraussetzung für dessen erfolgreiche Anfechtung (*Schluep* 949; *Meier-Hayoz* SJK 463 5 f.; *Bucher* 372 FN 47; *Oftinger* 475; vgl. auch *von Tuhr/Peter* 313).

Zur Anfechtung von Vergleichen wegen Willensmängeln auch: *Seethaler Frank*, Der aussergerichtliche Vergleich, Diss Zürich 1946, 95 ff.

29 Der anfechtende Teil rechnet mit einer für ihn günstigeren Erledigung des Schadenfalles.

30 Solche aus der Aufhebung eines ganzen Schuldverhältnisses häufig entstehenden Nachteile dem Zedenten nicht ohne seinen Willen zufügen zu wollen, dürfte der Grund für die verbreitete Ablehnung des Übergangs des Anfechtungsrechts sein. *Bucher* 487 erachtet die Vollmachterteilung an den Zessionar zur Anfechtung als zulässig; der Zedent nimmt dann allfällige Nachteile in Kauf.

31 Damit verliert der Geschädigte das Anfechtungsrecht in bezug auf die übergegangenen Forderungen. Er hat jedoch die AHV/IV gegebenenfalls im Anfechtungsprozess zu unterstützen, denn der Erfolg der Anfechtung nach OR 31 hängt vom Nachweis der Mangelhaftigkeit seines Willens bei Vergleichsabschluss ab.

32 Damit kann die Frage, ob mit jeder Forderung das Anfechtungsrecht als Nebenrecht übergeht, hier offenbleiben.

Um den Vergleich als Ganzes, also sowohl hinsichtlich der Regress- als auch der Restforderungen anzufechten, bedarf die AHV/IV aber einer besonderen Vollmacht des Geschädigten und umgekehrt. Einfacher ist in solchen Fällen allerdings eine Zession (bzw. Retrozession) der entsprechenden Forderungsteile.

C. Einreden

Einreden, die dem Haftpflichtigen gegenüber dem Geschädigten zugestanden hätten, bleiben ihm auch gegenüber der AHV/IV als Zessionarin erhalten³³. Betrifft die Einrede jedoch nur einen bestimmbaren Teil der Ersatzforderung, der dem Geschädigten verblieben ist³⁴, so kann er sie weiterhin auch nur diesem entgegenhalten.

Besonderer Betrachtung bedarf die Retrozession. Hier summieren sich grundsätzlich, entsprechend den Regeln der Kettenzession³⁵, die Einreden, sodass der Haftpflichtige nach der Retrozession dem Geschädigten an sich auch Einreden entgegenhalten kann, die ihm gegenüber der AHV/IV zugestanden haben. Dies führte allerdings dann zu stossenden und von der ratio legis nicht mehr gedeckten Resultaten, wenn eine Ersatzforderung kurz nach der Subrogation dem Geschädigten zurückzuzahlt wird, die AHV/IV sie also dem Haftpflichtigen gegenüber noch gar nicht geltend gemacht hat. Analog der Ansicht Buchers für den Fall der Kettenzession³⁶ bleiben dem Haftpflichtigen Einreden, die er gegenüber der AHV/IV hat, nur dann auch gegenüber dem Retrozessionar erhalten, wenn er überhaupt von der Subrogation Kenntnis erhalten hatte. Denn nur dann hat er jemals mit der konkreten Einrede, meist einer Verrechnungsmöglichkeit, rechnen dürfen, die ihm durch Retrozession nicht entzogen werden darf.

33 OR 169; BGE 63 II 201 (SUVA-Regress). Vgl. auch *Oftinger* 406.

Ausserdem kann der Haftpflichtige solche Einreden geltend machen, die ihm direkt gegenüber der AHV/IV zustehen, so insbesondere diejenige, dass die IV die ihr kraft öffentlichen Rechts obliegende Eingliederung des Verletzten nicht oder nur unzureichend durchgeführt und dadurch ihre Schadenminderungspflicht (OR 44) nicht erfüllt habe (analog: BGH VersR 32 (1981) 347 ff. und die im Ergebnis zustimmende Anmerkung von *Manfred Klimke* in VersR 32 (1981) 1075 f.).

34 Beispielsweise Genugtuung oder Ersatz für Sachschaden.

35 So auch *Bucher* 517. Zur Kettenzession (mehrfache Abtretung): *Becker* OR 169 N 5.

36 *Bucher* 517 FN 133.

D. Verjährung

Die Verjährung der Forderung wird von der Subrogation — wie von jeder Zession — nicht berührt und läuft daher ungehindert weiter³⁷. Anwendbar bleiben die Verjährungsbestimmungen, denen der jeweilige Ersatzanspruch des Geschädigten unterliegt³⁸. Sofern dieser bereits vor Eintritt der Subrogation mit dem Haftpflichtigen einen Vergleich abgeschlossen hat, sind die Haftpflichtforderungen teilweise anerkannt oder — ähnlich der Novation³⁹ — untergegangen und durch vertragliche Forderungen ersetzt worden. Daher gilt für Ansprüche aus Vergleich die zehnjährige Frist von OR 127⁴⁰, die durch die Subrogation ebenfalls nicht tangiert wird.

37 BGE 60 II 34 (SUVA-Regress); *Ostinger* 379 (Schadensversicherung), 406 (SUVA); *Keller* in SJZ 71 (1975) 306 FN 3. Zum österreichischen Recht: OGH ZVR 24 (1979) 22; *Koziol* 322.

38 Im österreichischen Recht ausdrücklich: ASVG 337 II.

39 Vgl. auch *Bucher* 372.

40 BGE 100 II 145. Für durch schriftlichen Vergleich oder richterliches Urteil festgestellte Forderungen ordnet OR 137 II direkt die zehnjährige Verjährung an.

§ 14 Pflichten des Geschädigten als Zedent

A. Keine Gewährleistungspflicht

OR 173 II schliesst die Gewährleistung des Zedenten aus. Die Regressnormen überbinden die entsprechenden Risiken sogar implicite teilweise der AHV/IV, indem einerseits bei nicht ausreichender Ersatzforderung grundsätzlich das Quotenvorrecht des Geschädigten den Umfang der Subrogation beschränkt¹ und andererseits die vom Gesetz angeordnete absolute Priorität des Geschädigten auf dem erhältlichen Teil des Schadenersatzes dessen Risiko weiter vermindert².

B. Auslieferung von Urkunden und Aufschlusserteilung

Die in OR 170 II statuierte Pflicht des Zedenten, dem Zessionar die nötigen Urkunden und Beweismittel zur Geltendmachung der Forderung zu verschaffen, verpflichtet den Geschädigten insbesondere, sich bei der Ermittlung des Schadens und seiner Ursachen soweit als notwendig zu beteiligen und in einem allfälligen Regressprozess als Zeuge auszusagen. Bei schuldhafter Verletzung dieser Pflichten kann er schadenersatzpflichtig werden.

C. Verbot der Verminderung der Regressforderungen

Sobald der Geschädigte von der Subrogation Kenntnis hat oder mit der bevorstehenden Subrogation rechnen muss³, darf er keine Verfügungen mehr treffen, die die Ersatzforderungen vermindern und damit den Regress der AHV/IV verkürzen. Andernfalls wird er der AHV/IV schadenersatzpflichtig, oder er hat ihr zumindest eine allfällige Bereicherung zu erstatten⁴.

Auch für die AHV/IV nachteilige Verfügungen über einzelne Forderungsteile sind jedoch soweit zulässig, als sie der Geschädigte zur Sicherung anderer, ihm selbst zustehender Teile des Schadenersatzes vornimmt. Denn wenn er schon gegenüber der AHV/IV grundsätzlich das Quotenvorrecht geniesst und in der Vollstreckung

1 Nur bei Verschuldenskürzung bewirkt die Quotenteilung, dass der Geschädigte und die AHV/IV den Minderbetrag der Ersatzforderungen gleichermassen tragen.

2 Zum Schutz des Geschädigten hinten § 23.

3 Wenn er beabsichtigt, seine AHV/IV-Ansprüche noch geltend zu machen.

4 Vorn § 8 B 3.

immer privilegiert wird, muss er seine Interessen a fortiori auch selbst, wenn nötig unter Preisgabe von Teilen der potentiellen Regressforderung der AHV/IV wahren können⁵, ohne die Nachteile der Regressverkürzung in Kauf nehmen zu müssen.

⁵ Z.B. Verzicht auf einen Teil der Ersatzforderungen, um den Haftpflichtigen zur raschen Liquidation zu bewegen, wenn in einer Betreibung ohnehin auch nur eine – allenfalls noch geringere – teilweise Deckung zu erwarten wäre.

§ 15 Wirksamkeit des Forderungsübergangs

Sobald die Subrogation unter den Parteien wirksam ist, ist sie es auch gegenüber Dritten¹. Damit kann die AHV/IV ihre Regressforderungen auch selbständig beim Haftpflichtigen geltend machen. Solange jedoch diesem weder der Geschädigte als Zedent noch die AHV/IV als Zessionarin den Forderungsübergang angezeigt hat, befreit er sich immer noch durch gutgläubige Zahlung an den Geschädigten².

Da ZGB 3 II auch bei fahrlässiger Unkenntnis des Forderungsüberganges die Berufung auf guten Glauben und damit die befreiende Wirkung der Zahlung ausschliesst, sollten sich insbesondere Haftpflichtversicherer³ vor der Zahlung des gesamten Schadenersatzes an den Geschädigten von diesem ausdrücklich, am besten schriftlich, zusichern lassen, dass er keine AHV/IV-Leistungen beziehe und auf solche unter Vorbehalt erheblicher Änderung der Verhältnisse auch in Zukunft verzichte⁴.

Soweit der Geschädigte nach Eintritt der Subrogation vom Haftpflichtigen Zahlungen für solche Forderungsteile erhält, die bereits definitiv auf die AHV/IV übergegangen sind, ist er zu Lasten dieser oder des Haftpflichtigen ungerechtfertigt bereichert. Gegebenenfalls kann er ihnen sogar schadenersatzpflichtig werden⁵.

1 OR 166.

2 OR 167. *Oftinger* 385 f.; *Linder* in *BJM* 1968 277. OR 167 gilt nicht nur bei unbedingter, sondern a fortiori auch bei bloss bedingter Zession (zur Geltung von OR 167 auch bei Subrogation: *BGE* 95 II 247 [obiter]).

OR 167 geht als Sondernorm des Zessionsrechts OR 152 III vor. *Von Tuhr/Escher* 268; *Engel* 575; *Bucher* 461 FN 26 a; *von Tuhr/Siegmart* II 712. A.M.: *Guhl/Merz/Kummer* 54; *Becker* OR 152 N 5 in fine.

Zutreffend *Oser/Schönenberger* OR 152 N 8: 'das bedingte Recht wirkt nicht kräftiger als das unbedingte', Zum deutschen Recht: *Schlegelmilch* bei *Geigel* 1362 [30 47].

3 Solche müssen regelmässig damit rechnen, dass ein Invalid oder Getöteter hätte bei der AHV/IV versichert sein können. Vgl. AHVG 1 I; IVG 1.

4 Wenn jedoch eine solche Zusicherung erfolgt ist, hat der Haftpflichtige keine weiteren Nachforschungen mehr anzustellen. Mit überzeugenden Argumenten ähnlich: *Bucher* 511.

Eine strengere Auffassung vertritt *Maurer* SVR I 400. Ihm ist indessen entgegenzuhalten, dass die AHV/IV, wenn sie nicht in Anspruch genommen wird, kein Regressrecht hat (*Stein* in *FS Assista* 330 FN 33) und daher am Schadenfall überhaupt nicht beteiligt ist. Zudem wird hier kaum je die Frage der Rechtsgültigkeit des Verzichts Anlass zu Diskussionen geben. Von Bedeutung ist es vielmehr, ob nicht der Geschädigte später seinen Verzicht widerrufen oder ganz einfach seine Ansprüche doch noch geltend machen werde. Dies aber kann die AHV/IV niemals im voraus sagen, da der Geschädigte de lege lata keine Möglichkeit hat, unwiderruflich auf die AHV/IV-Leistungen zu verzichten (vorn § 8 A 2 b).

5 Dazu vorn § 8 B.

§ 16 Materielle Rechtskraft von Haftpflichturteilen und -vergleichen

Die Wirkungen der materiellen Rechtskraft erstrecken sich nach einem allgemeinen Grundsatz nur auf die Prozess- oder Vergleichsparteien und ihre Rechtsnachfolger, nicht aber auf Dritte, auch wenn diese am streitigen Rechtsverhältnis beteiligt sind¹.

A. Bezüglich Schaden und Ersatzpflicht

Die materielle Rechtskraft erstreckt und beschränkt sich gleichzeitig auf die Ansprüche, die mit den erledigten identisch sind².

1. Urteile

Wenn der Geschädigte als Zedent die Forderung pendente condicione eingeklagt hat, kann der Haftpflichtige als Schuldner das Urteil immer dann auch der AHV/IV als Zessionarin entgegenhalten, wenn er ihr rechtzeitig den Streit verkündet hat³. Wenn die Streitverkündung dagegen nicht oder zu spät erfolgt ist, kann sich der Haftpflichtige nur noch dann auch gegenüber der AHV/IV auf das Urteil berufen, wenn er im Prozess gutgläubig angenommen hat, die bedingte Subrogation werde nicht wirksam werden⁴.

2. Vergleiche

Jeder Vergleich impliziert eine Verfügung über die von ihm erfassten Forderungen, indem eine Partei die ungewisse oder strittige Schuld teilweise erlässt, während die andere deren Rest anerkennt⁵. Häufig ersetzen die Parteien das alte Schuldverhält-

1 BGE 105 II 278; *Guldener* 364 ff., 371 ff.

2 *Guldener* 366. Wenn der Geschädigte bzw. die AHV/IV dem Haftpflichtigen eine Saldoquittung erteilt hat, sind alle Ansprüche erledigt; nach einem Teilvergleich können dagegen die noch offenen Ansprüche weiterhin geltend gemacht werden.

3 Die Streitverkündung ist als 'Ausfluss des Handelns nach Treu und Glauben' kraft Bundesrechts 'in allen Fällen der Gewährleistung oder Schadloshaltung' zulässig; BGE 100 II 29. Vgl. auch *Guldener* 313.

4 Dies ist der Fall, wenn die AHV/IV aus irgendwelchen Gründen keine Leistungen erbringt. Dazu vorn § 11 B, § 12 C. Vgl. auch *Schlegelmilch* bei Geigel 1362 [30 47 f.].

5 Allgemein zum Vergleich: *Schlupe* 943 ff. mit weiteren Literaturangaben; *Oftinger* 469 ff.;

nis durch ein neues (Novation), so etwa dann, wenn sie unter gegenseitigem Verzicht auf weitere Ansprüche eine Saldozahlung vereinbaren⁶.

Soweit sich ein Vergleich mit dem Geschädigten nur auf den Direktschaden bezieht, berührt er die AHV/IV nicht unmittelbar. Sobald er aber Forderungsteile erfasst, die auf die AHV/IV übergegangen sind, ist ein pendente condicione geschlossener Vergleich dieser als Zessionarin gegenüber nur insoweit wirksam, als der Haftpflichtige als Schuldner beim Vergleichsabschluss gutgläubig gewesen ist⁷.

Im Gegensatz zum allgemeinen Zessionsrecht kann sich jedoch hier der Haftpflichtige nur dann auf seinen guten Glauben berufen, wenn ihm der Geschädigte in Kenntnis des Regressrechts der AHV/IV und seiner Wirkungen⁸ ausdrücklich erklärt hat, auf die Leistungen der AHV/IV zu verzichten. Angesichts des äusserst grossen Versichertenkreises der AHV/IV⁹ darf der Haftpflichtige nämlich aus der blossen Tatsache, dass ihm der Forderungsübergang nicht angezeigt worden ist, noch nicht schliessen, der Geschädigte habe keinen Anspruch auf AHV/IV-Leistungen oder werde ihn nicht geltend machen. Das Abstellen auf eine einseitige Zusicherung des Geschädigten ist aber deshalb gerechtfertigt, weil die AHV/IV, wenn sie effektiv in Anspruch genommen wird, durch blosser Anzeige an den Haftpflichtigen dessen guten Glauben zerstören und für ihn befreiende Verfügungen des Geschädigten über die Schadenersatzforderungen ausschliessen kann¹⁰. In praxi teilt sie denn auch regelmässig dem Haftpflichtigen oder seinem Haftpflichtversicherer mit, wenn sie in Anspruch genommen wird, und sie verlangt gleichzeitig beim Haftpflichtversicherer eine 'Deckungsbestätigung'.

Zudem steht der AHV/IV in jedem Fall kraft ihrer bedingten Subrogation ohnehin ein Teil auch der durch Vergleich festgesetzten Ersatzforderungen zu. Schliesslich sind sowohl die AHV/IV als auch der Geschädigte in ähnlicher Weise an möglichst hohen Ersatzforderungen interessiert, was die Gefahr einer Benachteiligung der AHV/IV weiter vermindert¹¹.

Meier-Hayoz SJK 463; *Seethaler Frank*, Der aussgerichtliche Vergleich, Diss Zürich 1946. Vgl. auch ZR 76 (1977) Nr. 100 S. 258 und *Wagner* bei Geigel 1590 ff. [Kapitel 40].

In der Versicherungspraxis ist die Saldoquittung üblich (*Oftinger* 469, zum Verzicht auf weitere Ansprüche auch 474). Betreffend Erlass und Anerkennung: *Schlupe* 946 f.

Zum Synallagma im Vergleich: *Seethaler* op. cit. 29 ff.

6 BGE 105 II 277 f. Der Vergleich wirkt allerdings nicht ipso iure novatorisch: *Meier-Hayoz* SJK 463 S. 7; *Schlupe* 947.

7 OR 152 III i.V.m. 167. Hierzu vorn § 15 FN 2. Vgl. *Schlegelmilch* bei Geigel 1362 [30 47]. Sehr klar OLG Hamburg VersR 5 (1954) 359: 'Es ist ... notwendig, dem Schuldner den Schutz des § 407 BGB [entspricht OR 167] auch dann zu gewähren, wenn er zwar den Übergang der Ersatzforderung dem Grunde nach kennt, aber nicht weiss, in welchem Umfange die Forderung auf den Versicherungsträger übergegangen ist'.

8 Er muss wissen, dass ihm wegen des Regressrechts der AHV/IV grundsätzlich nur dann noch die vollen Ersatzforderungen zustehen, wenn er auf Leistungen der AHV/IV verzichtet, und dass ihn eine Verkürzung dieses Regressrechts schadenersatzpflichtig machen kann.

9 Versichert sind (mit wenigen Ausnahmen) alle in der Schweiz wohnhaften oder erwerbstätigen (und ausserdem noch bestimmte weitere) Personen: AHVG 1; IVG 1.

10 Zutreffend: *Bucher* 511.

11 Die Gefahr, dass der Haftpflichtige mit dem Geschädigten einen höheren Schaden und dafür

Der Haftpflichtige kann einen mit dem Geschädigten abgeschlossenen Vergleich insoweit auch der AHV/IV entgegenhalten, als ihm der Geschädigte ausdrücklich seinen Verzicht auf AHV/IV-Leistungen erklärt und die AHV/IV nicht das Gegenteil zumindest substantiiert behauptet hat.

B. Bezüglich der Person des Anspruchsberechtigten

Ein Vergleich stellt die Rechtslage fest, wie sie bei seinem Abschlusse bestanden hat, während ein Urteil entweder auf den Eintritt der Rechtshängigkeit oder auf den Zeitpunkt des Urteils abstellt¹². In allen Fällen aber steht einer späteren Abtretung der Forderung nichts im Wege. Insbesondere kann noch nachträglich die Subrogation der AHV/IV wirksam werden oder erst eintreten¹³. Damit kann sich auch die AHV/IV auf das zu Gunsten ihres Rechtsvorgängers ergangene Urteil bzw. den von diesem abgeschlossenen Vergleich berufen. Der Haftpflichtige andererseits bleibt auch hier bei gutgläubiger Zahlung an den Rechtsvorgänger nach OR 167 geschützt.

eine geringere Ersatzquote oder auf Kosten des Schadenersatzes eine übersetzte Genugtuung vereinbart und damit die AHV/IV benachteiligt, besteht in praxi kaum.

12 *Guldener* 290 ff.

13 Bei Eintritt der Bedingung. Vgl. vorn § 12 C.

4. KAPITEL

Umfang der Subrogation

§ 17 Schaden und Versicherungsleistungen

Der Forderungsübergang auf die AHV/IV ist der Höhe nach begrenzt. Als absolute Grenze nennt AHVG 48ter 'die Höhe ihrer gesetzlichen Leistungen'. Relative Grenzen sind bei Kürzung der AHV/IV-Leistungen wegen Absicht oder grober Fahrlässigkeit das Verhältnis der AHV/IV-Leistungen zum Schaden und ohne solche Kürzung der Betrag, um den die Summe aus AHV/IV-Leistungen und Haftpflichtforderungen den Schaden übersteigt, um den also der Geschädigte ohne das Regressrecht der AHV/IV bereichert wäre¹.

Die vom Gesetz verwendeten Begriffe bedürfen teilweise der Präzisierung:

A. Schaden

Schaden ist Vermögensverminderung². AHVG 48quater bezieht sich (im Rahmen identischer) Schadensposten auf den vollen effektiven Schaden³, soweit er eine Folge des haftpflichtbegründenden Ereignisses ist, und zwar unabhängig von einer allfälligen Reduktion der Ersatzpflicht des Schädigers namentlich wegen Mitver-

1 AHVG 48quater I, II. Dass die Forderungen nur für identische Leistungen übergehen, ist eine zusätzliche, in allen Fällen zu beachtende Beschränkung der Subrogation (AHVG 48quinquies; IVG 52 II). Näheres dazu hinten § 18.

Nicht die Subrogation, sondern nur die Geltendmachung der Regressforderung wird hingegen durch die Privilegierung des Geschädigten in AHVG 48quater III begrenzt. Dazu hinten § 23 B.

2 BGE 93 II 420 (SUVA); *Oftinger* 53 ff.; *Châtelain* in ZBJV 105 (1969) 215.

3 BGE 93 II 423: 'dommage effectif total' (SUVA).

A.M. *Stein* in FS Assista 325. Dessen Kritik an *Rusconi* (JdT 1978 I 134) lehnt der Verfasser jedoch ab, da nur die Berücksichtigung des vollen Schadens (und damit der vollen Ersatzforderungen) innerhalb jedes Schadenspostens dazu führt, dass bei QT die Regressforderungen der AHV/IV immer gleich dem Produkt aus ihren effektiven Leistungen und der Haftungsquote des Dritten sind. Dies gewährleistet die Gleichbehandlung aller Geschädigten bei der QT.

Derselbe Schadensbegriff muss aber auch beim QV des Geschädigten gelten, denn es ist nicht anzunehmen, dass der Gesetzgeber den ersten beiden Absätzen von AHVG 48quater zwei verschiedene Schadensbegriffe zugrundegelegt hat!

Um gegebenenfalls sozialversicherungsrechtlich irrelevante Schadensposten aus der Regressrechnung auszuscheiden, genügt das Erfordernis der sachlichen Kongruenz (hinten § 18 B 2).

schuldens, eigener Betriebsgefahr oder konstitutioneller Prädisposition des Verletzten oder Getöteten⁴.

Wenn dagegen das haftpflichtbegründende Ereignis nur die Vergrößerung eines schon bestehenden Schadens bewirkt hat, ist auch nur diese Vergrößerung des Schadens zu berücksichtigen.

B. Gesetzliche Leistungen

Schon KUVG 100 beschränkt die Subrogation der SUVA auf 'die Höhe ihrer Leistungen', denn die SUVA soll regressweise nicht mehr erhalten, als sie selber leistet⁵. Dieser Grundsatz gilt auch für die AHV/IV⁶. Auch sie erwirbt die Ersatzforderungen des Geschädigten nur im Rahmen ihrer Leistungen. Wie beim Regress der SUVA genügt es, dass die Leistungspflicht feststeht⁷. AHVG 48ter geht noch weiter: die Subrogation findet nur statt bis auf die Höhe der 'gesetzlichen Leistungen', das heisst der Leistungen, die zu erbringen die AHV/IV gesetzlich verpflichtet oder zumindest vom Gesetz ermächtigt ist⁸. Ein Regress ist also nur für Leistungen möglich, die die AHV/IV bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen einem Versicherten aufgrund der vorgeschriebenen Anmeldung erbringt. Für alle Leistungen, die über die gesetzliche Leistungspflicht hinausgehen, hat sie dagegen kein Regressrecht.

Wenn die IV Eingliederungsmassnahmen nur unzureichend durchführt, entfällt zudem das Regressrecht für solche Leistungen, die sie bei ordnungsgemässer Eingliederung voraussichtlich nicht hätte erbringen müssen. Die IV ist nämlich nicht nur kraft öffentlichen Rechts zur Eingliederung⁹, sondern als Legalzessionar eben-

4 Zum Quotenvorrecht des Geschädigten: hinten § 21.

5 BGE 64 II 428. Vgl. betr. RVO 1542: *Wussow/Küppersbusch* 106 [N 417].

6 Daraus ergibt sich auch, dass ein Regress insoweit immer ausgeschlossen ist, als die AHV/IV ihre Leistungen auch ohne das schädigende Ereignis bereits erbracht hat oder hätte erbringen müssen (z.B. Altersrenten für den getöteten Ehemann statt einer Witwenrente; Kinderrenten an Alters- oder Invalidenrentner statt Waisenrenten), sodass sie durch das schädigende Ereignis gar keine Mehrleistungen erbringen muss und daher nicht belastet wird.

Näheres hinten § 25 DI 3 und daselbst FN 44–46.

In diesem Umfang entsteht zudem gar kein Schaden, und damit keine Ersatzpflicht des an sich für den Tod oder die Gesundheitsschädigung Verantwortlichen: BGH VersR 33 (1982) 166.

7 Die Argumente in BGE 64 II 428 E. b gelten weitgehend auch für die AHV/IV. Der Eintritt des schädigenden Ereignisses allein genügt – entgegen dem missverständlichen Wortlaut – nicht für den Regress, sondern bewirkt eine aufschiebend bedingte Subrogation. Dazu vorn § 12.

8 Die romanischen Texte sind hier klarer. Für Hartefallrenten, die die IV erbringen 'kann' (IVG 28 I), ist ein Regress kaum denkbar. Auch die SUVA hat für freiwillige Leistungen kein Regressrecht: *Maurer* R+P 353. Im Gegensatz dazu kann der private Schadensversicherer (VVG 72) für seine Leistungen unabhängig davon, ob er zu ihrer Erbringung verpflichtet ist, regressieren: *Roelli/Jaeger* VVG 72 N 33.

9 IVG 8.

so wie der Geschädigte selbst zur Schadenminderung¹⁰ verpflichtet. Die Verletzung der Schadenminderungspflicht kann ihr der Haftpflichtige gegebenenfalls entgegenhalten¹¹.

C. Leistungen im Sinne von AHVG 48quater

AHVG 48quater versteht unter 'Leistungen' all jene, die die AHV/IV im konkreten Fall tatsächlich erbracht hat, und zwar unabhängig von einem Rechtsanspruch des Geschädigten¹². Damit sind für die Berechnung einer Überentschädigung¹³ nach AHVG 48quater und damit der Höhe des Forderungsübergangs zuerst alle Leistungen der AHV/IV zu berücksichtigen, auch wenn sie ganz oder teilweise freiwillig erbracht werden oder worden sind¹⁴. Im Zusammenhang mit AHVG 48ter, der den Forderungsübergang absolut auf die Höhe derjenigen Leistungen beschränkt, die die AHV/IV schuldet¹⁵, und die sie ohne das schädigende Ereignis nicht hätte erbringen müssen, ergibt sich damit eine doppelte Begrenzung der Subrogation. Diese scheinbar verwirrlische Differenzierung verhindert, dass die AHV/IV in besonderen Fällen freiwillig erbrachte, über die gesetzliche Leistungspflicht hinausgehende Leistungen auf dem Regressweg dem Geschädigten doch wieder entziehen kann.

Massgebend für die Berechnung einer Überentschädigung ist der ökonomische Wert der Leistungen im für die zivilrechtliche Schadenerledigung massgeblichen Zeitpunkt.

D. Ersatzpflicht des Dritten

Eine Ersatzpflicht eines oder mehrerer Dritter ist nicht nur notwendige Voraussetzung der Subrogation, sondern sie beeinflusst nach AHVG 48quater I auch entscheidend deren Umfang¹⁶. Die Ersatzpflicht hängt ab von der Höhe des Scha-

10 OR 44 I. *Oftinger* 266 f.; *von Tuhr/Peter* 112 f.; *Rusconi* in: 'Die Verantwortlichkeit im Recht' II 547 f.

11 BGH VersR 32 (1981) 347 ff.; *Manfred Klimke* in VersR 32 (1981) 1075 f.

12 Klarer ist der französische Text: '... les prestations qu'elle alloue ...'.

13 Bzw. des Verhältnisses der wegen grober Fahrlässigkeit gekürzten AHV/IV-Leistungen zum Schaden.

14 Nur Leistungen, die die AHV/IV kondizieren könnte, sind dabei auszuklammern.

15 Dazu vorstehend B und FN 6.

16 Die Ersatzforderungen als Objekt der Subrogation beeinflussen unmittelbar die Höhe der Regressforderung. Sie bilden die oberste Grenze jeden Regresses (*Wussow/Küppersbusch* 106 [N 417]).

dens¹⁷. Niemals übersteigt sie ihn¹⁸. Aber vielfach ist er nicht ganz, sondern nur teilweise zu ersetzen¹⁹.

Der Regressrechnung ist immer die Ersatzpflicht zugrunde zu legen, wie sie dem Geschädigten gegenüber objektiv besteht²⁰. Ob der Schädiger gewillt und in der Lage ist, die Forderungen zu erfüllen, ist für deren Übergang belanglos²¹. Auch bereits verjährte Ersatzforderungen können noch übergehen²². Dagegen sind Leistungen, die zu erbringen der Schädiger rechtlich nicht verpflichtet ist, und solche für Schadensposten, für die die AHV/IV keine Leistungen erbringt, ausser acht zu lassen. Diese gehören vorweg und vollumfänglich dem Geschädigten²³.

17 *Oftinger* 261 f.

18 *Becker* OR 43 N 2.

19 OR 43 f., 54 I. Ausführlich zu Fragen der Schadenersatzbemessung: *Oftinger* 261 ff. mit weiteren Literaturangaben; *Stark* in ZSR 86 (1967) II 37 ff.; *Becker* OR 43 N 8 ff., OR 44.

20 Einzig eine Ermässigung der Ersatzpflicht nach OR 44 II ist bei Kürzung der AHV/IV-Leistungen rein rechnerisch unbeachtlich, und es ist der Betrag der Ermässigung als von vorneherein nicht erhältlich im Sinne von AHVG 48quater III zu behandeln.

21 Bei der Geltendmachung wird aber der Geschädigte nach dem erhältlichen Teil vorweg befriedigt: AHVG 48quater III; vgl. hinten § 23 B.

22 Sie bleiben allerdings mit der Verjährungseinrede behaftet: OR 169 I.

23 AHVG 48quinquies; IVG 52 II; vgl. hinten § 18.

§ 18 Identität der Leistungen (Kongruenzgrundsatz)

Die AHV/IV subrogiert nur in Ersatzansprüche für solche Schadensteile, für die sie selbst auch Leistungen zu erbringen hat. Dieser vom BGer schon 1928 zum SUVA-Regress aufgestellte und seither ständig verfeinerte Grundsatz^{1, 2} ist nun für den Regress der AHV/IV im Gesetz ausdrücklich, wenn auch etwas summarisch, festgehalten^{3, 4}. Er ist in mehrfacher Hinsicht zu konkretisieren. Dabei ist der Leitgedanke der Subrogation im Auge zu behalten: primär ist nur die doppelte Ersatzleistung an den Geschädigten zu verhindern⁵. Die Subrogation hat also der AHV/IV von vornherein nur für diejenigen Leistungen, denen ein Schaden und damit ein Ersatzanspruch gegenübersteht, Deckung zu bieten⁶. Andere Leistungen oder Leistungsteile sind damit aus der Regressrechnung auszuklammern⁷.

Die AHV/IV kann ausserdem nur auf Ersatzleistungen für solche Schadensteile greifen, die letztlich die Höhe ihrer Leistungen beeinflusst haben. Alle anderen

1 BGE 54 II 468; 58 II 230 E.4; 60 II 36; 60 II 157, 64 II 426; 84 II 400; 90 II 84; 95 II 582 ff.; 97 II 132; 98 II 137. Vgl. auch die Übersicht über die bundesgerichtliche Praxis zum SUVA-Regress (1928–1967) bei *Maurer* in SZS 12 (1968) 196 ff. Auch der private Schadensversicherer subrogiert anerkanntermassen nur im Rahmen identischer Schadensposten: *Oftinger* 393.

2 Derselbe Grundsatz gilt im deutschen Versicherungsrecht: *Schlegelmilch* bei Geigel 1377 ff. [30 93–97]; *Wussow* 883 ff. [N 1485–1496]; *Lange* 445 ff.; *Sieg* in AIDA I 01–14. Im Gegensatz dazu hat die französische Sécurité sociale bis 1973 nach der Rechtsprechung der Cour de Cassation ein integrales Regressrecht, das auch die Genugtuung (!) erfasste: *Mestre* 435 ff. [N 376–378]; *Ripoll* in AIDA I 03–09 ff.; *Mazeaud/Tunc* I [5.A] 329 ff. [N 267–8]. Durch Gesetz vom 27. Dezember 1973 ist die Genugtuung vom Regress der Sécurité sociale ausgeschlossen worden: *Mestre* 439 ff. [N 379–380]. Zur deutschen und französischen Lösung auch: *Maurer* SVR I 402 FN 898.

3 AHVG 48quinquies; IVG 52 II; vgl. UVG 43 II.

4 Zwar sollen die Geldleistungen der AHV/IV im Gegensatz zu denjenigen der obligatorischen Unfallversicherung nicht einen Schaden decken, sondern eine wirtschaftliche Notlage des Versicherten oder seiner Hinterlassenen verhindern. Aber nur dann, wenn diesen gleichzeitig Schadenersatzansprüche zustehen, besteht überhaupt eine Regressmöglichkeit. Insofern sind auch beim Regress der AHV/IV termini technici wie 'Identität der Schadensposten' oder '... des Schadens' zulässig. Die Begriffe haben sich eingebürgert, auch wenn sie an sich wenig glücklich sind: *Oswald* in SVZ 44 (1976) 27 FN 93. Hinsichtlich der sachlichen Kongruenz wäre zwar der bereits von *Maurer* (K+S 75) verwendete und ins Gesetz übernommene Begriff der gleichartigen Leistungen vorzuziehen (*Schaer* in SVK 35 (1980) 35 f.). Er liesse sich jedoch rein sprachlich kaum auf die persönliche und zeitliche Kongruenz ausdehnen. Von 'kongruenter Deckung' schliesslich spricht *Deutsch* 487.

5 BGE 54 II 468; 58 II 232. Gleichzeitig soll aber der Schadenstifter nicht entlastet werden. Statt vieler: *Oswald* in SVZ 36 (1968) 284. Vgl. dazu vorn § 1 FN 15.

6 BGE 98 II 134 ff. (SUVA-Regress); sehr ausführlich betreffend 'Äquivalenz von Schadensfaktor, Versicherungsleistung und Ersatzforderung': BGE 60 II 157 E.4.

'Massgebend ist immer, ob Sinn und Zweck ... im Streitfall einen Rechtsübergang rechtfertigen': OLG Frankfurt/M VersR 31 (1980) 288.

7 Dazu ein Beispiel bei *Maurer* SVR I 402 FN 897.

Ersatzleistungen berühren sie nicht. Insbesondere kann sie einen Ausfall, den sie auf einzelnen Schadensposten erleidet, nicht mit Überschüssen des Geschädigten auf anderen Posten kompensieren⁸.

A. In persönlicher Hinsicht

Ersatzansprüche gegen den Haftpflichtigen gehen nur dann und nur insoweit auf die AHV/IV über, als sie derselben Person zustehen, für die auch die Leistungen der AHV/IV bestimmt sind⁹. Entscheidend sind dabei Sinn und Zweck der Leistungen¹⁰. Die Person des Anspruchsberechtigten bestimmt sich nach denjenigen Vorschriften, die die betreffenden Ansprüche begründen: den Gläubiger der Haftpflichtforderung bestimmt das anwendbare Schadenersatzrecht¹¹, während das Sozialversicherungsrecht sagt, wem eine Rente oder sonstige Leistung der AHV/IV zusteht.

8 BGE 60 II 157 E.4 (SUVA-Regress).

9 Vgl. das obiter dictum in ZR 63 (1964) 224 [N 100] (SUVA); *Roelli/Jaeger* VVG 72 N 26 (Schadensversicherer); *Wussow/Küppersbusch* 108 [N 423]. Analog auch das 'Erfordernis der Identität der Person' (EVGE 1956 61) bei der Verrechnung. Dazu ein Beispiel:

Beim Tod eines unverheirateten Mannes, der mit seiner Freundin und gemeinsamen (von ihm anerkannten) Kindern zusammengelebt hat und für deren Unterhalt aufgekommen ist, tritt die AHV/IV nur in Ersatzansprüche der Kinder, nicht aber in solche der Frau ein. Nur jene haben nämlich Anspruch sowohl auf AHV/IV-Leistungen (Waisenrenten nach AHVG 25 i.V.m. 27) wie auch auf Ersatz des Versorgerschadens, während dieser zwar Ansprüche aus Versorgerschaden gegen den Haftpflichtigen (BGE 37 II 462; 66 II 206; *Becker* OR 45 N 8: 'eine Rechtspflicht zur Unterstützung ist nicht Voraussetzung'; *Oftringer* 232 bei N 368; *Stark* in ZSR 86 (1967) II 76; sinngemäss auch: *von Büren* 275. Vgl. *Droin Jacques*, *Peut-il avoir lieu à réparation d'un dommage qui trouve sa source dans une situation illicite ou immorale? Le concubinage constitue-t-il une telle situation?*, *SemJud* 101 (1979) 147 ff.; *Stauffer/Schaetzle* 69 ff.), niemals aber solche auf eine Witwenrente der AHV zustehen (AHVG 23 e contrario). Auch wenn der Versorgerschaden der Kinder kleiner ist als der Wert ihrer Waisenrenten, kann die AHV einen Ausfall niemals durch Subrogation in Ansprüche der Mutter decken.

10 So ist für eine Kinderrente wegen Todes der Mutter (IVG 35; AHVG 22ter) gegebenenfalls die Subrogation in Ersatzansprüche des Kindes (nicht aber des Vaters) zu bejahen, obwohl die Kinderrente dem Vater, ein Ersatzanspruch für Versorgerschaden dagegen dem Kind selbst zusteht. Denn beide Ansprüche sind zur Deckung der Bedürfnisse des Kindes bestimmt. Vgl. auch OGH ZVR 23 (1978) 121.

11 Im internationalen Verhältnis also das Forderungsstatut: *Keller* in SJZ 71 (1975) 330.

B. In sachlicher Hinsicht¹²

1. Qualitativ (identische Schadensposten)

Auf die AHV/IV gehen nur solche Ersatzansprüche des Geschädigten über, die sich mit ihren Leistungen 'der Qualität nach decken'¹³. Dies bedeutet vorerst, dass die Ersatzansprüche gegen den Dritten eine Folge desselben Ereignisses sein müssen, wie die Leistungen der AHV/IV.

Das Gesetz nennt sodann verschiedene Paare von 'Leistungen gleicher Art'¹⁴ und schliesst gleichzeitig jede Subrogation insoweit aus, als nicht Leistungen gleicher Art in Frage stehen. Da alle im Zusammenhang mit Haftpflichtfällen denkbaren Leistungen der AHV/IV einer Kategorie gleichartiger Leistungen zugeordnet sind, die Aufzählung aber vom Gesetz selbst als nur exemplifikativ bezeichnet wird, ist auch die Bildung anderer Kombinationen von 'Leistungen gleicher Art' und insbesondere eine weitere Differenzierung zulässig¹⁵.

Die gesetzliche Umschreibung der Leistungskategorien bedarf in verschiedener Hinsicht der Präzisierung:

a. Massgebliches Einkommen des Verletzten

Bei verschiedenen Schadensposten ist das Einkommen des Verletzten oder Getöteten massgeblich für die Bemessung der Leistungen sowohl der AHV/IV als auch des haftpflichtigen Dritten¹⁶.

Für die Berechnung der AHV/IV-Leistungen wird nur jenes Einkommen berücksichtigt, von dem der Versicherte Beiträge entrichtet hat¹⁷. Da alle weiteren Einkommensteile die Rentenhöhe nicht beeinflussen, können entsprechende Ersatzansprüche auch nicht auf die AHV/IV übergehen¹⁸.

12 *Maurer* SVR I 400 ff.; ders. K+S 16 ff., 75 ff. Der Kongruenzgrundsatz gilt ebenso für den Regress des privaten Schadensversicherers nach VVG 72: *Koenig* SPR VII/2 684; ders. PrVersR 288; *Maurer* PrVersR 320; *Pfyffer* in SZS 10 (1966) 91; sinngemäss: *Roelli/Jaeger* VVG 72 N 24.

13 BGE 64 II 426 (SUVA-Regress). Massgeblich ist, ob die Leistungen ihrem Zweck nach den selben Schaden decken sollen: *Wussow/Küppersbusch* 109 ff. [N 427 ff.]; *Deutsch* 487; *Becker-Schaffner* in VersR 19 (1968) 1024.

14 AHVG 48quinquies; IVG 52 II. 'Leistungen gleicher Art' im Sinne dieser Bestimmungen bedeutet dasselbe wie 'identische Schadensposten' oder 'identische Leistungen' in der Rechtsprechung des BGer zum Regress der SUVA. UVG 43 verwendet jetzt denselben Begriff.

15 Dabei ist im Interesse der Praktikabilität allerdings Zurückhaltung geboten. *Oswald* in SVZ 44 (1976) 27. Sinngemäss auch: *Maurer* SVR I 404.

16 Es sind dies folgende Leistungspaare:

1. Hinterlassenenrenten/Versorgerschaden (AHVG 48quinquies II a)

2. Taggeld der IV/Ersatz vorübergehenden Verdienstausfalles (IVG 52 II b)

3. Invaliden- (evtl. Alters-) renten/Ersatz für dauernde Erwerbsunfähigkeit (IVG 52 II c; (IVG 52 II c; AHVG 48quinquies II b).

17 AHVG 30 II Satz 1.

18 BGE 98 II 135 (SUVA-Regress); Zusammenfassung der früheren, zu Recht aufgegebenen

b. Régress nur für einen Teil der AHV/IV-Leistungen

Immer dann, wenn ein Haftpflichtereignis erst zusammen mit weiteren Faktoren eine Leistungspflicht der AHV/IV begründet oder deren Umfang bestimmt, hat die AHV/IV nur für Teile ihrer Leistungen den Rückgriff, und zwar, je nach den konkreten Umständen, entweder im Verhältnis des vom Schädiger zu verantwortenden zum gesamten Schaden¹⁹, oder für eine rechnerisch der Vergrößerung des Schadens entsprechende Quote.

c. Ersatz für Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit

Nach IVG 52 II sind unter anderem 'Leistungen gleicher Art': Taggeld und Ersatz für AUF einerseits, sowie Invalidenrenten und Ersatz für EUF andererseits. Die Summe der ausbezahlten Taggelder und der für die gleiche Zeitspanne geschuldete Ersatz für AUF lassen sich ex post genau feststellen²⁰.

Der Begriff der AUF entstammt dem Haftpflichtrecht (OR 45 f.); er ist in der einschlägigen Literatur eingehend behandelt und bedarf hier keiner näheren Erläuterung²¹. Der Begriff der EUF dagegen stammt aus dem Sozialversicherungsrecht und ist dem OR ursprünglich fremd²². Er hält aber neuerdings auch im Haft-

Praxis der BGer in ZR 63 (1964) Nr. 100. Zur Grenze der Subrogation in quantitativer Hinsicht: nachstehend 2.

19 Dazu zwei Beispiele:

1. Der Vater eines Kindes stirbt. Kurz darauf wird die Mutter von einem Auto überfahren und getötet. Die AHV bezahlt dem Kind eine Vollwaisenrente und regressiert für deren Hälfte gegen den haftpflichtigen Autohalter (bzw. seinen Haftpflichtversicherer). Obwohl wahrscheinlich der Haftpflichtschaden des Kindes beim Tod der Mutter hier grösser ist, als wenn der Vater noch lebte, ist angesichts des wenig differenzierenden Leistungssystems der AHV/IV auch für deren Regress von einer ökonomischen Gleichwertigkeit beider Elternteile auszugehen (vgl. BGH Warn 1978 Nr. 14).

2. Ein zu 30% Invalider wird verletzt und ist jetzt zu 50% EUF. Er erhält nun eine halbe IV-Rente; die IV kann für 40% dieser halben Rente, die rechnerisch einem Invaliditätsgrad von 20% entsprechen, regressieren. Nur für soviel hat nämlich der Haftpflichtige einzustehen. Der Invalide muss sich also die restlichen 60% seiner Rente nicht an seine Haftpflichtansprüche anrechnen lassen.

20 Zur Arbeitsunfähigkeit: BGE 102 II 38 (selbständiger Transportunternehmer); ausführliche Kasuistik bei *Oftinger* 200 f.

21 Ausführlich: *Oftinger* 192 ff. mit weiteren Verweisungen; *Szöllösy* 63. Auch medizinische Aspekte berücksichtigend: *Baur Ernst*, Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit aus der Sicht der SUVA, ZAK 1980, 79 ff.

22 IVG 4. OR 46 unterscheidet zwischen Arbeitsunfähigkeit und Erschwerung des wirtschaftlichen Fortkommens, die aber beide vom Begriff der Erwerbsunfähigkeit, wie ihn *Szöllösy* 65 f. erläutert, bereits erfasst sind (vgl. auch *Szöllösy* 78 ff., 88). In der vorliegenden Arbeit wird grundsätzlich der Begriff der Erwerbs(un)fähigkeit verwendet, da er nicht nur im Sozialversicherungsrecht gebräuchlich ist (Für IV, SUVA und EMV gilt so ein einheitlicher Invaliditätsbegriff: BGE 105 V 88. Vgl. zur EUF auch: *Achermann Karl*, Die Arbeitsunfähigkeit und die Erwerbsunfähigkeit im Bereiche der Invalidenversicherung, ZAK 1980, 70 ff.; *Kuntschen Jean-Martin*, Entstehung und Bemessung des Rentenanspruchs in der Eidgenössischen Invalidenversicherung, FS Assista, Genf 1979, 333 ff., 337; *Ruedi Rudolf*,

pflichtrecht Einzug und ersetzt hier weitgehend die beiden Begriffe ‘dauernde AUF’ und ‘Erschwerung des wirtschaftlichen Fortkommens’²³, die ohnehin nicht absolut scharf gegeneinander abzugrenzen sind²⁴. Invalidenrenten (bzw. an deren Stelle ausgerichtete Altersrenten) entsprechen also qualitativ dem Ersatz für dauernde AUF und Erschwerung des wirtschaftlichen Fortkommens im Sinne von OR 46, oder aber für dauernde EUF im Sinne der neueren Haftpflichtpraxis²⁵.

In bezug auf Zusatz- und Kinderrenten verlangt der Grundsatz der Identität der Leistungen eine gegenüber dem blossen Gesetzeswortlaut weitergehende Differenzierung²⁶. Zusatz- und Kinderrenten sind unter allen Umständen in der Regressrechnung von den Invalidenrenten getrennt zu behandeln. Nur die Invalidenrenten allein entsprechen nämlich ihrer Funktion nach dem Ersatz für dauernde EUF; sie sind wie der Schadenersatz im Haftpflichtrecht von den familiären Verhältnissen des Invaliden unabhängig. Die Zusatz- und Kinderrenten dagegen sind ihrer Funktion und Ausgestaltung nach rein sozial begründbare zusätzliche Leistungen, die den Schadenersatzforderungen nur insoweit entsprechen, als der Invalide zusätzlich zu seinem Einkommen Sozialleistungen, insbesondere Familien- und Kinderzulagen, erhalten hat, die nun weggefallen und daher vom Haftpflichtigen ebenfalls zu ersetzen sind.

Gegen die hier vertretene Lösung liesse sich zwar einwenden, der Gesetzgeber habe mit den Zusatz- und Kinderrenten verheirateten Invaliden und solchen mit Kindern bei einer bestimmten Invalidität einfach insgesamt eine höhere Rente gewähren wollen als Alleinstehenden. Dem ist aber entgegenzuhalten, dass – wie sich aus der finalen Ausgestaltung des AHV/IV-Rechts ergibt – die Zusatz- und Kinderrenten wirtschaftlich und funktionell für den Unterhalt der Ehefrau und der Kinder bestimmt sind²⁷. Sie sollen nicht endgültig dem Invaliden selbst zukommen, sondern sollen es ihm lediglich ermöglichen, weiterhin seiner Unterhaltspflicht gegenüber der Familie – und zwar in deren Interesse – nachzukommen. Da Frau und Kindern eines Invaliden als nur mittelbar Geschädigten keine eige-

Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit aus der Sicht des Eidgenössischen Versicherungsgerichts, ZAK 1980, 156 ff.), sondern auch im Haftpflichtrecht immer häufiger verwendet wird. *Oftinger* hält dagegen den Begriff der Erwerbsunfähigkeit im Haftpflichtrecht für entbehrlich (S. 193 FN 118 mit Hinweisen auf ‘terminologische Verwirrung’).

23 BGE 100 II 356 f., 306; 99 II 214 ff., 221.

Nicht publizierte Urteile des BGer vom 7. Juni 1977 (Schweizer Union/Spuhler), 26. Oktober 1976 (Bourdin/Continentale), 15. Juni 1976 (Arnold/Vaudoise).

24 Vgl. *Oftinger* 212.

25 IVG 52 II c; AHVG 48quinquies II b.

Soweit durch den Unfall auch Anwartschaften des Geschädigten auf künftige Alterspension beeinträchtigt werden (indem er nur noch in geringerem Masse oder überhaupt nicht mehr Beiträge entrichtet), hat zwar der Haftpflichtige ebenfalls Ersatz zu leisten (*Oftinger* 209). Solche Ersatzansprüche gehen jedoch niemals auf die AHV/IV über, da sie mit der EUF nichts zu tun haben und die AHV/IV keine ihnen entsprechende Leistung erbringt (die künftige Altersrente ist ohnehin, unabhängig von den Unfallfolgen, geschuldet).

26 Zur Zulässigkeit weitergehender Differenzierung: vorstehend bei N 15.

27 Vgl. auch die offiziellen Merkblätter des BSV ‘... über die Leistungen der AHV’ bzw. ‘... der IV’ (Bestell-Nr. 20/80d bzw. 21/80d), Ziff. 15 bzw. 18: ‘Leistungen an Angehörige’.

nen Ansprüche gegen den Haftpflichtigen zustehen²⁸, fehlt es schliesslich auch an Ersatzansprüchen, die – wirtschaftlich und funktionell – den Zusatz- und Kinderrenten in persönlicher Hinsicht entsprechen²⁹.

Die beschränkte Kumulation von Schadenersatz mit Zusatz- oder Kinderrenten der AHV/IV, die sich so ergeben kann, ist dem schweizerischen Recht im übrigen keineswegs fremd, sondern ist für den sehr ähnlich gelagerten Fall des Zusammen treffens von SV-Renten mit familienrechtlichen Unterhaltsansprüchen erst kürzlich in ZGB 285 II³⁰ gesetzlich verankert worden³¹. Ob aber dem anspruchsberechtigten Familienangehörigen und dem SVT ein Haftpflichtiger oder ein familienrechtlich Unterhaltspflichtiger gegenübersteht – in beiden Fällen ist die Interessenlage dieselbe. Es liesse sich schwerlich rechtfertigen, die beiden so ähnlich gelagerten Fälle völlig verschieden zu behandeln.

Die AHV/IV subrogiert also auch für Zusatz- und Kinderrenten nur in Ersatzforderungen für den Verlust zusätzlich zum Einkommen erhaltener Sozialleistungen, während der Schadenersatz für EUF selbst nur im Umfange der Invalidenrente im eigentlichen Sinne auf die AHV/IV übergeht³².

d. Heilungs- und Eingliederungskosten

Heilungs- und Eingliederungskosten, die die IV bezahlen muss, hätte meist auch der Haftpflichtige dem Geschädigten zu ersetzen.

Soweit Heilungs- und Eingliederungsmassnahmen dagegen direkt im Auftrag der IV durchgeführt und von ihr bezahlt werden, entsteht gar kein Ersatzanspruch des Versicherten. Denn weil er die Kosten gar nie selbst schuldet, bleibt sein Vermögen unbelastet. Eine Subrogation stricto sensu ist gar nicht möglich. Aber auch

28 Eine Ausnahme gilt – wirtschaftlich betrachtet – höchstens insoweit, als mit dem Einkommen des Invaliden auch Kinder- und Familienzulagen wegfallen, die der Haftpflichtige zwar auch diesem selbst, mittelbar aber Frau und Kindern zu ersetzen hat. Solche Schadensposten erwähnt auch *Becker-Schaffner* in VersR 19 (1968) 1025.

29 Zur Identität der Leistungen in persönlicher Hinsicht: vorstehend A.

30 Fassung vom 25. Juni 1976; in Kraft seit 1. Januar 1978.

31 Der Richter kann zwar die (ganze oder teilweise) Anrechnung von SV-Renten auf Unterhaltsleistungen festlegen, doch wird er nicht ohne wichtige Gründe vom gesetzlichen Normalfall abweichen.

32 Eine Behandlung der Zusatz- und Kinderrenten zusammen mit den Invalidenrenten als einheitlicher Schadensposten hätte ausserdem die Konsequenz, dass der Invalide mit Anspruch auf Zusatz- und Kinderrenten im Ergebnis oft gleichviel erhielte, wie ohne solchen Anspruch. Dies aber ist gerade nicht der Zweck der Zusatz- und Kinderrenten, die ja aus sozialen Gründen den verheirateten Invaliden und denjenigen mit Kindern zusätzlich zu den Invalidenrenten, zur Deckung des mit einer Familie verbundenen besonderen Aufwandes, ausgerichtet werden.

Zur analogen Frage im Verhältnis der deutschen Rentenversicherung zur betrieblichen Vorsorge hat sich das Bundesarbeitsgericht am 21. August 1980 wie folgt geäussert: 'Die Anrechnung des Kinderzuschusses, der als Teil der Rente der sozialen Rentenversicherung gewährt wird, auf betriebliche Versorgungsleistungen ist unzulässig, weil sie das Gebot der Gleichbehandlung verletzt' (VersR 32 (1981) 644 [Nr. 648]).

die IV hat als nur mittelbar Geschädigte keinen eigenen Anspruch gegen den Schädiger auf Ersatz ihrer Aufwendungen. Diese Lösung vermag nicht zu befriedigen, ist es doch einer der Zwecke von IVG 52 II a³³, der IV auch für die Kosten von Heilungs- und Eingliederungsmassnahmen Deckung zu verschaffen, ohne den Haftpflichtigen, welcher ohne die Massnahmen der IV direkt zum Ersatze entsprechender Kosten an den Geschädigten verpflichtet wäre³⁴, zu entlasten. Dieser Zweck aber lässt den Schluss zu, es sei der Sinn³⁵ von IVG 52 II a, einen im Augenblick seiner Entstehung auf die IV übergehenden Anspruch des Geschädigten auf Ersatz der Kosten der von der IV erbrachten Heilungs- und Eingliederungsleistungen zu fingieren. Dies kommt im Ergebnis der Anerkennung eines eigenen Ersatzanspruchs der IV gegenüber dem Haftpflichtigen gleich³⁶, wie er nach feststehender Praxis auch der SUVA für ihre Naturalleistungen zusteht.

Heilungs- und Eingliederungskosten sind für die Regressrechnung im Interesse der Praktikabilität nach Möglichkeit als einheitliche Schadensposten zu behandeln³⁷, denn eine zu weitgehende Differenzierung in diesem Bereich würde die Regresserledigung erheblich komplizieren und könnte so die meist bescheidenen Kosten der Regresse³⁸ beträchtlich erhöhen und dadurch das Regressrecht in diesem Bereich teilweise entwerten³⁹.

Die Bildung identischer Leistungskategorien innerhalb der Heilungs- und Eingliederungskosten ist jedoch insofern von Bedeutung, als die AHV/IV Leistungen erbringt, deren Kosten der Haftpflichtige niemals – auch nicht im Rahmen seiner Haftungsquote – schuldet. Dazu gehören insbesondere solche Eingliederungsmassnahmen, die die Erwerbsfähigkeit entweder überhaupt nicht zu verbessern vermögen, oder deren Kosten in keinem vernünftigen Verhältnis zur erzielbaren oder erzielten Verbesserung der Erwerbsfähigkeit stehen⁴⁰.

Ersatzforderungen für Schadensposten, den *qualitativ keine AHV/IV-Leistungen entsprechen, verbleiben vollumfänglich dem Geschädigten*. Sie fallen für jede Regressrechnung ausser Betracht.

33 In Verbindung mit Absatz 1 und mit AHVG 48ter ff.

34 OR 45 I, II, 46 I.

35 Zum Zweck als Indiz für den Sinn einer Norm: *Meier-Hayoz* ZGB 1 N 200.

36 *Maurer* SVR I 399. Dieser Ersatzanspruch der AHV/IV ist wie eine durch Subrogation erworbene Ersatzforderung des Geschädigten mit allen diesem gegenüber bestehenden Einreden des Haftpflichtigen belastet.

37 Vgl. *Oswald* in SVZ 44 (1976) 27. Bedeutend weiter geht hier das deutsche Recht, wo RVO 1524 I i.V.m. 1542 II dem SVT ein pauschales Regressrecht für Heilungskosten gewährt, gegen das sich der Schädiger nur dann (unter Berufung auf den Grundsatz von Treu und Glauben) durch den Nachweis wehren kann, dass die Pauschalbeträge wesentlich höher seien als die effektiven Aufwendungen des SVT (*Schlegelmilch* bei Geigel 1387 fN 113) mit Belegen.

Ein Pauschalregress ist ebenfalls in Österreich und teilweise in den USA zulässig (*Weyers* 409).

38 Angaben hiezu bei *Stark* in VersR 32 (1981) 6.

39 *Maurer* SVR I 404.

40 So hat die IV beispielsweise die Kosten von Massnahmen, die bloss den Kontakt des Ge-

2. Quantitativ

Die Subrogation erfolgt nur insoweit, als die AHV/IV und der Haftpflichtige ihre Leistungen für nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ kongruente Schadenseile zu erbringen haben⁴¹. Quantitativ kongruent sind Leistungen dann, wenn ihrer Berechnung dieselben zahlenmässigen Werte zugrundeliegen⁴². Nur soweit ein Schadensteil die Höhe der AHV/IV-Leistungen beeinflusst hat, soll die AHV/IV auf die ihm entsprechende Ersatzleistung greifen können. Ersatzforderungen für zwar qualitativ, nicht aber quantitativ kongruente Schadensposten stehen immer ausschliesslich dem Geschädigten zu⁴³. Dies ist für ihn dann von Interesse, wenn entweder die AHV/IV-Leistungen wegen Selbstverschuldens gekürzt worden sind⁴⁴ oder die Summe der AHV/IV-Leistungen den gesamten Schaden übersteigt. Umgekehrt wird so aber auch im Interesse der AHV/IV bei nur teilweiser Ersatzpflicht des Dritten eine indirekte Deckung sozialversicherungsrechtlich irrelevanter Schadensteile über das Quotenvorrecht der Geschädigten verhindert.

Umgekehrt liegt der Ausschluss sozialversicherungsrechtlich irrelevanter Schadensteile dann im Interesse der AHV/IV, wenn der Dritte nicht den ganzen Schaden zu ersetzen hat. In diesen Fällen nämlich beschränkt das Quotenvorrecht des Geschädigten den Regress der AHV/IV, sodass dem Geschädigten – wirtschaftlich betrachtet – die vom Haftpflichtigen nicht zu ersetzende Quote des Schadens auf Kosten der AHV/IV ganz oder zumindest teilweise gedeckt wird. Wenn nun Schadensteile, denen keine AHV/IV-Leistungen mehr entsprechen, nicht aus der Regressrechnung ausgeschieden würden, erhielte der Geschädigte auch die vom Dritten nicht zu ersetzende Quote solcher Schadensteile auf Kosten des Regresses der AHV/IV zumindest teilweise ersetzt⁴⁵.

schädigten zur Umwelt zu erleichtern vermögen (z.B. Sprachschulung etc.) immer allein zu tragen, wenn sie in keiner Weise die Erwerbsfähigkeit zu verbessern oder wiederherzustellen vermögen.

41 BGE 98 II 135 (SUVA-Regress): 'Die Ersatzforderung gegen den Dritten für unversicherten Schaden verbleibt dem Geschädigten, die Ersatzforderung für versicherten Schaden geht dagegen auf die SUVA über.' Auch der Regress des Schadensversicherers nach VVG 72 wird nach herrschender Lehre in gleicher Weise eingeschränkt (vor allem bei Unterversicherung): *Koenig* SPR VII/2 684; *Roelli/Jaeger* VVG 72 N 38.

Eine ähnliche, bereits in BGE 58 II 230 (E.4) begründete Praxis zum Regress der SUVA hat das BGer in BGE 81 II 46 f. und 85 II 258 ff. stillschweigend und vorübergehend wieder aufgegeben. Dazu *Maurer* in SZS 12 (1968) 197 FN 4.

42 Eine halbe IV-Rente entspricht daher nur dem Ersatz für eine EUF von 50%, sodass dann, wenn der Geschädigte trotz einer 50% übersteigenden EUF nur eine halbe IV-Rente erhält, der Schadenersatz nur insoweit in der Regressrechnung zu berücksichtigen ist, als er einer EUF von 50% entspricht.

43 Ein zu 60% Invalider erhält eine halbe IV-Rente. 1/6 seiner Ersatzansprüche für Erwerbsunfähigkeit steht damit in jedem Falle ihm zu, da er keine höhere IV-Rente erhält, als ein zu 50% Invalider. Vgl. auch BGE 98 II 135.

44 Dann geht eine Quote der Ersatzforderungen über, die sonst auch Ersatzansprüche für nicht-versicherte Schadensteile erfassen würde.

45 Damit erhielte der Geschädigte und Versicherte 'einen versicherungsfremden Vorteil', in-

Beim Regress der AHV/IV ist – wie beim Regress privater oder öffentlicher Unfallversicherer – das gesamte Erwerbseinkommen des Versicherten insoweit mit den Versicherungsleistungen kongruent, als davon Beiträge entrichtet worden sind. Da jedoch die Beiträge an die AHV/IV – im Unterschied zu denjenigen an die UV – vom gesamten Erwerbseinkommen, ohne obere Grenze, zu entrichten sind, ist hier auch immer das gesamte Erwerbseinkommen in der Regressrechnung zu berücksichtigen, soweit es die Schadensberechnung im Haftpflichtrecht beeinflusst hat.

C. In zeitlicher Hinsicht⁴⁶

Die Zeit, für die der Schädiger Ersatz schuldet, deckt sich häufig nicht mit derjenigen, während welcher die AHV/IV-Leistungen zu erbringen sind. So wird die IV-Rente in der Regel bis zur Entstehung eines Anspruchs auf einfache Altersrente entrichtet, während der Haftpflichtige den Schaden aus EUF häufig bis zum Ende der mutmasslichen Aktivitätsdauer des Geschädigten zu ersetzen hat⁴⁷. Eine Witwe erhält ihre Witwenrente höchstens bis zur Vollendung des 62. Altersjahres, während der Haftpflichtige regelmässig für den Versorgerschaden während der mutmasslichen Aktivitätsdauer des getöteten Ehemannes aufzukommen hat⁴⁸.

Das BGer lässt seit seinem Entscheid 95 II 582 richtigerweise den Regress der SUVA im Ergebnis auch nur noch insoweit zu, als diese ihre Leistungen für die gleiche Zeitspanne erbringt, für die auch der Haftpflichtige entsprechenden Ersatz schuldet⁴⁹. In den vom BGer entschiedenen Fällen hatte die SUVA ihre Leistungen (Witwenrenten) für eine voraussichtlich längere Dauer zu entrichten als der Haftpflichtige, weshalb die SUVA-Leistungen auch – wie die Ansprüche aus Versorgerschaden – nach den Aktivitätstafeln zu kapitalisieren sind, bevor ihr Barwert von

dem er dank der AHV/IV-Leistungen auch 'für die Verwirklichung eines nicht versicherten Risikos' (*Lange* 437) besser entschädigt würde als ohne diese Leistungen.

46 *Maurer* SVR I 402 f.; ders. K+S 78 ff.; *Wussow/Küppersbusch* 113 [N 438].

47 BGE 104 II 307; *Oftringer* 208 ff. Da neuerdings auch die Pensionierungswahrscheinlichkeit immer grössere Bedeutung erlangt, geht die neuere Entwicklung ganz klar in Richtung einer Begrenzung des Schadens auf die Zeit bis zur mutmasslichen Pensionierung des Verletzten oder Getöteten, indem mehr und mehr mit terminierten Renten gerechnet wird. Dazu hinten § 20 FN 9 und 19.

48 *Oftringer* 241. Der dabei auf dem kapitalisierten Betrag vorzunehmende Abzug wegen möglicher Wiederverheiratung ist ein Durchschnittswert, der anteilmässig auf die einzelnen Jahresbeträge aufgeteilt werden könnte.

Zur Berücksichtigung der Pensionierungswahrscheinlichkeit: vorstehend FN 47 und hinten § 20 FN 9, 19.

49 Änderung der Rechtsprechung gegenüber BGE 90 II 186; 88 II 113; 88 II 38 ff.; 86 II 154 (Mortalitätstafeln). Übersichtliche Darstellung (und Befolgung) der früheren Praxis zur sachlichen, beiläufig auch zur zeitlichen Identität: ZR 63 (1964) Nr. 100. Die neue, mit BGE 95 II 582 begründete Praxis wurde bestätigt in BGE 95 II 581; 97 II 132; 101 II 346 (Aktivitätstafeln für SUVA-Renten); 104 II 307.

Der Grundsatz der zeitlichen Kongruenz gilt nach ständiger Rechtsprechung des OGH auch in Österreich: OGH ZVR 22 (1977) 116. Sinngemäss auch bereits RGZ 72 434.

den Haftpflichtforderungen abgezogen werden kann. Denn die längere Leistungspflicht der SUVA hat weniger Schadenausgleichs- als Vorsorgefunktion. Die SUVA soll jedoch nicht für Leistungen, denen weder ein Schaden noch ein Schadenersatzanspruch gegenübersteht, regressieren können.

Im Entwurf für ein UVG ist der Grundsatz der zeitlichen Identität ausdrücklich verankert⁵⁰. Er muss aber analog auch für die AHV/IV gelten, die umgekehrt im Zusammenhang mit einem Haftpflichtfall ihre Leistungen meist nicht während der gesamten Aktivitätsdauer des Verletzten oder Getöteten zu erbringen hat, die häufig – insbesondere bei Selbständigerwerbenden – für die Berechnung des Schadenersatzes massgeblich ist⁵¹.

D. Versicherter Schaden

In der älteren Rechtsprechung des BGer zum Regress der SUVA taucht öfters der Begriff des versicherten Schadens auf⁵². Er berührt die Frage nach der Identität der Leistungen nicht, obwohl auch hier der Begriff 'versicherter Schaden' sachlich gerechtfertigt wäre. Das BGer bezeichnete damit vielmehr das Verhältnis der tatsächlich erbrachten SUVA-Leistungen zum Schaden innerhalb identischer Schadensposten, aufgrund dessen es damals auch den übergelassenen Teil der entsprechenden Ersatzforderungen bestimmt hatte (Quotenteilung)⁵³.

Diese Verhältniszahl ist heute wieder bei Kürzung der AHV/IV-Leistungen von Bedeutung, wo das Gesetz die Quotenteilung ausdrücklich anordnet⁵⁴. Ohne Kürzung der AHV/IV-Leistungen spielt sie dagegen keine Rolle mehr, da dann ohnehin das Quotenvorrecht des Geschädigten die Subrogation insoweit ausschliesst, als sein Schaden nicht voll gedeckt ist⁵⁵.

50 UVG 43 III, dessen Ähnlichkeit mit AHVG 48quinquies den Analogieschluss zulässt, dass der Grundsatz der zeitlichen Identität auch für den AHV/IV-Regress bereits kraft Gesetzes gelte. *Maurer* SVR I 403.

51 Schon in BGE 97 II 132 sagt das BGer verallgemeinernd, dass 'la correspondance dans le temps du dommage et de la rente de la Caisse nationale ... doit en effet être sauvegardée.' Die Altersrenten, die die Invaliden- und Witwenrenten ablösen, hätten auch ohne das schädigende Ereignis und damit ohne jede Regressmöglichkeit erbracht werden müssen. Vgl. auch *Maurer* SVR I 402 f.; ders. K+S 78 f.

52 BGE 58 II 235; 60 II 36; 60 II 157 E.4 ('versicherter Teil').

53 In BGE 85 II 256 ff. hat das BGer die Quotenteilung beim SUVA-Regress aufgegeben zu Gunsten des Quotenvorrechts vorerst der SUVA und später (BGE 93 II 407 ff.) des Geschädigten, womit der Begriff 'versicherte Leistung' im hier erläuterten Sinne entbehrlich wurde.

54 AHVG 48quater II: 'Verhältnis der Versicherungsleistungen zum Schaden ...'. Dazu hinten § 22.

55 AHVG 48quater I.

Die Begriffe 'versicherte Leistung' und 'versicherter Schaden' werden im Gesetz nicht erwähnt und sind entbehrlich⁵⁶. Schadensteile, die ohne Einfluss auf die Höhe der AHV/IV-Leistungen sind, werden nämlich schon durch das extensiv interpretierte Kriterium der sachlichen Identität aus der Regressrechnung ausgeschlossen.

E. Zusammenfassung

Die Subrogation der AHV/IV tritt nur insoweit ein, als Ansprüche auf AHV/IV-Leistungen und auf Schadenersatz bestehen, die sich nach Art und Umfang entsprechen und dazu bestimmt sind, die Bedürfnisse derselben Person in der gleichen Zeitspanne zu decken.

Der Kongruenzgrundsatz schafft einen billigen Ausgleich zwischen den Interessen des Geschädigten und denjenigen der AHV/IV. Er stellt sicher, dass einerseits der Ersatz für solche Schadensteile, die ohne Einfluss auf die Leistungen der AHV/IV sind, voll dem Geschädigten verbleibt und dass andererseits ein vom Dritten nicht zu ersetzender Teil des Schadens auch nur insoweit zu Lasten der AHV/IV geht, als er deren Leistungen beeinflusst hat. Konzessionen in der Anwendung des Kongruenzgrundsatzes würden sich nur bei voller Ersatzquote und geringem Einkommen des Verletzten oder Getöteten zu Gunsten der AHV/IV, bei reduzierter Ersatzquote dagegen zu Gunsten des Geschädigten auswirken. Damit kann von einer generellen Entwertung des Regressrechts durch konsequente Anwendung des Kongruenzgrundsatzes keine Rede sein. Zudem führt auch eine weitgehende Berücksichtigung der sachlichen und zeitlichen Kongruenz, entgegen verbreiteten Annahmen, nicht zu einer nennenswerten Komplizierung der Regressberechnung⁵⁷, denn alle erforderlichen Daten muss ohnehin entweder die AHV/IV zur Festsetzung ihrer Leistungen oder der Haftpflichtige in Zusammenarbeit mit dem Geschädigten zur Berechnung des Schadenersatzes ermitteln⁵⁸. Daraus aber lässt sich der Regressanspruch der AHV/IV auch bei weitgehender Berücksichtigung der sachlichen und der zeitlichen Identität direkt errechnen⁵⁹.

56 Er wäre beim Regress der AHV/IV auch terminologisch verfehlt, da diese nicht gegen Schäden versichert, sondern unabhängig von solchen ihre gesetzlichen Leistungen zu erbringen hat.

57 Anderes gilt für Heilungs- und Eingliederungskosten, für die deshalb (vorstehend vor N 39) die Behandlung als einheitliche Schadensposten postuliert wird. Nur hinsichtlich solcher Kosten teilt der Verfasser die Befürchtungen von *Maurer* (SVR I 404), dass eine 'enge Handhabung des Grundsatzes' der sachlichen Identität den Regress komplizieren würde.

58 Aus dem Gesetz ergibt sich beispielsweise die Dauer von Witwen-, Waisen- und Invalidenrenten (AHVG 23 III, 25 II, 26 II, 28bis; IVG 30); die Sozialversicherungsorgane haben das massgebliche Durchschnittseinkommen und der Haftpflichtige das für ihn massgebliche Einkommen und den Kapitalisierungsfaktor zu ermitteln.

59 Nur hinsichtlich der Heilungs- und Eingliederungskosten würde eine konsequente Anwendung des Grundsatzes der sachlichen Identität die Regressberechnung zu einer wenig sinnvollen Fleissübung degradieren.

F. Pauschalvergleich

In praxi wird zwar ein allfälliger Pauschalvergleich regelmässig erst nach Festsetzung der Leistungspflicht der AHV/IV abgeschlossen und bezieht sich so von vornherein nur auf den Direktschaden. Das Gegenteil ist jedoch möglich, wenn etwa der Geschädigte zuerst auf Leistungen der AHV/IV verzichtet und mit dem Haftpflichtigen einen Pauschalvergleich abgeschlossen hat, dann aber seinen Verzicht auf AHV/IV-Leistungen widerruft.

Wenn die Ersatzansprüche des Geschädigten durch Pauschalvergleich erledigt werden, was besonders in komplizierten Fällen nicht selten vorkommt, sind die einzelnen Schadensposten oft weder in sachlicher noch in zeitlicher Hinsicht näher spezifiziert. Da mit dem Geschädigten eine oft runde Summe als Entschädigung 'unter allen Titeln'⁶⁰ vereinbart ist, sind Schadenshöhe und Ersatzquote oft nicht direkt feststellbar⁶¹. Meist wird sogar gleichzeitig mit den Schadenersatzansprüchen die Genugtuungsfrage erledigt. Gelegentlich gewichtet der Haftpflichtversicherer zur Erleichterung der gütlichen Einigung einzelne Schadensposten, tatsächliche Verhältnisse oder zukünftige Ereignisse in der Vereinbarung mit dem Geschädigten abweichend von ihrer objektiven haftpflichtrechtlichen Bedeutung, ohne dass dadurch im Ergebnis die Höhe der gesamten Entschädigung beeinflusst würde⁶².

Um die Regressforderung der AHV/IV bestimmen zu können, ist deshalb vorerst die vereinbarte Abfindungssumme funktionell aufzuteilen⁶³. Grundsätzlich sind die gleichen Kriterien wie bei der Schadensberechnung anzuwenden. Allerdings ist der besonderen Aufgabe und Natur des Pauschalvergleichs als einem Mittel zur Beseitigung schwer lösbarer Differenzen Rechnung zu tragen. Zudem muss eine Benachteiligung der AHV/IV vermieden werden, wenn Schadensposten oder Ersatzquote erheblich von dem abweichen, was bei gerichtlicher Erledigung des Schadensfalles voraussichtlich entschieden worden wäre.

Nach Abzug eines sowohl den Umständen des Falles als auch der Höhe der gesamten Abfindungssumme angemessenen Betrages als Genugtuungsanspruch ver-

60 Vgl. etwa SVA XIII Nr. 90, S. 451: 'Fr. 18.000.— pour solde de tout compte'.

61 Bei Invaliditäten wird beispielsweise offengelassen, inwieweit die Entschädigung Ausfall von Haupt- und inwieweit von Nebenerwerb deckt, oder es wird etwa bei einem Selbständig-erwerbenden nicht vereinbart, ob die Erwerbsunfähigkeit bis zum 65. Altersjahr oder bis ans Ende der Aktivitätsdauer berücksichtigt worden ist.

62 Eine Witwe habe einen Versorgerschaden von 200'000 erlitten. Das Mitverschulden des getöteten Ehemannes rechtfertige eine Reduktion der Ersatzquote auf 80%. In den Augen der Witwe ist aber jedes, auch das geringste Mitverschulden ihres Mannes völlig undenkbar. Sie findet sich aber ohne weiteres damit ab, dass der Schaden auf nur 160'000 beziffert und dafür auf einen Abzug wegen Selbstverschuldens verzichtet wird. Das Resultat bleibt gleich.

63 Auf die häufig rudimentäre rechtliche Begründung der Zusammensetzung und Höhe der Abfindungssumme kann nicht immer abgestellt werden, sondern es ist entscheidend, für welche Schadensposten der Geschädigte Ersatzansprüche hätte, und wie gross die Ersatzquote bei gerichtlicher Beurteilung sein müsste.

bleibt der reine Schadenersatz⁶⁴. Wenn ein Selbstverschulden des Geschädigten oder andere Reduktionsgründe auszuschliessen sind und die Haftung des Dritten nicht beschränkt ist, steht damit auch schon die massgebliche Schadenshöhe fest. Andernfalls ist entweder der Schaden selbst zu berechnen oder, wo dies nicht angezeigt erscheint⁶⁵, die angemessene Haftungsquote des Dritten zu bestimmen⁶⁶, sodass sich die massgebliche Schadenshöhe mittels Division der Ersatzforderung durch die Ersatzquote indirekt ermitteln lässt⁶⁷.

Bei der anschliessenden Gliederung des Schadenersatzes in persönlicher und sachlicher Hinsicht ist darauf zu achten, dass nicht gerade solche Streitfragen, die der Pauschalvergleich hätte aus der Welt schaffen sollen, erneut Anlass zu Differenzen geben. Denn dies könnte den Geschädigten, der in gutem Glauben Konzessionen auf einzelnen Posten gemacht hat, benachteiligen⁶⁸; in Zweifelsfällen aber ist die für den Geschädigten günstigere Lösung zu treffen⁶⁹. Zuletzt sind die Schadens- und Schadenersatzbeträge für die Regressrechnung wenn nötig noch so umzurechnen, dass sie auch in zeitlicher Hinsicht den Kapitalwerten der AHV/IV-Leistungen entsprechen⁷⁰.

64 Zur Genugtuung: *Oftringer* 309 ff. (Kasuistik); *Deschenaux/Tercier* 248 f.; *Szöllösy* in ZBJV 112 (1976) 29 ff.; *Hütte Klaus*, Die Genugtuung bei Tötung und Körperverletzung (OR 47), Zürich 1975–79; *Stein Peter*, Die Genugtuung, 3.A Genf 1976.

Seit 1980 hat das BGer in einigen Fällen gegenüber früher ganz beträchtlich höhere Genugtuungssummen zugesprochen: n.p. BGE vom 3. Februar 1981 i.S. Andina und Achermann/Bourquin: 60'000.– für 19jährigen Paraplegiker; BGE vom 10. März 1981 i.S. Cid/Bemo und Hebag-Hoka: 60'000.– für 48jährigen Vollinvaliden (Erwägung 9, abgedruckt in: Pra 71 (1982) Nr. 5 S. 7 f.); n.p. BGE vom 18. März 1980 i.S. Magugliani/Bestenheider und Devaud: 40'000.– für 16jähriges Mädchen mit schweren Verbrennungen am ganzen Körper; n.p. BGE vom 29. Januar 1981 i.S. Gaudin/Morand und Tonossi: 15'000.– für beidseitigen Gehörverlust eines 22Jährigen. Vgl. auch Appellationsgericht BS 28. April 1981 i.S. Urso/Gempp & Unold: 30'000.– bei 60%iger Invalidität (zit. nach n.p. BGE vom 21. Juli 1981, wo die Genugtuung nicht mehr zur Diskussion stand). Vgl. weitere Angaben bei *Stein Peter*, Neue Massstäbe bei der Bemessung der Genugtuung, *Touring* 26. November 1981 Nr. 47 S. 1 f. mit Hinweis auf eine Genugtuung von 100'000.– (Abschreibungsbeschluss des BGer vom 15. Oktober 1981 i.S. S./W.).

65 Häufig sind ja gerade Probleme bei der Schadensberechnung der Grund zum Abschluss eines Pauschalvergleichs, wo jede Partei gewisse Konzessionen macht, sodass der Schaden nicht exakt berechnet werden muss. Dieser Interessenlage hat auch die AHV/IV als Zessionarin im Verhältnis zum Geschädigten als Zessionar Rechnung zu tragen.

66 *Oftringer* 263 ff. Interessante und aufschlussreiche Kasuistik für den Bereich des SVG: *Baur* passim.

67 Beispiel: Schadenersatz: 80'000.–; angemessene Ersatzquote: 80% = 4/5.

Schaden: $\frac{80'000}{0.8} = 100'000$ oder $\frac{80'000}{4/5} = \frac{80'000 \times 5}{4} = 100'000$.

68 Wenn der Schaden zu niedrig beziffert und dafür auf eine Kürzung wegen Selbstverschuldens verzichtet worden ist, wird der Regress der AHV/IV ohne sachliche Rechtfertigung zu hoch ausfallen. Vgl. das Beispiel in FN 62 hievor.

69 Dies in Analogie zum in BGE 84 II 302 f. für die Kapitalisierung von Versorgerschaden Gesagten. Vgl. auch BGE 95 II 264 und *Oftringer* 197.

70 Hinten § 20 B.

§ 19 Kausalzusammenhang

Obwohl die Leistungen der AHV/IV final begründet sind, setzt der Regress der AHV/IV einen Kausalzusammenhang zwischen AHV/IV-Leistung und schädigendem Ereignis voraus: die AHV/IV kann nur für solche Leistungen regressieren, die sie ohne das schädigende Ereignis nicht hätte erbringen müssen¹, denn andere Leistungen berühren ihr Verhältnis zum Haftpflichtigen nicht. Soweit zwischen AHV/IV-Leistung und Ersatzanspruch des Geschädigten jeder sachliche Zusammenhang fehlt, handelt es sich auch niemals um 'Leistungen gleicher Art'², und das Problem der Überentschädigung stellt sich gar nicht. Wenn die AHV/IV für Leistungen, die sie unabhängig vom Schadenereignis erbringen muss, vom Haftpflichtigen Ersatz fordern könnte, würde sie im Gegenteil sogar bereichert, was aber vom Zweck der Subrogation offensichtlich nicht mehr gedeckt und daher auch im Rahmen einzelner Schadensposten zu vermeiden ist.

Wenn eine Leistung ohne das schädigende Ereignis zwar auch, aber nur in geringerer Höhe hätte erbracht werden müssen, kann die AHV/IV nur für denjenigen Teil der Leistung regressieren, den sie sonst nicht hätte erbringen müssen³.

Ob zwischen einem Haftpflichtereignis und einer bestimmten Leistung der AHV/IV ein Kausalzusammenhang besteht, ist aufgrund der wirtschaftlich-funktionellen Ausgestaltung der in Frage stehenden Leistungen und nicht anhand ihrer Bezeichnung zu beurteilen.

A. Altersrenten

Ein Kausalzusammenhang zwischen einem Haftpflichtereignis und Altersrenten im eigentlichen Sinne ist nicht möglich. Soweit also ohnehin geschuldete Altersrenten an die Stelle von Invaliden- oder Witwenrenten treten und diese ersetzen, entfällt jeder Regress⁴. Analoges gilt bei Ablösung von Zusatzrenten der IV durch Renten der AHV.

1 AHVG 48ter setzt dies stillschweigend voraus: der Regress ist gegen Dritte zulässig, die für 'den Tod oder die Gesundheitsschädigung', die die Leistungspflicht der AHV/IV begründen, haften. Vgl. auch vorn § 17 B und daselbst FN 5, 6 sowie hinten § 25 FN 44–46.

Auch TA Kapitel II Ziff. 1 verlangt für jeden Regress ausdrücklich einen adäquaten Kausalzusammenhang zwischen versichertem Risiko und Schadenereignis. Gleiches gilt beim Regress nach RVO 1542: *Wussow/Kuppersbusch* 107 [N 421]; *Becker-Schaffner* in VersR 19 (1968) 1024; *Wagner* in VersR 5 (1954) 521. Vgl. auch OLG Schleswig VersR 1 (1950) 70 f.; *Marx* in VersR 2 (1951) 155.

2 AHVG 48quinquies; IVG 52 II.

3 Nach dem Tod seines Vaters bezieht ein Kind eine einfache Waisenrente. Nach dem Tod auch der Mutter, für den ein Dritter haftet, erhält es eine Vollwaisenrente. Nur für die Hälfte dieser Vollwaisenrente hat die AHV ein Regressrecht. Zur ökonomischen Gleichwertigkeit beider Elternteile: vorn § 18 FN 19 Ziff. 1.

4 AHVG 48quinquies II und IVG 52 II e contrario. Vgl. auch BGH VersR 33 (1982) 166 ff.

Ein Regress auch für Altersrenten kommt nur ausnahmsweise in Frage, wenn diese die Funktion von Invalidenrenten übernehmen. Das trifft dann zu, wenn nur deshalb ein Anspruch auf Altersrente besteht, weil die Ehefrau des Bezügers für sich allein schon die Voraussetzungen für die Gewährung einer IV-Rente erfüllen würde⁵. Sobald aber der Anspruch auf IV-Rente für sich allein untergehen würde, wird die Altersrente nicht mehr an ihrer Stelle ausgerichtet, weshalb dann für Anwendung von AHVG 48quinquies II b kein Raum mehr bleibt.

Ausserdem kann die AHV zwischen dem 62. Altersjahr der Witwe und dem 65. Altersjahr des verstorbenen Ehemannes für denjenigen Teil der Altersrente der Witwe regressieren, den sie ohne den Tod des Ehemannes nicht hätte erbringen müssen, und der somit als Folge des Todes des Ehemannes auch sachlich dem Versorgerschaden kongruent ist. Wegen anderer Berechnungsgrundlagen (AHVG 33 III) kann dieser Fall gelegentlich eintreten. Für Leistungen nach dem – hypothetischen – 65. Altersjahr des Ehemannes entfällt jedoch diese Regressmöglichkeit, denn ab diesem Zeitpunkt wäre die (höhere) Ehepaar-Altersrente ohnehin aufgrund der Beiträge des Ehemannes berechnet worden^{5a}.

B. Witwen- und Invalidenrenten

Der Kausalzusammenhang zum Haftpflichtereignis besteht hier, wenn dieses zum Tod des Ehemannes oder zur Invalidität des Geschädigten geführt hat.

Wenn die Erwerbsfähigkeit eines Invalidenrentners aus vom Haftpflichtereignis unabhängigen Gründen noch zusätzlich beeinträchtigt ist, besteht der Kausalzusammenhang zum Haftpflichtereignis nur für einen entsprechend reduzierten Teil der Invalidenrente⁶.

C. Waisen- und Kinderrenten

1. Waisen- und Kinderrenten der IV

Zwischen Haftpflichtereignis und Kinderrente der IV bzw. Waisenrente besteht ein Kausalzusammenhang und damit eine grundsätzliche Regressmöglichkeit, wenn die

und *Becker-Schaffner* in VersR 19 (1968) 1025. Ausserdem fehlt die sachliche Kongruenz von Altersrenten und irgendwelchen Haftpflichtansprüchen.

5 Wenn ein Altersrentner wegen Invalidität seiner noch jüngeren Frau eine Ehepaar-Altersrente nach AHVG 22 I erhält, übernimmt die Differenz zwischen einfacher und Ehepaar-Altersrente die Funktion der halben IV-Rente der Ehefrau.

5aVgl. hinten § 25 FN 44–46. Zur Kapitalisierung: hinten § 20 FN 12.

6 Vgl. auch die entsprechenden Ausführungen zur sachlichen Kongruenz: vorn § 18 B 1 b. Analoges gilt auch für Hilfslosenentschädigung der AHV und der IV.

Invalidität bzw. der Tod des betroffenen Elternteils auf das schädigende Ereignis zurückgeht.

Wenn ein invalider Elternteil nach dem Tod des andern eine Doppelkinderrente der IV bezieht, der Haftpflichtige jedoch nur die Invalidität oder den Tod eines Elternteils zu vertreten hat, besteht der natürliche Kausalzusammenhang nur für die Hälfte der Doppelkinderrente. Analoges gilt für Doppelkinderrenten der AHV sowie für Vollweisenrenten, wenn der Haftpflichtige nur den Tod eines Elternteils zu vertreten hat.

2. Kinderrenten der AHV

Soweit die AHV Altersrenten an Stelle von IV-Renten ausrichtet, hat sie für die entsprechenden Kinderrenten das Regressrecht wie die IV⁷.

Mit Entstehung ihres Anspruchs auf eine einfache Altersrente erwirbt die Mutter eines Kindes, das eine Waisenrente bezieht, auch einen Anspruch auf eine einfache Kinderrente der AHV, sodass der Anspruch auf Waisenrente erlischt⁸. Solange der Vater noch leben würde und noch nicht 65jährig wäre, müsste aber die Kinderrente nicht ausgerichtet werden. Solange besteht also der Kausalzusammenhang zwischen dieser und dem Haftpflichtereignis, und die AHV/IV kann für diese Kinderrente bis zum Zeitpunkt, in dem der Vater das 65. Altersjahr vollenden würde, wie für eine Waisenrente regressieren.

D. Zusatzrenten für die Ehefrau

1. Im allgemeinen

Die Zusatzrente, die ein Invalider für seine nicht invalide Ehefrau bezieht⁹, hat der Haftpflichtige nur solange gegebenenfalls der IV gegenüber zu vertreten, als sie nicht durch eine ebensolche der AHV abgelöst wird, weil der Ehemann das 65. Altersjahr vollendet hat¹⁰.

Wenn die Zusatzrente der IV aber dahinfällt, weil die Ehefrau das 62. Altersjahr vollendet hat und der noch nicht 65jährige invalide Ehemann jetzt eine Ehepaar-Invalidenrente bezieht¹¹, besteht der zum Regress berechtigte Kausalzusammen-

⁷ AHVG 48quinquies II b. Vgl. zum Regress für Kinderrenten: vorn § 18 B 1 c.

⁸ AHVG 22ter I, 28bis.

⁹ IVG 34.

¹⁰ Vorzubehalten bleibt der Regress für Zusatzrenten, die die AHV dem invaliden Altersrentner weiterzugewahren hat, obwohl die Ehefrau das in AHVG 22bis (i.V.m. UeB 1.1.79 c II) vorgesehene Alter noch nicht erreicht hat, wenn nach IVG 34 ein Anspruch auf Zusatzrente bestanden hätte.

¹¹ IVG 33.

hang zum Haftpflichtereignis nur noch für die Differenz zwischen der Ehepaar-Invalidenrente und der ohne Invalidität des Ehemannes geschuldeten einfachen Altersrente der Ehefrau.

Ein Regress für Zusatzrenten der IV ist also nur zulässig, soweit noch keiner der Ehegatten das AHV-Rentenalter erreicht hat.

2. Bei Tod des Ehemannes

Ein bereits invalider oder mehr als 65 Jahre alter Ehemann erhält für seine Ehefrau eine Zusatzrente der IV, allenfalls der AHV¹². Im Umfange des kapitalisierten Wertes dieses gegenwärtigen oder zukünftigen Anspruchs auf Zusatzrente fehlt der Kausalzusammenhang zwischen der Witwenrente der AHV und dem Tod des Ehemannes, denn die Zusatzrente hätte auch ohne seinen Tod bezahlt werden müssen. Der Regress der AHV für die Witwenrente reduziert sich daher entsprechend.

12 AHVG 22bis; IVG 34.

§ 20 Kapitalisierung von AHV/IV-Leistungen

A. Im allgemeinen

Um die Haftpflichtansprüche des Geschädigten mit dem Wert der AHV/IV-Leistungen, die er in Zukunft erhalten wird, überhaupt vergleichen und so den Regressbetrag ermitteln zu können, muss je der Wert der Leistungen in der massgeblichen Zeitspanne und bezogen auf den gleichen Zeitpunkt bekannt sein. AHV/IV-Leistungen sind daher auf denselben Zeitpunkt zu kapitalisieren wie der Schadenersatz¹. Dasselbe gilt für die Kapitalisierung periodischer Regressbeträge.

Die Kapitalisierung selbst ist ein rein mathematischer Vorgang, der allerdings die Beantwortung zahlreicher Rechtsfragen voraussetzt. Rechtlicher Natur sind insbesondere alle Fragen im Zusammenhang mit Höhe und Dauer der zu kapitalisierenden periodischen Leistungen, dem Zinsfuss und allfälligen Abzügen vom Kapitalbetrag für vorzeitigen Wegfall der Rente.

Die gerichtliche wie die aussergerichtliche Schadenersatzpraxis kapitalisiert Versorgerschaden regelmässig auf den Todestag, künftigen Verdienstausschlag dagegen auf den Tag der Schadenerledigung².

Nach seit 1960 feststehender Praxis des BGer werden in der Schweiz künftiger Verdienstausschlag, Versorgerschaden und andere laufende Schäden nach den 'Barwerttafeln' von Stauffer/Schaetzle kapitalisiert³. Dabei werden grundsätzlich die Aktivitäts-⁴ und nur ausnahmsweise die Mortalitätstafeln angewendet⁵.

Für die Bestimmung der Kapitalisierungsdauer von Regressforderungen sind der Grundsatz der zeitlichen Kongruenz und der Kausalzusammenhang zwischen AHV/IV-Leistung und schädigendem Ereignis von Bedeutung⁶. Danach bestimmt sich, ob Regressforderungen der AHV/IV nach den Aktivitäts- oder Mortalitätstafeln oder aber als temporäre Renten zu kapitalisieren sind.

1 Vgl. ZR 69 (1970) Nr. 141, S. 378 (SUVA-Regress).

2 BGE 104 II 308 [obiter]; 101 II 351 f.; 99 II 216; *Oftinger* 215, 248; *Zen-Ruffinen* 125 f. Für Fragen der Kapitalisierung sei im übrigen auf das Standardwerk von *Stauffer/Schaetzle* verwiesen.

3 BGE 87 II 7 ff.: 2.A (1958). Heute wird die 3.A (1970) verwendet: BGE 96 II 447 [obiter]; n.p. BGE vom 26. Januar 1971 i.S. Husy/Hottinger E.9b; BGE 97 II 132. Eine 4.A ist in Vorbereitung. Das BGer kapitalisiert nach feststehender Praxis zu einem Zinsfuss von 3 1/2%: Bestätigung in BGE 104 II 309 [obiter]; BGE vom 10. März 1981 i.S. Cid/Bemo und Hebag-Hoka E.4b [obiter].

4 *Oftinger* 208 f. (Invaliditätsschaden), 241 (Versorgerschaden). Rechtfertigung der Verwendung von Aktivitätstafeln bei *Stauffer/Schaetzle* 132; vgl. auch *Szöllosy* 244 und *Gautschi* in SJZ 37 (1940) 118.

Zu Recht verwendet die Praxis heute immer mehr die Tafeln für temporäre Aktivenrenten (*Stauffer/Schaetzle* T 23/24). Vgl. nachstehend FN 19.

5 Versorgung aus Vermögensertragnissen oder aus einer Pension sowie lebenslängliche Pflege- und Prothesenkosten: *Stauffer/Schaetzle* 51, 70.

6 Zeitliche Kongruenz: vorn § 18 C; Kausalzusammenhang: vorn § 19.

Ob besser monatliche Regressbeträge ermittelt und diese anschliessend kapitalisiert werden⁷, oder ob umgekehrt erst nach Kapitalisierung von Schaden, Schadenersatz und Sozialversicherungsleistungen der Regress berechnet wird, hängt von den Umständen des Einzelfalles ab. Die Überlegungen zur Kapitalisierungsdauer und die Kapitalisierungsfaktoren bleiben indessen dieselben⁸.

1. Witwenrenten

Der Grundsatz der zeitlichen Kongruenz begrenzt die Kapitalisierungsdauer der anzurechnenden Witwenrente einerseits auf die Aktivitätserwartung des getöteten Ehemannes, da auch nur solange ein vom Haftpflichtigen zu ersetzender Versorger-schaden besteht⁹, andererseits aber auch auf die mutmassliche Dauer seiner Erwerbstätigkeit.

Da andererseits ein Kausalzusammenhang zwischen dem Haftpflichtereignis und den AHV/IV-Leistungen nur bis zur Vollendung des 62. Altersjahres der Witwe besteht, weil spätestens dann jeder Anspruch auf Witwenrente erlischt, berechtigt eine Witwenrente die AHV/IV nur solange zum Regress, als nicht nur der Ehemann voraussichtlich erwerbstätig geblieben wäre, sondern als die Witwe gleichzeitig noch keinen Anspruch auf eine einfache Altersrente haben wird. Nur für diese Zeit ist auch die Anrechnung auf den Versorger-schaden zulässig.

Damit ist die Witwenrente regelmässig als temporäre Verbindungsrente bis zum 65. Altersjahr des aktiven Ehemannes zu kapitalisieren¹⁰. Nur dann, wenn die Frau nicht mindestens 3 Jahre jünger als der getötete Ehemann, ist die Witwenrente nach den Mortalitätstafeln bis zum 62. Altersjahr der Witwe zu kapitalisieren, wenn dies einen geringeren Faktor ergibt¹¹. Wenn dagegen der verstorbene Ehemann mehr als drei Jahre älter gewesen ist als die nunmehrige Witwe, so ist die Zusatzrente, die er

7 Auch bei der Schadensberechnung wird regelmässig von einer Rente ausgegangen: *Oftinger* 215.

8 Zur Regressrechnung nach erfolgter Kapitalisierung: nachstehend B.

9 Seit BGE 95 II 588 f. kapitalisiert das BGer richtigerweise auch die (Invaliden-) Renten der SUVA nach den Aktivitätstafeln, was es in BGE 101 II 354 für Witwenrenten bestätigt hat. Vgl. dazu auch BGE 98 II 134; 96 II 367; 95 II 581. Zur früheren Rechtsprechung: BGE 86 II 154. Wenn Witwenrenten der AHV voraussichtlich bis zum Ende der Aktivitätserwartung des getöteten Ehemannes auszurichten sind, werden sie damit im Ergebnis wie SUVA-Renten kapitalisiert.

Da wegen der sehr gut ausgebauten Altersvorsorge die Erwerbstätigkeit über das übliche Pensionierungsalter bei unselbständig Erwerbenden bereits heute die Ausnahme darstellt, sind hier in aller Regel die Tafeln für temporäre Aktivenrenten (T 23/24) zu verwenden (dazu nachstehend FN 19).

Zur Berücksichtigung der Chancen einer Wiederverheiratung: *Zen-Ruffinen* 108 ff.; *Stauffer/Schaetzle* 58 ff., 158 f., T 60; *Oftinger* 243 ff.; *Deschenaux/Tercier* 234 f. Vgl. auch hinten § 25 C I 2 und daselbst FN 22.

10 *Stauffer/Schaetzle* T 26.

11 *Stauffer/Schaetzle* T 34.

ohnehin dereinst für seine Frau erhalten hätte, als aufgeschobene temporäre Verbindungsrente kapitalisiert, vom Kapitalwert der Witwenrente abzuziehen¹².

2. Witwenabfindung

Witwenabfindungen werden nach AHVG 36 II i.V.m. 24 als Kapitalbeträge ausbezahlt. Für die Regressrechnung ist auch hier ein Abzug wegen der Chancen der Wiederverheiratung zu machen. Ausserdem beschränkt sich hier die Regressberechtigung der AHV auf Ersatzansprüche für Versorgerschaden sovieler Jahre, wie die Witwe nach AHVG 36 II Jahresrentenbeträge erhält.

3. Waisen- und Kinderrenten

Für die Kapitalisierung von Waisen- und Kinderrenten gilt sinngemäss das zu den Witwenrenten Gesagte mit folgenden Besonderheiten:

Der Grundsatz der zeitlichen Identität begrenzt den Regress für Waisenrenten auf die Zeit, für die gleichzeitig Ersatzansprüche für Versorgerschaden bestehen. Die äusserste Grenze bildet damit die für die Berechnung des Versorgerschadens massgebliche Dauer der mutmasslichen Unterstützungsbedürftigkeit einerseits¹³ und die Zeit, während welcher voraussichtlich die Waisenrente auszurichten sein wird, andererseits¹⁴.

Der Regress für Waisen- und Kinderrenten ist zudem nur für solange zulässig, als

12 Im Umfang dieser Zusatzrente fehlt der Kausalzusammenhang zwischen Witwenrente und Haftpflichtereignis, weshalb ihr Wert von der kapitalisierten Witwenrente abzuziehen ist. Der Wert der Zusatzrente besteht in der Differenz zwischen zwei lebenslänglichen Verbindungsrenten (T 35), von denen die eine bis zur Entstehung, die andere bis zum Erlöschen des Anspruchs auf eine Zusatzrente aufgeschoben ist (T 66, die auch auf T 55 angewendet werden kann: *Stauffer/Schaetzle* 404). Bei jungen Witwen und geringem Altersunterschied zwischen den Ehegatten ergeben sich allerdings kleine Werte.

Wenn dagegen die Witwe älter oder weniger als drei Jahre jünger ist als ihr getöteter Ehemann und gleichzeitig die Altersrente, die sie mit Vollendung des 62. Altersjahres erhält, wegen anderer Berechnungsgrundlagen höher ist, als ihr Rentenanspruch aufgrund ihrer eigenen Beiträge, so ist auch diese Differenz, als aufgeschobene Rente bis zum Alter 65 des Ehemannes kapitalisiert, beim Regress zu berücksichtigen. In diesem Fall wäre es allerdings einfacher, die Witwenrente bis zum Alter 65 des Ehemannes zu kapitalisieren und anschliessend die Differenz zwischen der Summe aus Witwenrente und eigenem Rentenanspruch der Ehefrau einerseits und der einfachen Altersrente, die die Witwe nach AHVG 33 III erhält, andererseits (als aufgeschobene Rente kapitalisiert), abzuziehen. Da dies meist einen sehr geringen Betrag ausmacht, lässt sich dieser Abzug jedoch oft vernachlässigen.

13 *Oftinger* 242. Seit 1978 dauert die Versorgungsbedürftigkeit in analoger Anwendung von ZGB 277 grundsätzlich bis zur Mündigkeit des Kindes, eventuell bis zum möglichen Abschluss seiner Ausbildung (bereits ZR 71 (1972) Nr. 72, S. 224: 'bis zur Erreichung ihres erwerbsfähigen Alters').

14 AHVG 25 II, 26 II. Eine absolute Grenze bildet hier das 25. Altersjahr der Waisen, während deren Verheiratung nach neuester Rechtsprechung des EVG nicht mehr zum Wegfall der Waisenrente führt: BGE 106 V 198 ff.

nicht der Vater des Kindes Anspruch auf eine Alters- und damit auch eine Kinderrente hat oder hätte, wenn er noch lebte.

Das Regressrecht für Waisen- und Kinderrenten hat also die AHV/IV für die Zeit, während der weder das Kind das für seine Renten-, Unterhalts- oder Versorgungsansprüche geltende Endalter erreicht, noch der Vater das 65. Altersjahr (bzw. die Mutter das 62. Altersjahr) vollendet oder die Erwerbstätigkeit aufgegeben hat oder hätte.

Versorgerschadensansprüche von Minderjährigen sind im Haftpflichtrecht als temporäre Renten zu kapitalisieren¹⁵. Dasselbe gilt daher auch für Waisen- und Kinderrenten der AHV/IV, die auf solche Ansprüche anzurechnen sind, sowie für die direkte Kapitalisierung entsprechender Regressrenten. Die Kapitalisierung erfolgt auf den Todestag, und zwar für solange, bis entweder das Kind 25- bzw. 18-jährig, seine Ausbildung abgeschlossen oder die Zeit, für die Ersatz des Versorgerschadens geschuldet wird, abgelaufen ist.

Wann die Ausbildung des Kindes abgeschlossen sein wird, bestimmt sich nach der allgemeinen Lebenserfahrung und ist damit eine vom BGER im Berufungsverfahren zu überprüfende Rechtsfrage. Wenn das Kind tatsächlich über die in ZGB 277 festgelegte Dauer der elterlichen Unterhaltspflicht hinaus versorgt worden wäre, so vergrössert sich der Versorgerschaden entsprechend.

Da mit Erreichen des 65. Altersjahres oder Wegfall der Erwerbsfähigkeit des Vaters ohnehin ein Anspruch auf Kinderrente der AHV oder IV entstanden wäre, ist nach Tafel 23 von Stauffer/Schaetzle zu kapitalisieren¹⁶.

4. Invalidenrenten

Ersatz des Dritten für dauernde zukünftige EUF ist auf den Zeitpunkt der Schadenerledigung zu kapitalisieren¹⁷, was auch für die IV-Renten in der Regressrechnung gilt. Regressforderungen der IV für ihre Leistungen bis zur Schadenerledigung sind dagegen – wie auch der entsprechende Schaden wegen EUF¹⁸ – immer konkret und vom Zukunftsschaden getrennt zu berechnen.

Die IV-Rente ist einerseits maximal für diejenige Dauer zu kapitalisieren, die der Berechnung des zivilrechtlichen Schadens zugrundeliegt. In der Regel ist dies die mutmassliche Aktivitätsdauer des Verletzten ohne die Schädigung und bezogen auf den Zeitpunkt der Schadenerledigung¹⁹.

15 *Oftinger* 243; *Stauffer/Schaetzle* T 23/24 (massgeblich ist das Alter des Vaters/der Mutter: S. 161 Ziff. 3). Anders dagegen: ZR 71 (1972) Nr. 72, E.6c.

Es empfiehlt sich, abgestufte Renten zu kapitalisieren: *Stauffer/Schaetzle* 162 Bsp. 21.

16 Bei Mutterwaisen ist Tafel 24 anzuwenden und auf das 62. Altersjahr der Mutter abzustellen.

17 Materiell stellt auch das BGER in BGE 99 II 216 auf diesen Zeitpunkt ab, indem es den Urteilstag desjenigen kantonalen Gerichts als massgeblich erklärt, das noch neue Tatsachen berücksichtigen kann. Vgl. auch das obiter dictum in BGE 99 II 211. *Oftinger* 173 f., 215.

18 *Szöllösy* 95; *Oftinger* 215.

19 *Oftinger* 208 f.; *Szöllösy* 93.

Da heute meist mit Erreichen des AHV- oder Pensionierungsalters auch die Erwerbstätig-

Da ein Kausalzusammenhang zwischen dem schädigenden Ereignis und der IV-Rente nur solange besteht, als der Invalide noch keinen Anspruch auf eine (einfache) Altersrente hat, ist die Kapitalisierung andererseits auf die Zeit bis zur Vollendung des 62. bzw. 65. Altersjahres zu beschränken. Dies gilt grundsätzlich auch dann, wenn der Ehemann einer IV-Rentnerin das AHV-Rentenalter erreicht hat und eine Ehepaar-Altersrente bezieht, welche die IV-Rente seiner Frau ablöst. Denn die Differenz zwischen der einfachen und der Ehepaar-Altersrente entspricht meist der ausfallenden halben IV-Rente der Ehefrau²⁰.

Damit sind IV-Renten als temporäre, bis zum 62./65. Altersjahr auszurichtende Aktivenrenten zu kapitalisieren²¹. Dies gilt auch dann, wenn die IV-Rente einer Frau weniger lang ausgerichtet wird, weil ihr Mann vorher Anspruch auf eine Ehepaar-Altersrente erwirbt. Der Regressbetrag für IV-Renten der Ehefrau vermindert sich um den als Verbindungsrente kapitalisierten Wert einer allfälligen Zusatzrente zur einfachen Altersrente des Ehemannes, da der Schädiger die Zusatzrente nur solange der IV gegenüber zu vertreten hat, als nicht auch ohne Unfall die AHV eine solche Zusatzrente zu erbringen hätte.

Zusatzrenten für die Ehefrau eines IV-Rentners sind ebenfalls als temporäre Renten zu kapitalisieren, aber nur für die Zeit, bis entweder die Frau allein das 62. oder die Frau das 55.²² und der Mann das 65. Altersjahr vollendet hat.

5. Taggelder der IV

Da die IV nur während der Eingliederung Taggelder ausrichtet und in praxi dann, wenn der Schaden erledigt wird, oft schon ein Rentenanspruch besteht²³, ist der Wert aller Taggelder konkret zu berechnen und den zeitlich kongruenten Ersatzforderungen für Arbeitsunfähigkeit gegenüberzustellen.

keit – vor dem theoretischen Ende der Aktivitätsdauer – aufhört, drängt sich die Kapitalisierung nach Tafel 23/24 von *Stauffer/Schaetzle* (an Stelle von T 20) zumindest immer dann auf, wenn der Verletzte unselbständigerwerbend und nicht sehr jung war. Eine entsprechende Anpassung auch der Praxis zeichnet sich bereits deutlich ab: BGE vom 10. März 1981 i.S. Cid v. Bemo und Hebag-Hoka, E.I 5; BGer in JdT 124 (1976) I 457; BezGer Zurzach in SJZ 76 (1980) 11 ff. E.8. Vgl. auch den Hinweis von *Schaer* in SVK 34 (1979) 33 auf einen aussergerichtlichen und von der Vormundschaftsbehörde genehmigten Vergleich. Dem Entscheid BGE 104 II 307 ff. liegt insofern ein besonderer Fall zugrunde, als der Verletzte voraussichtlich über das Pensionierungsalter hinaus voll erwerbstätig geblieben wäre. In seinem Entscheid vom 23. April 1980 i.S. Scherrer v. Bourquin und Berner Allgemeine hat das TC du Canton de Vaud die Kapitalisierung nach Tafel 20 ausdrücklich damit gerechtfertigt, dass der Kläger selbständig erwerbend sei und damit voraussichtlich über das übliche Pensionierungsalter hinaus erwerbstätig bleiben werde.

20 AHVG 22 i.V.m. 33bis.

21 *Stauffer/Schaetzle* T 23, 24.

22 Bis zum 31. Dezember 1988 gilt hier das nach UeB 1.1.79 c II zu bestimmende Alter.

23 Solange das Leiden nicht stabilisiert ist, ist in der Regel der Schaden noch nicht hinreichend bestimmbar, um schon mit dem Haftpflichtigen liquidieren zu können.

6. Hilflosenentschädigungen

Soweit der Haftpflichtige die Pflegebedürftigkeit eines Invaliden- oder Altersrentners zu vertreten hat, kann die AHV/IV auch für Hilflosenentschädigungen regressieren²⁴. Da diese unter Umständen lebenslänglich zu entrichten sind, sind sie regelmässig nach den Mortalitätstafeln auf den Zeitpunkt der Schadenerledigung zu kapitalisieren^{25, 26}.

7. Heilungs- und Eingliederungskosten

Diese sind oft nicht oder nur teilweise für die Zukunft zu erbringen. Sie sind damit grundsätzlich konkret zu berechnen und dem vom Dritten geschuldeten Ersatz direkt gegenüberzustellen. Zukünftige periodische Kosten, etwa solche für Hilfsmittel, sind entsprechend ihrer Natur nach den Aktivitäts- oder den Mortalitätstafeln zu kapitalisieren.

Es ist denkbar, dass sich hier die Praxis wegen der Vielfalt der in Frage kommenden Leistungen gelegentlich mit einem Teilungsabkommen behelfen könnte²⁷.

B. Besonderheit bei Regresserledigung nach der Kapitalisierung

Besonders dann, wenn der Schadenersatz durch Pauschalvergleich festgesetzt worden ist, empfiehlt sich häufig eine Regressrechnung aufgrund der Kapitalbeträge für Schadenersatz und Versicherungsleistungen. Die Schadenshöhe lässt sich dabei, sofern sie nicht aus dem Vergleich hervorgeht, durch Rückrechnung vom vereinbarten Schadenersatz ermitteln.

Zu beachten ist dabei, dass die Regressrechnung nur dann zum richtigen Ergebnis führen kann, wenn alle verwendeten Kapitalbeträge zeitlich kongruent sind, das heisst, auf denselben Kapitalisierungsfaktoren basieren. Andernfalls sind die Beträge

24 AHVG 43bis; IVG 42. Der Dritte hat die entsprechenden zukünftigen Kosten nach OR 46 zu ersetzen. Das Regressrecht der AHV/IV auch für Hilflosenentschädigungen folgt unmittelbar aus AHVG 48ter; deren Erwähnung in AHVG 48quinquies II c und IVG 52 II d ist deklaratorischer Natur.

25 *Stauffer/Schaetzle* T 30. Wenn die Lebenserwartung des Geschädigten infolge der mit der Invalidität verbundenen Schädigung des Organismus erheblich reduziert ist, so muss dem bei der Kapitalisierung Rechnung getragen werden.

26 *Stauffer/Schaetzle* 70.

27 § 1542 II (i.V.m. § 1524 I) der deutschen RVO legt für den Regress wegen Heilungskosten eine Pauschale fest, von der nur bei nachgewiesenen höheren (RVO 1542 II i.f.) oder wesentlich geringeren (*Schlegelmilch* bei Geigel 1387 [30 113] mit Hinweisen auf die Rechtsprechung) Aufwendungen des SVT abgewichen werden darf.

für Schaden und Schadenersatz durch den Kapitalisierungsfaktor, der auf sie angewendet worden ist oder anzuwenden wäre, zu dividieren und anschliessend mit dem Kapitalisierungsfaktor der AHV/IV-Leistungen zu multiplizieren. Dies entspricht einer Multiplikation mit dem Quotienten aus den beiden Kapitalisierungsfaktoren²⁸.

28 Ein 45jähriger Selbständigerwerbender sei als Fussgänger von einem Auto angefahren worden. Sowohl ihn als auch den Autolenker treffe ein leichtes Verschulden. Der Geschädigte hatte vor dem Unfall ein unregelmässiges Einkommen und ist jetzt zu 50% invalid. Vergleichsweise sei der Schadenersatzanspruch ohne nähere Umschreibung auf 250'000 angesetzt worden; die IV-Rente betrage $500/\text{Mt} = 6000/\text{Jahr}$, was einem Kapitalwert von 80'520 (*St/Sch* T 23, Faktor 1342) entspricht. Der Schadenersatz wäre – bei exakter Berechnung – mit dem Faktor 1568 zu kapitalisieren gewesen (T 20), sodass sich eine für die Regressrechnung massgebliche Ersatzforderung von 213'966 ergibt ($250'000 \times 1342/1568 = 250'000 \times 0.8559$). In Anbetracht des beiderseitigen leichten Verschuldens sei eine Haftungsquote des Autohalters von 80% (= 4/5) angemessen. Dies ergibt durch Multiplikation des entsprechenden Ersatzes mit 125% (= 5/4) einen für die Regressrechnung massgeblichen Schaden von 267'458, woraus eine Regressforderung von 27'028 resultiert ($213'966 + 80'520 = 267'458$).

§ 21 Quotenvorrecht des Geschädigten

Immer dann, wenn der Haftpflichtige den Schaden vollständig zu ersetzen hat¹, decken die Ersatzforderungen des Geschädigten sowohl den Wert aller mit ihnen kongruenten AHV/IV-Leistungen als auch den gesamten sozialversicherungsrechtlich ungedeckten Restschaden. Sobald aber die Ersatzquote des Haftpflichtigen aus irgendeinem Grunde reduziert ist², trifft dies nicht mehr zu.

Beim Regress der SUVA blieb in solchen Fällen die Aufteilung der Ersatzforderungen zwischen dem Geschädigten und der Sozialversicherung, das sogenannte Quotenrecht, mangels gesetzlicher Regelung im KUVG der Rechtsprechung überlassen. Das BGer gewährt dabei in seiner neueren, letztmals in BGE 104 II 307 bestätigten Praxis dem Geschädigten das absolute Quotenvorrecht³. Die SUVA kann

1 Dies ist immer dann der Fall, wenn keine Reduktionsgründe vorliegen: *Oftinger* 261 f.

2 Zur Schadenersatzbemessung: *Oftinger* 263 ff.; *Deschenaux/Tercier* 236 ff.; *Guhl* 73 ff.

Hierher gehören alle Fälle, in denen der Schadenersatz aus *rechtlichen Gründen* geringer ist als der Schaden. Neben Reduktionsgründen wie höhere Gewalt, Selbst- und Drittverschulden, mitwirkender Zufall und vom Geschädigten zu vertretende Betriebsgefahr, gehört insbesondere auch eine konstitutionelle Prädisposition des Geschädigten als mitwirkende Ursache des Schadens hieher (in solchen Fällen werden die SUVA- bzw. UV-Renten nach KUVG 91 bzw. UVG 36 II gekürzt). Zur konstitutionellen Prädisposition: *Oftinger* 102 f., 280 mit weiteren Hinweisen; *Rusconi* in: 'Die Verantwortlichkeit im Recht' II 554 f.

Wenn dagegen die Lebens- oder Aktivitätserwartung des Verletzten oder Geröteten bereits ohne den Unfall aus gesundheitlichen Gründen reduziert war, ist dies schon bei der Schadensberechnung zu berücksichtigen und berührt die Haftungsquote nicht. Damit ist in diesem Fall – sofern nicht zusätzlich ein Reduktionsgrund vorliegt – der Schadenersatz gleich dem Schaden, sodass sich die Frage des Quotenvorrechts gar nicht stellt.

3 Diese Praxis wurde begründet in BGE 93 II 407 durch Anwendung von SVG 88 auch auf den Regress der Sozialversicherer (i.e. der SUVA). Seit BGE 96 II 355 wird SVG 88 analog auch auf alle Haftpflichtfälle ausserhalb des SVG angewendet. Vgl. auch BGE 98 II 129, 104 II 307. In den Nachbarstaaten der Schweiz hat der SVT das Quotenvorrecht: *Schmidt/Lüer* 18; *Stein* in SZS 15 (1971) 93. Betr. Deutschland: *Schlegelmilch* bei Geigel 1380 ff. [N 30 98–103]; *Wussow* 891 ff. [N 1499–1500]; *Deinhardt* in VersR 31 (1980) 413. Kritik am Quotenvorrecht des SVT: *Sieg* in VersR 31 (1980) 1086; *Marschall von Bieberstein*, Das Quotenvorrecht der Sozialversicherer – ein überholtes Privileg?, VersR 29 (1978) 485 ff., 491 f. Betr. Frankreich: *Mestre* 421 ff. [N 362–364]. Betr. Italien: *Partesotti* 05–14 ff. (mit Kritik an der diesbezüglichen Rechtsprechung der Corte di Cassazione). Betr. Österreich: ASVG 332 I; OGH ZVR 22 (1977) 301, 375; *Koziol* 273 mit weiteren Hinweisen.

Rechtsvergleichend: *Mössinger* passim. *Mössinger* kommt aufgrund eingehender Untersuchung der drei Theorien (absolute [QV des SVT, S. 33 ff.], relative [QT, S. 47 ff.] und Differenztheorie [QV des Geschädigten, S. 50 ff.]) zum Schluss, dass das QV des Geschädigten 'alleine dem Sinn und Zweck des § 1542 RVO' entspricht (S. 50). Zum selben Ergebnis gelangt *Deutsch* 489. Zur bevorstehenden Reform in Deutschland: *Küppersbusch* in VersR 32 (1981) 313 ff. Kritisch gegenüber der Rechtsprechung des BGH: *Wussow/Küppersbusch* 120 [N 468 f.]; *Sieg* in VersR 31 (1980) 1086. 'Trotz der Zunahme der kritischen Stimmen und der Gewichte ihrer Gründe' hat der BGH am 7. April 1981 ohne materiell überzeugende Argumente einmal mehr das QV des SVT bestätigt, weil angeblich 'Rechtssicherheit und Rechtskontinuität das Festhalten an der bisherigen Rechtsprechung unausweichlich' machen. Es sei 'dem BGH versagt, der Neuregelung durch Änderung der Rechtsprechung vorzugreifen' (BGH VersR 32 (1981) 675 f. [Nr. 691]).

Eine Übersicht über die Regelung des Quotenrechts in den meisten europäischen Staaten gibt *Stein* in SZS 15 (1971) 92 f.

– in analoger Anwendung von SVG 88 auf alle Haftpflichtfälle – ihr Regressrecht nur insoweit ausüben, als der Geschädigte dadurch nicht benachteiligt wird. Diesem stehen so unabhängig von jedem auch noch so grossen Selbstverschulden die Ersatzforderungen soweit zu, bis sie zusammen mit den Leistungen der SUVA seinen Schaden – innerhalb identischer Kategorien⁴ – decken. Erst einen allfälligen Rest erwirbt die SUVA als Regressforderung⁵. Dieselbe Regelung gilt nach dem ungeschriebenen Rechtssatz 'nemo subrogat contra se' anerkanntermassen auch für den Regress des privaten Schadensversicherers nach VVG 72⁶.

Beim Regress der AHV/IV steht dem Geschädigten nun nach AHVG 48quater I von Gesetzes wegen das Quotenvorrecht zu, solange nicht die Leistungen der AHV/IV wegen groben Verschuldens des Anspruchsberechtigten gekürzt worden sind⁷. Das Quotenvorrecht ist hier also relativiert worden, da eine möglichst vollständige Schadensdeckung bei grösstem, sogar sozialversicherungsrechtlich relevantem Selbstverschulden gar nicht erwünscht ist⁸.

Wenn aber die AHV/IV-Leistungen nicht gekürzt worden sind – und das sind die weitaus häufigsten Fälle – so bleibt das Quotenvorrecht dem Geschädigten voll gewährt, und zwar unabhängig davon, ob, wie weit und weshalb die Ersatzforderungen seinen Schaden nicht decken. Dass dabei die AHV/IV nur in jene Teile der Er-

4 Oswald in SZS 16 (1972) 56 f.; ders. in SVZ 36 (1968) 297; Pfyffer in SZS 10 (1966) 92; Stark Emil W., Rezension von Willy Koenig, Schweizerisches Privatversicherungsrecht, ZBJV 104 (1968) 277 ff., S. 278 f. Auch die bedeutenden schweizerischen Unfall- und Haftpflichtversicherer anerkennen gegenseitig das Quotenvorrecht des Geschädigten ausdrücklich im Rahmen identischer Schadensposten: TA Kapitel II Ziff. 4. Gleich auch die h.M. in Deutschland zum Regress nach (D)VVG 67: Lange 437 mit weiteren Hinweisen in FN 122. Im Ergebnis ähnlich: Schaer in SVK 35 (1980) 35 f.

Wenn das Quotenvorrecht des Geschädigten nicht auf kongruente Schadensposten beschränkt wäre, erhielte der Geschädigte 'einen versicherungsfremden Vorteil, insofern er im Ergebnis für die Verwirklichung eines nicht versicherten Risikos mehr erhielte als er ohne den Abschluss des Versicherungsvertrages erhalten könnte' (Lange 437). Dasselbe gilt analog im Sozialversicherungsverhältnis (vgl. auch Mössinger 51 f.).

5 Die ältere Rechtsprechung des BGer ist hier keineswegs geradlinig verlaufen. Vor 1932 wurde der SUVA das Quotenvorrecht gewährt (bis 1928 sogar integral, ohne Berücksichtigung identischer Schadensposten). Von 1932 (BGE 58 II 236) bis 1958 (BGE 84 II 401) wurde die Regressforderung der SUVA im gleichen Masse reduziert, wie die Schadenersatzforderung des Geschädigten (Quotenteilung). Von 1959 an (BGE 85 II 265, zuletzt noch 90 II 186) hatte die SUVA vorübergehend das Quotenvorrecht, bis das BGer schliesslich in BGE 93 II 407 und 96 II 355 dem Geschädigten das (absolute) Quotenvorrecht gegenüber der SUVA gewährt hat. Ausführlicher zu dieser Frage: BGE 93 II 415 f.; Maurer in SZS 12 (1968) 196 ff.; Oswald in SZS 16 (1972) 52 ff.

6 BGE 93 II 419 [obiter]; Stark in ZSR 86 (1967) II 91; Oftinger 392; Maurer K+S 81 FN 158; ders. PrVersR 319; Oswald in AIDA I 09-29; ders. in SZS 16 (1972) 56; Koenig SPR VII/2 684; Roelli/Jaeger VVG 72 N 38; Pfyffer in SZS 10 (1966) 89 f. Ausdrückliche Regelung in (D)VVG 67.

7 Dieselbe Lösung gilt jetzt nach UVG 42 II auch für den Regress der Träger der UV.

8 Oswald in SVZ 41 (1973) 137 FN 33. Vgl. auch Rusconi in JdT 126 (1978) I 133.

satzforderungen subrogiert, die zusammen mit ihren Leistungen den vollen Schaden übersteigen⁹, in deren Umfange also nach früherem Recht der Geschädigte bereichert gewesen wäre, und dass das Quotenvorrecht des Geschädigten so häufig den Regress der AHV/IV wesentlich einschränkt oder gar verunmöglicht, widerspricht aber keineswegs der Idee, die zur Einführung dieses Regressrechts geführt hat. Es ist ja nur eine Überentschädigung und damit ein Gewinn des Geschädigten oder seiner Hinterlassenen durch Kumulation von Schadenersatz und Versicherungsleistungen zu verhindern. Dass der Regress der AHV/IV eine zusätzliche Einnahmequelle erschlossen hat, ist nur ein willkommener Nebeneffekt, der hier hinter die Interessen des Geschädigten zurückzutreten hat.

Über die Berechnung des Regressanteils der AHV/IV an den Ersatzforderungen des Geschädigten lässt AHVG 48quater I keinen Zweifel. Der Wortlaut ist klar¹⁰.

⁹ AHVG 48quater I.

¹⁰ Die Formulierung von AHVG 48quater I findet sich schon bei *Maurer* K+S 89.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Kongruenz von Schaden, Ersatzforderung und AHV/IV-Leistung zu schenken, wenn der Berechnung bereits kapitalisierte Beträge zugrundeliegen.

§ 22 Quotenteilung bei Kürzung der AHV/IV-Leistungen

A. Kürzung der AHV/IV-Leistungen

Die AHV/IV kann ihre Leistungen verweigern, kürzen oder entziehen, wenn der Anspruchsberechtigte das schädigende Ereignis absichtlich oder grobfahrlässig herbeigeführt hat¹. Leistungen für Personen, denen selbst kein grobes Verschulden zur Last fällt, können jedoch nicht gekürzt werden².

Verweigerung und Kürzung der Leistungen bei grob schuldhafter Herbeiführung des Versicherungsfalles sollen den Beitrags- und Steuerzahler vor übermässiger Inanspruchnahme bewahren und tragen dem Gedanken der Selbstverantwortung des Bürgers teilweise Rechnung³. Dagegen ist ihnen jede pönale Funktion fremd⁴.

Hätte der Geschädigte auch bei Kürzung der AHV/IV-Leistungen das Quotenvorrecht, so würde ihm häufig, trotz Kürzung der Versicherungsleistungen und reduzierter Haftungsquote, der Schaden auf Kosten der Regressforderung der AHV/IV voll ersetzt⁵. Damit hätte die AHV/IV bei grobem Selbstverschulden des Geschädigten letztlich einen bedeutenden Teil des Schadens endgültig zu tragen. Beitrags- und Steuerzahler würden also paradoxerweise durch vom Geschädigten grobfahrlässig herbeigeführte Schäden viel stärker belastet als in Fällen, wo kein oder ein bloss leichtes Verschulden des Geschädigten mitgewirkt hat und die AHV/IV daher häufig wenigstens teilweise regressieren kann⁶.

1 AHVG 18 I; IVG 7, 31. *Maurer* SVR I 324 ff. Zum Grundsatz der Verhältnismässigkeit bei Kürzung der AHV/IV-Leistungen: *Wick* 71, 100 ff.; *Gysin* in SZS 13 (1969) 85.

2 Im Gegensatz zur Regelung im Unfallversicherungs-, Privatversicherungs- und Haftpflichtrecht: KUVG 98; UVG 37 f.; VVG 14; OR 44 I und Spezialgesetze.
Zu OR 44 I: *Oftinger* 163 f.; *A. Keller* 99 f.; *Deschenaux/Tercier* 85 ff.

Ebenfalls nur sehr beschränkt kürzbar sind die Leistungen der Militärversicherung: MVG 7.

3 *Maurer* SVR I 334. Vgl. auch BGE 97 V 229.

4 BGE 99 V 32; *Maurer* SVR I 334; *Stein* in FS Assista 321 FN 20 mit weiteren Hinweisen; *Gysin* in SZS 13 (1969) 82.

5 Die volle Schadensdeckung auch bei schwerem Verschulden ist nicht erwünscht: *Maurer* K+S 89 FN 178. Vgl. auch *Rusconi* in JdT 126 (1978) I 133.

6 Dazu zwei Beispiele:

1. Ein Fussgänger wird als Opfer eines Verkehrsunfalles zu 50% invalid und erleidet dadurch einen Schaden von 1500/Mt. Da ihn ein grobes Selbstverschulden trifft und andererseits dem Autohalter neben der Betriebsgefahr auch noch ein Verschulden des Lenkers zur Last fällt, hafte der Halter zu 70%. Er hat damit 1050/Mt. zu ersetzen. Die IV kürze ihre halbe Invalidenrente von ca. 500/Mt. wegen grober Fahrlässigkeit um 10% und leistet damit 450/Mt. Die QT nach AHVG 48quater II ergibt eine Regressforderung der IV von 315/Mt ($V/S = 450/1500 = 30\%$; $30\% \times 1050 = 315$). Dem Geschädigten verbleibt eine Direktforderung von 735/Mt, sodass ihm sein Schaden insgesamt zu 79% ersetzt wird und ihm lediglich ein ungedeckter Schadensteil von 315/Mt bleibt.

Hätte der Geschädigte auch hier das QV, so wurde ihm sein Schaden dennoch voll gedeckt ($1050 + 450 = 1500$). Die AHV/IV dagegen könnte nicht regressieren.

2. Bei einem früheren Einkommen von 3000/Mt und einer Invalidität von 80% beträgt der

B. Quotenteilung⁷

Bei Kürzung der AHV/IV-Leistungen ist die Ersatzquote des Haftpflichtigen zwischen dem Geschädigten und der AHV/IV immer aufzuteilen⁸. Die blossе Tatsache der Verschuldenskürzung durch die AHV/IV führt dazu, dass die Quotenteilung gilt. Die Ersatzquote des Haftpflichtigen spielt keine Rolle; sie wird aber in praxi meist noch bedeutend stärker reduziert sein als die AHV/IV-Leistungen.

Die gesetzliche Regelung ist einfach und klar. Die Ersatzforderung wird geteilt im Verhältnis der effektiven Versicherungsleistungen⁹ zum Schaden, und zwar immer im Rahmen identischer Schadensposten. Ersatz für Schadensposten, denen keine AHV/IV-Leistungen entsprechen, erhält der Geschädigte allein entsprechend der Haftungsquote des Dritten¹⁰, sodass nur die verbleibenden Ersatzforderungen für den AHV/IV-Leistungen kongruente Schadensposten zwischen der AHV/IV und dem Geschädigten aufgeteilt werden¹¹. Die AHV/IV wird dabei für ihre Leistungen immer entsprechend der Ersatzquote des Haftpflichtigen gedeckt¹².

Die Quotenteilung erlaubt der AHV/IV unter Umständen einen Regress, den ihr ohne Verschuldenskürzung das Quotenverrecht des Geschädigten verunmöglicht hätte. Zudem kann der Regressanspruch der AHV/IV grösser sein als der Betrag, um

Schaden 2400/Mt und die IV-Rente ca. 1000/Mt. Die Ersatzquote des Haftpflichtigen betrage 50%, die Kürzung der IV-Leistungen 20%.

Die QT nach AHVG 48quater II ermöglicht einen Regress von 400/Mt, und dem Geschädigten verbleiben Direktansprüche von 800/Mt, die ihm zusammen mit der gekürzten IV-Rente den Schaden immer noch zu 2/3 decken ($800 + 800 = 1600 = 2400 \times 66.6\%$).

Wenn der Geschädigte auch hier das QV hätte, würde ihm der Schaden zu 5/6 ersetzt ($1200 + 800 = 2000 = 2400 \times 83.3\%$), und die AHV/IV könnte überhaupt nicht regressieren.

7 Von 1932 bis 1959 hat das BGer beim SUVA-Regress ausschliesslich die Quotenteilung angewandt.

8 AHVG 48quater II; *Maurer SVR I 407 f.*; *Stein* in FS Assista 319 ff.

9 Vorn § 17 C.

10 Volle Invalidität, Kürzung der AHV/IV-Leistungen wegen Selbstverschuldens um 10% und Haftungsquote des Dritten von 50%. Der Geschädigte erhält vorweg: 1. Die ganze allfällige Genugtuung. 2. 50% des Sachschadens und aller anderen Schadensposten, denen keine AHV/IV-Leistungen entsprechen. 3. 50% einer allfälligen Erwerbseinbusse nach dem 65. Altersjahr.

11 Der Geschädigte habe früher 3000/Mt verdient. Jetzt verdient er noch die Hälfte: Er hat grundsätzlich Anspruch auf eine halbe IV-Rente von ca. 500/Mt und auf Schadenersatz von 1500/Mt. Diese Ansprüche sind kongruent, denn sie sind beide wegen der gleichen Erwerbseinbusse von 1500/Mt (= 1/2 des früheren Einkommens) geschuldet. Von einem 'von der Sozialversicherung a priori nicht gedeckten Schaden' (*Stein* in FS Assista 324) kann somit nicht die Rede sein, denn die halbe IV-Rente ist dazu bestimmt, die Einbusse des halben Einkommens teilweise zu decken. Zum vorneherein nicht gedeckte Schäden scheiden denn auch schon nach dem Kongruenzgrundsatz (vgl. vorn § 18 B, C) ganz aus der Regressrechnung aus. Wegen groben Selbstverschuldens betrage die Ersatzquote des Dritten 2/3 und kürze die IV ihre Leistungen um 10%. Der Dritte schuldet also 1000/Mt, die IV 450/Mt. Die IV deckt so 30% des gesamten Schadens und hat damit einen Regressanspruch von 300/Mt (30% von 1000/Mt). Dem Geschädigten bleiben monatlich, zusätzlich zur IV-Rente von 450, 700 an Schadenersatz. Er erhält so total 1150/Mt, während die IV 150/Mt selbst endgültig zu tragen hat.

12 Ersatzquote (e): $\frac{E}{S}$; Regress: $R = E \times \frac{V}{S} = \frac{E}{S} \times V = e \times V$.

den sie ihre eigenen Leistungen gekürzt hat¹³. Entgegen der Ansicht von Stein ist dieses Resultat aber durchaus richtig¹⁴. Jede Kürzung der AHV/IV-Leistungen setzt ja mindestens ein schweres Verschulden des Geschädigten voraus. Sie wird damit ohnehin nur dann in Frage kommen, wenn sonst Beitrags- und Steuerzahler wegen eines mit dem Solidaritätsgedanken schwerlich vereinbaren Verhaltens des Anspruchsberechtigten unnötig belastet würden. Diese Belastung angemessen zu reduzieren, ist aber gerade der Sinn der Quotenteilung, die damit zu einer ausgewogenen Lösung führt.

Dem grobfahrlässigen Geschädigten steht auch kein Quotenvorrecht auf dem Betrag zu, um den der Schaden die ungekürzten AHV/IV-Leistungen übersteigt¹⁵. Sonst würden nämlich diese Schadensteile trotz reduzierter Ersatzquote des Dritten auf Kosten der AHV/IV weitgehend oder sogar vollständig ersetzt¹⁶, während sich der Geschädigte auf anderen Schadensposten, denen überhaupt keine AHV/IV-Leistungen entsprechen, in jedem Falle mit der reduzierten Ersatzquote des Haftpflichtigen abfinden muss. AHVG 48quater II hat aber gerade das umfassende Quotenvorrecht, wie es das BGer seit 1967/1970 dem Geschädigten gegenüber der SUVA gewährt¹⁷, für den Bereich der AHV/IV ausdrücklich aufgehoben¹⁸.

Dass damit der Entscheid, eine – vielleicht geringe – Kürzung vorzunehmen, für den Geschädigten weitreichende Folgen haben kann, ist zwar offensichtlich¹⁹, doch

13 Der Regress kann den Kürzungsbetrag um ein Mehrfaches übersteigen, so etwa im vorangegangenen Beispiel 10 um das Sechsfache: Kürzung 50; Regress 300.

14 Vgl. *Stein* in FS Assista 323. Die hier vertretene Berechnungsmethode, die allein dem Gesetzeswortlaut entspricht, setzt offenbar auch *Rusconi* in JdT 126 (1978) I 134 als selbstverständlich voraus.

15 Abzulehnen ist diesbezüglich die Lösung von *Stein* (FS Assista 324, 326 ff.), die im Gesetz keine Stütze findet. Wie hier: *Oswald* in SZS 16 (1972) 57; *Schaer* in SVK 35 (1980) 35 f.

16 Vgl. auch vorn § 18 vor N 45 und in FN 45.

17 BGE 93 II 411 ff.: SVG 88 gilt auch gegenüber der SUVA.

BGE 96 II 360 ff.: analoge Anwendung von SVG 88 auf alle Haftungen, auch ausserhalb des SVG.

18 Diese Bestimmung geht als *lex specialis et posterior* auch SVG 88 vor.

19 Im letzten Beispiel (FN 11) würde der Geschädigte ohne Kürzung der IV-Rente trotz einer Ersatzquote des Dritten von nur 2/3 voll entschädigt (1000 + 500 = 1500), während er bei Kürzung und Regress der IV nur 1150/Mt (= 77% seines Schadens) ersetzt erhält. Dies aber hat er seinem eigenen, grob schuldhaften Verhalten zuzuschreiben.

Es ist aber in keinem Falle möglich, dass der Geschädigte wegen des Regressrechts der AHV/IV insgesamt weniger erhält, als wenn er auf AHV/IV-Leistungen verzichtet hatte. Erstens betragt nämlich die Ersatzquote des Dritten niemals mehr als 100% (schon gar nicht bei Mitverschulden des Geschädigten, das die AHV/IV zu einer Kürzung berechtigt!), sodass die AHV/IV nach der Quotenteilung nie mehr erhalten kann, als sie selber leistet. Und zweitens beschränkt schon AHVG 48ter jeden Regress auf die Höhe der effektiven Versicherungsleistungen.

ist es Sache des EVG, im Rahmen seiner Ermessenskognition²⁰ für einheitliche Grundsätze in der Kürzungspraxis zu sorgen.

Ein Kürzungsentscheid der Sozialversicherungsorgane bindet den Zivilrichter. Er hat in solchen Fällen zwingend die Quotenteilung durchzuführen. Die Ersatzquote des Haftpflichtigen dagegen hat er allein nach haftpflichtrechtlichen Gesichtspunkten festzulegen. Hier ist er in keiner Weise an den Entscheid der Sozialversicherungsorgane gebunden²¹.

20 OG 132 lit. a.

21 Verschiedene Faktoren der Bemessung der Ersatzquote sind für die AHV/IV ohnehin irrelevant. So zum Beispiel das Verschulden des Getöteten (nicht aber des Invaliden), konkurrierendes Verschulden Dritter und sämtliche Betriebsgefahren.

§ 23 Nemo subrogat contra se: Schutz des Geschädigten

Der römischrechtliche Grundsatz 'nemo subrogat contra se'¹ ist beim Regress der AHV/IV und anderer Versicherer in zweifacher Hinsicht von Bedeutung². Einerseits begrenzt das Quotenvorrecht des Geschädigten den Umfang der Subrogation³, und andererseits wird die Geltendmachung von Regressforderungen der AHV/IV in Konkurrenz mit Direktforderungen des Geschädigten dadurch eingeschränkt, dass diesem die Priorität in der Vollstreckung zukommt. Seine Direktforderungen gehen hier den Regressforderungen des Versicherers vor⁴. Dies gilt zwar bereits aufgrund allgemeiner Grundsätze der Subrogation⁵, wird aber im AHVG nochmals ausdrücklich festgehalten⁶.

Während das Quotenvorrecht immer nur im Rahmen identischer Schadensposten gilt⁷, kommt dem Geschädigten das 'Vorrecht auf Befriedigung aus dem Vermögen des Haftpflichtigen'⁸ absolut, also in bezug auf seine ganzen Direktforderungen und gegenüber allen Regressforderungen der AHV/IV zu. Dies gilt auch bei Quotenteilung, denn das Privileg hat mit der Subrogation selbst nichts zu tun. Der Geschädigte ist dadurch insbesondere auch nicht bessergestellt als bei voller Realisierbarkeit aller Ersatzforderungen⁹.

1 BGE 96 II 363: 'nemo contra se subrogare censetur'. Der Grundsatz soll bei jedem Regress, auch ohne Subrogation, gelten: *Giliard* in FS Assista 292.

2 *Stark* in ZSR 86 (1967) II 90 ff.; *Pfyffer* in SZS 10 (1966) 82; vgl. auch *Maurer* SVR 407; *Wussow/Küppersbusch* 120 f. [N 470].

3 AHVG 48quater 1. *Oftinger* 377; *Oswald* in SZS 16 (1972) 54 ff. Vgl. dazu vorn § 21.

4 *Maurer* K+S 20; *Pfyffer* in SZS 10 (1966) 90 f.

Sehr treffend und allgemeingültig formuliert dies *Deutsch* 489: 'Der Individualschaden geht dem Sozialschaden im Range vor'. Dasselbe gilt in Frankreich: *Savatier* II [2.A] 152 [N 579].

5 *Von Tuhr/Escher* 31. Vgl. auch *Bucher* 447; *Becker* OR 110 N 9; *von Büren* 102 f.; *Wussow/Küppersbusch* 120 [N 470]. A.M.: *Engel* 417: Der Gesetzgeber hätte eine Priorität des Zedenten gegenüber dem Zessionar etwa in OR 110 ausdrücklich vorsehen müssen. Im Ergebnis begrüsst aber auch *Engel* die einheitliche Regelung in allen Fällen der Subrogation.

Derselbe Grundsatz gilt auch in Deutschland: BGH NJW 1979 271 f., BHG Warn 1978 Nr. 267; *Wussow/Küppersbusch* 120 f. [N 470 f.]; *Deinhardt* in VersR 31 (1980) 413 f.

In Frankreich gilt er sogar kraft ausdrücklicher Gesetzesvorschrift: CCfr 1252.

In Österreich dagegen hat der Geschädigte diese Priorität nur hinsichtlich des Schmerzensgeldes (ASVG 336) und ist im übrigen dem regressierenden SVT gleichgestellt: OGH ZVR 25 (1980) 348 f., 21 (1976) 354.

In Italien sind der teilweise befriedigte Gläubiger und der subrogierte Versicherer sogar kraft Gesetzes gegenüber dem Schuldner im Verhältnis ihrer Forderungen gleichgestellt: CCit 1205.

6 AHVG 48quater III Satz 2.

7 Vorn § 21 FN 4.

8 *Pfyffer* in SZS 10 (1966) 90. Vgl. *Deinhardt* in VersR 31 (1980) 414.

9 So auch *Oswald* in SVZ 36 (1968) und daselbst FN 42. Vgl. auch die überzeugende Argumentation von *Pfyffer* in SZS 10 (1966) 107 ff. (SVG 88 gilt unterdessen analog für alle Regressfälle auch ausserhalb des SVG. Vgl. § 21 FN 3; § 22 FN 17).

§ 24 Verhältnis des Regresses der AHV/IV zu demjenigen anderer Versicherer

Sehr oft ist bei Tötung oder Verletzung einer Person nicht nur die AHV/IV, sondern gleichzeitig noch mindestens ein anderer Versicherer leistungspflichtig und damit gegenüber einem haftpflichtigen Dritten regressberechtigt¹. Wenn daneben noch Personalvorsorgeeinrichtungen Leistungen erbringen, ist auch dieser Regress zu berücksichtigen. Er beruht für die Pensionskassen des Bundespersonals auf Subrogation kraft BtG 48 V², in den übrigen Fällen auf der allgemeinen Regressordnung von OR 51 II³.

Die zum Regress berechtigenden Leistungen der verschiedenen Versicherer sind insgesamt kaum je höher als die entsprechenden Kosten und der effektiv entgangene Verdienst⁴. Dies gilt auch für Leistungen privater Versicherer, da bei Summenversicherung ohnehin VVG 96 jeden Regress ausschliesst.

Problemlos ist die Konkurrenz verschiedener Versicherer beim Regress immer dann, wenn innerhalb des betreffenden Schadenspostens der Geschädigte gegenüber jedem Versicherer das Quotenvorrecht genießt⁵, sodass lediglich der nach voller Deckung des Schadens noch verbleibende Teil der Ersatzforderungen auf die beteiligten Versicherer im Verhältnis ihrer Leistungen aufzuteilen ist⁶.

1 SUVA nach KUVG, Träger der Unfallversicherung nach UVG, EMV und private Schadensversicherer, wobei letztere meist nur für ihren Ersatz von Heilungskosten und vorübergehendem Verdienstaufschlag regressberechtigt sind (VVG 72; BGE 104 II 44), da die Risiken Invalidität und Tod regelmässig durch Summenversicherungen gedeckt werden, was insoweit jeden Regress ausschliesst (VVG 96).

2 Vgl. auch je die Art. 10 der Statuten der EVK und der PHK (SR 172.222.1 und .2).

3 Reglemente öffentlichrechtlicher Pensionskassen können eine Subrogation im Rahmen der allgemeinen Regressordnung von OR 51 II vorsehen, während privatrechtliche Pensionskassen nach bisheriger Auffassung lediglich eine Pflicht des Destinatärs zur Zession allfälliger Schadenersatzansprüche statuieren können (*M. Schaetzle* 94 FN 183). Da die eine Erwerbs-einbusse ausgleichenden Leistungen auch privatrechtlicher Pensionskassen funktionell einen Schaden ausgleichen (*M. Schaetzle* 94 FN 182), wären auch sie VVG 72 zu unterstellen, wie dies das BGer richtigerweise seit BGE 104 II 44 auch mit privaten Unfallversicherern hinsichtlich des Ersatzes von Heilungskosten und vorübergehendem effektivem Verdienstaufschlag tut.

4 AHVG 48, IVG 45; AHVV 66quater; IVV 39bis. Soweit eine private Personenversicherung als Summenversicherung ausgestaltet ist, ist ein Regress nicht zulässig (VVG 96). Leistungen aus Schadensversicherungen (VVG 72; BGE 104 II 44) sind meist nur insoweit zu erbringen, als der Schaden nicht bereits durch öffentliche Versicherungen gedeckt ist.

5 Dies ist gegenüber der AHV/IV (und in Zukunft gegenüber den Trägern der UV nach UVG sowie der EMV) nur ohne Verschuldenskürzung, gegenüber anderen Versicherern (vorläufig noch SUVA [nach KUVG] und EMV; private Schadensversicherer) dagegen immer der Fall. Vorn § 20.

6 AHVV 79quater III ist analog auf den Ausgleich zwischen Privat- und Sozialversicherern anzuwenden. *Maurer* SVR I 413. Vgl. auch *Oftinger* 392; *Roelli/Jaeger* VVG 72 N 37.

Wenn dagegen der Geschädigte nur gegenüber einzelnen Versicherern das Quotenvorrecht genießt⁷, während zu Gunsten der anderen die Quotenteilung gilt⁸, ist zuerst die Quotenteilung durchzuführen und sodann dem Geschädigten der noch ungedeckte Schaden zu ersetzen. Einen allfälligen Rest erhalten schliesslich noch diejenigen Versicherer, gegenüber denen dem Geschädigten das Quotenvorrecht zusteht⁹, und zwar im Verhältnis ihrer Leistungen.

7 Private Versicherer, Pensionskassen, EMV und vorläufig noch die SUVA.

8 AHV/IV und die Träger der UV nach UVG bei Verschuldenskürzung (AHVG 48quater II; UVG 42 II; MVG 49 [Fassung vom 20. März 1981]).

9 Ein nicht bei der SUVA Versicherter habe sich bei einem privaten Versicherer für SUVA-Leistungen versichert. Er wird infolge eines selbst mitverschuldeten Unfalles, für den ein Motorfahrzeughalter haftet, voll invalid. Die ganze IV-Rente, die 30% seines Invaliditätsschadens ausmachen würde, ist um 1/6 gekürzt worden, sodass sie noch 25% des Schadens deckt. Die Rente des Unfallversicherers, die 70% des Erwerbsausfalles beträgt, ist um 2/7 gekürzt worden und deckt jetzt noch 50% des Schadens. Die Ersatzquote des Haftpflichtigen betrage 50%. Die IV, deren Rente 25% des Schadens deckt, erhält von der Ersatzquote des Haftpflichtigen einen Viertel (= 12.5% des Schadens). Zur Deckung des von der IV nicht gedeckten Schadens (75%) stehen die Leistungen aus der Unfallversicherung (50%) und der Rest der Ersatzquote (37.5%) zur Verfügung, sodass nach voller Deckung des Restschadens für den privaten Versicherer ein Regress in Höhe von 12.5% des Schadens bleibt (50% + 37.5% - 75% = 12.5%).

5. KAPITEL

Änderung der Verhältnisse

Die Beteiligten wünschen meist eine endgültige Liquidation von Schaden und Regress innert absehbarer Zeit nach dem schädigenden Ereignis, und zwar regelmässig durch Kapitalabfindung (mit Saldoquittung).

Eine per Saldo vereinbarte (oder vom Richter festgesetzte) Kapitalsumme als Schadenersatz (insbesondere für künftige Schäden) ist nur noch unter ganz bestimmten Voraussetzungen abänderbar¹. Demgegenüber hängt der gesamte Wert der AHV/IV-Leistungen immer von mehr oder weniger ungewissen zukünftigen Ereignissen ab², was rein rechnerisch in noch stärkerem Masse für die Regressforderung der AHV/IV gilt. Letztere wird nämlich nicht nur vom Schaden beeinflusst, sondern zusätzlich vom Verhältnis zwischen Schaden, Ersatzforderung und AHV/IV-Leistungen, denn rechnerisch ist sie die Lösung einer Gleichung mit diesen drei Variablen³. Änderungen einer der drei Variablen beeinflussen direkt die Höhe der Regressforderung. Andererseits können sich aber auch Änderungen zweier oder aller drei Variablen ganz oder teilweise kompensieren, sodass sich häufig der theoretische Regressanspruch nur unbedeutend oder gar nicht ändert.

Zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit nachträglicher Änderung der Verhältnisse beim Regress liessen sich sehr einfach lösen oder würden sogar gegenstandslos, wenn die Haftpflichtpraxis wieder ganz oder teilweise dazu überginge, Versorger- und Invaliditätsschäden in Rentenform zu erledigen⁴. Dies würde es erlauben, bei jeder Änderung aufgrund der aktuellen Verhältnisse Direkt- oder Regressanspruch neu zu berechnen. Doch stünde den Vorteilen einer solchen Lösung – neben den altbekannten Nachteilen der Rente gegenüber dem Kapital⁵ – zunächst ein immenser zusätzlicher Verwaltungsaufwand nicht nur der Haftpflichtversicherer sondern auch der Sozialversicherungsorgane gegenüber, denn beide hätten die Fälle über Gebühr lange pendent zu halten.

1 Dazu nachstehend § 25 D II 1 mit weiteren Hinweisen in FN 48–51.

2 Bei der Kapitalisierung des Schadenersatzes werden solche zukünftige Ereignisse bereits weitgehend im voraus berücksichtigt (Tod, Wiederverheiratung u.a.).

3 Im Normalfall gilt für die Regressforderung: $R = E + V - S$ (AHVG 48quater I).

Bei Kürzung der AHV/IV-Leistungen gilt: $R = \frac{V}{S} \times E = V \times \frac{E}{S} = V \times e$ (AHVG 48quater II)

4 Stein in FS Assista 332; ders. in BJM 1979 15. Im übrigen teilt der Verfasser jedoch die Ansicht von Stein zur Zusprechung von Haftpflichtrenten aus den vorn (§ 7 B) dargelegten Gründen nicht. Vgl. auch Rüber in ZfV 30 (1979) 612.

5 Vorn § 7 B.

Sodann sorgt gerade auch die Kapitalisierung von Schadenersatz- und Regressforderungen dafür, dass die von den Haftpflichtigen insgesamt aufgebrauchten Mittel auf die Geschädigten weitgehend entsprechend ihren Bedürfnissen im Einzelfall fein verteilt werden⁶.

Letztlich ist die Rentenzahlung auch deshalb in den meisten Fällen abzulehnen, weil eine konstante Haftpflichtrente den Geschädigten nicht vor der Teuerung schützt. Die Indexierung von Haftpflichtrenten aber hätte mindestens zur Zeit noch völlig unabsehbare Auswirkungen auf die Kalkulationen und das Finanzierungssystem der Haftpflichtversicherer⁷. Sie kommt nicht in Frage⁸.

Da das Regressrecht der AHV/IV ein Abgehen von der bewährten Praxis der Erledigung von Haftpflichtfällen durch Kapitalzahlung nicht rechtfertigt⁹, ist auch die Problematik von Änderungen der Verhältnisse vor dem Hintergrund der Kapitalzahlung zu betrachten. Im folgenden wird versucht, eine Lösung der hiermit zusammenhängenden Fragen zu finden, die nicht nur materiell richtig, sondern auch praktikabel ist.

Wie weiter hinten noch zu zeigen ist, hängt die Notwendigkeit und Möglichkeit einer späteren Revision der Regresserledigung bei Änderung der Verhältnisse, also der AHV/IV-Leistungen und des Schadens, weitgehend davon ab, ob sich der Haftpflichtige die spätere Änderung des Schadens noch entgegenhalten lassen muss, ob er also mit anderen Worten in einem späteren Zeitpunkt noch zu weiteren Schadenersatzleistungen verpflichtet werden kann. Letzteres ist – unter Vorbehalt der Verjährung – immer insoweit möglich, als der Haftpflichtige die in Frage stehenden Ersatzforderungen noch nicht durch Abfindungsvergleich mit Saldoquittung oder durch rechtskräftiges Urteil über alle Ansprüche liquidiert hat, oder sich nach scheinbar endgültiger Erledigung der betreffenden Ersatzforderungen durch Saldoquittung oder Urteil die Verhältnisse in derart unvorhersehbarer Weise entwickelt haben, dass die Änderung vom Urteil oder Vergleich nicht mehr erfasst ist¹⁰.

6 Näheres hinten § 25 D IV 1 d.

7 Prämien, Schadenreserven. Vgl. Szöllösy in ZBJV 112 (1976) 39 f.

Denkbar wäre allenfalls die Kapitalisierung indexierter Renten unter Zugrundelegung einer anzunehmenden durchschnittlichen Teuerung: Beispiel bei W. Suter in SJZ 67 (1971) 221 f.

8 Szöllösy 267.

Das KGer VS hat zwar in seinem Entscheid vom 6. September 1979 (Hennemuth/Luftseilbahn X.) dem Geschädigten eine indexierte Rente zugesprochen, jedoch mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, dass die Parteien die Indexierung bereits vereinbart hätten (Entscheid S. 25 f.).

9 Vorn § 7 B.

Aus diesem Grund lassen sich auch die Verhältnisse in der Schweiz nur sehr beschränkt mit denjenigen in Deutschland und Österreich, wo regelmässig Schadenersatz in Rentenform geleistet wird (betreffend Deutschland und statt vieler: Bach in VersR 4 (1953) 348 [obiter]; Kohler Hanns, Anmerkung zu BGH VersR 4 (1953) 286 [obiter]), vergleichen.

Auch die in Frankreich übliche Anpassung des Regresses an veränderte Verhältnisse (Mazeaud/Tunc I [5.A] 340 [N 270]) ist nur deshalb praktikabel, weil die Sécurité sociale – im Gegensatz zu den schweizerischen SVT – vom Haftpflichtigen regressweise bloss eine Rente fordern kann (Mestre 376 ff. [N 323–327], Mazeaud/Tunc I [5.A] 324 [N 267-3]).

10 Dazu nachstehend D II 1 FN 48–50.

Soweit ein Teil der Ersatzforderungen wirksam auf die AHV/IV übergegangen ist, sind die Direkt- und Regressforderungen getrennt zu betrachten¹¹. Die Frage einer Änderung der Regresserledigung ist mithin im Verhältnis zum Geschädigten und zur AHV/IV separat zu prüfen.

Da sich die AHV/IV-Leistungen und der vom Haftpflichtigen geschuldete Schadenersatz völlig unabhängig voneinander ändern, knüpfen die in der folgenden Untersuchung erforderlichen Unterscheidungen in erster Linie direkt an die Tatsache einer Änderung entweder der AHV/IV-Leistungen oder der Schadenersatzpflicht des Haftpflichtigen an. Das Mass der Änderung des konkreten Schadens wäre als primäres Unterscheidungskriterium deshalb ungeeignet, weil eine bestimmte Veränderung des Schadens immer nur dann zu einer Änderung auch der AHV/IV-Leistungen führt, wenn sie sich innerhalb gewisser Bereiche verwirklicht.

Eine Übersicht über die möglichen Änderungen der Verhältnisse gibt die folgende Tabelle. Darin nicht berücksichtigt sind jedoch Änderungen, die sicher oder mit statistisch sinnvoll erfassbarer Häufigkeit auftreten werden. Diese sind in § 25 B und C behandelt.

Schadenshöhe und Ersatzpflicht			AHV/IV-Leistungen	
	Schadenshöhe	Ersatzpflicht	unverändert	verändert
noch nicht erledigt			§ 25 A 1	§ 25 A 1
definitiv	unverändert	unverändert	-----	§ 25 D III
		verändert	§ 27	§ 25 D III und § 27*
erledigt	verändert	unverändert	§ 26 B 2	§ 25 D II 2
		verändert	§ 26 B 1	§ 25 D II 1

*) Eine Änderung der Ersatzpflicht ist hier unabhängig von einer solchen der AHV/IV-Leistungen.

11 Direkt- und Regressforderungen haben völlig getrennte rechtliche Schicksale.
Dazu vorn § 13 FN 8 und das Schema nachstehend § 25 D II, S. 126.

§ 25 Änderung der Sozialversicherungsansprüche

Bestand und Umfang von Ansprüchen auf AHV/IV-Renten sind abhängig von verschiedenen Faktoren, deren tatsächliche Entwicklung nur zum Teil voraussehbar ist. Theoretisch können AHV/IV-Renten jederzeit¹ veränderten Verhältnissen angepasst werden. Noch nach Jahrzehnten kann eine Rente erhöht oder herabgesetzt werden, ein Rentenanspruch erlöschen oder auch erst entstehen². Es lässt sich deshalb bei der Festsetzung von AHV/IV-Leistungen oder Haftpflichtansprüchen und bei der Erledigung des Regresses meist noch gar nicht exakt feststellen, welchen Wert alle Leistungen haben werden, die der Geschädigte als Folge des betreffenden Schadenereignisses je beziehen wird.

Wenn die AHV/IV-Leistungen im Laufe der Zeit erhöht werden oder länger zu erbringen sind, als ursprünglich angenommen wurde, kann sich ihre Relation zu Schaden und Ersatzforderungen derart ändern, dass – ex post betrachtet – unter Umständen ein grösserer Teil der Ersatzforderungen hätte auf die AHV/IV übergehen müssen. Eine erst nachträgliche Korrektur der Regressforderungen aber würde oft an deren rechtskräftiger Erledigung oder am Eintritt der Verjährung scheitern. Vor allem aber wäre es für den Geschädigten in der Regel sehr hart, wenn er nachträglich einen grösseren Betrag von seinem Schadenersatz an die AHV/IV zu bezahlen hätte, um Regressforderungen, die diese erst nachträglich infolge Erhöhung ihrer Leistungen erworben hätte, zu befriedigen.

Umgekehrt kann eine nachträgliche Reduktion oder ein vorzeitiger Wegfall der AHV/IV-Leistungen dazu führen, dass die AHV/IV, gemessen an den dannzumaligen Verhältnissen, durch die Subrogation Forderungen erworben hat, die den Wert ihrer effektiv dem Geschädigten erbrachten Leistungen bei weitem übersteigen. Dadurch wäre der Geschädigte zumindest scheinbar benachteiligt, denn es wären ihm Ersatzansprüche zur Verhinderung einer Kumulation mit effektiv gar nicht erhaltenen AHV/IV-Leistungen entzogen worden³. Widersprüche dies der ratio von AHVG 48ter ff.? Eine neue Auseinandersetzung zwischen der AHV/IV und dem Geschädigten wäre scheinbar unumgänglich. Sie hätte jedoch im umgekehrten Fall, bei Reduktion des Schadens und der AHV/IV-Leistungen, zur Folge, dass dem Ge-

1 Im Gegensatz zu den Invalidenrenten der SUVA, die lediglich innert der ersten drei Jahre jederzeit, nachher nur noch nach dem 6. oder 9. Jahr und immer nur bei *erheblicher Änderung* der Erwerbsunfähigkeit revidiert werden können (KUVG 80). Die Witwenrente der SUVA fällt zwar auch mit der Wiederverheiratung dahin, doch werden die Folgen des Wegfalls durch die Abfindung der Witwe mit dem dreifachen Jahresbetrag ihrer Rente (KUVG 88) gemildert, was wirtschaftlich einem Rentenverlust erst etwa drei Jahre und zwei Monate nach der Wiederverheiratung entspricht.

In Zukunft gelten sogar auch für die Rentenrevision in der obligatorischen Unfallversicherung ähnliche Bestimmungen wie in der AHV/IV: UVG 22, 29.

2 Vgl. z.B. IVG 41. Zur Revision von IV-Renten: *Kuntschen* in FS Assista 351 f.

3 *Räber* in ZfV 30 (1979) 611.

schädigten Regressbeträge zurückerstattet würden. So würden ihm häufig Schadens-teile, die gar nicht eingetreten sind, nachträglich noch ersetzt, und er wäre im Er-gebnis oft bereichert. Gerade dies aber will der Regress der AHV/IV vermeiden.

A. Zeitpunkt der Änderungen

1. Änderung vor endgültiger Liquidation des Haftpflichtigen

Mit der Feststellung des Umfanges der Leistungspflicht der AHV/IV steht die Höhe ihrer Leistungen vorläufig fest⁴, und die Voraussetzungen für die Bestimmung des Umfanges der Subrogation sind auf Seite der AHV/IV gegeben. Für die zahlenmäs-sige Berechnung von Regressforderung und Restanspruch ist jetzt nur noch die Kenntnis des Schadens und der Ersatzquote des Haftpflichtigen erforderlich. So-bald letzterer Art und Höhe der konkreten AHV/IV-Leistungen kennt, ist er in der Lage, bei der Liquidation die Ersatzleistungen für jeden einzelnen Schadensposten entsprechend den Verhältnissen, wie sie im Zeitpunkt der endgültigen Schaden-erledigung vorliegen, aufzuteilen und dem Geschädigten wie der AHV/IV ihre je-weiligen Betreffnisse auszurichten. Einer bereits erfolgten Änderung ursprünglich festgesetzter Sozialversicherungsansprüche hat er dabei Rechnung zu tragen, sodass nachträgliche Korrekturen insoweit gar nicht notwendig werden.

Wenn und solange die Schadenersatz- und Regressansprüche noch nicht definitiv, also durch Abfindungsvergleich (mit Saldoquittung) oder vorbehaltloses Urteil er-ledigt sind, lassen sich auch unvorhergesehene Entwicklungen weiterhin berücksich-tigen. Der Geschädigte und die AHV/IV können – unter Vorbehalt der Verjäh-rung – jederzeit weitere Direkt- bzw. Regressforderungen geltend machen. Ob auch der Haftpflichtige bereits geleistete a conto-Zahlungen wieder zurückfordern kann, hängt davon ab, ob er unter entsprechendem Vorbehalt bezahlt hat; es ist somit oft eine Auslegungsfrage.

Wenn der Haftpflichtige erst entweder mit dem Geschädigten oder mit der AHV/IV endgültig (mit Saldoquittung) liquidiert hat, ist jedenfalls noch im Verhältnis zur anderen Partei die weitere Entwicklung zu berücksichtigen, und zwar insoweit, als sie die Forderungen gerade dieser Partei betrifft. Dabei sind die Direkt- bzw. Re-gressforderungen der entsprechenden Partei ohne Rücksicht auf die bereits erfolgte Liquidation der Ansprüche der anderen Partei zu berechnen und ihr auszurichten⁵, denn grundsätzlich kann der Haftpflichtige keiner Partei die im Verhältnis zur an-deren Partei erfolgten Vereinbarungen oder ergangenen Urteile entgehalten⁶.

4 Unter Vorbehalt späterer Änderung der massgeblichen Verhältnisse.

5 Eine Rückzahlung an den Haftpflichtigen kommt nur selten in Frage, da während der Ab-wicklung des Schadens regelmässig erst Teile der voraussichtlichen Ersatzleistungen erbracht werden. Soweit jedoch ausnahmsweise eine Rückforderung in Frage kommt, erfolgt sie mit der *condictio ob causam finitam*.

6 Ausnahmen vorn § 16.

2. Änderung nach endgültiger Liquidation des Haftpflichtigen (Saldoquittung oder Urteil über alle Direkt- oder Regressforderungen)

Im Interesse einer raschen und endgültigen Erledigung der Schadenfälle⁷ auch hinsichtlich des Regresses der AHV/IV ist zukünftigen Veränderungen massgeblicher Verhältnisse bereits bei der Liquidation des Haftpflichtigen mit dem Geschädigten einerseits und dem subrogierten Sozialversicherer andererseits so weit als möglich Rechnung zu tragen. Solche Veränderungen lassen sich jedoch nur dann sinnvoll schon im voraus berücksichtigen, wenn sie entweder vorauszusehen⁸ oder zumindest statistisch genügend erfassbar sind⁹.

Wenn künftige Veränderungen schon im Rahmen der Kapitalisierung berücksichtigt werden, hat dies grundsätzlich anhand der auch im Haftpflichtrecht massgeblichen statistischen Werte zu geschehen. Jeder Methodenpluralismus könnte hier nämlich die Restforderungen des Geschädigten als Differenz zwischen Ersatz- und Regressforderungen erheblich beeinflussen. Sodann ist die Regressforderung nach wie vor ein Teil der Ersatzforderung des Geschädigten, was auch zwingend ihre Berechnung nach haftpflichtrechtlichen Grundsätzen fordert.

B. Voraussehbare nachträgliche Änderungen

Jeder Anspruch auf Hinterlassenen- oder Invalidenrenten erlischt spätestens aus einem der folgenden Gründe, welche, sofern der Rentner dann noch leben wird, sicher eintreten werden:

1. Mit Vollendung des 62./65. Altersjahres entsteht ein Anspruch auf einfache Altersrente¹⁰, der alle Ansprüche auf Invaliden- und Witwenrenten erlöschen lässt¹¹.
2. Waisenrenten¹² erlöschen normalerweise mit Vollendung des 18. Altersjahres, allenfalls mit Abschluss der Ausbildung¹³. Sie werden aber höchstens bis zur Vollendung des 25. Altersjahres ausgerichtet.

⁷ Dazu vorn § 4.

⁸ Der Zeitpunkt, in dem allenfalls ein Anspruch der Witwe auf eine einfache Altersrente entsteht, lässt sich exakt im voraus bestimmen (AHVG 23 III Satz 2 i.V.m. 21 I lit. b).

⁹ Die Wahrscheinlichkeit, mit der sich eine Witwe wieder verheiratet, und die Lebenserwartung einer Person lassen sich, in Abhängigkeit von ihrem Alter, statistisch bestimmen (*Stauf-fer/Schaetzle* T 60, 61). In praxi sind – wie sich empirisch feststellen lässt – nur solche Änderungen des Schadens, die die Rentenansprüche untergehen lassen, statistisch sinnvoll erfassbar.

¹⁰ AHVG 21 I.

¹¹ AHVG 23 III Satz 2; IVG 30. Die IV-Rente, erlischt auch mit der Entstehung des Anspruchs auf eine Ehepaar-Altersrente nach AHVG 22.

¹² AHVG 25 ff. Das hier für Waisenrenten Gesagte gilt analog auch für Ansprüche auf Kinderrenten der AHV/IV: AHVG 22ter I und IVG 35 I verweisen sinngemäss auf AHVG 25 ff.

¹³ Der Unterhaltsanspruch des Kindes nach ZGB 276 ff. dauert dagegen grundsätzlich bis zur Mündigkeit, eventuell sogar bedeutend länger.

Oft lässt sich mit hinreichender Sicherheit voraussagen, wann die Ausbildung abgeschlossen sein wird. Sonst wird sich, je nach Alter des Kindes, in der Regel zumindest deren voraussichtliche Dauer einigermaßen abschätzen lassen. Dass Ansprüche auf Waisenrenten auch mit Entstehung eines Anspruchs der 62jährigen Mutter auf eine einfache Altersrente erlöschen, ist hier ohne Bedeutung, weil damit gleichzeitig ein Anspruch auf eine einfache Kinderrente der AHV von mindestens gleicher Höhe entsteht¹⁴, welcher in der Regressrechnung ebenfalls zu berücksichtigen ist.

Soweit zukünftige Änderungen zu einem bestimmten oder mit hinreichender Sicherheit im voraus bestimmbar Zeitpunkt eintreten werden, sind sie bei der Regresserledigung direkt zu berücksichtigen.

Die bei rein haftpflichtrechtlicher Erledigung von Schadenfällen oft unerwünschten Folgen erheblicher Abweichungen der tatsächlichen von der angenommenen Entwicklung werden durch die Leistungen der AHV/IV in Verbindung mit deren Regressrecht stark gemildert. Bei kürzerer Dauer der Ausbildung bleibt dem Geschädigten nur noch im Umfange seines entsprechenden Restanspruchs ein ungerechtfertigter Vorteil, während der Regressanspruch der AHV/IV Ausfälle aus anderen Fällen deckt, in denen sie ihre Renten länger als vorgesehen zahlen muss und somit durch den Regress nur ungenügend gedeckt worden ist.

C. Statistisch zuverlässig erfassbare künftige Änderungen

I. Anwendungsfälle

Alle Rentenansprüche gehen mit dem Tod des Berechtigten unter¹⁵. Zudem erlöschen Ansprüche auf Witwenrenten mit der Wiederverheiratung der Witwe und solche auf Waisenrenten mit dem Abschluss der Ausbildung. Beeinflusst wird dabei immer die Dauer der Renten, nicht deren Höhe.

Tod, Wiederverheiratung und Abschluss der Ausbildung lassen sich relativ einfach und zuverlässig statistisch erfassen, denn sie folgen empirisch leicht feststellbaren Gesetzmässigkeiten¹⁶. Zudem kann ihr Eintritt sicher und eindeutig festgestellt werden¹⁷. So berücksichtigt denn auch die Praxis der haftpflichtrechtlichen Schadensberechnung diese drei Sachverhalte schon längst mit Erfolg im voraus. Die praktische Bedeutung der materiell- und prozessrechtlichen Mittel zur nachträglichen

¹⁴ AHVG 28bis.

¹⁵ AHVG 23 III Satz 2, 25 II, 26 II; IVG 30 I.

¹⁶ So nimmt die Wahrscheinlichkeit, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zu sterben, mit fortschreitendem Alter zu, während die Wahrscheinlichkeit, dass eine Witwe wieder heiratet, abnimmt (*Stauffer/Schaetzle* T 60 ff.). Die Dauer der Ausbildung hängt in vielen Fällen direkt mit der schon früh feststellbaren Intelligenz des Kindes zusammen.

¹⁷ Dies im Gegensatz etwa zu Veränderungen der Invalidität, welche wegen ihrer quantitativen Natur und unbegrenzten Vielzahl möglicher Tatbestände kaum sinnvoll erfassbar sind. Deshalb sind Statistiken hier nur von nur sehr begrenztem Wert.

chen Abänderung von Haftpflichturteilen und Vergleichen wegen fehlerhafter Schadensberechnung ist dementsprechend sehr gering¹⁸.

1. Tod des Rentenberechtigten

Wenn immer periodische Leistungen der AHV/IV nach den Aktivitäts- oder Mortalitätstafeln kapitalisiert werden, bleibt für die besondere Berücksichtigung eines allfälligen vorzeitigen Todes während der Kapitalisierungsdauer kein Raum mehr. Denn diese Tafeln tragen auch der Möglichkeit eines abnorm frühen Todes bereits Rechnung. Dies gilt für sofort beginnende und für aufgeschobene, für temporäre und für unbefristete Renten.

2. Wiederverheiratung der Witwe

Die Kapitalisierung von Witwenrenten in der Regressrechnung nach den Aktivitätstafeln trägt dem Erlöschen des Rentenanspruches bei Wiederverheiratung der Witwe noch nicht Rechnung. Demgegenüber geht aber eine bedeutende Zahl gerade jüngerer Witwen eine neue Ehe ein¹⁹. Die haftpflichtrechtliche Praxis berücksichtigt die Wiederverheiratungschancen der Witwe bei der Berechnung ihres Versorgerschadens²⁰. Ausgehend in der Regel von der Tabelle bei Stauffer/Schaetzle sind oft weitere Faktoren von Bedeutung, die im konkreten Fall ein Abweichen von den tabellarischen Werten nahelegen können²¹.

Da mit der gleichen Wahrscheinlichkeit, mit der sich die Witwe wieder verheiraten wird, auch ihr Anspruch auf Witwenrente der AHV erlöschen wird, reduziert sich die kapitalisierte Regressforderung der AHV prozentual gleich stark wie der Schaden und die gesamte Ersatzforderung²². Dass die Forderung nur im Umfang,

18 Vgl. *Stark* in ZSR 86 (1967) II 81 ff.

19 Zur Bedeutung der Wiederverheiratung von Witwen: *Stauffer/Schaetzle* T 60. Die Wiederverheiratungswahrscheinlichkeit ist nach den Verhältnissen zur Zeit des Todes des Ehemannes zu beurteilen: BGE 95 II 418; ZR 69 (1970) Nr. 141, S. 378. Da Unfall- und Deliktsoffer durchschnittlich jünger sind als eines natürlichen Todes Verstorbene, ist auf ein unterdurchschnittliches Witwenalter in unserem Bereich zu schliessen.

20 *Oftinger* 243 ff.

21 *Stauffer/Schaetzle* T 60 (vgl. auch S. 131, 192); *Oftinger* 244 f.
BGE 102 II 95 f.; 101 II 264, 97 II 132; 91 II 224 f. Vgl. auch ZR 69 (1970) Nr. 141, S. 377 und BGE 95 II 418 ff.

Vgl. auch n.p. BGE vom 20. November 1979 i.S. Bonvin/Lesceux und Assurance générale de France (zusammengefasst in JdT 128 (1980) I 449 f.), wo das BGer einer 25jährigen Witwe unter diesem Titel 30% abgezogen hat, während sich nach Tafel 60 ein Abzug von 53% ergäbe.

22 Dasselbe verlangt der Grundsatz der zeitlichen Identität: Wenn am Versorgerschaden ein Abzug wegen Wiederverheiratung gemacht wird, bedeutet dies materiell, dass der Haftpflichtige eben nur Ersatz des Versorgerschadens für die Zeit schuldet, während der die Witwe stati-

in dem sie der Geschädigten selbst zustand, also auch mit einem Abzug wegen der Möglichkeit der Wiederverheiratung, auf die AHV übergeht, gehört ja gerade zum Wesen der Subrogation. Kapitalisierte Witwenrente, Schaden und Ersatzforderung reduzieren sich damit proportional gleich stark²³.

Dass die Witwe später an Stelle einer neuen Ehe ein Konkubinat eingehen könnte, wird zur Zeit weder im Haftpflichtrecht berücksichtigt, noch führt es de lege lata zum Verlust der Witwenrente. Solange aber muss das Konkubinat auch für die Regressfrage ohne Bedeutung bleiben.

3. Abschluss der Ausbildung

Die voraussichtliche Ausbildungsdauer wird schon bei der Kapitalisierung der Waisen- und Kinderrenten berücksichtigt, was eine nochmalige besondere Betrachtung verbietet.

II. Folgen einer von der Statistik abweichenden Entwicklung

Soweit die Parteien im Abfindungsvergleich oder der Richter im Urteil auf Statistiken über ungewisse zukünftige Ereignisse abstellen, nehmen sie das Risiko einer ex post betrachtet ungenauen Schadensberechnung beiderseits und bewusst in Kauf. Die Schadenerledigung nimmt so einen teilweise aleatorischen Charakter an, wobei sich die Gewinn- und Verlustchancen beider Parteien die Waage halten²⁴. Spätere Anfechtung des Vergleichs oder Revision des Urteils aufgrund der *clausula rebus*

stisch gesehen nicht mehr heiraten wird. Da die AHV-Rente aber auch nur solange auszurichten ist, ist bei ihrer Kapitalisierung derselbe Abzug vorzunehmen. Vgl. BGE 97 II 132 (SUVA-Regress).

Bühler J., Tabelle 60 der neuen Barwerttafeln Stauffer/Schaetzle betr. Wiederverheiratung – Abzug in Prozenten, SJZ 67 (1971) 167 f., 168.

Witwenrenten, die die AHV nach einer allfälligen Scheidung der neuen Ehe der Witwe wieder zu zahlen hat (AHVV 46 II), berechtigen niemals mehr zum Regress, denn ihnen entsprechen in zeitlicher Hinsicht niemals mehr Schadenersatzforderungen: vgl. OGH ZVR 21 (1976) 144. Die Berücksichtigung der Wiederverheiratung fällt dann ausser Betracht, wenn der Schadenersatz in Rentenform geleistet wird und die AHV ausnahmsweise nur für die einzelnen Rentenbetreffnisse regressiert.

23 Dadurch bleibt auch das Verhältnis der AHV/IV-Leistungen zum Schaden und damit bei Quotenteilung wegen Kürzung der AHV/IV-Leistungen (AHVG 48quater II) die Aufteilung der Ersatzforderungen gleich.

24 Vgl. *Schneider* in VersR 32 (1981) 493. BGHZ 79 Nr. 26, S. 187 ff., 191.

Ausnahmen sind möglich. Wenn die Witwe bereits die Eingehung einer neuen Ehe erwägt, mit der Heirat aber noch bis nach der Schadenerledigung zuwartet, steigen ihre Gewinnchancen, denn die wirkliche Wiederverheiratungswahrscheinlichkeit ist jetzt bedeutend höher als die der Schadensberechnung zugrundeliegende statistische.

sic stantibus oder gestützt auf prozessrechtliche Bestimmungen ist insoweit nicht möglich, als durch das Abstellen auf statistische Werte gerade die Berücksichtigung zukünftiger Entwicklungen definitiv ausgeschlossen werden wollte²⁵. Dies gilt im Verhältnis des Haftpflichtigen sowohl zum Geschädigten als auch zur AHV/IV als Zessionarin. Aber auch zwischen dem Geschädigten und der AHV/IV sind statistische Annahmen, die schon der Schadenerledigung mit dem Haftpflichtigen zugrundeliegen, verbindlich, denn deren Regressforderungen sind nichts anderes als ein arithmetischer Teil der Ersatzforderungen des Geschädigten.

Eine Abweichung der tatsächlichen von der statistisch angenommenen Entwicklung, die der endgültigen Erledigung aller Ansprüche zugrundegelegt worden ist, wirkt sich für die Beteiligten unterschiedlich aus:

1. Folgen für den Haftpflichtigen

Für den Haftpflichtigen ist es insoweit, als er aufgrund statistischer Annahmen über ungewisse zukünftige Tatsachen per Saldo liquidiert hat, unerheblich, ob sich die der Schadensberechnung zugrundeliegenden Annahmen tatsächlich verwirklichen oder nicht.

Wenn eine Revision der Schadenerledigung weder vorbehalten noch aufgrund der *clausula rebus sic stantibus* durchsetzbar ist, wird er weder zusätzliche Leistungen zu erbringen haben, noch mit einer Rückerstattung rechnen können²⁶. Während für den Haftpflichtversicherer die Vielzahl der Schadenfälle den wünschbaren Ausgleich schafft, wird der nicht oder nur unzureichend versicherte oder von seinem Haftpflichtversicherer regressweise beanspruchte Schädiger häufig im Ergebnis begünstigt oder zu stark belastet, weil die tatsächliche Entwicklung von der statistisch angenommenen und der Schadensberechnung zugrundegelegten erheblich abweicht. Dies mag im Einzelfall zwar als hart oder als unverdient günstig erscheinen, ist aber eine aleatorischen Geschäften immanente Konsequenz²⁷, welche sich de lege lata nur durch die in praxi seltene Zusprechung einer Rente oder aber durch entsprechende Vereinbarung der Parteien vermeiden liesse.

25 Vorzubehalten bleibt die Anfechtung wegen Irrtums dann, wenn die statistischen Angaben selbst falsch oder falsch angewendet worden sind.

26 Revision des Urteils ist nur möglich bei Änderungen, die eine Partei nicht voraussehen konnte und musste. Sie spielt eine geringe praktische Rolle: *Stark* in ZSR 86 (1976) II 83. Vgl. zur *clausula rebus sic stantibus* auch: BJM 1980 78.

27 Zur verwandten Frage des aleatorischen Momentes im Versicherungsvertrag: *Lambert-Faivre* 112 f. ABGB 1269 bezeichnet denn auch Leibrenten- und Versicherungsverträge als 'Glücksverträge'. Vgl. auch FN 30 hienach sowie die Ausführungen in BGHZ 79 Nr. 26, S. 187 ff., 193.

2. Folgen für die AHV/IV

a. Kürzere Leistungspflicht als vorgesehen

Ein auf das Haftpflichtereignis zurückgehender und damit vom Dritten grundsätzlich zu ersetzender Schaden besteht, wie auch die Ansprüche auf entsprechende AHV/IV-Leistungen, nur solange, bis der Geschädigte stirbt, die Witwe sich wieder verheiratet oder die Ausbildung der Waisen abgeschlossen ist²⁸. Wenn dies früher der Fall ist, als bei der Liquidation von Schaden und Regress angenommen wurde, steht dem meist schon bezahlten Ersatz für künftige Zeitabschnitte plötzlich kein Schaden mehr gegenüber.

Das Verhältnis zwischen Schaden, Ersatzforderung und Wert der Versicherungsleistungen der AHV/IV bleibt aber – bezogen auf den Zeitpunkt der Schadenerledigung oder des Todes – immer konstant und schliesst damit einen zusätzlichen Forderungsübergang aus. Analog behält die AHV/IV aber auch dann, wenn wegen Kürzung ihrer Leistungen die Ersatzforderung zwischen ihr und dem Geschädigten gemäss AHVG 48quater II nach Quoten geteilt wurde, ihre Rechte an der auf sie übergegangenen Quote der Ersatzforderung.

Dass die AHV/IV jetzt im Ergebnis tatsächlich weniger zu leisten hat, als ursprünglich angenommen wurde, benachteiligt den Geschädigten in Wirklichkeit nicht; sein künftiger Schaden ist ja in entsprechendem Umfange weggefallen. Damit kann er aber aus AHVG 48quater keinen ausdrücklichen Anspruch auf Rückerstattung von entsprechenden Regressbeträgen ableiten, soweit sich die Änderung auf im voraus anhand statistischer Angaben berücksichtigte Verhältnisse bezieht. Eben- sowenig kann der Geschädigte aus AHVG 48ter einen Anspruch auf Rückerstattung solcher Regressbeträge ableiten, die die Summe aller effektiv erbrachten Leistungen der AHV/IV übersteigen, denn für die Berechnung der Regressforderung der AHV/IV ist allein der versicherungstechnische Wert ihrer Leistungen im Zeitpunkt des Todes oder der Schadenerledigung entscheidend²⁹. Massgeblich für die Bestimmung des Wertes von Leistungen in aleatorischen Schuldverhältnissen ist aber weder die im Extremfall zu erbringende, noch die später effektiv im Einzelfall erbrachte Leistung, sondern die zu erwartende durchschnittliche Summe der zukünftigen Leistungen. Dabei spielt die Wahrscheinlichkeit, mit der sie zu erbringen sind, eine entscheidende Rolle³⁰. Alle diese Faktoren liegen denn auch den gebräuchlichen Kapitalisierungstabellen bereits zugrunde. Da aber die im Schadenersatzrecht verwen-

28 Dies mit einem Vorbehalt: soweit die Waise vom getöteten Elternteil voraussichtlich noch länger – auch ohne Rechtspflicht nach ZGB 277 – unterhalten worden wäre, besteht im entsprechenden Umfang immer noch ein zu ersetzender Schaden. Vgl. *Oftinger* 231 ff.

29 Vgl. vorn § 12 D.

30 *Maurer PrVersR* 61: Schadendurchschnitt und Schadenfrequenz; *Lambert-Faivre* 209 f. Vgl. ZR 78 (1979) Nr. 79, S. 192.

Eine Leistung von 1000, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 30% zu erbringen ist, ist 300 wert. Analoge Überlegungen liegen letztlich auch der Schadensberechnung im Haftpflichtrecht und den Kalkulationen jedes Versicherers zugrunde.

deten und damit auch hier massgeblichen Kapitalisierungsmethoden allfälligen Abweichungen von der vorausgesagten Entwicklung bereits Rechnung tragen, bleibt der versicherungstechnische Wert der AHV/IV-Leistungen³¹ und damit sein Verhältnis zum Schaden und den Ersatzforderungen konstant.

AHVG 48ter statuiert also weder eine nachträgliche Rückerstattungspflicht der AHV/IV, noch lässt er den Rechtsgrund ihrer Subrogation nachträglich wegfallen, wenn sich der Schadenfall günstiger entwickelt, sodass die Leistungspflicht der AHV/IV weniger lang dauert und diese damit dem Geschädigten insgesamt einen geringeren Betrag ausrichtet, als bei der Schadens- und Regresserledigung aufgrund statistischer Angaben angenommen wurde.

b. Längere Leistungspflicht als vorgesehen

Wenn die anspruchsberechtigte Person später als bei der Schaden- und Regresserledigung angenommen, stirbt bzw. sich wieder verheiratet, oder wenn ihre Ausbildung länger dauert, besteht sowohl die Leistungspflicht der AHV/IV als auch der dem Geschädigten zu ersetzende Schaden ebenfalls länger als vorgesehen. Die AHV/IV wäre für die betreffende Zeit scheinbar auch zum Regress berechtigt. Analog zum vorhin behandelten Fall der kürzeren Leistungspflicht ändert sich aber auch hier der bei der Schaden- und Regresserledigung ermittelte Wert von Schadenersatz und Versicherungsleistungen nicht.

Unbekümmert um die nachträgliche Entwicklung der wegen ihrer Unsicherheit bewusst statistisch berücksichtigten Schadensfaktoren ist hier in Analogie zum vorstehend Gesagten auch eine nachträgliche Erhöhung der Regressansprüche der AHV/IV ausgeschlossen.

c. Versicherungstechnischer Ausgleich

Die Chance, dass die AHV/IV einem Geschädigten weniger lange zu leisten hat, als nach der Statistik zu erwarten wäre, ist für sie das versicherungstechnische Äquivalent zum Risiko, allenfalls länger als vorausgesehen leisten zu müssen. Die Vielzahl der Einzelfälle sorgt dabei für den nötigen Ausgleich. Überschüsse aus einzelnen Regressfällen decken Fehlbeträge aus anderen³², wie dies beim Regress der SUVA bereits seit Jahrzehnten der Fall ist.

³¹ Er entspricht der Höhe der AHV/IV-Leistungen im Sinne von AHVG 48ter.

³² Damit spielt der sozialversicherungsrechtliche Solidaritätsgedanke auch im Bereiche zivilrechtlicher Schadenersatzforderungen. Zum versicherungsrechtlichen Äquivalenzprinzip: *Koenig* SPR VII/2 550; ders. *PrVersR* 96 f.

3. Folgen für den Geschädigten

Seit Einführung des AHV/IV-Regresses steht der Geschädigte oftmals vor der Entscheidung, ob er nur die Ersatzansprüche gegen den Dritten geltend machen oder auch die Leistungen der AHV/IV beziehen und damit unter Umständen einen bedeutenden Teil seiner Schadenersatzforderungen preisgeben solle.

a. Haftpflichtansprüche allein

Wo der Geschädigte nur die Ersatzforderung hat oder nur diese geltend macht, verbleibt ihm ein Überschuss, der sich nachträglich wegen atypischer Entwicklung statistisch berücksichtigter Verhältnisse ergeben kann, in vollem Umfang. Andererseits trägt er aber auch das Risiko einer, gemessen am zugesprochenen Ersatz, ungünstigen Schadensentwicklung allein³³.

b. AHV/IV-Leistungen allein

Da die AHV/IV ihre Renten genau solange ausrichtet, als das entsprechende abstrakte Bedürfnis dafür besteht, ist eine Diskrepanz zwischen Dauer der Leistung und Dauer des entsprechenden Bedürfnisses nie möglich.

c. Haftpflichtansprüche und AHV/IV-Leistungen

Wenn der Geschädigte neben Ersatzforderungen gegen den Haftpflichtigen auch die Leistungen der AHV/IV beansprucht, ergibt sich für ihn eine Kompromisslösung: bezogen auf den Zeitpunkt der Schadenerledigung oder des Todes erhält er Leistungen (Kapitalbeträge und Rentenanswartschaften), die insgesamt niemals geringer sind als die voraussichtlich zu erwartenden AHV/IV-Leistungen oder die Schadenersatzforderungen je für sich allein.

Was den Wert der Leistungen im Zeitpunkt der Schadenerledigung oder des Todes des Versorgers betrifft, ist für den Geschädigten die Geltendmachung auch

³³ Wenn die Witwe nicht mehr oder erst ungewöhnlich spät wieder heiratet oder der Invalide überdurchschnittlich lange lebt, ist der Schadenersatz im Ergebnis zu gering. Ein aussergewöhnlich früher Tod des Geschädigten kommt dagegen seinem Nachlass zugute.

Auch wenn die Witwe sehr früh wieder heiratet, verbleibt ihr ein Gewinn, bei dessen Beurteilung aber zu beachten ist, dass die Kapitalabfindung (im Gegensatz zur Rente) die Wiederverheiratung fördert. Eine Haftpflichtrente könnte dagegen die Witwe vorübergehend oder überhaupt davon abhalten, eine neue Ehe einzugehen. Damit aber hätte der Haftpflichtige im Ergebnis oft noch bedeutend mehr zu bezahlen.

der AHV/IV-Ansprüche also höchstens von Vorteil³⁴, da er insgesamt immer mindestens den Wert seiner Ersatzforderungen erhält.

Das aleatorische Moment, das der haftpflichtrechtlichen Schadenerledigung immanent ist, geht als eine Eigenart der Ersatzforderung mit dieser ebenfalls auf die AHV/IV über und verbleibt dem Geschädigten nur noch hinsichtlich seiner Restforderung. Risiko und Gewinnchancen verteilen sich so im Verhältnis der Regress zu den Restforderungen, was – zusammen mit der seinen zukünftigen, abstrakten Bedürfnissen angepassten Existenzsicherung durch die AHV/IV-Leistungen – die Folgen einer unvorhergesehenen tatsächlichen Entwicklung für den Geschädigten erheblich abschwächt. Das aleatorische Moment behält hier nur noch bei relativ hohen Ersatzforderungen eine gewisse Bedeutung für den Geschädigten, während es bei niedrigem Einkommen des Verletzten oder Getöteten, wo dem Geschädigten meist kaum noch Restforderungen verbleiben, kaum noch von Bedeutung ist. Das mit der Kapitalisierung verbundene Risiko wird damit insbesondere den wirtschaftlich schwächeren Geschädigten, die es oft nur schwer verkraften könnten, weitgehend abgenommen.

D. Nicht voraussehbare nachträgliche Änderungen

I. Grundsätzliches

AHV/IV-Ansprüche können revidiert werden, wenn sich wegen Veränderungen des Gesundheitszustandes des Geschädigten dessen Erwerbsfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit ändert. Solche Änderungen können entweder ganz oder teilweise die Folge des haftpflichtbegründenden Ereignisses, oder von diesem völlig unabhängig sein. Da sie unvorhersehbar sind und in individuell ganz verschiedener Ausprägung auftreten, verbietet sich ihre statistische Erfassung und Berücksichtigung bereits bei der Regresserledigung³⁵.

Sodann vermag der Geschädigte die AHV/IV-Leistungen auch willentlich direkt zu beeinflussen, indem er nachträglich auf sie verzichtet oder einen ursprünglich

34 Von Bedeutung ist bei fraglicher Zahlungsfähigkeit oder -willigkeit des nicht versicherten oder grobfahrlässigen (VVG 14) Haftpflichtigen auch die Sicherheit, wenigstens die AHV/IV-Leistungen sicher zu erhalten und zudem für die Restforderung das Privileg nach AHVG 48quater III zu genießen. Ersatzforderungen sind daher vor dem Entscheid, ob die Leistungen der AHV/IV in Anspruch zu nehmen seien, nach ihrer Realisierbarkeit zu bewerten.

35 Auch nach ständiger Rechtsprechung des österreichischen OGH müssen künftige Entwicklungen nur insoweit berücksichtigt werden, als sie 'mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten sind. Bloss Möglichkeiten, für deren Verwirklichung hinlängliche konkrete Anhaltspunkte fehlen, müssen dabei ausser Betracht bleiben, wie auch eine Prognose der Entwicklung für einen längeren Zeitraum oder gar auf Jahrzehnte hinaus nicht zu stellen ist' (OGH in ZVR 25 (1980) 80 f.).

Sehr weit bei der Berücksichtigung zukünftiger Änderungen geht *Schlegelmilch* bei Geigel 1362 [30 47].

ausdrücklich oder stillschweigend erklärten Verzicht später widerruft. Solche Willensentschlüsse lassen sich niemals voraussehen. Ihre statistische Erfassung und definitive Berücksichtigung im voraus gäbe dem Geschädigten zudem unerwünschte Möglichkeiten zur Manipulation und damit zu bewusstem Profit auf Kosten der Sozialversicherung.

Die hier im Einzelfall gerechte und sachlich richtige Lösung kann nach dem oben Gesagten nicht auf statistischen Angaben über die zukünftige Entwicklung beruhen.

Die Möglichkeit der Rentenrevision wegen Änderung der tatsächlichen Verhältnisse, die sich in der Person des Anspruchsberechtigten verwirklichen³⁶ oder auf äusseren Umständen beruhen³⁷, wird hier gemeinsam mit jenen Rentenrevisionen behandelt, die auf Willensäusserungen des Anspruchsberechtigten zurückgehen³⁸. All diesen Tatbeständen ist nämlich gemeinsam, dass ihre Verwirklichung im Zeitpunkt der Schadenerledigung regelmässig noch völlig ungewiss und damit prognostischer Berücksichtigung unzugänglich ist. Zudem lassen sich zukünftige, die Leistungspflicht der AHV/IV beeinflussende Willenserklärungen des Anspruchsberechtigten wie auch Änderungen seiner Erwerbsfähigkeit und Gesundheit weder tatsächlich noch rechtlich jemals mit Sicherheit ausschliessen.

Eine Änderung der Erwerbsfähigkeit beeinflusst den Anspruch auf IV-Renten als solchen, indem sie ihn erst begründet, seine Höhe verändert oder ihn erlöschen lässt. Demgegenüber erfasst ein Verzicht oder eine Nichtanmeldung nur die einzelnen Rentenbetreffnisse und lässt den Anspruch als solchen unberührt³⁹. Eine spätere Anmeldung oder der Widerruf eines früher erklärten Verzichts sind möglich und bewirken nur, dass die an sich schon vorher geschuldeten Leistungen wieder zu erbringen sind. Ob aber eine künftige Änderung der Verhältnisse das Stammrecht oder nur die Pflicht zur Ausrichtung der einzelnen Rentenleistungen betreffen wird, ist bei der Regresserledigung ohne Bedeutung. Es geht hier um den Wert der Leistungen, die die AHV/IV sowohl schuldet als auch in Zukunft tatsächlich oder voraussichtlich erbringen wird⁴⁰.

1. Erhöhung der AHV/IV-Leistungen

Eine nachträgliche Erhöhung der AHV/IV-Leistungen ist dann von Bedeutung, wenn zwischen dem ihr zugrundeliegenden Sachverhalt und dem Haftpflichtereignis ein adäquater Kausalzusammenhang besteht⁴¹.

36 Z.B. gesundheitlich bedingte Veränderungen der Erwerbsfähigkeit.

37 Z.B. konjunkturrell bedingte Änderung der Erwerbsfähigkeit.

38 Z.B. Verzicht auf Leistungen der AHV/IV.

39 Bei Nichtanmeldung kann später sogar noch die Nachzahlung verlangt werden: AHVG 46; IVG 48.

40 AHVG 48ter und 48quater. Dazu vorn § 17 B, C.

41 Es verschlimmert sich etwa der Gesundheitszustand eines Invaliden, was seine Erwerbsfähigkeit reduziert und so zu einer höheren IV-Rente führt.

Wenn Drittsachen zusammen mit Folgen des Haftpflichtereignisses zu einer massgeblichen Änderung der Verhältnisse führen, wird der Regress der AHV/IV aber höchstens soweit beeinflusst, als ein Kausalzusammenhang vom Haftpflichtereignis zur Differenz zwischen der neu zu erbringenden und der der früheren Regressrechnung zugrundeliegenden AHV/IV-Leistung besteht⁴². Ein neues Schadenereignis, das die Haftpflicht eines weiteren Dritten begründet, ist hinsichtlich des Regresses vom ersten getrennt zu behandeln. Neben diesem ist es eine unabhängige Drittsache, die zur Änderung der AHV/IV-Leistungen führt. Die Folgen des früheren Ereignisses dagegen sind bei der Erledigung des zweiten Schadens als vorbestehende Schädigung zu behandeln.

2. Reduktion der AHV/IV-Leistungen

Wenn Leistungen, die die AHV/IV als Folge eines Haftpflichtereignisses zu erbringen hat, wegen Besserung der Verhältnisse reduziert werden und sich dies auch auf den Regress der AHV/IV auswirken sollte, ist es belanglos, ob die Besserung von selbst oder durch äussere Einflüsse eingetreten ist. Das Haftpflichtereignis kann schon begrifflich nicht für die Reduktion von AHV/IV-Leistungen kausal sein. Es können höchstens seine Folgen ganz oder teilweise wegfallen. Mit dem Wegfall oder der Reduktion der AHV/IV-Leistungen, die infolge des Haftpflichtereignisses erbracht worden waren, entfällt aber in entsprechendem Umfange mit der Versicherungsleistung auch das Regressrecht der AHV/IV.

3. Wechsel der Leistungskategorie

Wenn die AHV/IV wegen einer Änderung der Verhältnisse bestimmte Leistungen nicht mehr erbringen muss, während sie gleichzeitig eine Leistung anderer Art neu zu erbringen hat, können sich die Veränderungen im Ergebnis mindestens teilweise kompensieren⁴³. Die grundsätzliche Regressberechtigung der AHV/IV bleibt dabei erhalten, wenn und soweit die neu entstandene oder erhöhte Leistungspflicht eine Folge des schädigenden Ereignisses ist, wenn sie also für sich allein die AHV/IV zum Regress berechtigte. Da nämlich im Umfange der gleichzeitig eintretenden Reduktion der Regress für die betroffenen Leistungen wegfällt, ist zwar keine Kontinuität des Rechtsgrundes der Subrogation gewährleistet, aber der weggefallene Rechtsgrund ist durch einen neuen ersetzt worden.

⁴² Vgl. das Beispiel in FN 80 hienach.

⁴³ Dies ist dann der Fall, wenn ein teilinvalider Familienvater später stirbt und seine halbe Invalidenrente mit Zusatz- und Kinderrenten durch Witwen- und Waisenrenten abgelöst wird.

Anders ist die Situation dann, wenn Leistungen, die die AHV/IV bereits vor dem schädigenden Ereignis hat erbringen müssen, nun durch andere abgelöst werden. Von praktischer Bedeutung ist dies insbesondere beim Tod eines Alters- oder Invalidenrentners. Dessen Frau hat damit nämlich unter Umständen Anspruch auf eine Witwenrente und die Kinder auf Waisenrenten. Ohne den Tod des Ehemannes und Vaters hätte die AHV/IV aber weiterhin dessen Alters- und Invalidenrente (evtl. mit Zusatzrente für die Ehefrau) und allfällige Kinderrenten leisten müssen. Ihre Gesamtbelastung wird also nicht grösser, sondern meist kleiner⁴⁴.

Wirtschaftlich gesehen sind die von der AHV/IV erbrachten Witwen- und Waisenrenten die Fortsetzung der früher erbrachten Alters- oder Invaliden- und Kinderrenten. Sie beruhen auf demselben Rechtsgrund wie diese, indem beide die Folge des Versicherungsverhältnisses und damit der Beitragszahlungen des Versicherten sind. Damit konnte im Umfang der Leistungen, die die AHV/IV bereits vor dem Unfall erbracht hat, kein Versorgerschaden entstehen, und dem Geschädigten stehen in diesem Umfange keine Ersatzansprüche zu, die auf die AHV/IV übergehen könnten⁴⁵. Insoweit kommt also auch kein Regress in Frage⁴⁶.

44 Wie vorne (§ 19 passim) gezeigt wurde, ist ein Regress für Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten auch nur soweit zulässig, als diese zu erbringen sind, bevor der Invalide oder Getötete das 65. (bzw. 62.) Altersjahr vollendet hätte. Denn damit wäre ein Anspruch auf Altersrente entstanden und die AHV/IV ohnehin leistungspflichtig geworden. Die beiden Fälle entsprechen sich insofern, als die AHV/IV jeweils auch ohne das schädigende Ereignis leistungspflichtig geworden (bzw. geblieben) wäre, sodass für sie keine Mehrbelastung resultiert. Eine Mehrbelastung des SVT ist aber Voraussetzung der Subrogation: BGer SemJud 83 (1961) 362.

45 Die Vorteilsanrechnung ist deshalb grundsätzlich ausgeschlossen, weil sonst der Haftpflichtige regelmässig von der Sozialversicherung, im Ergebnis also von den Beiträgen des Geschädigten oder Getöteten, profitieren würde (vgl. statt vieler: *Maurer* in ZBJV 113 (1977) 269). Dies trifft im vorliegenden Fall aber nicht zu, denn das Renteneinkommen des Getöteten, dessen Wegfall einen an sich zu ersetzenden Versorgerschaden bewirken könnte, beruht auf denselben Beiträgen wie die nunmehr auszurichtenden Witwen- und Waisenrenten. Damit hat sich dasselbe Einkommen gewissermassen vom Getöteten auf die Hinterlassenen verlagert. Da es nicht weggefallen ist, hat insoweit auch niemand einen Schaden erlitten. Hierin besteht der Unterschied zum allgemeinen Fall, wo Pensionsleistungen nicht auf den Schadenersatz anzurechnen sind (dazu *Ostfänger* 446).

GL.M.: *Wagner* in VersR 5 (1954) 521 ff.; *Marx* in VersR 2 (1951) 155.

46 Zum selben Resultat gelangt mit überzeugenden Argumenten (betr. Österreich): *Kozioł Helmut*, Rückgriffsansprüche des Pensionsversicherers bei Tötung eines Rentners?, ZVR 22 (1977) 65 ff. (mit Hinweisen auf die deutsche und österreichische Literatur und Judikatur); ders., Nochmals zum Regress des Pensionsversicherers wegen der Witwenpension bei Tötung eines Pensionisten, ZVR 23 (1978) 33 ff. A.M. *Selb Walter*, Tötung eines Pensionisten und Regress des Pensionsversicherungsträgers wegen der Witwenpension, ZVR 23 (1978) 83 f.

Wie hier in einem analogen Fall: BGH Warn 1978 Nr. 185.

Vgl. bereits OLG Schleswig VersR 1 (1950) 70 f. und OLG Oldenburg VersR 2 (1951) 199 f.

Gegenteilig dagegen immer noch: OLG Hamm VersR 5 (1954) 419 f.

II. Bei gleichzeitiger Änderung des Schadens

Wenn sich tatsächliche Verhältnisse dergestalt ändern, dass sie die Leistungspflicht der AHV/IV beeinflussen, ändert sich häufig gleichzeitig der entsprechende zukünftige Schaden, vor allem dann, wenn die Änderung den Gesundheitszustand des Geschädigten betrifft. So ordnet IVG 41 die Rentenrevision bei erheblicher Änderung des Invaliditätsgrades, das heisst der EUF, an⁴⁷. Diese aber ist von ebenso grossem Einfluss auf den zivilrechtlichen Schaden nach OR 46, der zudem oft weit stärker ins Gewicht fällt als alle anderen Schadensposten. Daraus aber, dass einerseits der Invaliditätsschaden, auch wenn er schon ersetzt worden ist, eine Funktion der EUF darstellt, und andererseits die IV-Rente nur bei einer Änderung der EUF nach IVG 41 revidiert werden kann, folgt unmittelbar, dass eine Rentenrevision nach IVG 41 ohne gleichzeitige Änderung des tatsächlichen, auf die entsprechende Zeit entfallenden Invaliditätsschadens (unter Vorbehalt von Härtefällen) nicht möglich ist.

Die Möglichkeit einer Berücksichtigung nachträglicher Änderungen des Schadens hängt weitgehend davon ab, ob sich der vom Haftpflichtigen insgesamt geschuldete Ersatz im konkreten Fall ebenfalls noch entsprechend dem Schaden verändert, oder ob die Schadenersatzfrage gegenüber dem Haftpflichtigen, auch unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse, endgültig erledigt bleibt.

Da sich diese Frage sowohl bezüglich der Direkt- als auch der Regressforderungen je separat stellt, ergeben sich folgende Möglichkeiten:

Schadenerledigung durch Urteil oder Saldoquittung abgeschlossen		gegenüber der AHV/IV (Regressansprüche)	
		Änderung <i>unvoraussehbar</i>	Änderung <i>erfasst + abgegolten</i>
gegenüber dem Geschädigten (Direktschaden)	Änderung <i>unvoraussehbar</i>	Anpassung [D II 1 a, b]	neue Regressrechnung Berücksichtigung gegen- über dem Geschädigten [D II 1 c]
	Änderung <i>erfasst + abgegolten</i>	neue Regressrechnung Berücksichtigung gegen- über der AHV/IV [D II 1 c]	<i>keine Anpassung der Regressrechnung</i> [D II 2]

⁴⁷ Zu Invalidität und EUF: Szöllösy 68 ff., 65 f.

Zur Einheit des Invaliditätsbegriffs in der Sozialversicherung (IV, SUVA, EMV): BGE 106 II 88. Ersatz für Dauerschaden setzt auch im Haftpflichtrecht eine Minderung der Erwerbsfähigkeit voraus: n.p. BGE vom 26. Oktober 1976 (Bourdin/Continental) und vom 7. Juni 1977 (Schweizer Union/Spuhler).

1. Mit Anpassung der Ersatzforderungen

Bei erheblicher Änderung der Verhältnisse kann der Geschädigte auch nach Abschluss eines Vergleichs mit Saldoquittung weitere Ansprüche geltend machen, wenn er nachweist, dass er mit diesen bei Unterzeichnung der Saldoquittung nicht hat rechnen können⁴⁸. Analog ist die Revision eines gerichtlichen Urteils nach prozessrechtlichen Bestimmungen möglich⁴⁹. Daneben kommt in besonderen Fällen die Anfechtung des Vergleichs unter Berufung auf Grundlagenirrtum in Frage⁵⁰.

Die praktische Bedeutung dieser Rechtsbehelfe zur nachträglichen Anpassung der Schadenerledigung sowie des Rektifikationsvorbehalts nach OR 46 II ist jedoch sehr gering⁵¹. Sie wirken sich fast ausschliesslich zu Gunsten des Geschädigten aus, denn einerseits stehen einzelne überhaupt nur ihm zur Verfügung⁵², und andererseits wird meist nur der Geschädigte, nicht aber der Haftpflichtige, der bereits liquidiert hat, von einer Änderung des Schadens überhaupt Kenntnis erhalten. Für letzteren bricht nämlich, insbesondere wenn ein Versicherer den Schaden erledigt, mit Bezahlung der Entschädigung der Kontakt zum Geschädigten meist ab, und dieser wird sich in praxi oft hüten, dem Schädiger oder seinem Versicherer eine unerwartet günstige Entwicklung des Schadens überhaupt anzuzeigen; er wird nur bei Verschlimmerung allfällige weitere Ansprüche stellen.

Dieselben Möglichkeiten stehen, soweit sie die Ansprüche des Geschädigten erworben hat, der AHV/IV offen, die dadurch, dass der Geschädigte höhere Rentenansprüche geltend macht, von der Verschlimmerung der Unfallfolgen Kenntnis erhalten wird.

Dass eine spätere Korrektur der Schadenerledigung zu Lasten des Geschädigten im Haftpflichtrecht praktisch ausgeschlossen ist, während sie zu seinen Gunsten gelegentlich vorkommt, vermag zwar vorerst zu erstaunen, lässt sich aber im Ergebnis durchaus rechtfertigen. Andernfalls stünde nämlich der Geschädigte nach jeder Kapitalabfindung unter dem Damoklesschwert der Rückerstattungspflicht bei rascherer und vollständigerer Genesung und besserer Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit. Dies könnte seinen Heilungswillen wie auch seine psychische Gesundheit auf eine harte Probe stellen⁵³ und so die Kapitalzahlung eines ihrer wichtigsten

48 *Oftinger* 474 mit Hinweisen. Vgl. auch die Bestimmungen in SVG 87 II; EHG 17 und AtG 16 II.

49 *Oftinger* 223; *Guldener* 529 ff.

50 OR 24 I Ziff. 4; *Oftinger* 475.

51 *Stark* in ZSR 86 (1967) II 82 f.

Immer dann, wenn die Schadenerledigung noch nicht durch Vergleich mit Saldoquittung oder Urteil abgeschlossen ist, wenn also der Haftpflichtige erst a conto-Zahlungen geleistet (und gegebenenfalls den Sachschaden endgültig erledigt) hat, haben wir auch bei späterer Geltendmachung zusätzlicher Schadensteile – eine Änderung nicht *nach*, sondern *vor* endgültiger Liquidation vor uns (vorstehend § 25 A).

Der Schadenfall wird regelmässig erst abgeschlossen, wenn auch der Zukunftsschaden abschätzbar ist und damit von einem Vergleich mit Saldoquittung erfasst wird.

52 So etwa die nachträgliche Geltendmachung noch nicht liquiden Schadens, die OR 60 erlaubt (*Oser/Schönenberger* OR 46 N 23).

Zur Abänderung von Urteilen und Vergleichen: *Stark* in ZSR 86 (1967) II 81 ff.; *Gilliard* das. 238 ff.; *Oftinger* 221; *Szöllösy* 97 ff.; *Stauffer/Schaetzle* 45 ff.

53 *Gilliard* in ZSR 86 (1967) II 240.

Vorteile, der endgültigen Auseinandersetzung im Umfange des erledigten Schadens, berauben. Die Rentenzahlung aber, die hier eine problemlose Anpassung an Änderungen des Schadens erlauben würde, wird in der schweizerischen Haftpflichtpraxis kaum angewandt⁵⁴.

Wenn Haftpflicht- und Sozialversicherungsansprüche gleichzeitig revidiert werden, geschieht dies zwar meist verschieden stark⁵⁵, aber praktisch immer im gleichen Sinne.

a. Erhöhung von Schadenersatzforderungen und Sozialversicherungsansprüchen

Ein 42jähriger Mann wird, selbst schuldlos, als Fussgänger von einem Auto angefahren und schwer verletzt. Er bleibt zu 50% invalid. Die IV richtet ihm eine halbe Rente aus und regressiert gegen den Haftpflichtversicherer des Autohalters, der seinerseits die Restforderungen des Geschädigten befriedigt. Acht Jahre später verschlimmert sich der Zustand des Geschädigten plötzlich; er ist jetzt zu 70% invalid und bezieht eine ganze IV-Rente. Da der erst jetzt liquide, zusätzliche Invaliditätsschaden noch nicht verjährt ist⁵⁶, steht der Nachforderung des Geschädigten und dem Regress der IV wegen der Erhöhung ihrer Rente nichts im Wege.

Der ursprüngliche Schaden von 50% Invalidität ist schon früher endgültig erledigt worden, sodass mit der Änderung des Invaliditätsgrades gewissermassen ein neuer Schaden von 20% des massgeblichen Einkommens entstanden ist, der von jenem bei der nunmehrigen Liquidation scharf getrennt werden muss⁵⁷. Nur dieser zusätzliche Schaden kann jetzt noch Gegenstand einer allfälligen neuen Auseinandersetzung mit dem Haftpflichtigen sowie einer neuen Regressrechnung sein.

Die neue, zusätzliche Erwerbseinbusse ist nach den Verhältnissen zur Zeit der neuen Auseinandersetzung zu ermitteln und auf den neuen Vergleichs- oder Urteilstag zu kapitalisieren, denn jede Miteinbeziehung von bereits auf einen früheren Zeitpunkt kapitalisiertem und schon damals erledigtem Schaden und Schadenersatz würde in bezug auf diesen das versicherungstechnische Gleichgewicht, auf dem jede auf statistischen Angaben basierende Kapitalisierung beruht, stören⁵⁸.

54 *Oftinger* 219; *Szöllösy* 93; *Staufer/Schaetzle* 117.

55 Die Änderung der Schadenersatzansprüche wegen Veränderung etwa des Invaliditätsgrades fällt besonders bei höheren Einkommen neben der Anpassung der IV-Rente weit stärker ins Gewicht.

56 SVG 83 I. Ebenso im gemeinen Haftpflichtrecht: OR 60 I.

57 Verschiedene, getrennt zu betrachtende Schäden setzt ebenfalls OR 60 I voraus. Diesen Schluss lassen auch die Ausführungen bei *Oftinger* (222) zu.

58 Wenn auch der bereits erledigte Schaden mit in die neue Kapitalisierung einbezogen würde, erhielte der Geschädigte im Ergebnis zuviel, denn das jeder Erledigung zukünftigen Schadens immanente Risiko würde ihm nachträglich abgenommen, ohne dass er aber, wenn sich sein Schaden verringert hätte, zur Rückerstattung entsprechender Beträge verpflichtet gewesen wäre.

Analog hiezu sind für die Bestimmung des Umfanges einer allfälligen Subrogation der AHV/IV in weitere Ersatzansprüche des Geschädigten nur noch jene Teile der AHV/IV-Leistungen massgeblich, für die nicht bereits früher der Regress ausgeübt werden konnte. Andernfalls würde die AHV/IV in unzulässiger Weise auf Kosten des Geschädigten bereichert⁵⁹.

Insoweit, als die AHV/IV bei einem allfälligen früheren Regress für ihre Leistungen (im Rahmen identischer Schadensposten) entweder voll oder – bei Kürzung ihrer Leistungen – anteilmässig (AHVG 48quater II) gedeckt worden ist, berechtigt von vorneherein nur noch der Betrag, um den ihre Leistungen erhöht worden sind, zum Regress. Im eingangs angeführten Beispiel ist dies die Differenz zwischen der ganzen und der halben Invalidenrente. Eine Vergrösserung des Schadens, die sowohl eine Erhöhung der AHV/IV-Renten als auch eine Anpassung der zivilrechtlichen Ersatzleistungen bewirkt, hat damit, für sich allein betrachtet, in bezug auf den Regress der AHV/IV grundsätzlich dieselben Rechtsfolgen wie ein neuer Schaden, der zu einem von ihm unabhängigen, vorbestehenden Schaden hinzutritt und so die Leistungspflicht der AHV/IV begründet oder erhöht.

Die Kapitalisierung nicht nur des zusätzlichen neuen Schadens, sondern auch des Mehrbetrages der AHV/IV-Rente erfolgt nach den üblichen Grundsätzen auf den Tag der neuen Schadenerledigung⁶⁰.

b. Reduktion von Schadenersatzforderungen und Sozialversicherungsansprüchen

Ein Verletzter mit einem bisherigen Einkommen von 4000/Mt. bleibt zu 70% invalid. Nach einer zusätzlichen Operation bleibt noch eine Invalidität von 50%, und das Urteil wird in dem Sinne abgeändert, dass jetzt nur noch eine Erwerbseinkünfte von 2000 statt 2800/Mt. zu ersetzen ist. Da gleichzeitig eine halbe IV-Rente an die Stelle der bisherigen ganzen tritt⁶¹, reduziert sich der Betrag, der die IV zum Regress berechtigt, für die Zukunft von 1100 auf 550/Mt., während dem Geschädig-

59 Dies schliesst AHVG 48ter ['bis auf die Höhe ihrer Leistungen'] in Verbindung mit dem Erfordernis der Leistungskongruenz aus. Der Rententeil nämlich, für den die IV bereits hat regressieren können, ist demjenigen Teil des Schadenersatzes, der bereits damals in der Regressrechnung berücksichtigt worden ist, auch in quantitativer Hinsicht (vorn § 18 B 2) kongruent.

Neu zu erbringenden Rententeilen entsprechen damit nur noch die jetzt vom Haftpflichtigen zusätzlich zu erbringenden Teile des Schadenersatzes sowie diejenigen, die aus anderen Gründen in der ersten Regressberechnung nicht berücksichtigt werden konnten (vorn § 18 B 2).

Wenn die IV-Renten inzwischen der Teuerung angepasst worden sind, hat sich zwar auch derjenige Rententeil, für den der Regress bereits ausgeübt ist, entsprechend erhöht. Gleichzeitig aber hat auch die AHV/IV vom sich durch die Kapitalisierung ergebenden Teuerungsausgleich (hinten § 28) profitiert.

60 Vgl. vorn § 20. Massgeblich ist hier der Zeitpunkt der neuen Schadenerledigung bzw. des Todes.

61 Fr. 550 statt 1100/Mt.

ten jetzt noch ein Restanspruch von monatlich 1450 zusteht⁶². Die Differenzbeträge sind auf den gleichen Zeitpunkt wie die im früheren Urteil oder Vergleich festgesetzten Entschädigungen als bis zur jetzigen Abänderung aufgeschobene Renten zu kapitalisieren.

Bei Kapitalisierung als sofort beginnende Rente auf den Zeitpunkt der jetzigen Abänderung würde nämlich die Ausscheidewahrscheinlichkeit zwischen der früheren Schadensberechnung und deren jetzigen Revision nicht berücksichtigt. Diese Ausscheidewahrscheinlichkeit aber hat bei der früheren Berechnung den Schaden und damit die Ersatzforderungen des Geschädigten vermindert, sodass sie bei Berechnung eines Teils jenes Schadens immer, auch später, zu berücksichtigen bleibt, um die Äquivalenz hinsichtlich der Berechnungsgrundlagen zwischen dem gesamten Schadenersatz und dem Teil, der dem Haftpflichtigen zurückzuerstatten ist, zu erhalten. Andernfalls würde der dem Haftpflichtigen unter Umständen zurückzuerstattende Betrag in casu zu hoch ausfallen und damit der Geschädigte benachteiligt.

Der so ermittelte Kapitalbetrag ist bis zum Zeitpunkt der Abänderung zum Kapitalisierungszinsfuss zu verzinsen und von der ursprünglich festgesetzten Summe abzuziehen.

In Fällen, in denen der Richter die Abänderung des Urteils nach OR 46 II oder die Parteien eine entsprechende Revision des Vergleichs im Hinblick auf eine bestimmte Änderung der Verhältnisse zu Gunsten des Haftpflichtigen vorbehalten haben, wird häufig derjenige Teil der Ersatzforderung, der später noch wegfallen könnte, nicht schon sofort bezahlt. Die Beträge, um die sich die Direkt- und Regressansprüche später noch vermindern, können dann mit den erst später zu bezahlenden Ersatzleistungen verrechnet werden⁶³.

Wenn aber die Ersatzforderungen aufgrund von Umständen revidiert werden, die bei der Schadenerledigung ausserhalb der Vorstellungen der Parteien lagen⁶⁴, so insbesondere bei Geltendmachung von Ansprüchen, auf die der Geschädigte trotz Saldoquittung deshalb nicht verzichtet hat, weil er ihre Entstehung noch gar nicht hat voraussehen können oder bei Revision eines Urteils, werden der Geschädigte und die AHV/IV ihre Kapitalbeträge vom Haftpflichtigen meist schon erhalten haben. Dieser wird seine Leistungen teilweise nach den Bereicherungsregeln zurückfordern⁶⁵. Dabei ist die Bereicherung für die AHV/IV und den Geschädigten je gesondert zu berechnen⁶⁶.

62 $2000 - 550 = 1450$; vorher: $2800 - 1100 = 1700$.

63 Wenn die unter Vorbehalt der Urteilsabänderung zu Gunsten des Haftpflichtigen festgesetzten Entschädigungen ausnahmsweise bereits ausbezahlt worden sind, hat der Geschädigte bzw. die AHV/IV nachher die zuviel bezogenen Beträge zurückzuerstatten.

64 Eine solche Reduktion ist in praxi allerdings selten. Vgl. dazu vorstehend I. bei N 52.

65 *Condictio ob causam finitam* (OR 62).

66 Wenn sich im eingangs angeführten Beispiel die Erwerbsunfähigkeit des Geschädigten von 70% nur auf 60% reduziert und die Ersatzpflicht des Dritten entsprechend von 2800 auf 2400/Mt. sowie die IV-Rente von 1100 auf 550/Mt. herabgesetzt werden, erhöhen sich die

c. Bei Anpassung nur der Direkt- oder nur der Regressforderungen

Wenn sich nach Liquidation der Direkt- und der Regressforderungen mittels Saldoquittung oder rechtskräftigen Urteils nur entweder gegenüber dem Geschädigten oder gegenüber der AHV/IV die Verhältnisse derart ändern, dass die Schadenersatzfrage neu zu überprüfen ist, berührt dies die unbeteiligte Partei insoweit nicht.

Daher ist hier zwar allenfalls eine neue Regressrechnung durchzuführen, die aber nur im Verhältnis zu derjenigen Partei noch zu berücksichtigen ist, gegenüber welcher auch die Frage nach der Höhe des gesamten Schadenersatzes neu beurteilt worden ist. Diese Überprüfung der Schadenshöhe nämlich wirkt – nach allgemeinen Regeln über die Rechtskraft von Urteilen und Vergleichen⁶⁷ – ausschliesslich unter den beteiligten Parteien und deren Rechtsnachfolgern. Im Verhältnis zur anderen Partei gilt weiterhin die ursprüngliche Regressrechnung⁶⁸.

2. Ohne Anpassung der Ersatzforderungen

a. Praktische Bedeutung

Meist berührt eine Änderung der Verhältnisse nach Liquidation durch Vergleich mit Saldoquittung oder gerichtliches Urteil die Schadenersatzfrage nicht⁶⁹. Damit sind Änderungen der Verhältnisse bei unveränderten Ersatzforderungen von erheb-

Direktansprüche des Geschädigten von 1700 auf 1850/Mt. Der Haftpflichtige schuldet damit dem Geschädigten Mehrleistungen im Werte von 150/Mt. und hat gegenüber der IV einen Rückforderungsanspruch von 550/Mt. Die Differenz von 400/Mt. zu seinen Gunsten entspricht der Reduktion seiner Ersatzpflicht.

67 Vorn § 16.

68 Dazu folgendes Beispiel:

Bei einem früheren Einkommen von 3000/Mt., betrage der Invaliditätsgrad bei der Schadenerledigung 50% und die Ersatzquote des Haftpflichtigen 80%. Vom Schaden in Höhe von 1500/Mt. hat er damit anfänglich 1200/Mt. zu ersetzen.

Die IV-Rente des Geschädigten betrage 500/Mt., der Direktanspruch des Geschädigten damit 1000/Mt. und der Regressanspruch der AHV/IV 200/Mt.

Wenn sich später völlig unerwartet der Invaliditätsgrad auf 80% erhöht, beträgt der (volle) Schaden 2400/Mt. und die theoretische Ersatzforderung 1920/Mt. Unter Berücksichtigung der vollen IV-Rente von 1000/Mt., die der Geschädigte nun erhält, ergibt sich eine Direktforderung von 1400/Mt. Wenn auch die AHV/IV unter Berufung auf die unvorhersehbare Änderung der Verhältnisse mit Erfolg eine Anpassung der Schadenersatzforderung verlangt, erhöht sich ihre Regressforderung auf 520/Mt. Andernfalls bleibt sie im Betrage von 200/Mt. unverändert, und der Haftpflichtige hat trotz Revision der Schadenerledigung im Verhältnis zum Geschädigten nur einen Teil der Mehrleistungen zu erbringen, zu denen er allenfalls verpflichtet werden könnte.

Wenn umgekehrt die Invalidität von anfänglich 80% auf 50% sinken würde, läge die Nichtberücksichtigung der Revision zwischen dem Haftpflichtigen und dem Geschädigten im Interesse der AHV/IV.

69 Vgl. vorstehend 1.

Ausserdem kann die nach OR 46 II angesetzte Abänderungsfrist abgelaufen, die Anfechtung

licher praktischer Bedeutung. Zudem kann eine Erhöhung des Gesamtschadens und der AHV/IV-Leistungen auch auf Dritteinflüsse zurückgehen, die vom Schadenereignis, für das der Haftpflichtige einzustehen hat, völlig unabhängig sind, sodass eine Erhöhung der Ersatzforderungen ohnehin nicht in Frage kommt⁷⁰.

Da die meisten Veränderungen in der Person des Geschädigten, die eine Revision der AHV/IV-Renten zur Folge haben, mindestens eine Änderung des Schadens bewirken, ändern sich sehr oft die AHV/IV-Renten und der Schaden miteinander⁷¹. Sofern der Haftpflichtige bereits wirksam alle Direkt- und Regressforderungen per saldo liquidiert hat, stünde für einen allfälligen Ausgleich von Regressforderungen mangels Nach- oder Rückzahlungen von Schadenersatzbeträgen kein unmittelbares Substrat mehr zur Verfügung. Auch das Gesetz sagt nichts von einer Revision der Regresserledigung bei Änderung der AHV/IV-Leistungen ohne entsprechende Änderung auch der Schadenersatzforderungen. Da sich diese Frage aber notwendigerweise stellt, enthält das Gesetz diesbezüglich eine echte, ausfüllungsbedürftige Lücke⁷².

Weil der vom Haftpflichtigen geschuldete Schadenersatz gleich bleibt, könnte sich höchstens die Aufteilung der Ersatzforderungen, also das Verhältnis der Regress- zu den Restforderungen ändern. Soweit der Haftpflichtige seine Ersatzleistungen bereits entsprechend der ursprünglichen Aufteilung in Regress- und Restforderungen erbracht und sich damit befreit hat, fragt sich zudem, inwieweit der Geschädigte und die AHV/IV wenigstens nochmals eine interne Auseinandersetzung unter Berücksichtigung der aktuellen Verhältnisse vorzunehmen und allfällige Differenzen auszugleichen haben.

Eine Regressrechnung nach Änderung der Verhältnisse ergäbe zwar oft eine andere Aufteilung der Ersatzforderungen in Regress- und Direktforderungen als diejenige anlässlich der ursprünglichen Schadenerledigung. Die prozentuale Abweichung ist aber regelmässig bedeutend geringer als die Änderungen des Schadens oder der AHV/IV-Leistungen je für sich allein betrachtet. Denn da eine parallele Änderung vorausgesetzt werden darf, heben sich die Auswirkungen der einzelnen

des Vergleichs wegen Willensmängeln verwirkt (OR 31), oder die zusätzlichen Schadenersatzforderungen können verjährt sein (OR 60; SVG 83; EHG 14; LFG 68).

70 Nur dann, wenn die Verschlimmerung auf ein weiteres Haftpflichtereignis zurückgeht, entstehen auch weitere Ersatzforderungen, die als neues Schadenereignis jedoch separater Betrachtung bedürfen. Vgl. nachstehend vor N 75.

71 Wenn sich eine EUF von 65% nach Jahren auf 70% erhöht, erhält der Geschädigte statt einer halben neu eine ganze IV-Rente. Gleichzeitig hat sich sein Schaden durch Verringerung des Einkommens vergrössert. Vom Haftpflichtigen aber, der die Direkt- und Regressforderungen bereits per Saldo aller Ansprüche liquidiert hat, kann weder der Geschädigte noch die AHV/IV mit Aussicht auf Erfolg weitere Leistungen fordern.

72 *Meier-Hayoz* ZGB I N 314 i.V.m. 271.

Änderungen immer mindestens teilweise auf. Dies gilt sowohl bei Quotenteilung als auch dort, wo der Geschädigte das Quotenvorrecht hat⁷³.

Rentenrevisionen haben also auch im Einzelfall für den Regress der AHV/IV und für den Geschädigten eine viel geringere wirtschaftliche Bedeutung, als gelegentlich angenommen wird.

b. Anwendungsfälle

aa. Erhöhung der AHV/IV-Leistungen

Wegen der finalen Ausgestaltung des Leistungssystems ist eine allfällige Erhöhung der AHV/IV-Leistungen von der Ursache einer Vergrößerung des Schadens unabhängig. Die Änderung der Verhältnisse ist zwar häufig eine Folge desselben Ereignisses, dessen Folgen ursprünglich auch die Leistungspflicht der AHV/IV begründet haben. Sie kann aber durchaus auf von jenem völlig unabhängige Ursachen zurückgehen.

aaa. Änderung infolge von Drittersachen

Neuer Schaden ist hinsichtlich des Regresses immer, auch dann, wenn für ihn ein Dritter haftet⁷⁴, selbständig zu behandeln, ohne dass dabei die bereits erfolgte Regulierung des früheren, hier behandelten Schadenereignisses in irgend einer Weise berührt würde⁷⁵. Aber auch dann, wenn für die neu hinzutretende Schädigung kein Dritter haftet, weil sie durch Unfall oder Krankheit entstanden oder durch Artefakt herbeigeführt worden ist, kommt eine Revision des Regresses nicht in Frage⁷⁶, weil zum früheren Haftpflichtereignis jeder Kausalzusammenhang fehlt. In all diesen Fällen wäre nämlich die Regresserledigung auch dann nicht anders ausgefallen, wenn das schadenvergrößernde Drittereignis bereits früher, vor oder mit dem Haftpflichtereignis eingetreten wäre.

73 Bei Quotenteilung nach AHVG 48quater II gilt: $R = E \times \frac{V}{S}$.

Beim Quotenvorrecht des Geschädigten nach AHVG 48quater I gilt: $R = E + V - S$.

Sowohl $\frac{V}{S}$ als auch $(V - S)$ verändern sich bei gleichzeitiger Erhöhung oder gleichzeitiger

Verminderung von S und V weniger stark, als wenn sich nur S oder nur V allein ändern würde.

74 Dieser ist höchst selten mit dem für die erste Schädigung Haftpflichtigen identisch. Aber auch in diesem Falle wäre der neue Schadenfall vom ersten getrennt zu behandeln.

75 Weder in bezug auf Direkt- noch auf Regressforderungen.

76 Wenn gleichzeitig die SUVA (bzw. UV) oder die EMV für den Unfall aufkommt, werden deren Leistungen allenfalls zur Vermeidung einer Überentschädigung nach AHVG 48 oder IVG 45 (vgl. jetzt auch: UVG 20 II, 31 II, 40) gekürzt.

bbb. Änderung als Folge des Haftpflichtereignisses

Soweit ein Kausalzusammenhang zwischen Haftpflichtereignis und Änderung des Schadens sowie der AHV/IV-Leistungen besteht und sich diese Änderungen im Rahmen identischer Schadensposten halten, wäre eine entsprechende Revision der Regresserledigung an sich denkbar. Sie kommt aber aus anderen Gründen auch nicht in Frage⁷⁷.

*ccc. Änderung als Folge des Haftpflichtereignisses
in Verbindung mit Drittsachen*

Die AHV/IV hat nur insoweit ein Regressrecht, als ihre Leistungen in einem Kausalzusammenhang zum Haftpflichtereignis stehen⁷⁸. Wenn das Haftpflichtereignis nicht allein, sondern nur in Verbindung mit Drittsachen, für die der Schädiger nicht haftet, die Leistungspflicht der AHV/IV begründet, kann diese auch nur anteilmässig – entsprechend der Kausalitätsquote des Haftpflichtereignisses – auf den Haftpflichtigen regressieren⁷⁹. Soweit die Leistungen der AHV/IV wegen solcher Schadensteile zu erbringen sind, für die der Schädiger nicht ersatzpflichtig ist, fehlt nämlich nicht nur der Kausalzusammenhang zwischen Haftpflichtereignis und AHV/IV-Leistungen; es fehlt hier überhaupt in entsprechendem Umfange eine qualitativ der AHV/IV-Leistung entsprechende Ersatzforderung gegen den Schädiger. Dies gilt nicht nur bei erstmaliger Schadenerledigung, sondern analog auch bei einer denkbaren späteren Revision der Regresserledigung. Eine Erhöhung der AHV/IV-Leistungen könnte daher eine Erhöhung auch der Regressansprüche höchstens in dem Verhältnis bewirken, in dem die auf das Haftpflichtereignis zurückgehende zur gesamten Schadensvergrößerung steht⁸⁰.

⁷⁷ Näheres nachstehend IV 1.

⁷⁸ AHVG 48ter. Dazu vorn § 19.

⁷⁹ Wenn ein bereits zu 20% Invalider einen Unfall erleidet und dadurch zu – insgesamt – 50% invalid wird, hat der Schädiger 30% des ursprünglichen Verdienstes zu ersetzen. Die AHV/IV hat neu eine halbe IV-Rente zu erbringen. Da der Haftpflichtige nur 30% des Schadens zu ersetzen hat, ist auch nur in diesem Umfang eine allfällige Überentschädigung zu vermeiden. Der vom Haftpflichtigen geschuldete Ersatz entspricht ausserdem auch sachlich nur 60% der halben Invalidenrente, sodass die AHV/IV nur für soviel regressieren kann. In seinem Urteil vom 10. April 1981 hat auch der deutsche BGH beim Regress nach RVO 1542 eine Kausalitätsquote des Haftpflichtereignisses von 1/3 berücksichtigt: BGH NJW 1979 2313 f. Obwohl das Haftpflichtrecht im externen Verhältnis keine Aufteilung der Haftung und Zuweisung des Schadens nach Kausalitätsquoten kennt, haben diese auch dort ihre Bedeutung, und zwar im internen (Regress-) Verhältnis, also bei der Auseinandersetzung nach OR 50 f., wo es – ebenso wie hier – um die endgültige Tragung des dem Geschädigten bereits ersetzten Schadens geht.

⁸⁰ Entscheidend ist die Höhe des für die Regressrechnung massgeblichen Schadens. Ein wegen eines Haftpflichtereignisses zu 60% Invalider bezieht eine halbe IV-Rente, für die die IV voll regressiert hat. Als Folge einer Krankheit wird der Geschädigte später zu 70% invalid. Er bezieht nun eine ganze IV-Rente. Die IV konnte jetzt rechnerisch noch für die halbe Differenz

bb. Verringerung der AHV/IV-Leistungen und des Schadens

Wenn sich der Schaden, an den auch die Leistungspflicht der AHV/IV anknüpft, verringert, führt dies gegebenenfalls zu einer Reduktion auch der AHV/IV-Leistungen.

Eine allfällige neue Regressrechnung nach Reduktion von Schaden und AHV/IV-Leistungen könnte pro rata temporis einen geringeren Regress ergeben, sodass eine Rückerstattung von Regressbeträgen an den Geschädigten denkbar wäre.

Die Rückzahlung der gesamten mit den wegfallenden Versicherungsleistungen zeitlich und sachlich kongruenten Regressanteile an den Geschädigten aber würde diesen in den meisten Fällen in ungerechtfertigter Weise begünstigen⁸¹. Da nämlich diese Forderungsteile – abgesehen von den seltenen Fällen einer Leistungskürzung der AHV/IV⁸² – nur in dem Mass, in dem sonst der Geschädigte mehr als seinen Schaden ersetzt erhalten hätte, auf die AHV/IV übergegangen waren, wurde der Geschädigte meist voll entschädigt. Wenn nun der teilweise Wegfall von AHV/IV-Leistungen, mit dem ja eine Reduktion des Schadens einhergeht, durch Rückerstattung von früheren Regressbeträgen ausgeglichen würde, bliebe die Summe der Leistungen, die der Geschädigte erhält, zwar gleich. Da aber gleichzeitig ein Teil des Schadens weggefallen ist, entstünde im Ergebnis eine Überentschädigung⁸³. Dies aber wollte gerade durch die Einführung des Regressrechts der AHV/IV verhindert werden.

Eine Rückerstattung von Regressanteilen ist daher nur dann am Platze, wenn die wegfallenden AHV/IV-Leistungen betragsmäßig mehr ausmachen als die ihnen kongruenten Regressbeträge, die die AHV/IV – zu Lasten des Geschädigten – vom Haft-

der beiden Renten regressieren, denn die Hälfte der bisher beim Regress noch nicht berücksichtigten Invalidität ($70 - 50 = 20\%$, davon $1/2 = 10\%$) geht auf das Haftpflichtereignis zurück. Vgl. aber zum Ausschluss nachträglichen Regresses in diesem Fall nachstehend IV.

81 Das heisst, in einer Weise, die der ratio der Regressnormen und der Idee des Gesetzgebers widersprechen würde.

Ein zu 50% Invaliden mit einem früheren Einkommen von 3000/Mt. hat einen Schaden von 1500/Mt. erlitten und erhält eine halbe IV-Rente von 500/Mt. Da der Haftpflichtige den ganzen Schaden hat ersetzen müssen, ist auch die IV für ihre Rente voll durch den Regress gedeckt worden. Der Geschädigte hat als Restforderung den Kapitalbetrag einer Rente von 1000/Mt. behalten. Später reduziert sich der Invaliditätsgrad auf 40%. Der Schaden beträgt noch 1200/Mt., und die IV-Rente fällt ganz weg. Dem Geschädigten verbleibt ohne Regressrevision ein ungedeckter Schadensteil von 200/Mt., während eine volle Rückerstattung der Regressbeträge für künftige Renten zu einer Überentschädigung von 300/Mt. führen würde.

82 Dazu vorn § 22.

83 Deshalb teilt der Verfasser auch die Meinung von *Gilliard* in ZSR 86 (1967) II 294 bezüglich der Rückerstattung von Regressanteilen durch die SUVA oder den Verzicht auf Rentenrevisionen in dieser absoluten Form nicht. Am Platze wäre jedoch ein Verzicht des SVT auf Rentenrevisionen oder eine Rückerstattung von Regressbeträgen an den Geschädigten insoweit, als sonst Teile des Schadens plötzlich nicht mehr gedeckt wären (dieselbe Einschränkung ist erforderlich, wenn der Forderungsübergang auf den SVT – entgegen der in dieser Arbeit vertretenen Auffassung – als resolutiv bedingt angesehen wird: *Wussow/Küppersbusch* 109 [N 425]).

Vgl. nachstehend FN 113 und IV 2 a aa.

pflichtigen bezogen hat. Sie ist aber immer auf den nach Wegfall der AHV/IV-Leistungen dem Geschädigten verbleibenden und nicht bereits durch seine Direktforderungen gedeckten Schaden zu beschränken⁸⁴.

Da eine nachträgliche Erstattung der Regressbeträge durch die AHV/IV an den Geschädigten regelmässig nicht oder höchstens sehr beschränkt in Frage kommt, würde häufig eine Rückzahlung an den Haftpflichtigen – zumindest prima facie – naheliegen, da sich ja auch der Schaden, für den dieser einzustehen hat, reduziert hat. Diese Reduktion des Schadens kommt dem Haftpflichtigen jedoch meist auch dann nicht zugute, wenn die AHV/IV nicht beteiligt ist und er den gesamten Schaden mit dem Geschädigten allein liquidiert hat⁸⁵. Da die Subrogation der AHV/IV an der Ersatzpflicht des Schädigers nichts ändert und insbesondere seine Rechtsstellung weder zu erschweren noch zu erleichtern vermag, kann auch die Frage einer Rückerstattung von Teilen des Schadenersatzes an den Haftpflichtigen nicht davon abhängen, ob diese allein dem Geschädigten verblieben oder teilweise auf die AHV/IV übergegangen sind. Eine Rückerstattung von Regressbeträgen an den Haftpflichtigen kommt daher ebenfalls nicht in Frage.

III. Änderung der Sozialversicherungsleistungen ohne Änderung des Schadens

1. Änderung infolge äusserer Umstände

Die finale Ausgestaltung des Sozialversicherungsrechts bringt es mit sich, dass sich die Höhe der Leistungen der AHV/IV auch aufgrund von Tatbeständen ändern kann, die den Schaden im haftpflichtrechtlichen Sinne nicht beeinflussen. In all diesen Fällen ist eine Anpassung der Schadenersatzforderungen also von vorneherein ausgeschlossen.

84 Näheres hiezu nachstehend IV 2.

Zur teilweisen Rückforderung steht dem Geschädigten gegebenenfalls die *condictio ob causam finitam* offen.

85 Dies unter der Voraussetzung, dass per saldo aller Ansprüche liquidiert ist. Umgekehrt wäre der Haftpflichtige hier analog auch bei Vergrösserung des Schadens regelmässig nicht zu Mehrleistungen verpflichtet (betreffend Anpassung der Ersatzforderungen: vorstehend D II 1).

a. Familienzuwachs des Invalidenrentners⁸⁶

Für die Bestimmung des Schadenersatzes bei bleibender Erwerbsunfähigkeit ist es unerheblich, ob der/die Geschädigte verheiratet ist oder Kinder hat. Von der IV dagegen erhält ein invalider Familienvater ganz beträchtlich höhere Leistungen als ein Alleinstehender unter sonst gleichen Verhältnissen⁸⁷. Da die IV, soweit der Haftpflichtige Ersatz für wegfallende Familienzulagen schuldet, auch für ihre Zusatz- und Kinderrenten regressieren kann⁸⁸, beeinflussen auch diese die Regressrechnung. Allerdings wird die Bedeutung der Zusatz- und Kinderrenten sowie ihrer Veränderungen für den Regress durch konsequente und sachgerechte Berücksichtigung des Kongruenzgrundsatzes⁸⁹ stark eingeschränkt und damit ihre soziale Funktion im Interesse der Familie des Geschädigten erhalten.

b. Eintritt oder Wegfall eines Härtefalles

Ein Härtefall im Sinne von IVG 28 I, aufgrund dessen bereits ein zu 33,3% Invalider eine halbe IV-Rente erhält, kann später wieder wegfallen. Der Härtefall kann aber auch erst eine gewisse Zeit nach der Invalidierung eintreten.

Wenn der Härtefall nur deshalb eingetreten ist, weil der Schadenersatz vorerst nicht erhältlich war, ist die AHV/IV in die der Härtefallrente kongruenten Ersatzforderungen subrogiert.

Auch wenn der Härtefall erst nachträglich eintritt, ist zwar eine Subrogation der IV in allenfalls noch bestehende Ersatzforderungen möglich⁹⁰. Jede Rückforderung von Beträgen aber, die der Geschädigte bereits vom Haftpflichtigen erhalten hat, wäre, wie auch die Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen wegen Regressverkürzung, mit dem Zweck der Härtefallrenten völlig unvereinbar und kommt daher nicht in Frage⁹¹.

86 Die folgenden Ausführungen gelten ebenso für an Stelle von Invalidenrenten ausgerichtete Altersrenten im Sinne von AHVG 48quinquies II b (vgl. vorn § 19 A) und theoretisch auch für Waisenrenten. Doch nimmt die Schadenerledigung in praxi soviel Zeit in Anspruch, dass ein posthumes Kind des getöteten Vaters bis zur Regresserledigung regelmässig schon geboren ist. Ein Wegfall von Familienlasten schliesslich ist hier nicht zu betrachten, da er bereits in den Kapitalisierungsfaktoren für Zusatz- und Kinderrenten enthalten ist (vorn § 20 A 3, 4).

87 Die Zusatzrente, die ein verheirateter Mann für seine Frau erhält, beträgt 30% seiner Invalidenrente, die Kinderrenten je 40%. Ein Familienvater erhält damit mehr als doppelt soviel an Renten wie ein Alleinstehender.

88 AHVG 48quinquies II b; IVG 52 II c.

89 Vorn § 18 B 1 c.

90 Dieser Fall kann eintreten, wenn der Schadenersatz in Rentenform geschuldet ist und später die Renten mangels Sicherstellung nicht mehr einbringlich sind.

91 Vgl. *Stein* in FS Assista 331.

c. Rücknahme fehlerhafter Verfügungen durch die Verwaltung⁹²

Die Verwaltung kann eine formell rechtskräftige Verfügung immer zurücknehmen, wenn sie zweifellos unrichtig und ihre Berichtigung von erheblicher Bedeutung ist⁹³. Wenn eine Leistungsverfügung der AHV/IV nach der Regresserledigung zurückgenommen wird, ist aber eine neue Regressrechnung erforderlich, ohne dass sich Schaden oder Ersatzforderungen geändert hätten. Soweit die Fehlerhaftigkeit der ursprünglichen Verfügung und damit die Revision der Regresserledigung von der Verwaltung zu verantworten ist und der Geschädigte sich in berechtigtem Vertrauen auf die unrichtige Verfügung verlassen hat, darf ihm aus der Änderung kein Nachteil erwachsen⁹⁴. Die AHV/IV hat ihm Regressforderungen, die ihr nun nicht mehr zustehen würden, zurückzuzahlen und ihm allenfalls bereits vom Haftpflichtigen erhaltene Beträge samt Zins zu erstatten. Wenn sie umgekehrt höhere Leistungen zu erbringen hat als vorher, subrogiert sie nachträglich und rückwirkend auf den Zeitpunkt, seit welchem sie ihre Leistungen erbringt, in die entsprechenden Ersatzforderungen des Geschädigten und hat gegen ihn, soweit ihm der Haftpflichtige den Schadenersatz bereits bezahlt hat, grundsätzlich einen Bereicherungsanspruch⁹⁵.

2. Vom Willen des Geschädigten abhängige Änderungen

Obwohl der versicherte Geschädigte gegenüber der AHV/IV bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen einen absoluten und unentziehbaren Anspruch auf Versicherungsleistungen hat, kann er bereits bei der Entstehung des Versicherungsanspruchs oder zu einem späteren Zeitpunkt zwar nicht auf den Anspruch selbst, aber auf die einzelnen Leistungen verzichten, wenn er daran nur ein schutzwürdiges Interesse hat⁹⁶. Auch kann er die Anmeldung und damit die Geltendmachung seiner Ansprüche unterlassen oder die bereits erfolgte Anmeldung wieder zurückziehen.

92 Zur Rücknahme von Verfügungen: *Imboden/Rhinow* I 249 ff. Vgl. auch *Maurer* in *SJZ* 76 (1980) 298.

93 BGE 105 V 30. *Imboden/Rhinow* I 250 verlangen zudem immer eine Wertabwägung.

94 Dies als Folge des Vertrauensprinzips, das auch im Verwaltungsrecht gilt: *Imboden/Rhinow* I 462 ff.

95 *Condictio ob causam finitam* (OR 62). Soweit allerdings der Geschädigte im Vertrauen auf die ursprüngliche Leistungsverweigerung der AHV/IV Verfügungen über seine Ersatzforderungen getroffen hat, die sich nicht ohne Nachteil rückgängig machen lassen, ist er in diesem Vertrauen zu schützen.

Vgl. zum Grundsatz von Treu und Glauben im Sozialversicherungsrecht: BGE 106 V 33 [obiter]; *Egli* in *ZBJV* 113 (1977) 377 ff.; *Gitter* in *NJW* 1979 1026.

96 Dazu vorn § 8 A 2.

Obwohl zwar ein bereits erklärter Verzicht auf AHV/IV-Leistungen jederzeit zumindest für die Zukunft widerruflich ist, bleibt ein Widerruf dann unbeachtlich, wenn er gegen Treu und Glauben verstösst⁹⁷. Oft aber liegt gerade deshalb im Widerruf ein Verstoß gegen Treu und Glauben, weil der Geschädigte durch den Verzicht auf die Leistungen der AHV/IV den teilweisen Übergang seiner Schadenersatzforderungen auf diese verhindern wollte⁹⁸. Denn die AHV/IV hätte ihre Leistungen nach wie vor in voller gesetzlicher Höhe zu erbringen⁹⁹, während sich der Haftpflichtige durch Zahlung an den Geschädigten befreit hat, was der AHV/IV jeden Regress verunmöglicht. Es verbleiben ihr damit nur noch allfällige Schadenersatz- und Bereicherungsansprüche. Analoges gilt bei nachträglicher Anmeldung des Versicherungsanspruches, wenn der Geschädigte die Anmeldung vorher unterlassen oder zurückgezogen hat.

Längst nicht jeder Widerruf eines früher erklärten Verzichts und nicht jede nachträgliche Anmeldung der Versicherungsansprüche verstösst aber gegen Treu und Glauben. Meist beruhen diese nämlich auf durchaus schützenswerten Überlegungen, so insbesondere dann, wenn den Geschädigten erst eine Änderung der Verhältnisse, etwa seine Heirat oder die Geburt eines Kindes, zu einem mit seinem früheren in scheinbarem Widerspruch stehenden Verhalten bewogen hat, oder wenn er den Verzicht erklärt hat, in der Meinung, er werde vom Haftpflichtigen vollen Ersatz erhalten, während sich erst später herausstellt, dass dessen Ersatzquote gering oder der Ersatz nicht einbringlich ist.

Der Anspruchsberechtigte kann auch nach der Schaden- und Regresserledigung die Anmeldung seiner AHV/IV-Ansprüche noch zurückziehen oder auf die Leistungen verzichten, wenn er ein sozialversicherungsrechtlich relevantes Interesse daran glaubhaft zu machen vermag. Dieses Interesse hat sich jedoch nicht bloss auf den Verzicht oder die Nichtanmeldung als solche zu beziehen, sondern es muss ein qualifiziertes Interesse gerade daran bestehen, von der früher getroffenen Entscheidung abzuweichen und die Leistungen fortan nicht mehr zu beziehen. Dieses Interesse ist ausserdem nur dann zu berücksichtigen, wenn es auf Umständen beruht, die erst nach der früheren Entscheidung eingetreten oder dem Anspruchsberechtigten bekanntgeworden sind. Es wird etwa dann vorliegen, wenn sich seither die Erwerbs-, Berufs- oder Familienverhältnisse des Anspruchsberechtigten erheblich verändert haben.

Ein nachträglicher Verzicht auf AHV/IV-Leistungen oder ein wirksamer Widerruf eines solchen erfordert stets eine neue Regressrechnung. Darin müssen Rententeile, die wegfallen oder neu hinzutreten, berücksichtigt werden. Sie sind nach den üblichen Methoden auf den für die frühere Schadenerledigung massgeblichen Zeitpunkt als bis zur jetzigen Abänderung aufgeschobene, meist temporäre Renten zu kapitalisieren und für die Zwischenzeit zum Kapitalisierungszinssatz zu verzinsen¹⁰⁰.

97 *Maurer* SVR I 314 FN 706. Vgl. auch *Imboden/Rhinow* I 457 f., 460.

98 *Maurer* SVR I 314 FN 707.

99 Eine Verweigerung oder Kürzung der Leistungen in solchen Fällen sieht das Gesetz nicht vor.

100 Näheres hiezu vorstehend D II 1 b, nach N 62.

Aufzinsung: Division durch Abzinsungsfaktoren; diese bei *Stauffer/Schaetzle* T 63.

IV. Praktische Behandlung von Rentenrevisionen in Regressfällen

Das Gesetz sagt nicht, welchen Einfluss eine Änderung der Verhältnisse, insbesondere der AHV/IV-Leistungen, auf bereits erledigte Regressfälle hat.

Nach AHVG 48ter erfolgt die Subrogation 'im Zeitpunkt des Ereignisses'. Das Interesse aller Beteiligten an definitiver Klärung der Rechtslage verlangt dabei eine baldige und grundsätzlich endgültige Erledigung nicht nur der Schaden-, sondern insbesondere auch der Regressfälle. Ein Abstellen auf die Verhältnisse im Zeitpunkt der Schadenerledigung und eine Berücksichtigung der zukünftigen Entwicklung anhand statistischer Angaben, wie dies bereits seit langem im Haftpflichtrecht und beim Regress der SUVA üblich ist, rechtfertigt sich ausserdem deshalb, weil die Schadenerledigung ohnehin immer – auch bei Rentenzahlung – auf statistischen Annahmen über die hypothetische zukünftige Entwicklung ohne das schädigende Ereignis beruht¹⁰¹.

Die in jedem Haftpflichtfall anzustrebende, definitive und klare Auseinandersetzung zwischen allen Beteiligten lässt sich beim Ersatz für Versorgerschaden, zukünftigen Erwerbsausfall und zukünftige periodische Kosten mittels Kapitalzahlung erreichen. Diese ermöglicht dem Geschädigten den Aufbau einer finanziell gesicherten, neuen Existenz, nicht zuletzt auch dank der Gewissheit, dass weder er noch seine Erben die erhaltene Entschädigungssumme je würden zurückerstatten müssen. Diese Lösung entspricht im übrigen auch der kausalen Ausgestaltung des Haftpflichtrechts, wo der Urheber den durch ihn verursachten Schaden zu ersetzen hat. Dieser Schaden besteht wirtschaftlich aus der Summe aller möglichen zukünftigen Schadensposten, je multipliziert mit der Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts¹⁰². Diese Wahrscheinlichkeit aber bleibt – bezogen auf den Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses oder der Erledigung des Schadens – konstant. Ändern kann sich nur noch der konkrete Schaden innerhalb eines bestimmten späteren Zeitraumes, und es können weitere Schäden eintreten, die weder die Parteien noch der Richter bei der Schadenerledigung voraussehen konnten. Dieser konkrete Schadensverlauf aber hängt weitgehend von denselben Tatbeständen ab, an die auch die Leistungspflicht der AHV/IV anknüpft¹⁰³.

Da die beiden grundsätzlich verschieden ausgestalteten Leistungssysteme je im Interesse der Geschädigten oder Versicherten geschaffen worden sind¹⁰⁴, sollen sie sich auch primär und im Rahmen des öffentlichen Interesses zu deren Gunsten ergänzen. Sachlich ungerechtfertigte Vor- und Nachteile für den Geschädigten sind

101 Die konkrete Aktivitätsdauer des Verletzten oder Getöteten ohne den Unfall lässt sich niemals – nicht einmal ex post – sicher bestimmen.

102 Dazu vorstehend FN 30.

103 So z.B.: Tod des Gatten oder Vaters, evtl. der Mutter; Invalidität von mindestens 50% bzw. 66.6%; Hilflosigkeit.

104 *Tercier* in ZSR 95 (1976) I 20: 'Le but premier de la responsabilité civile devrait être de réparer le préjudice subi par la victime'. Vgl. auch *Oftinger* 38.

dabei gleichermassen zu vermeiden. Die im Einzelfall richtige Lösung darf zudem auch bei Anwendung auf eine grosse Zahl von Fällen weder zu einem Gewinn noch zu einem Verlust der AHV/IV führen.

Im Idealfall entspricht der Wert aller Leistungen, die der Geschädigte vom Haftpflichtigen und von der AHV/IV erhält, seinem vollen Schaden¹⁰⁵. Gewisse Abweichungen von diesem Idealfall lassen sich nie ganz vermeiden, doch sind mindestens die Voraussetzungen zu schaffen, die es ermöglichen, diese Abweichungen so klein als möglich zu halten. Dazu ist das Regressrecht der AHV/IV das geeignete Mittel, denn bei sach- und systemgerechter Auslegung sowie konsequenter Anwendung der Regressnormen führen die Leistungen der AHV/IV in Verbindung mit ihrem Regress im Ergebnis zu einer feinen Verteilung auch der von den Haftpflichtigen aufgebracht Mittel, entsprechend der im Zeitpunkt der Schadenerledigung noch nicht immer feststehenden und sich oft erst später konkretisierenden tatsächlichen Auswirkungen der Gesundheitsschädigung oder des Todes.

1. Grundsatz: *keine Berücksichtigung* nachträglicher Revision der AHV/IV-Leistungen beim Regress

a. Allgemeines

AHVG 48ter, wonach die Subrogation 'im Zeitpunkt des Ereignisses' erfolgen solle, ist bereits in Anlehnung an die mit BGE 64 II 427 begründete Praxis des BGer zum SUVA-Regress relativiert worden: die Subrogation tritt im Zeitpunkt des Ereignisses unter der suspensiven Bedingung effektiver Leistung der AHV/IV ein¹⁰⁶. Sobald nach Eintritt des schädigenden Ereignisses die Leistungspflicht der Sozialversicherung sowohl dem Grundsatz als auch der Höhe nach feststeht, ist diese Bedingung erfüllt und die Subrogation wirksam. Dies ist der Fall nach ausdrücklicher oder stillschweigender Anerkennung der Leistungspflicht seitens der AHV/IV, allenfalls bereits nach Anmeldung der Versicherungsansprüche durch den Geschädigten. Unabdingbare Voraussetzung eines jeden definitiven Forderungsübergangs ist ja die Bestimmbarkeit seines Umfangs, die mit dem blossen Eintritt des Schadenereignisses aber noch keineswegs gegeben ist. Sobald sich aber der Umfang bestimmen lässt, treten die Wirkungen der Subrogation ein, und zwar unabhängig davon, ob in diesem Zeitpunkt die Ersatzforderungen bereits liquid oder überhaupt schon entstanden sind.

105 Vorbehalten sind Fälle mit grobem Selbstverschulden des Geschädigten, wo das Gesetz eine vollständige Deckung nur insoweit anstrebt, als bloss die Schadenersatz-, nicht aber auch die AHV/IV-Leistungen wegen Verschuldens des Getöteten oder Geschädigten gekürzt worden sind.

106 Vorn § 12 C.

In jedem Fall bestimmt sich der Umfang der Subrogation nach den AHV/IV-Leistungen, wie sie aufgrund der Verhältnisse bei der Schaden- oder Regresserledigung zu erbringen sind. Diesen Schluss lässt auch der Wortlaut ('im Zeitpunkt des Ereignisses') von AHVG 48ter durchaus zu, denn AHV/IV-Leistungen, die infolge späterer Änderung der Verhältnisse erst zu erbringen sind oder wieder wegfallen, beruhen auf anderen Grundlagen als die Schadenersatzforderungen, die ja auch aufgrund der Verhältnisse zur Zeit der Schadenerledigung berechnet worden sind¹⁰⁷.

Wenn solche Änderungen der AHV/IV-Leistungen rückwirkend die Aufteilung der aufgrund früherer (das heisst im Zeitpunkt der definitiven Schadenerledigung aktueller) Verhältnisse endgültig festgelegten Ersatzforderungen in Regress- und Direktforderungen beeinflussten, ergäbe sich daher ein völlig verfälschtes Resultat, weil ein- und derselben Rechnung miteinander nicht vergleichbare Elemente zugrundelägen.

Wenn sich mit den AHV/IV-Leistungen nicht ausnahmsweise auch die Höhe des vom Haftpflichtigen geschuldeten Schadenersatzes – zumindest im Verhältnis entweder zum Geschädigten oder zur AHV/IV – verändert¹⁰⁸, sind nach Abschluss der Schadens- und Regressliquidation eintretende Änderungen der AHV/IV-Leistungen für die Aufteilung der Schadenersatzforderungen zwischen dem Geschädigten und der AHV/IV nicht mehr zu berücksichtigen. Andernfalls wäre nämlich die zeitliche Äquivalenz von Schadenersatz und Versicherungsleistungen als unabdingbare Voraussetzung einer richtigen Regressrechnung nicht mehr gewährleistet, obwohl sie auch in AHVG 48ter, der mit dem 'Zeitpunkt des Ereignisses' einen einheitlichen zeitlichen Bezugspunkt anstrebt, stillschweigend vorausgesetzt ist.

Abgesehen von den Fällen, wo entweder die wegfallenden AHV/IV-Leistungen erheblich mehr ausmachen als die gleichzeitige Verringerung des Schadens, oder wo die Änderung der Verhältnisse sich auch auf die Höhe des vom Haftpflichtigen geschuldeten Schadenersatzes auswirkt¹⁰⁹, wäre auch eine Berufung des Geschädigten oder der AHV/IV auf ungerechtfertigte Bereicherung unbehelflich. Eine solche liegt nämlich regelmässig nicht vor, da die AHV/IV neben der Chance, insgesamt weniger leisten zu müssen, als sie regressweise erhalten hat, auch das Risiko getragen hat, ohne Aussicht auf ausreichende Deckung mehr leisten zu müssen. Analoges gilt umgekehrt für den Geschädigten. Dadurch ist aber die wirtschaftliche Äquivalenz von AHV/IV-Leistungen und Regressbetrag erhalten geblieben.

107 Auch in Italien ist bei der Schadensberechnung nur die dem Geschädigten am Unfalltag zustehende Rente – ohne Berücksichtigung eventueller späterer Erhöhungen – massgeblich: Corte di Cassazione 1. Dezember 1978, *Responsabilità Civile* 1979 312 [zit. nach *VersR* 1981 85].

108 Vgl. vorstehend A 1, D II 1.

109 Vorstehend D II 2 b bb vor N 84 bzw. A 1, D II 1. Vgl. auch nachstehend 2 a.

b. Erhöhung der AHV/IV-Leistungen

Wenn die Leistungen der AHV/IV erhöht werden, erhält der Geschädigte somit an Schadenersatz- und Versicherungsleistungen insgesamt mehr, als bei der Liquidation angenommen wurde; bei Reduktion der Versicherungsleistungen erhält er dagegen entsprechend weniger. Gerade dies ergibt eine äusserst gerechte, dem Einzelfall angepasste Lösung. Einer Erhöhung der AHV/IV-Leistungen steht nämlich immer entweder eine haftpflichtrechtlich meist ungedeckte Vergrösserung des Schadens oder aber eine entsprechende Vergrösserung der Familienlasten des Geschädigten gegenüber, welche dieser nur dank der Anpassung der Versicherungsleistungen nicht allein zu tragen hat¹¹⁰. Eine neue Regressrechnung würde zudem im Ergebnis von der früheren oft nur unbedeutend oder gar nicht abweichen¹¹¹.

- 110 Die Änderung infolge Rücknahme einer ursprünglich unrichtigen Verfügung ist gesondert zu betrachten: nachstehend 2 a cc in fine.
- 111 Die Abweichungen einer neuen Regressrechnung von der früheren sind insbesondere immer dann sehr gering, wenn die Haftungsquote des Dritten unter etwa 80% liegt. Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie geringfügig sich die Regressforderung änderte, wenn bei Änderung der AHV/IV-Leistungen und des Schadens trotz gleichbleibender Ersatzforderungen die Regresserledigung revidiert würde.
- Grundlagen: Einkommen vor dem Unfall: 3000/Mt.; ganze Invalidenrente 1000/Mt.
Inv. = Invaliditätsgrad
Diff. = Differenz zwischen der früher errechneten und der bei neuer Regressrechnung sich ergebenden Regressforderung.

Zunahme des Inv.-Grades von 60* auf 70% Abnahme des Inv.-Grades von 70 auf 60%*

Inv.		60%	70%	Diff.
S [Fr./Mt.]	V [Fr./Mt.]	1800	2100	
		500	1000	[+]
e	E			
50%	900	0	0	0
60%	1080	0	0	0
70%	1260	50	160	90
80%	1440	200	340	140
90%	1620	350	520	170
100%	1800	500	700	200

Inv.		70%	60%	Diff.
S [Fr./Mt.]	V [Fr./Mt.]	2100	1800	
		1000	500	[-]
e	E			
50%	1050	0	0	0
60%	1260	160	50	90
70%	1470	370	225	145
80%	1680	580	400	180
90%	1890	790	500	290
100%	2100	1000	500	500

* Bei einer Invalidität zwischen 50 und 66.6% dürfen Ersatzforderungen und Schaden in der Regressrechnung insoweit nicht berücksichtigt werden, als sie demjenigen Teil der Invalidität entsprechen, der 50% übersteigt. Vgl. vorn § 18 B 2 und daselbst FN 43.

Ein Verzicht auf spätere Anpassung des Regresses bei Erhöhung der AHV/IV-Leistungen und Vergrößerung des Schadens ist also dann, wenn der vom Haftpflichtigen geschuldete Schadenersatz gleich bleibt, regelmässig problemlos¹¹².

c. Reduktion der AHV/IV-Leistungen

Da jeder Reduktion der AHV/IV-Leistungen eine Verringerung des Schadens entspricht, ist analog der vorangegangenen Ablehnung einer Regressrevision bei Erhöhung der AHV/IV-Leistungen und Vergrößerung des Schadens auch hier grundsätzlich auf eine Revision zu verzichten. Neben den AHV/IV-Leistungen hat sich mit dem Schaden auch der Bedarf des Geschädigten an entsprechenden Leistungen reduziert oder ist weggefallen¹¹³. Soweit aber kein durch die reduzierten AHV/IV-

Zunahme des Inv.-Grades von 40 auf 50%

Inv. S [Fr./Mt.] V [Fr./Mt.]	40% 1200 0	50% 1500 500	Diff. [+]
e E			
50% 600	0	0	0
60% 720	0	0	0
70% 840	0	0	0
80% 960	0	0	0
90% 1080	0	80	80
100% 1200	0	200	200

Abnahme des Inv.-Grades von 50 auf 40%

Inv. S [Fr./Mt.] V [Fr./Mt.]	50% 1500 500	40% 1200 0	Diff. [-]
e E			
50% 750	0	0	0
60% 900	0	0	0
70% 1050	50	0	50
80% 1200	200	0	200
90% 1350	350	0	350
100% 1500	500	0	500

Die Bedeutung solcher Änderung der Verhältnisse wird zudem in praxi häufig noch weiter eingeschränkt, weil – gerade bei jüngeren Versicherten/Geschädigten – das bei der Bemessung der AHV/IV-Renten massgebliche, auf der Vergangenheit beruhende, anrechenbare Einkommen sehr oft erheblich geringer ist, als das im Haftpflichtrecht zu berücksichtigende letzte oder mutmassliche künftige Einkommen. Damit nimmt mit der relativen Höhe der AHV/IV-Leistungen auch deren Gewicht in der Regressrechnung und die Höhe der Regressforderungen ab.

112 Wenn der Geschädigte gleichzeitig Anspruch auf eine UV-Rente hat, wird meist auch diese entsprechend revidiert. Da sie aber als Komplementärrente ausgerichtet wird (UVG 20 II, 31 IV), wird sich praktisch immer die Summe aus AHV/IV- und UV-Rente proportional mit dem Invaliditätsgrad und damit dem Schaden ändern.

113 Dies erkennt *Gilliard* in ZSR 86 (1967) II 294, wenn er postuliert, es sei der Witwe bei ihrer Wiederverheiratung die Differenz zwischen Regressbetrag und effektiv bezogenen SUVA-Leistungen zu erstatten.

Die Ausführungen in FN 111 und 112 hievon gelten analog und mögen auch hier der Erläuterung dienen.

Leistungen und die früher erhaltenen Schadenersatzleistungen nicht mehr gedeckter Schaden bleibt, würde eine Rückzahlung früherer Regressbeträge den Geschädigten bereichern¹¹⁴. Zwar hätte diese 'Bereicherung' im Ergebnis auch bei Liquidation mit dem Haftpflichtigen allein eintreten können, doch hätte der Geschädigte dann auch das Risiko getragen, bei Verschlechterung seiner Situation insgesamt entsprechend weniger zu erhalten, als sein zukünftiger Schaden tatsächlich ausmacht. Dieses Risiko hat ihm aber die AHV/IV weitgehend abgenommen. Als notwendiges Korrelat hiezu muss sie aber notwendigerweise auch in entsprechendem Umfang die Chance erhalten, eine im Ergebnis und bezogen auf den Einzeifall schliesslich zu hohe Kapitalabfindung zu erhalten.

d. Vorteil dieser Lösung

Diese Lösung wird dem Einzelfall dadurch gerecht, dass sie die Mittel, die die Haftpflichtigen für die einzelnen Schadenfälle insgesamt erbringen, entsprechend den sich erst später konkretisierenden Bedürfnissen der einzelnen Geschädigten fein verteilt¹¹⁵. Über- und Unterentschädigungen als Folge atypischer Entwicklung des Schadenfalles werden dadurch weitgehend vermieden.

Wenn aber bei zukünftiger Änderung der Verhältnisse eine Anpassung der Regresserledigung weder erforderlich noch überhaupt angebracht ist, so ist a fortiori auch eine nur mögliche, noch nicht näher erfassbare zukünftige Änderung der Verhältnisse nicht schon im voraus zu berücksichtigen.

Schliesslich ist auch eine bei der Liquidation schon bedingt voraussehbare Revision der Schadenerledigung bei entsprechender Änderung der Verhältnisse noch nicht schon im voraus zu berücksichtigen, denn hier steht für später allenfalls notwendige Korrekturen des Regresses wieder ein Substrat in Form der im Verhältnis zum Haftpflichtigen erforderlichen Nach- oder Rückzahlungen zur Verfügung.

Ein weiterer Vorteil der hier vorgeschlagenen Lösung besteht demnach darin, dass bei der Schaden- und Regressliquidation auf eine Abschätzung der Wahrscheinlichkeit späterer Rentenrevisionen verzichtet werden kann. Allfällige Korrekturen lassen sich nämlich im Zeitpunkt, in welchem ihre Notwendigkeit feststeht, durchführen. Dies vereinfacht und beschleunigt die Schadenerledigung ganz erheblich.

114 Eine solche Rückerstattung erwägt *Stein* in BJM 1979 14. Bereits 1926 hat das BGer jedoch ein ähnliches Ansinnen der Hinterlassenen eines invaliden und anschliessend – nach Zahlung des Regressbetrages durch den Haftpflichtigen an die Eidgenossenschaft – gestorbenen Wehrmannes abgelehnt (BGE 52 II 235).

115 Damit wird dem sozialversicherungsrechtlichen Solidaritätsprinzip Rechnung getragen (zu diesem: *Nef* in SJZ 77 (1981) 19).

2. Ausnahmsweise Regressrevision

a. Anwendungsfälle

aa. Erhebliche Diskrepanz zwischen wegfallenden AHV/IV-Leistungen und Verminderung des Schadens

Um eine Benachteiligung des Invaliden oder Hilflosen bei Besserung seines Gesundheitszustandes zu verhindern, ist der Regress immer dann zu revidieren, wenn die wegfallenden AHV/IV-Leistungen mehr ausmachen als die gleichzeitige Verminderung des Schadens, sodass der Geschädigte ohne Revision der Regresserledigung im Ergebnis wirtschaftlich schlechter gestellt wäre als ohne diese Besserung¹¹⁶. Dies wird dann besonders deutlich, wenn sich eine gerade noch zu einer halben IV-Rente berechtigende Invalidität geringfügig bessert und damit der Rentenanspruch wegfällt. Das Gesetz sieht nämlich keine teilweise Weitergewährung der AHV/IV-Leistungen im Umfange des nicht mehr anderweitig gedeckten Schadens vor¹¹⁷.

Die ausnahmsweise Revision der Regresserledigung trägt hier dem auch im Quotenvorrecht des Geschädigten verwirklichten Grundsatz Rechnung, dass die volle Schadensdeckung des Geschädigten den Vorrang vor dem Regress des Sozialversicherers hat. Es lässt sich somit rechtfertigen, die Verminderung von Schaden und Versicherungsleistungen hinsichtlich der Regressrevision in diesem speziellen Falle zu Gunsten des Geschädigten anders zu behandeln als deren Erhöhung, wo die Revision meist zu Gunsten der AHV/IV ausfallen würde. Diese Sonderbehandlung hat bereits eine Parallele im Sozialversicherungsrecht in Form der verbreiteten Besitzstandsgarantie¹¹⁸, die ebenfalls eine Verschlechterung der finanziellen Lage des Anspruchsberechtigten bei Veränderung der Verhältnisse verhindern soll¹¹⁹.

116 Wenn eine Invalidität von 50% auf 40% sinkt, entfällt die halbe IV-Rente, was für den Invaliden einen erheblichen Verlust bedeutet (vgl. das Beispiel in FN 81 hievore).

Nach Inkrafttreten des UVG werden für obligatorisch Versicherte auch die Folgen solcher Revisionen der IV-Rente meist vollständig ausgeglichen, da, sofern erforderlich, gleichzeitig die komplementäre UV-Rente entsprechend angepasst werden wird (UVG 20 II i.V.m. 22 I).

Die Rechtsprechung der französischen Cour de cassation in dieser Frage kritisiert *Le Roy* in RDS 1981 Chron. 121 ff.

117 Gleiches gilt beim Wegfall von Hilflosenentschädigungen. Einzig die Möglichkeit, nach IVG 28 I eine Härtefallrente auszurichten, erlaubt bei Wegfall der ordentlichen halben IV-Rente allenfalls eine Korrektur, die jedoch zusammen mit der gleichzeitigen Verminderung des Schadens wiederum zu einer unerwünschten Besserstellung des Geschädigten führen kann.

118 Vgl. AHVG 43bis IV; UeB AHVG 1.1.75: IV/II; 1.1.79: b III, d; UeB IVG 1.1.79: d.

119 Einen Verzicht auf für den Geschädigten nachteilige Rentenrevisionen schlägt *Gilliard* in ZSR 86 (1967) II 294 für den SUVA-Regress vor. Auch ein solcher Ausschluss von Rentenrevisionen wäre jedoch auf Rententeile zu beschränken, bei deren Wegfall ein Teil des Schadens plötzlich nicht mehr gedeckt wäre. Vgl. auch vorstehend D II 2 b bb und FN 83.

bb. Revision der Schadenerledigung

Die Regressfrage ist immer auch dann neu zu prüfen, wenn die haftpflichtrechtliche Schadenerledigung revidiert wird¹²⁰. Hier ändern sich nämlich die Ersatzforderungen selbst, also das *Objekt* der Subrogation, sodass die Ausgangslage für die Regresserledigung eine völlig andere ist als vorher. Da an der neuen Auseinandersetzung mit dem Haftpflichtigen regelmässig neben dem Geschädigten auch die AHV/IV wiederum beteiligt ist, stellt deren Durchführung keine besonderen praktischen Probleme.

cc. Ratio legis

Rentenrevisionen sind nach Erledigung des Regresses in jedem Falle noch zu berücksichtigen, wenn ihre Nichtberücksichtigung der ratio der Regressnormen klar widerspräche oder wenn eine Partei durch Berufung auf endgültige Erledigung des Regresses wider Treu und Glauben handelte. Von Bedeutung ist hier insbesondere jedes *venire contra factum proprium* des Geschädigten, soweit es nicht selbst als Verstoß gegen Treu und Glauben bereits den Widerruf eines früheren Verzichts auf AHV/IV-Leistungen unbeachtlich macht.

Wenn der Geschädigte nach Eintritt des Schadenfalles auf die Leistungen der AHV/IV verzichtet, unterbleibt eine Subrogation der AHV/IV, da er den Anschein erweckt, diese werde ihm gar keine Leistungen zu erbringen haben. Bei späterem wirksamem Widerruf dieses früheren Verzichts und nach Bezug der Ersatzleistung vom Haftpflichtigen besteht für die AHV/IV keine Regressmöglichkeit mehr. Sie erleidet dadurch einen bedeutenden Schaden durch Regressverkürzung, da sie ihre gesetzlichen Leistungen dennoch in voller Höhe zu erbringen hat. Der Geschädigte aber, der seinen Schaden meist schon vom Haftpflichtigen weitgehend ersetzt erhalten hat¹²¹, ist auf die Leistungen der AHV/IV oft gar nicht mehr dringend angewiesen. Zur Verhinderung einer Überentschädigung durch nachträgliche Kumulation von AHV/IV-Leistungen und Schadenersatz verlangt hier die ratio der Regressnormen eine Revision der Regresserledigung. Eine Berufung des Geschädigten auf endgültige Erledigung des Regresses würde hier, wo er selbst die Veränderung der Verhältnisse willentlich herbeigeführt hat, zudem gegen Treu und Glauben verstossen. Sie wäre geradezu rechtsmissbräuchlich und daher unbeachtlich.

¹²⁰ Vorstehend D II 1.

¹²¹ Bei erheblicher Kürzung der Ersatzleistungen, Illiquidität der Haftungsverhältnisse oder offensichtlicher Zahlungsunfähigkeit des Haftpflichtigen wird der Geschädigte kaum je auf die Leistungen der AHV/IV verzichtet haben.

Umgekehrt verlangt die ratio legis aber auch dann die Anpassung der Regresserledigung, wenn der Geschädigte erst nachträglich wirksam auf Leistungen der AHV/IV, für die diese bereits regressiert hat, verzichtet¹²².

Schliesslich ist die Regresserledigung zu Gunsten des Geschädigten zu revidieren, wenn die Verwaltung durch Rücknahme einer fehlerhaften und Erlass einer neuen Verfügung die Änderung der AHV/IV-Leistungen bewirkt hat¹²³.

b. Durchführung

Sehr einfach gestaltet sich eine Korrektur der Regresserledigung dann, wenn sie im Zusammenhang mit einer Revision der haftpflichtrechtlichen Schadenerledigung erfolgen kann. Weil sich hier Ersatzforderungen und Schaden gleichzeitig und parallel ändern, ist die Änderung der Regressforderungen geringer, und zur Korrektur des Regresses reichen die ohnehin anlässlich der Revision der Schadenerledigung erforderlichen Zahlungen aus.

Sonst ist zur Erfüllung von Ausgleichsansprüchen, die der Geschädigte gegenüber der AHV/IV hat, eine Geldzahlung oder ausnahmsweise die Retrozession noch bestehender Ersatzforderungen notwendig.

Wenn im umgekehrten Fall eine nachträgliche Subrogation der AHV/IV nicht mehr möglich ist, weil keine Ersatzforderungen mehr bestehen, hat die AHV/IV gegenüber dem Geschädigten allenfalls Schadenersatz- oder Bereicherungsansprüche wegen Regressverkürzung¹²⁴.

Wenn das vom Haftpflichtigen erhaltene Kapital beim Geschädigten nicht mehr vorhanden ist oder dessen Rückzahlung für ihn eine grosse Härte oder nicht zu rechtfertigende wirtschaftliche Einbusse zur Folge hätte¹²⁵, fällt eine Rückforderung des Kapitals durch die AHV/IV ausser Betracht. Die AHV/IV hat dann meist noch die Möglichkeit, ihre Rentenleistungen mit ihren Ansprüchen gegen den Geschädigten zu verrechnen¹²⁶. Auch hier ist, in gleicher Weise wie bei der Subrogation, die Identität der gegenseitig zu verrechnenden Leistungen erforderlich¹²⁷.

122 An das sozialversicherungsrechtlich schutzwürdige Interesse des Geschädigten am Verzicht sind dabei höhere Anforderungen zu stellen als bei Verzicht vor oder bei der Regresserledigung. Hier ist ein Interesse gerade an der Änderung der früheren Situation zu verlangen. Wenn ein solches aber fehlt, ist schon der Verzicht unwirksam, und die Frage nach einer Revision der Regresserledigung stellt sich gar nicht mehr.

123 Vorstehend D III 1 c.

124 Vorn § 8 B 3.

125 Dies etwa dann, wenn die Witwe oder der Invalide mit dem Kapital ein eigenes Geschäft eröffnet hat, das verkauft oder mit Verlust liquidiert werden müsste.

126 Zur Verrechnung: vorn § 8 D.

127 Die Sozialversicherungsleistungen sind möglichst ihrem Zweck entsprechend zu verwenden (AHVG 45; IVG 50). Der Zweck von Renten aber ist die Sicherstellung des Lebensunterhaltes in der entsprechenden Bemessungsperiode. Er wurde daher bei Verrechnung der

Die Verrechnung kann dabei nur insoweit zulässig sein, als sich die Rückforderungs- und Rentenbeträge auf dieselbe Rechnungsperiode, in der Regel also auf denselben Monat, beziehen.

Nur wenn der Haftpflichtige den ganzen Schaden ersetzt hat, kann durch Verrechnung auch die ganze entsprechende AHV/IV-Rente dahinfallen, da nur dann die AHV/IV den Kapitalwert ihrer vollen Leistung hätte regressweise zurückfordern können. In allen anderen Fällen erlischt die Rente dagegen nur teilweise durch Verrechnung, und zwar im Verhältnis der Beträge, die die AHV/IV regressweise netto hätte erhalten können, zum Wert ihrer entsprechenden eigenen Leistungen. Dabei ist in zahlenmässig einfachen Fällen eine direkte Berechnung der zu verrechnenden Leistungen aufgrund der entsprechenden Monatsbeträge möglich, sodass hier die Kapitalisierung der AHV/IV-Leistungen, deren proportionale Aufteilung in hypothetisch durch den Regress gedeckte und nicht gedeckte Leistungen sowie die anschliessende Rückrechnung auf eine Rente oft entbehrlich werden und praktisch nur noch dann erforderlich sind, wenn die Ersatzansprüche des Geschädigten in einem Pauschalvergleich festgesetzt worden sind und sich so den Rentenleistungen der AHV/IV nicht direkt gegenüberstellen lassen¹²⁸.

Die Verrechnung von Forderungen der AHV/IV gegen die Anspruchsberechtigten mit fälligen Leistungen an diese lässt das Gesetz zwar generell zu¹²⁹, doch darf dadurch der Leistungszweck nicht vereitelt werden¹³⁰. Der Vorbehalt des Leistungszwecks, also der Sicherung der elementarsten materiellen Bedürfnisse des Anspruchsberechtigten, hindert aber die Verrechnung nur solange und insoweit, als dem Geschädigten nicht sonstige Mittel zur Bestreitung seines und seiner Familie Unterhalts zur Verfügung stehen. Schadenersatz- oder Bereicherungsansprüche der AHV/IV wegen Regressverkürzung setzen aber notwendigerweise voraus, dass dieser auch über nicht unbedeutende Schadenersatzforderungen gegen Dritte verfügt hat, aus deren Wert sich sein Lebensunterhalt durchaus bestreiten lässt¹³¹. Die Gefahr einer finanziellen Notlage des Geschädigten besteht somit auch bei vollständiger Tilgung der AHV/IV-Renten durch Verrechnung nur selten. Wenn die Ersatzforderungen des Geschädigten seinen Schaden aber nicht voll gedeckt haben, sind auch die Ersatzansprüche der AHV/IV aus Regressverkürzung bedeutend geringer als ihre Renten, welche dadurch auch höchstens teilweise durch Verrechnung getilgt werden

Renten mit sachlich oder zeitlich inkongruenten Forderungen nicht gewährt.

Vgl. zur Gleichartigkeit der Forderungen als Voraussetzung der Zulässigkeit einer Verrechnung im Sozialversicherungsrecht: *Gitter* in NJW 1979 1027.

128 Dies ist allerdings in schweren Fällen, um die es ja beim Regress der AHV/IV meist geht, praktisch sehr häufig.

129 AHVG 20 II; IVG 50. Vgl. vorn § 8 D.

130 AHVG 45 verlangt eine in diesem Sinne eingeschränkte Auslegung von AHVG 20 II.

131 Ein Verzicht des Geschädigten auf AHV/IV-Leistungen trotz geringer Ersatzpflicht des Dritten ist selten.

können. Hier verbleibt dem Geschädigten also immer eine Restrente¹³², die zu den Erträgen der noch vorhandenen Kapitalteile hinzutritt und ihm so praktisch immer einen ausreichenden Lebensunterhalt sicherstellt. Daneben verbleiben ihm noch all jene Rententeile, für die bei der Schadenerledigung gar keine Subrogation möglich gewesen wäre¹³³, wo daher mangels Regressverkürzung auch keine Verrechnung möglich ist.

Damit hätte eine Verrechnung von Forderungen der AHV/IV aus Regressverkürzung praktisch kaum je zur Folge, dass zum Lebensunterhalt des Geschädigten oder seiner Familie unbedingt erforderliche Leistungen diesen vorenthalten würden. Und in solchen Ausnahmefällen schliesst bereits das Gesetz jede Verrechnung aus¹³⁴, sodass der Zweck der AHV/IV-Leistungen gar nie ernstlich in Frage gestellt werden können.

Die periodische Verrechnung von Ersatzansprüchen der AHV/IV aus Regressverkürzung mit fälligen Leistungen ist damit als generell zulässig anzusehen, denn sie ist für den Geschädigten regelmässig bedeutend günstiger als die Rückforderung von Kapitalbeträgen, und sie wird damit dem Prinzip der Verhältnismässigkeit eher gerecht.

132 Dazu drei Beispiele. Es habe jeweils ein 28jähriger Mann wegen einer Invalidität von 2/3 einen Schaden von 2000/Mt. erlitten. Er hat Anspruch auf eine ganze IV-Rente von ca. 1000/Mt., für die er der IV durch Bezug des gesamten Schadenersatzes den Regress verteilt hat.

a) Bei *voller Ersatzpflicht* des Dritten hätte die IV den gesamten Kapitalwert ihrer Rente regressweise zurückerhalten. Statt dessen hat nun der Geschädigte den gesamten Schadenersatz (480'000) ohne Abzug der theoretischen Regressforderungen der IV (240'000) erhalten. Da diese einer Rente von monatlich 1000 entsprechen, kann die IV später, wenn der Geschädigte seine Rentenansprüche geltend macht, die Rente voll mit ihren Ersatzansprüchen verrechnen.

b) Bei einer *Ersatzquote von 75%* hätte die IV vom Haftpflichtigen nur die Hälfte ihrer Rente ($V\ 1000 + E\ 1500 - S\ 2000 = R\ 500$) regressweise erhalten. Die andere Hälfte hätte sie ohnehin selbst tragen müssen. Entsprechend hat ihr der Geschädigte auch nur im Umfange von 500/Mt. den Regress verkürzt, und nur insoweit ist eine Verrechnung mit künftigen Renten möglich, sodass dem Geschädigten immer eine Restrente von 500/Mt. bleiben wird.

c) Bei einer *Ersatzquote von 50%* und *Kürzung der IV-Rente um 20%* wegen Selbstverschuldens (gekürzte Rente: 800/Mt.) hätte die IV nur in Höhe eines monatlichen Rentenanteils von 400 regressieren können ($\frac{V\ 800}{S\ 2000} \times E\ 1000 = R\ 400$). Damit kann später auch nur dieser Betrag monatlich verrechnet werden, und dem Geschädigten bleibt eine Restrente von 400/Mt.

133 Dazu gehören Zusatz- und Kinderrenten, sofern der/die Invalide erst nach der Schadenerledigung geheiratet oder Kinder bekommen hat, sowie Entschädigungen für nach der Schadensliquidation eingetretene und damals nicht voraussehbare und damit nicht entschädigte Hilfslosigkeit.

134 AHVG 20 II, ausgelegt im Sinne von AHVG 45; für IV i.V.m. IVG 50. Vgl. jetzt auch UVG 50.

§ 26 Änderung des Schadens ohne Änderung der AHV/IV-Ansprüche

Der Schaden, wie er im Zeitpunkt seiner Liquidation berechnet wird, also die Summe aller bereits konkret angefallenen sowie aller voraussichtlich zu erwartenden künftigen Schadensteile, steht zwar fest, doch können sich später einzelne Schadensteile durchaus abweichend von den Verhältnissen entwickeln, wie sie im Zeitpunkt der Liquidation angenommen worden sind. So kann etwa eine Erwerbseinbusse, die bei der Schadenerledigung mit 2000/Mt. veranschlagt worden ist, später auf 2500/Mt. steigen oder auf 1500/Mt. sinken. In diesem Sinne, bezogen auf zukünftige Zeitabschnitte, ist hier von Änderungen des Schadens die Rede. Sie berühren zwar häufig die Leistungspflicht der AHV/IV nicht, könnten aber dennoch einen bedeutenden Einfluss auf eine allfällige neue Regresserledigung haben.

A. Voraussehbare und statistisch erfassbare Änderungen

Die finanzielle Einbusse, die Invalide und Hinterlassene erleiden, bleibt nicht immer konstant, sondern unterliegt gewissen, empirisch festgestellten und teilweise voraussehbaren Änderungen. So kann die reale jährliche Erwerbseinbusse eines Invaliden später zunehmen, wenn er ohne Invalidierung mit einem beruflichen Aufstieg hätte rechnen können. Umgekehrt kann sich der Versorgerschaden von Kindern mit der Zeit insoweit verringern, als auch die Leistungen des Versorgers reduziert worden wären. Der Versorgerschaden einer Witwe wiederum nimmt in dem Verhältnis zu, in dem einerseits das Einkommen des verstorbenen Ehemannes gestiegen wäre und sich andererseits nach dem Wegfall der Kinder als Versorgte ihre eigene Versorgungsquote erhöht hätte.

Derartige, voraussehbare Änderungen werden im Haftpflichtrecht bereits im Rahmen der Schadensberechnung berücksichtigt. Entweder wird auf einen durchschnittlichen künftigen Schaden abgestellt¹, oder es wird der Schaden für verschiedene Zeitabschnitte gesondert berechnet und kapitalisiert.

Analog ist auch bei der Regressberechnung der AHV/IV zu verfahren. Auf die Ersatzforderungen für einen durchschnittlichen Schaden können die kapitalisierten Regressbeträge der AHV/IV direkt angerechnet werden, während bei nach verschiedenen Zeitabschnitten getrennter Schadens- und Ersatzberechnung auch die Regressrechnung entsprechend zeitlich zu gliedern ist.

Soweit zukünftige Änderungen des Schadens bereits im voraus statistisch berücksichtigt worden sind, entfällt immer eine spätere Revision der Regresserledigung.

¹ *Oftinger* 205; *Stauffer/Schaetzle* 40 f.; *Szöllösy* 86. Auch bei der Kapitalisierung von Witwen- und Waisenrenten empfiehlt sich die Annahme einer durchschnittlichen und konstanten Versorgungsquote: *Stauffer/Schaetzle* 172 f.

B. Nicht voraussehbare Änderungen des Schadens

Da jeder Invaliditätsschaden weitgehend vom jeweiligen Gesundheitszustand des Invaliden abhängig ist, kann er sich jederzeit und unerwartet ändern, ohne dass die AHV/IV-Leistungen dadurch unbedingt berührt würden. So beeinflusst etwa eine Änderung des Invaliditätsgrades zwischen 67 und 100% sowie zwischen 50 und 66% die Renten der IV nicht, wirkt sich jedoch auf den haftpflichtrechtlichen Schaden immer direkt aus².

Wenn sich die Änderung auf solche Teile des Schadens und der Ersatzforderungen beschränkt, die mit den Leistungen der AHV/IV entweder persönlich, sachlich oder zeitlich nicht identisch sind, fällt ihre Berücksichtigung von vorneherein ausser Betracht. So sind insbesondere bei IV-Renten alle Änderungen des Invaliditätsgrades innerhalb des Bereiches von 50–66% für den Regress ohne Bedeutung, da hier die IV nur eine halbe Rente leistet, welche einem Invaliditätsgrad von genau 50% entspricht³. Schadensteile dagegen, die mit den AHV/IV-Leistungen kongruent sind und die ihnen entsprechenden Teile der Ersatzforderungen haben die frühere Regresserledigung mit beeinflusst, sodass diese bei früherer Änderung hätte anders ausfallen können. Nur auf solche Änderungen ist daher im folgenden einzugehen.

1. Änderung des Schadens und der Ersatzforderungen

Bei Änderung des Schadens kann unter Umständen auch die Schadenerledigung revidiert werden, was zur Änderung der durch Urteil oder Vergleich festgesetzten Ersatzforderungen führt. Dies ist dann möglich, wenn die tatsächliche Entwicklung erheblich von den Vorstellungen der Parteien bei der Schadenerledigung abweicht⁴.

a. Vergrösserung des Schadens und Erhöhung der Ersatzforderungen

Ein nach dem Haftpflichtereignis zu 70% Invalider bezieht eine ganze IV-Rente, für die die IV bereits regressiert hat. Er hat die restlichen Ersatzleistungen vom Haftpflichtigen erhalten. Nach acht Jahren macht ihn eine Spätfolge desselben Ereignisses unerwartet völlig erwerbsunfähig. Zusätzliche Schadenersatzansprüche kann er immer noch geltend machen, während die IV-Rente unverändert bleibt.

2 Ob sich mit dem Schaden auch die AHV/IV-Ansprüche ändern, ist dabei immer nur im Rahmen identischer Leistungen zu prüfen.

3 Vgl. vorne § 18 FN 42.

4 Literaturhinweise vorn § 25 FN 52.

aa. Quotenvorrecht des Geschädigten

Bei nur teilweiser Ersatzpflicht trägt hier die AHV/IV immer bis auf die Höhe ihrer kongruenten Leistungen die vom Haftpflichtigen nicht zu ersetzende Quote des Schadens, denn für diesen Betrag kann sie niemals regressieren. Wenn sich bei Erhöhung des Schadens und gleichbleibender Ersatzquote die Ersatzforderungen erhöhen, vergrössert sich im selben Verhältnis auch der vom Haftpflichtigen nicht zu ersetzende Teil des Schadens. Bei Revision der Regresserledigung müsste die AHV/IV im Umfang der Erhöhung des ungedeckten Schadens den Wert bereits realisierter Regressforderungen erstatten⁵.

bb. Quotenteilung bei Leistungskürzung der AHV/IV

Wenn eine Änderung des Schadens zur Anpassung der Ersatzforderungen führt, bleibt die Ersatzquote und damit das Verhältnis der Ersatzforderungen zum Schaden gleich⁶. Da aber bei Quotenteilung die Regressforderungen der AHV/IV gleich dem Produkt aus AHV/IV-Leistungen und Ersatzquote des Haftpflichtigen sind⁷, bleibt auch ihre Höhe unverändert. Eine neue Regressrechnung ist hier immer unnötig.

b. Verminderung des Schadens und der Ersatzforderungen

Die Reduktion der Ersatzforderungen bei Änderung der Verhältnisse ist von geringer praktischer Bedeutung, obwohl sie von den Parteien im Vergleich oder vom Richter nach OR 46 II auch zu Gunsten des Haftpflichtigen vorbehalten werden kann⁸.

Der Regress ist dabei für die Zukunft aufgrund der neuen Schadens- und Ersatzsummen neu zu berechnen. Differenzbeträge gegenüber der alten Regressrechnung sind dabei auf den für die erste Schadens- und Regresserledigung massgeblichen Zeitpunkt als bis zur jetzigen Änderung aufgeschobene Renten zu kapitalisieren, bis dahin zum Kapitalisierungszinsfuss zu verzinsen⁹ und dem Haftpflichtigen zurückzuerstatten.

5 Analogieschluss aus AHVG 48quater III Satz 2.

6 Ersatzquote (e) = $\frac{E}{S} = \frac{E + \Delta E}{S + \Delta S}$.

7 Vgl. die Formeln vorn, Kap. 5, FN 3 vor § 25.

8 Kritik an OR 46 II: *Gilliard* in ZSR 86 (1967) II 240 f.

9 Vgl. vorn § 25 D II 1 b, nach N 62.

c. Änderung nur der Direkt- oder nur der Regressforderungen

Diesbezüglich sei auf das vorn § 25 (D II 1 c) im Zusammenhang mit Änderungen der AHV/IV-Leistungen Gesagte verwiesen, das analog auch hier gilt.

d. Berücksichtigung in der Praxis

Jede Revision der haftpflichtrechtlichen Schadenerledigung erfordert immer auch eine neue Berechnung der Direkt- und der Regressforderungen sowie deren Berücksichtigung im Verhältnis des Haftpflichtigen zur von der Änderung betroffenen Partei; denn mit den Ersatzforderungen hat sich das Objekt der Subrogation selbst geändert, ohne dass dies bereits im voraus im Rahmen einer Wahrscheinlichkeitsrechnung berücksichtigt und damit erledigt worden wäre.

Die Berücksichtigung der Regressänderung lässt sich hier regelmässig mit der Nach- oder Rückzahlung von Schadenersatzbeträgen verbinden und stellt so keine praktischen Probleme¹⁰.

2. Änderung des Schadens ohne Änderung der Ersatzforderungen

In praxi bleiben weitaus die meisten Änderungen des Schadens, soweit sie nach dessen Liquidation eintreten, ohne Einfluss nicht nur auf die Leistungen der AHV/IV, sondern auch auf den vom Dritten geschuldeten Ersatz¹¹. Dennoch würde eine Regressrechnung nach der Änderung oft anders ausfallen als die frühere.

a. Vergrößerung des Schadens

Soweit dem Geschädigten das Quotenvorrecht zusteht, würde jede Vergrößerung des Schadens direkt die Regressansprüche der AHV/IV vermindern. Dasselbe Resultat ergäbe sich bei Quotenteilung, da das Verhältnis der Versicherungsleistungen zum Schaden bei dessen Vergrößerung entsprechend kleiner wird.

¹⁰ Vgl. vorn § 25 D IV 2 a bb, bei N 120.

¹¹ Vgl. vorn § 25 D II 2 a, vor N 67.

b. Verminderung des Schadens

Bei Verminderung des Schadens ergäben sich in Umkehrung des vorher Gesagten für die AHV/IV grössere Regressansprüche, sofern sie nicht bereits durch den früheren Regress für ihre Leistungen voll gedeckt worden ist.

c. Berücksichtigung in der Praxis

Auf eine Revision der Regresserledigung ist trotz der Abweichungen, die sich gegenüber der früheren Regressrechnung ergeben, aus folgenden Gründen zu verzichten:

Es geht hier ausschliesslich um relativ geringfügige Veränderungen des Schadens, die weder zu einer Revision der Schadenerledigung noch zu einer solchen der AHV/IV-Leistungen führen. Sie würden sich damit auch dann, wenn dem Geschädigten nur entweder die Schadenersatz- oder die Versicherungsansprüche zustünden, allein zu seinen Gunsten oder Lasten auswirken.

Zudem besteht auch hier ein Gleichgewicht zwischen dem Risiko einer späteren Verschlimmerung des Schadens einerseits und der Chance einer zukünftigen Verbesserung andererseits. Beide trägt der Geschädigte aber auch hier nur noch in sehr begrenztem Masse, weil bei grösseren Änderungen die AHV/IV-Leistungen und allenfalls der Schadenersatz revidiert werden¹².

Schliesslich würde eine Korrektur der Regresserledigung bei blosser Veränderung des Schadens diejenigen Geschädigten, die dank ausserordentlichem Willen und persönlichem Einsatz eine Minderung des Schadens erreichen, gegenüber den anderen insofern benachteiligen, als sie um die Früchte ihrer besonderen Anstrengung kämen. Die Folge wäre eine vermehrte Gleichgültigkeit der Geschädigten in bezug auf die Entwicklung insbesondere ihrer Erwerbsfähigkeit, denn deren Verbesserung käme ihnen im Ergebnis nicht mehr wirtschaftlich zugute, während ihnen eine Verminderung, die allenfalls vermeidbar gewesen wäre, auch nachträglich noch durch Rückerstattung von Regressbeträgen ausgeglichen würde. Die bekannte Rentnermentalität, welcher die Haftpflichtpraxis durch Kapitalisierung des Schadenersatzes seit jeher erfolgreich vorbeugt, würde so wieder gefördert. Dies aber widerspräche letztlich auch dem Grundsatz des Sozial- und insbesondere Invalidenversicherungsrechts, wonach die Eingliederung vor dem Ersatz des Invaliditätsschadens den Vorrang hat¹³. Zugleich wäre dies ein bedauernswerter Rückschritt innerhalb des Systems der Wiedergutmachung von Körperschäden.

¹² Vgl. dazu auch vorn § 25 D IV 1, nach N 108.

¹³ Zum Grundsatz 'Eingliederung vor Rente': *Maurer* SVR II 198 f.; *Nuscheler Fritz*, Invalidenversicherung: Ist der Grundsatz 'Eingliederung vor Rente' gefährdet?, SZS 24 (1980) 30 ff.

§ 27 Änderung der Schadenersatzforderungen bei unverändertem Schaden

Nur selten ändern sich Ersatzforderungen nach der Schadenerledigung völlig unabhängig vom Schaden¹. Dennoch ist eine solche Änderung durch Parteivereinbarung, erfolgreiche Anfechtung eines Vergleichs wegen Willensmängeln oder Revision eines Urteils mit prozessrechtlichen Mitteln möglich. Sie wird bei feststehendem Schaden meist die Ersatzquote des Haftpflichtigen oder die Frage seiner Haftung als solche betreffen. Die in Frage stehenden Änderungen werden meist mit Wirkung *ex tunc* eintreten, da sie auf Tatsachen beruhen, die sich direkt auf die Haftungsfrage selbst beziehen. Deshalb ist auch eine neue Ersatz- und Regressberechnung auf den Zeitpunkt der früheren Schadenerledigung vorzunehmen.

Bei Erhöhung oder erst nachträglicher Zusprechung von Schadenersatz werden sich allfällige Regressansprüche der AHV/IV vergrössern, oder sie werden erst dann entstehen, während sie sich im umgekehrten Fall vermindern oder ganz wegfallen.

In all diesen Fällen ist der Regress neu zu berechnen, da die Änderung der Ersatzforderungen das Objekt der Subrogation und damit die Grundlage der Regressrechnung *ex tunc* ändert. Die anschliessende Liquidation ist deshalb problemlos, weil einerseits die AHV/IV in erst nachträglich entstehende Teile der Ersatzforderungen ohnehin unmittelbar mit deren Entstehung subrogiert, während umgekehrt die für nachträglich wegfallende Forderungsteile bereits bezogene Leistungen in jedem Falle, also unabhängig von Leistungspflicht und Regressrecht der AHV/IV, wieder dem Haftpflichtigen zurückzuerstatten sind. Der Geschädigte hat also insbesondere nie mehr zurückzuerstatten, als wenn er von vorneherein ausschliesslich mit dem Haftpflichtigen liquidiert hätte.

¹ Änderung der Ersatzforderungen wegen Änderung des Schadens: vorn § 26 B; bei gleichzeitiger Revision auch der AHV/IV-Leistungen: vorn § 25 D II 1.

§ 28 Teuerung

Das Problem der Geldentwertung stellt sich nur insoweit, als Ersatz für zukünftige Schäden oder Regressummen für künftige Versicherungsleistungen zu berechnen sind. Die Teuerung zwischen Schadenereignis und Urteilstag wird nämlich schon dadurch berücksichtigt, dass auf den tatsächlichen Verdienstausschlag, die tatsächlichen Kosten oder die wirklich erbrachten Versicherungsleistungen abgestellt wird¹. Der künftigen Teuerung wird sowohl im Haftpflichtrecht als auch im Sozialversicherungsrecht Rechnung getragen².

Im Haftpflichtrecht gleicht die Anwendung eines seit langem konstanten Kapitalisierungszinssatzes von 3 1/2% dem Geschädigten die Teuerung weitgehend oder vollständig aus³. Demgegenüber hat der Bundesrat die Renten der AHV/IV regelmässig an den vom Lohn- und Preisindex abhängigen Rentenindex anzupassen⁴.

Ein Übergang zu Haftpflichtrenten und deren Indexierung ist dagegen strikte abzulehnen. Wenn sich auch viele Fragen im Zusammenhang mit dem Regress der AHV/IV, so scheinbar auch diejenige des Teuerungsausgleichs, mittels indexierter Renten einfach lösen liessen, so verbieten nebst den grundsätzlichen Nachteilen der Rente gegenüber dem Kapital⁵ vor allem ökonomische und versicherungstechnische Überlegungen einen Übergang zu indexierten Renten auch im Haftpflichtrecht⁶.

Die Indexierung der AHV/IV-Renten und der sich durch die Kapitalisierung auch auf dem Schadenersatz ergebende Teuerungsausgleich verlangen jedoch, dass auch die Regressrechnung die zukünftige Teuerung berücksichtigt. Einerseits soll nämlich der Regress der AHV/IV auch spätere Indexzuschläge auf den Renten decken, und andererseits soll nicht der Geschädigte die Rentenindexierung mit dem auf die Regressforderungen entfallenden Anteil des durch Kapitalisierung zu 3 1/2% sich ergebenden Teuerungsausgleichs kumulieren und sich so auf Kosten der AHV/IV bereichern können.

1 Szöllösy in ZBJV 112 (1976) 20 f. Eine Ausnahme macht der Versorgerschaden, der auf den Todestag zu kapitalisieren ist.

2 Bussy 9 ff.

3 BGE 101 II 352; n.p. BGE vom 15. Juni 1976 i.S. Arnold/La Vaudoise; Rüedi Jean-Pierre, Schiedsrichter-Entscheid vom 21. März 1975 i.S. Scherz/Zürich (n.p.); Stauffer/Schaetzle in SJZ 71 (1975) 120; Szöllösy in ZBJV 112 (1976) 40; Ofringer 224. Die Bedenken von Bussy (19) vermögen nicht zu überzeugen und wurden widerlegt von Stauffer/Schaetzle l.cit. Nur bei sehr starker Teuerung ist der Ausgleich nicht mehr gewährleistet. Den Zusammenhang zwischen Teuerungsquote und Kapitalisierungszinssatz zeigt W. Suter in SJZ 67 (1971) 221 f.

4 AHVG 33ter; BV 34quater II. Per 1. Januar 1982 wurden die Renten um 12.72% erhöht. Die maximale einfache Alters- bzw. ganze Invalidenrente beträgt jetzt 1240. (vom 1.1. 80 bis 31.12.81: 1100.—).

5 Dazu vorn § 7 B.

6 Ausführlich hiezu: Szöllösy in ZBJV 112 (1976) 39 f. Vgl. Räber in ZfV 30 (1979) 612. Weber in ZSR 100 (1981) I 177 befürwortet eine Indexierung von Schadenersatzrenten.

Die in dieser Arbeit dargestellten Berechnungsmethoden für Regress- und Restforderungen tragen durchwegs diesen Postulaten bereits Rechnung. Dadurch nämlich, dass der Regressanspruch nach den gleichen Grundsätzen kapitalisiert wird wie der Schadenersatz, geht von selbst auch der im Kapital enthaltene Teuerungsausgleich anteilmässig auf die AHV/IV über. Diese Lösung entspricht im übrigen allein dem Prinzip der Subrogation, indem die Zessionarin die Forderungen auch hinsichtlich des Teuerungsausgleiches, also in qualitativer Hinsicht, genau so erwirbt, wie sie dem Geschädigten selbst zugestanden haben. Damit bleibt für eine gesonderte Berücksichtigung der Teuerung beim Regress kein Raum mehr⁷.

ohne sich jedoch mit den damit verbundenen praktischen (insbesondere versicherungstechnischen) Problemen auseinanderzusetzen.

⁷ Die Praxis berücksichtigt dies bereits seit Jahren beim Regress der SUVA und neuerdings auch bereits bei demjenigen der AHV/IV, indem sie zu Recht auch für in Zukunft zu zahlende Renten die im Zeitpunkt der Regresserledigung geltenden Beträge kapitalisiert. Ausführlich und objektiv-kritisch mit dem Problem 'Subrogation und Geldentwertung' setzt sich *Morandi* in FS Reimer Schmidt 801 ff. auseinander. Er befürwortet die Berücksichtigung der Geldentwertung, ohne jedoch nähere Angaben über den Modus dieser Berücksichtigung zu machen. Die in der Schweiz übliche 'automatische' Berücksichtigung der Teuerung bei der Kapitalisierung (vorstehend bei N 3 und FN 3) wird aber den Postulaten *Morandis* ohne weiteres gerecht.

§ 29 Zusammenfassende Folgerungen für die Praxis

Der Regress der AHV/IV ist immer eine Funktion dreier Variablen: Schaden, Ersatzforderungen und Versicherungsleistungen. Dem Schaden und den AHV/IV-Leistungen kommt dabei jedoch eine völlig andere Funktion zu als den Ersatzforderungen. Diese sind selbst das Objekt der Subrogation. Jene dagegen bestimmen deren Umfang durch ihre Relation unter sich und zur Ersatzforderung.

Da jede Änderung der Ersatzforderungen ihrem Zweck entsprechend immer direkt das Verhältnis zum Haftpflichtigen betrifft, ändert sich dabei immer auch gleichzeitig das Objekt der Subrogation selbst, das ja in rein rechnerisch feststellbarem Umfange der AHV/IV zusteht. Da die Änderung die Ersatzforderungen als Ganzes und unabhängig davon betrifft, ob und in welchem Umfange sie auf die AHV/IV übergegangen sind, lässt sie sich insbesondere weder dem auf die AHV/IV übergegangenenen, noch dem dem Geschädigten verbliebenen Teil der Ersatzforderungen zuordnen. Weil sich damit die Grundlage der Regressliquidation ändert, ist eine entsprechende Korrektur, also eine Revision der Regresserledigung, unumgänglich, sofern die Änderung der Ersatzforderungen nicht bereits im voraus berücksichtigt worden ist.

Änderungen des Schadens und der AHV/IV-Leistungen bei gleichbleibender Ersatzpflicht des Dritten berühren diesen nicht. Eine neue Auseinandersetzung mit ihm entfällt somit. Im Verhältnis zwischen dem Geschädigten und der AHV/IV dagegen könnte sich zwar die Relation der Regress- zu den Restforderungen ändern. Dabei würde allerdings den Bedürfnissen insbesondere des Geschädigten oft nicht in zureichendem Masse Rechnung getragen, da die unveränderten Ersatzforderungen auch nicht mehr der neuen Schadenshöhe entsprechen.

Allein die Nichtberücksichtigung solcher Änderungen des Schadens und/oder der AHV/IV-Leistungen wird den allermeisten Fällen gerecht, indem so die Leistungen der AHV/IV zusammen mit ihrem Regress eine weitgehend den Bedürfnissen des Einzelfalles angepasste Feinverteilung der insgesamt von den Haftpflichtigen aufgebrachtten Mittel gewährleisten. Nachträgliche Änderungen nur der AHV/IV-Leistungen und/oder des Schadens sind im Regressverhältnis zwischen dem Geschädigten und der AHV/IV nur dann noch zu berücksichtigen, wenn eine Verringerung des Schadens wegen des damit verbundenen Wegfalls der AHV/IV-Leistungen den Geschädigten im Ergebnis schlechter stellen würde, oder wenn sonst aufgrund besonderer Umstände eine Partei durch Berufung auf definitive Erledigung des Regresses wider Treu und Glauben handeln würde.

Änderungen der Verhältnisse dürfen also nur dann zu einer nachträglichen Revision der Regresserledigung führen, wenn sich entweder auch aus irgendeinem Grunde die Ersatzpflicht des Haftpflichtigen ändert, oder aber, wenn der Grundsatz von Treu und Glauben eine Revision gebietet.

In allen übrigen Fällen ist der Regress endgültig erledigt.

6. KAPITEL: KONSEQUENZEN

§ 30 Konsequenzen für die Schadenerledigung

A. Festsetzung des Schadenersatzes

Unabhängig davon, ob ein Sozialversicherer leistungspflichtig und allenfalls regressberechtigt ist, sind für alle Fragen, die die Haftung an sich, die Schadensberechnung und die Ersatzbemessung betreffen, ausschliesslich die entsprechenden Haftpflichtbestimmungen meist des Bundeszivilrechts massgeblich¹.

Sofern aber die AHV/IV weder in den Vergleichsverhandlungen des Geschädigten mit dem Haftpflichtigen durch einen Vertreter des BSV, der SUVA oder EMV ihre Interessen wahrt, noch im voraus die Anerkennung des Vergleichs zwischen dem Geschädigten und dem Haftpflichtigen hinsichtlich der Haftungsfrage, des Schadens und der Ersatzquote zugesichert hat, muss sich der Haftpflichtige vor Vergleichsabschluss oder im Prozess vom Geschädigten zusichern lassen, dass dieser seine AHV/IV-Ansprüche nicht geltend machen wird oder auf sie bereits verzichtet hat. Denn ohne solche Zusicherung des Geschädigten müsste der Haftpflichtige regelmässig zumindest damit rechnen, dass der Geschädigte Leistungen der AHV/IV bezieht, und er dürfte kaum je gutgläubig annehmen, dieser sei noch alleiniger Gläubiger der Ersatzforderungen und als solcher zum selbständigen Vergleichsabschluss befugt.

Wenn sich dagegen der Haftpflichtige in gutem Glauben auf eine Zusicherung des Geschädigten verlassen hat und nach den Umständen hat verlassen dürfen², wird er, wenn die Subrogation der AHV/IV dennoch bereits erfolgt sein sollte, in analoger Anwendung von OR 167 den mit dem Geschädigten gutgläubig abgeschlossenen Vergleich hinsichtlich Schadenshöhe und Ersatzquote auch der AHV/IV als Zessionarin entgegenhalten können. Diese hat alsdann gegebenenfalls ihren eigenen Versicherten wegen Regressverkürzung ins Recht zu fassen.

1 OR 41 ff., 97 ff. sowie Spezialgesetze, die häufig für bestimmte Fragen wiederum auf das OR verweisen; z.B. SVG 62 I; LFG 79. Vgl. dazu Stark in ZSR 86 (1967) II 74 f.

2 ZGB 3 II.

*B. Sicherung der Regressansprüche der AHV/IV
und Verhinderung doppelter Zahlung des Haftpflichtigen*

1. Grundsatz: Anrechnung auf den Schadenersatz

Die Regressforderung der AHV/IV muss sich der Geschädigte vom Haftpflichtigen auf seinen Schadenersatz anrechnen lassen, was als ungeschriebener, selbstverständlicher Grundsatz³ seit eh und je beim Regress der privaten Schadensversicherer und der SUVA anerkannt ist und von der ratio der Regressnormen direkt gefordert wird.

Umgekehrt *muss* der Haftpflichtige dem Geschädigten die Regressforderungen auf den Schadenersatz anrechnen, denn insoweit, als er weiss oder wissen müsste, dass die Forderungen der AHV/IV zustehen, befreit ihn Zahlung an den Geschädigten nicht mehr, und er könnte gegebenenfalls von der AHV/IV nochmals belangt werden. Die Anrechnung ist jedoch immer nur soweit zulässig, als die AHV/IV *wirksam* in Ersatzforderungen subrogiert ist, da aller Schadenersatz grundsätzlich dem Geschädigten zusteht. So ist insbesondere jede Anrechnung bloss vermuteter oder möglicher Regressforderungen unzulässig. Die Zulässigkeit der Anrechnung im konkreten Fall hat im Verhältnis zum Geschädigten der Haftpflichtige zu beweisen, der daraus das Recht ableiten will, die entsprechenden Beträge nicht an den Geschädigten zu bezahlen. Materiell obliegt der Beweis aber letztlich doch der AHV/IV⁴.

Im Zweifelsfalle, das heisst, wenn der Geschädigte dem Haftpflichtigen weder ausdrücklich erklärt, keine AHV/IV-Leistungen zu beziehen, noch zusichert, auf solche unter Vorbehalt erheblicher Änderung der Verhältnisse auch in Zukunft zu verzichten, ist damit noch keine Anrechnung zulässig. Der Haftpflichtige hat dann dem Geschädigten die Zulässigkeit und die Höhe der Anrechnung erst nachzuweisen, wozu er auf Auskünfte des BSV angewiesen ist.

Bei der Liquidation muss und darf der Haftpflichtige dem Geschädigten all jene Regressbeträge anrechnen, die sich aufgrund der von diesem selbst und von der AHV/IV erhältlichen Auskünfte ergeben.

3 Stark in ZSR 86 (1967) II 88 [obiter]. Vgl. z.B. BGE 104 II 311; *Deschenaux* in ZSR 90 (1971) I 153; *Szöllösy* 91 FN 9 in fine; *Räber* in ZfV 30 (1979) 610.

4 ZGB 8. Der Haftpflichtige ist zur Beweisführung auf die Mithilfe der AHV/IV angewiesen. Wenn ihm diese aber verweigert wird, verstösst eine spätere Geltendmachung von Regressansprüchen, die der Haftpflichtige bereits in gutem Glauben an den Geschädigten bezahlt hat, gegen Treu und Glauben und ist damit unzulässig (ZGB 2).

2. Vorbehaltlose Zahlung an den Geschädigten

Ersatz für all jene Schadensposten, für die ein Regress der AHV/IV entweder gar nicht denkbar ist oder im konkreten Fall nicht in Frage kommt, hat der Haftpflichtige direkt und ohne Abzug dem Geschädigten zu bezahlen⁵. Wenn immer das Quotenvorrecht des Geschädigten den Regress begrenzt, gilt dies ausserdem von vorneherein für einen Teil des Schadenersatzes, der so gross ist, wie die vom Haftpflichtigen nicht zu ersetzende Quote des Schadens.

Analoges gilt aber auch, wenn die AHV/IV auf ihren Regress verzichtet, den Geschädigten zum Einzug der gesamten Ersatzforderungen⁶ bzw. den Haftpflichtigen zu deren Zahlung an den Geschädigten ausdrücklich ermächtigt oder dem Haftpflichtigen einen Verzicht des Geschädigten auf AHV/IV-Leistungen bestätigt hat⁷.

3. Zahlung an den Geschädigten unter Vorbehalt

a. Die Interessenlage

Der Haftpflichtige ist dann im Ungewissen über die Person des Gläubigers seiner Schuld, wenn er von der AHV/IV keine Auskunft über die Versicherungsansprüche des Geschädigten erhält, oder wenn dieser zwar bestehende Ansprüche (noch) nicht angemeldet hat, ihm aber auch seinen Verzicht darauf nicht bestätigt und gleichzeitig die AHV/IV den Haftpflichtigen nicht zur Liquidation mit dem Geschädigten allein ermächtigt hat⁸.

Häufig wird aber der Geschädigte dennoch den gesamten Schadenersatz vom Haftpflichtigen beanspruchen wollen, weil er sich nicht mit den Restansprüchen begnügen will, die ihm neben der AHV/IV-Rente noch blieben.

Eine vorbehaltlose Zahlung ist für den Haftpflichtigen nur dann gefahrlos, wenn ihm der Geschädigte ausdrücklich seinen Verzicht auf AHV/IV-Leistungen erklärt hat⁹, sodass er sich durch gutgläubige Zahlung an diesen nach OR 167 befreit.

Wenn aber der Geschädigte diesen Verzicht nur unklar oder wenig glaubwürdig erklärt, riskiert der Haftpflichtige, dass bei einer allfälligen gerichtlichen Auseinandersetzung mit der AHV/IV sein guter Glaube und damit die befreiende Wirkung seiner Zahlung an den Geschädigten nicht anerkannt würde. Er liefe bei vorbehaltloser Zahlung an den Geschädigten Gefahr, später den gleichen Betrag noch-

⁵ Sinngemäss auch: *Maurer* SVR I 399.

⁶ Betreffend Krankenkasse: BGE 81 II 166 E.4 [obiter].

⁷ *Maurer* SVR I 400.

⁸ Wenn allerdings der Haftpflichtige an der Berechtigung des Geschädigten zweifeln muss, fehlt für eine gültige Befreiung *pendente condicione* nach OR 167 sein guter Glaube.

⁹ *Schlegelmilch* bei Geigel 1360 [30 45].

mals an die AHV/IV zahlen zu müssen. Da der Haftpflichtige keine rechtlichen Mittel hat, um eine vereinbarungswidrige Geltendmachung der AHV/IV-Ansprüche durch den Geschädigten zu verhindern, wird er richtigerweise nicht die Ersatzforderungen einschliesslich möglicher Regressforderungen der AHV/IV an den Geschädigten zahlen, ohne sich zumindest gegen die Gefahr einer Doppelzahlung bei nachträglichem Regress der AHV/IV abzusichern.

Der redliche Geschädigte dagegen hat ein legitimes Interesse, bei Verzicht auf die AHV/IV-Leistungen unverzüglich und ohne Schwierigkeiten den vollen Schadenersatz vom Haftpflichtigen zu erhalten. Jede unnötige Verzögerung in der Auszahlung des Schadenersatzes würde seinen grundsätzlichen Anspruch auf sofortige Ersatzleistung missachten und ihn allenfalls sogar zum Prozess gegen den Haftpflichtigen zwingen. Ganz besonders aber dann, wenn Schaden und Ersatzpflicht unbestritten sind, ist auch ein Prozess im Interesse aller Beteiligten nach Möglichkeit zu vermeiden. Zudem wäre ein von den Geschädigten regelmässig als Renitenz verstandenes Zögern insbesondere der Haftpflichtversicherer bei der Auszahlung der Entschädigungen dem Vertrauen, das die schweizerische Privatassekuranz zu Recht geniesst, abträglich. Gleichzeitig könnte so die Haftpflichtversicherung ihrer sozialen Aufgabe im Interesse der Geschädigten¹⁰ nicht mehr voll gerecht werden.

b. Folgerungen

Der Haftpflichtige kann seine Interessen ohne Beeinträchtigung derjenigen des Geschädigten wahren, wenn er diesem nach Zusicherung des ganzen oder teilweisen Verzichts auf AHV/IV-Leistungen den gesamten Schadenersatz auszahlt. Er soll sich dabei jedoch dessen teilweise Rückforderung vorbehalten für den Fall, dass einerseits der Geschädigte entgegen seiner ausdrücklichen Zusicherung auf die AHV/IV-Leistungen entweder gar nicht verzichtet hat oder sie vereinbarungswidrig dennoch geltend machen wird und ihn andererseits die AHV/IV mit Erfolg noch regressweise belangen wird. Letzteres ist allerdings nur bei fehlendem guten Glauben des Haftpflichtigen hinsichtlich des Verzichts des Geschädigten auf AHV/IV-Leistungen möglich.

Ein solcher Vorbehalt gestattet dem Haftpflichtigen die Rückforderung seiner Leistungen im Umfang der Regressforderungen der AHV/IV auch dann, wenn weder die Kondiktion möglich wäre, noch der Haftpflichtige selbst einen Schadenersatzanspruch gegen den Geschädigten hat, weil er weder einen Irrtum über seine Schuldpflicht noch ein Verschulden des Geschädigten nachzuweisen in der Lage

¹⁰ Dazu *Oftinger Karl*, Der soziale Gedanke im Schadenersatzrecht und in der Haftpflichtversicherung, SJZ 39 (1943) 545 ff., 561 ff., S. 563 f. (auch in: Karl Oftinger, *Ausgewählte Schriften*, Zürich 1978, 237 ff., S. 251 ff.).

ist¹¹. Wenn der Haftpflichtige nachträglich von der AHV/IV nochmals erfolgreich regressweise belangt wird, ist es dank dieses Rückforderungsvorbehaltes regelmässig auch ohne Bedeutung, ob der Geschädigte schuldhaft gehandelt oder der Haftpflichtige im Irrtum über seine Schuldpflicht bezahlt hat. In den hier interessierenden Fällen ist nämlich die Höhe des Schadens, den der Haftpflichtige durch nochmalige Regresszahlung erleiden würde, mit derjenigen der ungerechtfertigten Bereicherung des Geschädigten identisch. Weil der hier postulierte Vorbehalt bei der Bezahlung des Schadenersatzes gleichzeitig eine genauere Abklärung der Irrtums- und Schuldfrage überflüssig macht, wird ausserdem praktisch immer auch ein späterer Prozess verhindert¹².

Gleichzeitig kann aber eine Zahlung unter Vorbehalt in keiner Weise legitime Interessen des Geschädigten verletzen, denn dem Vorbehalt kommt von vorneherein nur dann überhaupt eine Bedeutung zu, wenn der Geschädigte eine falsche Erklärung bezüglich seines Verzichts auf AHV/IV-Leistungen abgegeben und so den Grund für die nicht befreiende Wirkung der Zahlung selbst gesetzt hat¹³. Eine Benachteiligung des Geschädigten durch die Zahlung des Haftpflichtigen unter Vorbehalt ist damit ausgeschlossen.

Die Forderungen, die der Haftpflichtige gegenüber dem Geschädigten aus Delikt oder aus Bereicherung hat, sind für ihn dann von realem Wert, wenn die AHV/IV sie beim Regress an Zahlungen Statt annimmt oder sie ihr der Richter als Regressleistung zuspricht¹⁴. Beides ist deshalb günstig, weil die AHV/IV gegenüber dem Geschädigten grundsätzlich die Möglichkeit der Verrechnung mit eigenen Leistungen hat, sodass nur selten ein Verlust zu erwarten ist. So lässt sich gleichzeitig auch eine direkte Inanspruchnahme des zur Rückerstattung verpflichteten Geschädigten durch den Haftpflichtigen vermeiden.

11 OR 41 I, 63 I.

12 Dies umso mehr, als bei Zusprechung der Schadenersatz- oder Rückforderungsansprüche des Haftpflichtigen an die AHV/IV zur Abgeltung ihres Regressanspruchs zusätzlich noch die Frage nach der befreienden Wirkung der Zahlung des Haftpflichtigen an den Geschädigten entfällt. Es ist nämlich weder die Richtigkeit der Erklärungen oder Zusicherungen des Geschädigten über den Bezug der AHV/IV-Leistungen bei der Schadenerledigung, noch der allfällige gute Glaube des Haftpflichtigen hinsichtlich dieser Zusicherungen zu überprüfen, da allfällige Schadenersatz- oder Bereicherungsansprüche der AHV/IV der Höhe nach ebenfalls mit denjenigen identisch sind, die andernfalls dem Haftpflichtigen zustünden und die er, soweit sie überhaupt bestehen, an die AHV/IV abtritt.

Die AHV/IV und der Haftpflichtige können damit alle Fälle vereitelten Regresses untereinander dadurch lösen, dass der Haftpflichtige allfällige ihm gegenüber dem Geschädigten zustehende Schadenersatz- oder Rückforderungsansprüche generell oder im Einzelfall der AHV/IV zediert und diese dafür auf weitere Ansprüche gegen den Haftpflichtigen verzichtet.

13 In diesem Falle aber liesse ein Beharren des Geschädigten auf vorbehaltloser Zahlung geradezu auf eine offensichtliche und missbräuchliche Bereicherungsabsicht schliessen.

14 OR 43 I.

4. Zahlung an die AHV/IV unter Vorbehalt

Da die AHV/IV ihren Zahlungsverpflichtungen freiwillig nachkommt, kann ein Rückforderungsvorbehalt nur dort von Bedeutung sein, wo der Haftpflichtige schon aufgrund der gesetzlichen Leistungspflicht der AHV/IV dieser ihre hypothetischen Regressbeträge ausbezahlt hat, ohne zu prüfen, ob der Geschädigte auf die AHV/IV-Leistungen verzichten will. Der Haftpflichtige könnte solche Leistungen, weil nicht im Irrtum erfolgt, nicht mehr zurückfordern und hätte unter Umständen dem Geschädigten, der nicht auf die AHV/IV-Leistungen verzichtet, trotzdem noch den vollen Schadenersatz zu leisten.

C. Beibehaltung der bisherigen Schadenerledigungspraxis

Das Regressrecht der AHV/IV erfordert keine erhebliche Änderung der bisherigen, bewährten Schadenerledigungspraxis der Haftpflichtversicherer.

Einzig der vorstehend unter lit. B geschilderten Absicherung gegen nicht befreiende und damit im Ergebnis doppelte Zahlung ist vermehrte Beachtung zu schenken. Soweit sich nämlich zukünftige Änderungen der Verhältnisse bereits sicher oder mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussehen lassen, sind sie ebenfalls schon bisher in der Schadensberechnung berücksichtigt worden.

Zukünftige und unvorhersehbare Änderungen der Verhältnisse, vorab des Schadens, sind, wie dies bisher auch beim Regress der SUVA üblich war, nicht im voraus zu berücksichtigen.

§ 31 Gesamtbeurteilung der gesetzlichen Regelung und ihrer Praktikabilität

Das Regressrecht der AHV/IV wird aufgrund der vorangegangenen Untersuchungen nicht nur seinen Hauptzweck, die Verhinderung von Überentschädigungen, erfüllen können, sondern es erlaubt dem Geschädigten umgekehrt auch, durch Kombination von Schadenersatz- und Versicherungsleistungen, allenfalls sogar unter Verzicht auf letztere, seinen Schaden weitestgehend zu decken und dennoch seine individuellen Bedürfnisse optimal zu berücksichtigen. Zwar fehlt eine ausdrückliche gesetzliche Bestimmung über die Anrechnung von direkt dem Geschädigten statt regressweise der AHV/IV bezahlten Schadenersatzleistungen an die Sozialversicherungsansprüche wie sie etwa das österreichische Recht für den Fall gutgläubiger Zahlung des Haftpflichtigen vorsieht¹, doch folgt deren Zulässigkeit indirekt aus den Bestimmungen des Obligationenrechts, welche die Verantwortlichkeit des Zedenten für Regressverkürzungen und den Schutz des gutgläubig an den Zedenten zahlenden Schuldners statuieren² und aus dem grundsätzlich umfassenden Verrechnungsrecht der AHV/IV³.

Da die Leistungen der AHV und der IV rein final begründet sind, erfordert die Verschiedenheit der Leistungssysteme bei der Durchführung des Regresses eine weit sorgfältigere Auseinandersetzung mit Fragen der Leistungskongruenz als etwa im Falle der SUVA, der EMV oder privater Schadensversicherer. So entsprechen den ausschliesslich sozial begründeten und begründbaren Zusatz- und Kinderrenten der AHV/IV praktisch nie nennenswerte Schadensposten⁴, und das wenig differenzierende und teilweise überholte Leistungssystem der IV erlaubt meist gar keine direkte Gegenüberstellung von Renten einerseits, sowie Schaden und Ersatzquote andererseits. Dass daher, um nicht den Geschädigten letztlich doch zu benachteiligen, am Erfordernis der Kongruenz von Versicherungsleistungen und Schaden-

1 Das österreichische ASVG erlaubt dem Sozialversicherer in § 332 II ausdrücklich, Ersatzleistungen, die der Haftpflichtige in Unkenntnis des Forderungsüberganges an den Geschädigten bezahlt hat, auf die Versicherungsleistungen anzurechnen.

2 Dazu vorn § 8 B 3.

3 AHVG 20; IVG 50. Vgl. vorn § 8 D.

Bei voller Ersatzpflicht des Dritten kann der Geschädigte sich den vollen Schaden von jenem ersetzen lassen. Infolge teilweiser Verrechnung mit Ansprüchen aus Regressverkürzung bezieht er dann im Ergebnis die AHV/IV-Leistungen nur insoweit, als sie sich mit den Ersatzleistungen entweder in persönlicher, sachlicher oder zeitlicher Hinsicht nicht decken oder ohnehin durch den Regress nicht gedeckt worden wären (vgl. die Beispiele in § 25 FN 132). Umgekehrt könnte er die vollen Versicherungsleistungen beziehen und beim Haftpflichtigen seine Restforderungen geltend machen. Je kleiner die Ersatzquote des Haftpflichtigen ist, desto stärker sind die Wahlmöglichkeiten des Geschädigten eingeschränkt. De lege ferenda wäre diese Wahlmöglichkeit gesetzlich zu regeln.

4 Ihre ausdrückliche Erwähnung in AHVG 48quinquies II b und in IVG 52 II c wirkt eher verwirrllich.

ersatz bei jeder Regresserledigung strikte festzuhalten ist⁵, führt aber keineswegs zu einer unzumutbaren Komplizierung der Regresserledigung. Praktisch alle Elemente, die auch für eine detaillierte Gegenüberstellung von Schadens- und Leistungskategorien erforderlich sind, hat nämlich ohnehin, unabhängig von jedem Regress, entweder der Haftpflichtige zur Bestimmung von Schaden und Ersatzquote oder die AHV/IV zur Festsetzung der Versicherungsleistungen zu ermitteln. Damit erschöpft sich die eigentliche Regressberechnung in einer arithmetischen Aufgabe, die heute der Elektronenrechner löst.

Wenn auch der Regress der AHV/IV in praxi durchführbar ist, so liesse er sich doch im Interesse sowohl der Haftpflichtigen und ihrer Versicherer als auch der Geschädigten und der Sozialversicherer noch bedeutend vereinfachen, wenn das Leistungssystem insbesondere der IV in einigen Punkten verfeinert und modernisiert würde⁶. Daneben wäre auch das Wahlrecht des Geschädigten zwischen Haftpflicht- und Sozialversicherungsansprüchen im Gesetz zu regeln. In diesem Sinne sind die folgenden Postulate *de lege ferenda* zu verstehen⁷.

5 Ausnahme: Heilungs- und Eingliederungskosten als einheitlicher Schadensposten. Dazu vorn § 18 B 1 d.

6 Dasjenige der AHV (Hinterlassenenrenten) vermag dagegen bereits heute auch in bezug auf die Regresserledigung weitgehend zu befriedigen.

7 Dass die Haftpflichtversicherer mit der SUVA, der EMV und dem BSV bereits *de lege lata* Teilungsabkommen auch hinsichtlich des AHV/IV-Regresses abschliessen dürfen, sei nur am Rande erwähnt (AHVV 79quater II Satz 2; für IV i.V.m. IVV 39ter). Es ändert nichts daran, dass die gesetzliche Regelung selbst eine möglichst praktikable Lösung bieten soll.

Da es beim AHV/IV-Regress von der Natur der Sache her immer um grössere Schadenfälle geht, wäre ein Teilungsabkommen im herkömmlichen Sinne hier ohnehin nur von sehr beschränktem Nutzen. Die der UDK angeschlossenen Gesellschaften haben denn auch – nach Ansicht des Verfassers zu Recht – bisher kein besonderes Interesse am Abschluss eines Teilungsabkommens gezeigt.

§ 32 Postulate de lege ferenda

A. Wahlrecht des Geschädigten

Der Geschädigte hat bereits heute bis zu einem gewissen Grade ein Wahlrecht zwischen Haftpflicht- und AHV/IV-Ansprüchen¹. Dazu kommt wenigstens de facto die Möglichkeit eines Teilverzichts auf AHV/IV-Renten, denn er kann durch Verkürzung des Regresses der AHV/IV die Tilgung eines entsprechenden Teils der AHV/IV-Renten durch Verrechnung mit Schadenersatz- oder Bereicherungsansprüchen provozieren.

Eine ausdrückliche Regelung des Verzichts des Geschädigten auf AHV/IV-Leistungen wäre dennoch wünschbar, weil der Geschädigte häufig einen grösseren Teil des Schadens durch Leistungen eines haftpflichtigen Dritten abdecken und damit in den Genuss der Vorteile der Kapitalabfindung gelangen will². Deshalb soll der Versicherte von Gesetzes wegen die Möglichkeit erhalten, ausdrücklich und – unter Vorbehalt der *clausula rebus sic stantibus* – definitiv auf bestimmte Leistungen der AHV/IV ganz oder teilweise zu verzichten. Ein solcher Verzicht könnte zudem vom Vorliegen bestimmter, durch Gesetz oder Verordnung näher zu umschreibender Voraussetzungen, wie einer bestimmten Höhe des Schadenersatzes oder der Sicherstellung seiner zweckmässigen Verwendung, abhängig gemacht werden.

Die Möglichkeit, auf die AHV/IV-Leistungen zu verzichten, wäre umgekehrt auch zu befristen, um insbesondere Spekulationen der Geschädigten auszuschliessen.

Schliesslich wäre auch der Teilverzicht auf AHV/IV-Leistungen in dem Sinne zu regeln, dass der Geschädigte auf die AHV/IV-Leistungen insoweit verzichten kann, als diese sonst durch den Regress der AHV/IV gedeckt würden. Der Geschädigte behielte so nur den ohnehin endgültig von der AHV/IV zu tragenden Teil ihrer Leistungen und könnte bei reduzierter Ersatzquote des Haftpflichtigen den ganzen Schadenersatz von diesem beziehen und nur den so noch nicht ersetzten Teil des Schadens mit ohnehin regressweise ungedeckten AHV/IV-Leistungen abdecken³.

Dies würde im Ergebnis bedeuten, dass die AHV/IV die Leistungen des Haftpflichtigen an den Geschädigten insoweit direkt an ihre eigenen Leistungen anrechnen könnte und müsste, als sie ihr, wenn sie selbst voll leisten müsste, als Re-

1 Nicht dagegen in bezug auf Leistungen der SUVA nach KUVG und der EMV.

Ein Verzicht auf die Leistungen der obligatorischen Unfallversicherung nach UVG sollte zumindest bei Nichtberufsunfällen zulässig sein.

2 Sinngemäss ähnliche Überlegungen bereits bei *Gilliard* in ZSR 86 (1967) II 294.

3 Der Versorgerschaden einer Witwe betrage monatlich 1200 und sei vom Haftpflichtigen zu 2/3 zu ersetzen (= 800/Mt.). Die Witwenrente betrage 800/Mt. Die Witwe soll wahlweise den gesamten Schadenersatz vom Haftpflichtigen und von der AHV eine Teilrente von 400 Mt. verlangen oder aber, wie es das Gesetz heute als Normalfall vorsieht, die volle AHV-Rente beziehen und eine Restforderung im Werte einer Rente von 400/Mt. beim Haftpflichtigen geltend machen können.

gressforderungen zustünden⁴. So bliebe der Grundsatz des AHV/IV-Rechts, dass der Versicherte einen absoluten Anspruch auf die Leistungen hat, weiterhin unangestastet. Die Anrechnung fände ja nur insoweit statt, als der Geschädigte effektiv Leistungen vom Haftpflichtigen empfangen hat. Gleichzeitig aber bestünde so die Möglichkeit, die Vorteile des Subsidiaritäts- und des Kürzungsprinzips beim Zusammenfallen von Sozialversicherungs- und Haftpflichtansprüchen teilweise nutzbar zu machen, ohne aber deren Nachteile in Kauf nehmen zu müssen⁵.

B. Abstufung insbesondere der IV-Renten⁶

Das heutige Leistungssystem der Sozialversicherung ist schlecht auf das Haftpflichtrecht abgestimmt⁷. Insbesondere wirft das wenig differenzierende Rentensystem der IV, das nur ganze und halbe Renten kennt, gerade bei Rentenrevisionen Fragen auf, die weiter vorn eingehender behandelt worden sind. Wenn auch bei Einführung der IV die Beschränkung auf halbe und ganze Renten mit Rücksicht auf den administrativen Aufwand gerechtfertigt sein mochte, so ist sie dies bestimmt heute nicht mehr, denn die elektronische Datenverarbeitung ermöglicht auch die Berechnung und Auszahlung differenzierterer Renten⁸.

Eine feinere Abstufung der Renten entsprechend dem Invaliditätsgrad drängt sich heute geradezu auf⁹. Sie würde die Auswirkungen geringfügiger Änderungen

4 Ähnlich ASVG 332, wo allerdings die Anrechnung ins Ermessen des Sozialversicherers gestellt ist.

5 Denkbar wäre schliesslich auch ein System mit Vorschussleistung der Sozialversicherung bei nicht liquiden Haftpflichtansprüchen oder mit relativer Subsidiarität ihrer Leistungen. Zu diesen Möglichkeiten: *Oswald* in SZS 16 (1972) 9 FN 10.

6 Eine bessere Abstimmung des Leistungssystems der Sozialversicherung auf das Haftpflichtrecht fordern auch: *Oswald* in AIDA I 09-24; ders. in SVZ 41 (1973) 139; *Gilliard* in ZSR 86 (1967) II 294.

7 Dasselbe gilt in Deutschland: *Kötz Hein*, Deliktsrecht, 2.A Frankfurt/M 1979, 246.

8 Die Privatassekuranz ist denn auch seit langem ohne weiteres in der Lage, ihre Leistungen proportional zum Grad der EUF zu gewähren.

9 Zur feineren Rentenabstufung: 'Die IV – schiefe Säule in der Sozialpolitik?', NZZ 12.11.1981 (Nr. 236) 34 und 'Mathematiker contra Rentner? Mühe mit der feineren Rentenabstufung', NZZ 28./29.11.1981 (Nr. 277) 35 f.

Langfristig wäre zudem auch im IVG der von der Privatassekuranz längst erkannten und berücksichtigten Tatsache vermehrt Rechnung zu tragen, dass sich hohe Invaliditäten meist überproportional stark auswirken, indem dem relativ schwer Invaliden regelmässig zusätzliche wirtschaftliche Nachteile erwachsen, die durch blossen Einkommensvergleich nicht erfasst werden und auch keinen Anspruch auf Hilfenentschädigung geben.

Vgl. dazu das Beispiel in SJZ 61 (1965) 59 ff. Äusserst instruktiv sind auch die nicht publizierten Erwägungen von BGE 104 II 307, wo das BGer einem querschnittgelähmten Ingenieur unter anderem die Umbaukosten für ein besonders geeignetes Automobil, die kapitalisierten Garagenkosten sowie die Anschaffungskosten für ein Autotelefon zugesprochen hat. Solche Kosten wären dem Verletzten durch die Sozialversicherungen nicht oder nur zum Teil ersetzt worden; wenn nicht ein Dritter für den Unfall haftpflichtig gewesen wäre, hätte

des Invaliditätsgrades auf die Rentenhöhe und damit auf die wirtschaftliche Situation des Versicherten auf ein tragbares Mass reduzieren und so die Regresserledigung weiter vereinfachen.

Als Minimallösung drängt sich zumindest eine angemessen reduzierte Weitergewährung von Invalidenrenten dann auf, wenn der Invaliditätsgrad nachträglich unter 50% (bzw. unter 66.6%) fällt und der Geschädigte nicht eine Komplementär-Rente der obligatorischen Unfallversicherung nach UVG erhält, die den neuen Verhältnissen ebenfalls anzupassen ist und dadurch auch den Wegfall einer IV-Rente auszugleichen vermag¹⁰.

Diese Verfeinerung des Rentensystems der IV ist bei der nächsten Gesetzesrevision im Interesse derjenigen Geschädigten, die nicht nach dem neuen UVG obligatorisch versichert sind, unbedingt vorzunehmen.

er sie damit weitgehend selbst tragen müssen. Eine private Unfallversicherung dagegen hatte dem Verletzten dank der dort üblichen progressiven Invaliditätsentschädigung allenfalls ermöglicht, diese Anschaffungen zu finanzieren.

¹⁰ UVG 20 II i.V.m. 22 I.

LEBENS LAUF

Am 5. Juni 1955 wurde ich als Bürger von Lipperswil/TG in Zürich geboren. Nach dem Besuch der Primarschule an meinem Wohnort in Feldmeilen und des Gymnasiums Zürichberg-Rämibühl (Matur Typ B) immatrikulierte ich mich im Wintersemester 1974/75 an der Universität Zürich. Am 20. Juni 1979 erwarb ich das Lizentiat. Anschliessend absolvierte ich – wie bereits mehrmals während des Studiums – einen längeren Militärdienst und begann im März 1980 mit der Arbeit an der vorliegenden Dissertation. Gleichzeitig trat ich eine Assistentenstelle bei Herrn Prof. Hegnauer an der Universität Zürich an. Seit Juni 1981 arbeite ich in der Schadenabteilung einer Versicherungsgesellschaft. Am 24. Februar 1982 wurde ich zum Doktor promoviert.

